

**Die Einführung des Rundfunks in
Deutschland
und die Reaktion der organisierten
Arbeiterradiobewegung auf das neue
Medium**

**Freie wissenschaftliche Arbeit
zur Erlangung des Grades eines Magister Artium
am Fachbereich Kommunikationswissenschaften
der Freien Universität Berlin**

von:
Klaus - Michael Klingsporn

März 1988

Einleitung:

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist die Entstehungsgeschichte des Weimarer Rundfunks und der Versuch der neu entstandenen Arbeiterradiobewegung, auf das neue Medium Einfluß zu gewinnen. Durch die Gegenüberstellung beider Prozesse soll die Voraussetzung dafür geschaffen werden, sowohl die Kritik der Arbeiterradiobewegung am Weimarer Rundfunk und ihre Vorstellungen über eine andere, den Interessen und Bedürfnissen der organisierten Arbeiterschaft angemesseneren Gestaltung des Mediums, als auch das weitgehende Scheitern einer Durchsetzung dieser Vorstellungen nachvollziehen und einschätzen zu können.

Diese im wesentlichen historische Gegenstandsbestimmung ist Resultat einer ausgedehnten Beschäftigung mit der Arbeiterradiobewegung. Mein ursprüngliches Interesse bestand dabei darin, im Rahmen der Arbeiterradiobewegung entwickelte Radio-Utopien aufzuspüren, also auch für die heutige Zeit noch wegweisende Vorstellungen über eine alternative Gestaltung des Mediums Rundfunk, an deren Existenz innerhalb der Bewegung es für mich, vor allem nach der Lektüre der Arbeit Peter Dahl's (1978), keinerlei Zweifel gab. Auch eine erste Sichtung der von dem Arbeiterradioverein herausgegebenen Zeitschrift schien dies zu bestätigen, denn gerade in den ersten Jahrgängen finden sich hier eine Reihe von Aufsätzen, in denen Erwartungen und Hoffnungen an das neue Medium formuliert werden und aus denen sich, wie ich hoffte, durchaus eine zusammenhängende Radio-Utopie, ähnlich etwa der Berthold Brechts, rekonstruieren ließe.

Im Laufe weiterer Quellenarbeit gelangte ich jedoch zu der Erkenntnis, daß ein solcher Rekonstruktionsversuch einer bloßen Illusionsproduktion gleichgekommen wäre. Der Grund hierfür lag darin, daß in der Zeitschrift zwar Hoffnungen in den Rundfunk formuliert waren und auch eine allgemeine Einschätzung des Mediums gegeben wurde, die hier entwickelten Alternativen jedoch - anders als bei der Utopie Brechts - wesentlich auf den Weimarer Rundfunk bezogen blieben und z.T. sogar bloße, in einer Unkenntnis der realen Organisationsstrukturen des Mediums wurzelnde Erwartungen an diesen Weimarer Rundfunk waren. Statt Utopien rekonstruieren zu wollen, so wurde mir klar, stellte sich hier zunächst einmal die Aufgabe, die Vorstellungen der Arbeiterfunkfreunde in Bezug auf den Weimarer Rundfunk zu untersuchen, also herauszuarbeiten,

- was sie an dessen inhaltlicher wie organisatorischer Gestaltung auszusetzen hatten,
- ob und wie weit dabei die behördlicherseits wohl durchdachte Organisation des Mediums als staatlichem Propagandainstrument erkannt wurde, und
- wie sich in diesem Zusammenhang - und nicht vor dem Hintergrund der heutigen Rundfunknutzung - ihre alternativen Konzepte zur Gestaltung des Mediums darstellten.

Im Unterschied zu meiner ursprünglichen Zielsetzung hat diese Gegenstandsbestimmung zwar den Vorteil, nicht Utopien suchen und finden zu müssen, wo sie nicht oder nur sehr begrenzt existieren. Zugleich verlangt sie aber auch eine stärker historische Gewichtung

der Arbeit, denn als Voraussetzung zur Beantwortung der o.g. Fragen gilt es zunächst, die Organisationsstrukturen des Weimarer Rundfunks als staatlichem und regierungskontrolliertem Propagandainstrument herauszuarbeiten. Dies bedingt jedoch - da eine Darstellung der Programmgeschichte des Weimarer Rundfunks noch aussteht und bislang vor allem Arbeiten zur (politischen) Entstehungsgeschichte des Mediums vorliegen (vgl. Projektgruppe Programmgeschichte, 1986, S. 9) - eine Zusammenfassung der Entstehungsgeschichte der ersten deutschen Rundfunkorganisation.

Diese Zusammenfassung der Organisationsgeschichte des Weimarer Rundfunks bildet Teil I der vorliegenden Arbeit, in dem nach einem einleitenden Kapitel über die Vorgeschichte des Mediums in den beiden folgenden zunächst die Entstehung der inneren Organisation des Weimarer Rundfunks (Organisation der Programmproduktion) und dann die Entwicklung seiner äußeren Organisation (Sender- und Empfangskontrolle) zusammengefaßt werden. Die Darstellung konnte sich dabei auf die vorliegenden umfangreichen Arbeiten zu diesem Thema stützen. Nur bei der Darstellung der äußeren Organisationsentwicklung, die bislang vor allem aus Sicht der Reichsbehörden bearbeitet wurde, die für die Politisierung der Arbeiterradioamateure jedoch nicht ohne Bedeutung war, schien es notwendig, auch zeitgenössische Amateurzeitschriften in die Bearbeitung mit einzubeziehen, um auch der Seite des - bevormundeten - Publikums des neuen Mediums gerecht zu werden.

Teil II der Arbeit beschäftigt sich dann mit den rundfunkpolitischen Positionen und Vorstellungen der Arbeiterradiobewegung, die hier nicht nur vor dem Hintergrund ihres Gegenstandes, des Weimarer Rundfunks, sondern auch im Zusammenhang mit der organisatorisch-politischen Entwicklung der Bewegung betrachtet wird, da nur in diesem Zusammenhang die mit der Übernahme der Organisationsführung durch die Sozialdemokraten einsetzende Polarisierung der innerhalb der Bewegung entwickelten rundfunkpolitischen Positionen, die letztlich auch zu ihrer Spaltung führen sollten, verständlich werden kann. Die Darstellung sowohl der inhaltlichen Vorstellungen als auch der organisatorischen Entwicklung der Arbeiterradiobewegung ist dabei weitgehend das Resultat eigener Quellenarbeit, da die bisherige Literatur - bedingt durch ihre schon von Halefeldt (1981, S. 514) beklagten "ständige(n) Verweise auf (vorgeblich) exemplarische Vorgänge" bei gleichzeitigem Fehlen solider Belege für aufgestellte Behauptungen - nur wenig gesichertes Wissen zu bieten vermag.

In einem dritten Schritt wird in einem kurzen Resümee schließlich versucht, die wesentlichen Ergebnisse der Arbeit noch einmal zusammenzufassen und einen Ausblick auf die weitere Entwicklung des Kampfes der organisierten Arbeiterradiobewegung um den Rundfunk zu geben.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung:	2
I. Einführung und Organisation des Rundfunks in der Weimarer Republik	6
1. Vom Funk zum Rundfunk: ein kurzer Überblick über die Vorgeschichte eines Massenmediums	8
2. Zwischen Geschäft, Staatssicherheit und Propaganda: Die Genese der inneren Organisation des Weimarer Rundfunks bis zu seiner Neuregelung 1926	16
2.1. Die ersten Rundfunkpläne des RPM	17
2.2. Radio als Instrument der Politik: Die Rundfunkpläne des RMI	19
2.3. Der erste Kompromiß: Die Berliner Rundfunkordnung vom Oktober 1923	21
2.4. Die Interimslösung für das Reichsgebiet (März 1924 - März 1926)	24
2.5. Die sog. Neuregelung des Rundfunks (April 1924 - Sommer 1926)	26
2.5.1. Die wirtschaftliche Organisation des Mediums	27
2.5.2. Die politische Organisation des Mediums	29
3. Zwischen Freigabe des Funkempfangs und Disziplinierung des Publikums: Die Entstehung der äußeren Organisation des Weimarer Rundfunks	33
3.1. Die Rundfunkempfangsregelung vom Oktober 1923	35
3.2. Radiobastler und Schwarz Hörer: Das widerspenstige Publikum	35
3.3. Die zweite Empfangsregelung vom April/Mai 1924	37
3.4. Erfolg: Die Herausbildung des mediengerechten Publikums und die dritte Empfangsregelung vom August 1925	39
II. Die Auseinandersetzung mit dem Rundfunk in der überparteilich organisierten Arbeiter-Radio-Bewegung (1924-1929)	42
4. Vom Bastelklub zur Kulturorganisation: Gründung und Aufbau des "Arbeiter-Radio-Klub Deutschland e.V."	44

5. Kulturkampf konkret: Die Rundfunkpolitischen Vorstellungen innerhalb des ARKD vor der 3. Reichskonferenz im März 1927	54
5.1. Zum Weimarer Rundfunk und seinem Programm	55
5.2. Über die Aufgabe eines Rundfunks im Interesse der Arbeiterschaft	66
5.2.1. Radio als (proletarischer) Kulturfunk:	66
5.2.2. Radio als politischer Weltspiegel	72
5.3. Vom <i>Kampf</i> um den Rundfunk	76
6. Die sozialdemokratische Ära des Arbeiter-Radio-Klubs/Bundes	81
6.1. Die SPD entdeckt den 'Kulturkampf' um den Rundfunk	81
6.2. Die 3. Reichskonferenz des ARKD	84
6.3. Die "Richtlinien" der SPD	86
6.4. Der ARBD wird 'auf Linie' gebracht	88
6.5. Die Opposition formiert sich	92
7. Das Ende der überparteilichen Arbeiter-Radio-Bewegung	98
7.1. Die 4. Reichskonferenz der ARBD	98
7.2. Die Spaltung der Arbeiterradiobewegung	102
8. Resümee:	109
III. Anhang:	112
Literaturverzeichnis:	113
Verzeichnis der als Quellen verwendeten Periodika aus dem Untersuchungszeitraum:	117

Teil I.

**Einführung und Organisation des
Rundfunks in der Weimarer
Republik**

"Produktivkraftentwicklung in den Transport-, Antriebs- und Rohstoffbereichen, Massenproduktionen, Verwissenschaftlichung der Produktion, des Kapitals und der Arbeitskraft, dazu Verteilung oder Neuverteilung der Welt, Entwicklung einer Weltwirtschaft mit Übergang von Warenexport zu Kapitaleexport, Rüstungsproduktion und Kriegsführung weltweit, eine zunehmende Verschärfung der Klassenwidersprüche und dadurch erhöhte Notwendigkeit der Herrschaftssicherung: das sind die Faktoren, die Ende des 19. Jahrhunderts und anfangs des 20. Jahrhunderts einen generellen Gebrauchswert für Kommunikation in Massen sowie in hoher Geschwindigkeit und Reichweite definieren."

(Erwin Reiss/Siegfried Zielinski: Internationaler Medienzusammenhang; in: W.F. Haug: Massen, Medien, Politik; Karlsruhe 1976, S. 157)

1. Vom Funk zum Rundfunk: ein kurzer Überblick über die Vorgeschichte eines Massenmediums

Als der Rundfunk in Deutschland¹ im Oktober 1923 "für die Öffentlichkeit freigegeben"² wurde, war das Kommunikationsmittel Radio schon mehr als 25 Jahre alt. Bereits 1896 hatte der italienische Physiker Guglielmo Marconi den ersten Funkentelegraphen entwickelt und damit die Möglichkeit geschaffen, allein mit Hilfe elektromagnetischer Schwingungen, also unabhängig von materiellen Informationsträgern, wie Papier oder Kabel, Nachrichten übermitteln zu können. Ein Jahr später waren mit Unterstützung durch Kaiser und Militär auch in Deutschland die ersten funkentelegraphischen Experimente durchgeführt worden. Und schon um die Jahrhundertwende konnten die Forschungslaboratorien der deutschen Elektroindustrie die ersten praktisch verwendbaren Funkanlagen an Heer und Marine liefern.³

Die Verfügungsgewalt über das neue Nachrichtenmittel lag in Deutschland, wie in den meisten europäischen Ländern, von Anfang an in der Hand des Staates. Rechtsgrundlage bildete dabei die bereits in Artikel 48 der Reichsverfassung von 1871 begründete Fernmeldehoheit des Reiches, die 1892 durch das Gesetz, betreffend das Fernmeldewesen des Reiches festgeschrieben worden war, und 1908, als der Stand der technischen Entwicklung dies zuließ, durch die sog. Funkgesetznovelle des Telegraphengesetzes auch explizit auf das Funkwesen ausgedehnt wurde. § 3 dieser Gesetzesnovelle bestimmte:

"Elektrische Telegraphenanlagen, welche ohne metallische Leitungen Nachrichten übermitteln, dürfen nur mit Genehmigung des Reiches errichtet oder betrieben werden."⁴

Die Ausübung dieses Hoheitsrechtes oblag im zivilen Bereich dem Reichspostamt und für militärische Anlagen dem Kriegsministerium.

Eine Nutzung der neuen Nachrichtentechnik erfolgte im wilhelminischen Deutschland, vor dem Hintergrund des sich nach der Jahrhundertwende beständig zuspitzenden Kampfes der

¹Die in diesem Kapitel gegebene Darstellung der Funkentwicklung in Deutschland bis 1922 folgt, soweit nicht anders angegeben, der Darstellung bei:

- W.B. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland - Herkunft und Entwicklung eines publizistischen Mittels; Frankfurt a.M. 1970(2); S. 24-130; und
- ders.: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik; München 1980; S. 23-77;
Der Einfachheit halber werden beide Arbeiten im folgenden zitiert als
- Lerg, 1965, S.; und
- Lerg, 1980, S.;

²Hans Bredow: Dem deutschen Rundfunk zum Geleit; in: Der deutsche Rundfunk, 1. Jg. 1923, Nr. 1

³Zur technischen Entwicklung des Funks vgl. neben Lerg auch Gerhard Goebel: Staatssekretär a.D. Dr. Ing. E.h. Hans Bredow und der deutsche Funk; in: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen; Bonn 1955, Nr. 7, S. 153 ff.; sowie: ders.: Der deutsche Rundfunk bis zum Inkrafttreten des Kopenhagener Wellenplans; in: Archiv für das Post- und Fernmeldewesens; Frankfurt a.M., 2. Jg. 1950, Nr. 6, S. 353 ff.

⁴Reichsgesetzblatt, I, S. 79: Gesetz zur Abänderung des Telegraphengesetzes, § 3, Abs. 2; zitiert nach: Heinz Pohle: Der Rundfunk als Instrument der Politik - Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923 - 1938; Hamburg 1955, S. 30

entwickelten kapitalistischen Staaten um die wirtschaftliche und territoriale Aufteilung der Welt, vor allem unter militärisch-strategischen Gesichtspunkten: Im militärischen Nachrichtenverkehr von Heer und Kriegsmarine, im amtlichen und militärischen Nachrichtenverkehr zu und innerhalb der deutschen Kolonien sowie - als einzigem zivilen Nutzungsbereich - im vornehmlich wirtschaftlichen Nachrichtenverkehr der Handelsmarine.⁵

Das Geschäft mit den Staatsaufträgen machten dabei hauptsächlich drei Unternehmen: Die 1903 auf Betreiben des Kaisers gegründete Telefunken GmbH, eine gemeinsame Tochtergesellschaft der beiden marktbeherrschenden Elektrogiganten *AEG* und *Siemens & Halske*; die *C. Lorenz AG*, die erst 1906 funktechnisches Gerät herzustellen begann; und die *Dr. Erich F. Huth GmbH*, die sich 1910 als vorerst letztes Unternehmen auf dem Markt etablieren konnte.

Ihren Höhepunkt erreichte die stark militärpolitische Ausrichtung des deutschen Funkwesens während des ersten Weltkriegs. Alle privaten und die wenigen, zuvor zivil genutzten Funkanlagen wurden bei Kriegsbeginn für militärische Zwecke beschlagnahmt. Das Genehmigungsrecht für Funkanlagen ging vom Reichspostamt, das jetzt nur noch Amtshilfe zu leisten hatte, vollständig auf das Kriegsministerium über. Unter dessen Führung entwickelte sich das Funkwesen endgültig zum strategischen und taktischen Kampfmittel, wobei die Nutzung der neuen Technik gleichzeitig beständig ausgeweitet wurde, so daß die Funkindustrie ihren ersten großen Boom erlebte:

"Der Fortfall fast aller finanziellen Hemmungen durch die Kriegswirtschaft stärkte das neue Nachrichtenmittel außerordentlich; kostspielige Einrichtungen und Versuche konnten ohne Rücksicht auf sofortige Rentabilität vorgenommen werden, so daß zahlenmäßig und räumlich unter ständiger Verbesserung der Technik eine starke Ausbreitung dieses Nachrichtenmittels erfolgte."⁶

Einhergehend mit der Ausweitung der unmittelbar militärischen Funknutzung entstanden im Rahmen der sog. psychologischen Kriegsführung während des Krieges auch die ersten Ansätze einer publizistischen Nutzung der neuen Technik: Die Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen sendete täglich Heeresberichte an alle, und die Übertragungsstationen Nauen, Eilverse und Norddeich verbreiteten - z.T. sogar mehrmals täglich - funkentelegraphische Pressedienste in alle Welt. Adressat dieser Funkpropaganda, die teils unter Reichskontrolle von der halbstaatlichen Nachrichtenagentur *Wolff'sches Telegraphisches Bureau*, teils direkt von der Nachrichtenstelle des Auswärtigen Amtes zusammengestellt wurde, war vor allem die Presse der neutralen Länder, deren Berichterstattung auf diese Weise im Interesse der deutschen Kriegsziele beeinflußt werden sollte.⁷

Größere gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Organisation und Nutzung des Nachrichtenmittels Radio gab es in Deutschland erst bei Ende des Krieges - während der Revolution von 1918.⁸ Am 9. November, demselben Tag, an dem Karl Liebknecht die sozialistische und Phillip Scheidemann die bürgerlich-demokratische deutsche Republik ausriefen, fiel das Nachrichtenwesen des Reiches endgültig in die Hand der Revolution: Das Wolff'sche

⁵Eine ausführliche Darstellung der Funknutzung auf allen drei Gebieten liefert neben Lerg auch August Soppe: Die Einführung des Rundfunks in Deutschland; in: W. F. Haug(Hrsg.): Massen, Medien, Politik; Karlsruhe 1976, S. 118 ff.

⁶Harald Freiberg: Das deutsche Rundfunkwesen unter besonderer Berücksichtigung des Unterhaltungsrundfunks; Leipzig (Diss.) 1930, S. 6; zitiert nach: August Soppe: Die Einführung ...; a.a.O., S. 141

⁷Zur Entstehungsgeschichte dieser Kriegsfunkpropaganda vgl. August Soppe: Die Entstehung ...; a.a.O., S. 141

⁸Zur Geschichte der Revolution vgl. Arthur Rosenberg: Die Entstehung der Weimarer Republik; Frankfurt a.M. 1961, S. 202 - 242; und: ders: Geschichte der Weimarer Republik; Frankfurt a.M. 1961, S. 5 - 88

Telegraphenbüro, der Nachrichtenknotenpunkt des Reiches, wurde zunächst von Spartakisten, dann von offiziellen Beauftragten des Großberliner Arbeiter- und Soldatenrats besetzt. Und mittels der Funkstation Königs Wusterhausen übernahm der Zentralsoldatenrat der Militärfunker, der erst kurz zuvor von technischen Mitarbeitern der Nachrichtentruppe gebildet worden war, die Leitung der zu diesem Zeitpunkt zumeist schon in Selbstverwaltung betriebenen militärischen Funkstationen.

Die Aktivitäten dieser Zentralfunkleitung (ZFL) zielten sowohl auf die unmittelbare Nutzbarmachung der Funkbestände des Reiches für die Ziele der Revolution, als auch auf eine grundlegende Umgestaltung des gesamten Funkwesens. Innerhalb weniger Tage gelang es ihr, die ehemals militärischen Anlagen zu einem von Militär und Postverwaltung unabhängigen Nachrichtennetz zusammenzufassen, so daß der Funk für die Räte, die in den Städten und Regionen zunächst nur dezentral organisiert waren, zu einem bedeutenden Koordinations- und Kommunikationsmittel werden konnte. Darüber hinaus verstanden sich ihre Aktivisten aber auch als "Vorkämpfer" eines eigenständigen, von der Postverwaltung und ihren "verkalkten Beamten" losgelösten "Reichsfunkdienstes"⁹. Dieser, so verlangten sie, sollte unter Einbeziehung der ehemaligen Militärfunker in "Selbstverwaltung der Beamtenschaft"¹⁰ organisiert werden und so die Grundlage für eine zivile, den Zielen der Revolution angemessenen Nutzung der Funktechnik bilden.

Eine solche Umstrukturierung des Funkwesens konnte im weiteren Verlauf der Revolution jedoch nicht durchgesetzt werden. Nach einer gezielten Kampagne der konservativen Presse wurde die ZFL vielmehr in einen gemeinsamen Ausschuß verschiedener Reichsämter und Berufsvereinigungen "zur Ordnung des Funkwesens"¹¹ integriert, in dem die revolutionären Bestrebungen durch geschicktes Taktieren der beteiligten Reichsbehörden innerhalb zweier Monate weitgehend zurückgedrängt werden konnte. Zwar mußte die Kontrolle über den Funkverkehr im Januar 1919 zunächst - als Zugeständnis an die Forderungen der ZFL - noch einer neu gebildeten und formal von der Reichspost unabhängigen Reichsfunk-Betriebsverwaltung übertragen werden; zu Leiter dieser neuen Einrichtung konnte jedoch der ehem. kaufmännische Direktor der Telefunken GmbH, Hans Bredow ernannt werden, der - wie er später freimütig bekannte -

"(...a)n der Abwehr der revolutionären Funkerbestrebungen (...) im Interesse eines privaten Funkbetriebs - ganz abgesehen von meiner politischen Einstellung - natürlich besonders interessiert (war)."¹²

Gleichzeitig wurde Bredow von Seiten der Reichspost die Leitung der posteigenen Abteilung für Funkentelegraphie übertragen, so daß beide für das Funkwesen zuständigen Stellen jetzt demselben (Post-)Beamten unterstanden und dadurch eine Kontrolle der Post über das Funkwesen der Republik faktisch bereits wieder hergestellt war. Im April 1919, als die Wogen der Revolution sich weitgehend geglättet hatten, konnte die Reichsfunkbetriebsverwaltung dann problemlos auch formal der Postverwaltung wiederangegliedert werden.

Die eigentliche Gewinnerin bei dieser Reorganisation der staatlichen Funkhoheit war allerdings - mehr noch als die Post - die Funkindustrie, die jetzt, nach der Berufung eines ehem. Telefunkenleiters zum Leiter der Funkabteilung der Reichspost über einen Vertreter ihrer Interessen, zumindest aber über einen ihr wohlgesonnenen Ansprechpartner bei der für die

⁹Funktelegramm der ZFL, zitiert nach Lerg, 1965, S. 51

¹⁰Angabe und Zitat nach Hans Bredow: Im Banne der Ätherwellen, Bd. 1, Stuttgart 1954, S. 90 ff.; zitiert nach Lerg, 1965, S. 53

¹¹Lerg, 1965, S. 59

¹²Hans Bredow: Rundfunk-Erinnerungen. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Deutschen Rundfunks, Teil 1; unveröffentl. Manuskript, Wiesbaden 1938; zitiert nach Lerg, 1965, S. 73

weitere Entwicklung des Funkwesens zuständigen Reichsbehörde verfügte, so daß sich ihre Einflußmöglichkeiten auf die staatliche Politik in diesem Sektor gemessen an der Situation im wilhelminischen Deutschland erheblich erhöht hatte.¹³

Dieser Einflußzuwachs war für die Funkindustrie vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit von beträchtlichem Wert. Nachdem sie schon während des Kriegsbooms weitgehend aus dem internationalen Geschäft herausgedrängt worden war, hatte sie mit dem Ende des Krieges auch ihren, in erster Linie ja militärisch orientierten Inlandmarkt verloren. Zur Auslastung ihrer durch den Kriegsboom aufgeblähten Produktionskapazitäten und zur Ausweitung von Produktion und Verkauf, die für eine profitable Weiterentwicklung des Geschäftszweigs unerlässlich war, bedurfte die Funkindustrie jetzt neuer, ziviler Absatzmärkte im Inland, die auf Basis des staatlichen Funkmonopols jedoch nur durch eine Ausweitung der zivilen Funknutzung von Seiten des Staates geschaffen werden konnte.¹⁴ Gerade hierfür aber bestanden nach Ernennung Bredows zu Leiter der Funkabteilung im Reichspostministerium (RPM) - wie dieser schon in seiner Antrittsansprache als Ministerialdirektor deutlich machte - durchaus günstige Voraussetzungen:

"(...) ich bin überzeugt, daß der Funk noch eine große Entwicklung vor sich hat, daß aber jetzt vor allen Dingen der Staat berufen ist, diese Entwicklung durch großzügige Anwendung des Funkverkehrs im öffentlichen Nachrichtenverkehr zu fördern. (... In meiner Stellung im RPM) kann ich für die Entwicklung des Funkverkehrs und damit indirekt auch für die gesamte deutsche Funkindustrie mehr leisten, als in meiner früheren einseitig orientierten Privatstätigkeit."¹⁵

Auch erste Pläne für die hier in Aussicht gestellte "großzügige Anwendung des Funkverkehrs" lagen im RPM bereits vor. Sie waren auf Initiative Bredows noch während der Auseinandersetzungen um die ZFL in einer Denkschrift "über die Entwicklung und umfassende Ausgestaltung der drahtlosen Telegraphie"¹⁶ zusammengefaßt worden und sahen neben einem verstärkten Einsatz der Funktechnik im zivilen Nachrichtenverkehr (Übersee-telegrammdienst, Eisenbahnfunk, Schiffsfunk) erstmals auch eine zivile publizistische Nutzung des Mediums vor. Geplant waren hierfür u.a.:

- "(-) Einrichtung von Empfangsanlagen zur Aufnahme der ausländischen Funkpublizistik. (...)
-) Bereitstellung der zur funkentelegraphischen Verbreitung allgemeiner Nachrichten in Deutschland (politische Nachrichten, Handelsnachrichten, Börsenkurse, Wetterberichte, Zeitsignale, Propaganda usw.) erforderlichen Sendeanlagen.
-) Einrichtung möglichst einfacher Empfangsanlagen in den Geschäftsräumen von Behörden, Zeitungen, Banken, Industrieunternehmen usw. (sowie ...

¹³ Anders als etwa August Soppe (Die Einführung ..., a.a.O., S. 124) meint, gilt dies jedoch nur relativ zum Vorkriegszustand, denn in seiner Funktion als Ministerialdirektor im neu geschaffenen Reichspostministerium und auch in seiner späteren Position als Staatssekretär war Bredow ein weisungsgebundener Beamte des Reiches geworden, dessen Aktivitäten den finanziellen und sicherheitspolitischen Interessen seines Arbeitgebers natürlich nicht zuwiderlaufen durften. Schon aus diesem Grunde war es Bredow auch keinesfalls möglich, Partialinteressen einzelner Funkunternehmen, z.B. von Telefunken, zu vertreten. Er konnte nur, wie er in dem folgenden Zitat versprach, die Interessen der gesamten Industrie auf diesem Sektor fördern, soweit sie den Interessen des Reiches nicht zuwiderliefen.

¹⁴ vgl. hierzu August Soppe: Die Einführung ..., a.a.O.; S. 124

¹⁵ Hans Bredow: Im Banne der Ätherwellen, Bd. 2; Stuttgart 1956, S. 100; zit. nach August Soppe: Die Einführung ..., a.a.O., S.124

¹⁶ Der vollständige Titel lautet: Denkschrift des Reichspostamtes über die Entwicklung und umfassende Ausgestaltung der drahtlosen Telegraphie für den allgemeinen Nachrichtenverkehr; sie ist in Auszügen wiedergegeben bei Lerg, 1965, S. 73 f.

-) Private Funkanlagen für die Wirtschaft."¹⁷

Schon Soppe und Reiss/Zielinski¹⁸ haben festgestellt, daß sich hier, in der publizistischen Nutzung der Funktechnik für die Funkindustrie die einzigen, auch langfristig gewinnversprechenden Entwicklungschancen im zivilen Bereich abzeichneten. Während die Nutzung des Funks als Nachrichtenmittel - bedingt durch die technisch begrenzte Zahl von Übertragungskanälen und das staatliche Funkmonopol - nämlich letztlich immer auf nur wenige Stellen (Behörden, einzelne lizenzierte Privatunternehmen etc.) beschränkt bleiben mußte und damit den Verwertungsinteressen des funkindustriellen Kapitals auf lange Sicht nur begrenzt gerecht werden konnte, bot seine publizistische Nutzung als Rund-Funk durch die ihr zugrunde liegende Trennung von Sende- und Empfangsseite grundsätzlich die Möglichkeit, tendenziell Alle als Empfänger von Funkübertragungen, und damit auch als Abnehmer von Funkgerät in die funktechnische Kommunikation mit einzubeziehen. Hierzu konnten die in der Postdenkschrift vorgesehenen funkentelegraphischen Exklusivdienste natürlich nur ein erste Schritte darstellen, aber:

"Von dem Gedanken, bestimmte Informationen von einem bestimmten Interessentenkreis zu empfangen zu lassen, konnte es nicht mehr weit sein bis zu der Überlegung, allgemein interessierende Nachrichten der Allgemeinheit zukommen zu lassen, also Ausdehnung des Empfangs auf potentiell alle."¹⁹

In den ersten Nachkriegsjahren waren solche Rundfunkdienste für die breite Allgemeinheit allerdings noch "Zukunftsperspektiven von Jules Verne'scher Kühnheit".²⁰ Zwar hatte die Industrie die technischen Voraussetzungen hierfür, nämlich die Möglichkeit, neben Morsezeichen auch Sprache und Musik auf drahtlosem Weg zu übertragen, weitgehend schon vor und während des ersten Weltkriegs entwickelt²¹; nach der Erfahrung des Funkerspuks während der Revolution und angesichts der auch danach zunächst noch instabilen politischen Lage der Republik wurde es jedoch oberstes Prinzip der staatlichen Funkpolitik, funktechnisches Gerät unter keinen Umständen in die falschen, womöglich revolutionären Hände geraten zu lassen. Eine Einrichtung von Funkdiensten für Alle, was gleichbedeutend gewesen wäre mit einer Freigabe des Funkempfangs für jedermann, war daher für die Reichsbehörden zunächst nur schwer vorstellbar:

"(...) eine allgemeine Freigabe der Benutzung von Empfangsapparaten zur Aufnahme beliebiger Nachrichten, wie sie in einzelnen Ländern erfolgt ist, in denen der Staat sich mit der Beförderung drahtloser Nachrichten im inneren Verkehr nicht befaßt, (hat - so das RPM im August 1919 in einem Pressebericht-) seine großen Bedenken, denn es würde damit jedermann technisch möglich

¹⁷ebd., S. 73

¹⁸vgl. August Soppe: Die Einführung ...; a.a.O., S. 124 f.; und Erwin Reiss/Siegfried Zielinski: Internationaler Medienzusammenhang. Am Beispiel der Entwicklung des Rundfunks in Deutschland, England und Frankreich; in: W.F. Haug (Hrsg.): Massen, Medien, Politik; a.a.O.; S. 168 f.

¹⁹August Soppe: Die Einführung ...; a.a.O., S. 125

²⁰So Hans Dominik im Berliner Lokalanzeiger vom 17.11.1919 über Ausführungen Bredows im Rahmen eines Experimentalvortrags zur drahtlosen Radiophonie in der Berliner Urania tags zuvor; zit. nach Lerg, 1965, S. 95

²¹Schon 1913 waren der Telefunken GmbH bei Experimenten in Long Island (USA) erste technisch brauchbare Musikübertragungen gelungen. Nach Erfindung der sog. rückgekoppelten Kathodenröhre hatte das Unternehmen dann während des Krieges - damals noch unter Leitung Bredows und mit militärischer Unterstützung - mit großem Erfolg Radiophonieversuche an der Westfront durchgeführt, wobei versuchsweise sogar schon regelrechte Radioprogramme, "bestehend aus Zeitungsnachrichten, Vorlesung eines Romans in Fortsetzungen, Musik und sonstigen Ansagen" ausgestrahlt werden konnte. Vgl. Gerhard Goebel: Der deutsche Rundfunk ...; a.a.O., S. 335 und 357

sein, alle in der Luft befindlichen Nachrichten abzuhören."²²

Diese ängstliche Haltung der Reichsbehörden, die abgesehen von einem 1920 eingerichteten Wirtschaftsfunkdienst auch die Exklusivfunkpläne der Post scheitern ließ²³, mußte mit der Zeit natürlich mit den Verwertungsinteressen der Funkindustrie, die langfristig ja gerade auf eine möglichst zahlreiche Verbreitung von funktechnischem Gerät gerichtet waren, in Konflikt geraten. Ebenso wie ihre europäische Konkurrenz zeigten die deutschen Funkunternehmen zunächst jedoch nur wenig Interesse an der Einführung eines Rundfunkdienstes für die Allgemeinheit, da man den Erfolg eines solchen Unternehmens eher skeptisch beurteilte²⁴. Erst angesichts der wirtschaftlich vielversprechenden Rundfunkentwicklung in den USA, wo auf Initiative der dortigen Industrie schon Ende 1920 die ersten 30 regionalen privaten Rundfunkstationen entstanden und eineinhalb Jahre später bereits mehr als 700.000 Empfangsgeräte verkauft worden waren²⁵, wich die Skepsis der europäischen Funkwirtschaft rasch einem vehementen Interesse an der neuen Form der Funknutzung.

Im Juni 1921 begann in Frankreich die *Société Francaise Radioélectrique* - zunächst versuchsweise - mit einer Reihe von Rundfunkübertragungen; im März 1922 beantragten in England nach mehrmonatigen Versuchssendungen gleich mehrere Unternehmen eine behördliche Genehmigung für regelmäßige Radiosendungen an alle²⁶; und schließlich, am

²²Pressebericht aus dem RPM vom August 1919; zit. nach Lerg, 1965, S. 93f.

²³Eine Zusammenarbeit mit Nachrichtenagenturen und Presseunternehmen, die Bredow zunächst für einen Funkpressedienst zu gewinnen suchte, konnte z.B. trotz jahrelanger Verhandlungen schon deshalb nicht zustande kommen, weil die Post aufgrund sicherheitspolitischer Bedenken keinen eigenständigen Funkempfang seitens der Presse zulassen wollte und daher auf einem Empfang des geplanten Dienstes in Telegraphenämtern bestand: "Daß gegen die Aufstellung von Apparaten bei Zeitungen die schwersten Bedenken obwalten, (so das RPM noch im Dezember 1920 an die Presseabteilung der Reichsregierung) steht außer Zweifel, zumal keinerlei Gewähr dafür geschaffen werden kann, daß den Zeitungen nur bestimmtes Nachrichtenmaterial zugeführt wird und nicht auch andere Nachrichten durchsickern. Die Apparate durch Beamte bedienen zu lassen, ist kein geeigneter Weg, die Beamten würden ständig in schwere Versuchung geführt werden, weil ihnen u.U. für die Erlangung gewisser Nachrichten hohe Summen geboten würden." (Schreiben des RPM an die Presseabteilung der Reichsregierung vom 18.12.1920; zit. nach Lerg, 1965, S. 105) Von den ursprünglich umfangreichen Exklusivfunkplänen der Post konnte angesichts solcher Ängste dann nur ein sehr spezielles Projekt realisiert werden: Der sog. Wirtschaftsroundfunk, der im Mai 1920 auf Initiative des Auswärtigen Amtes eingerichtet wurde und ab Juli 1920 von einer extra zu diesem Zweck gegründeten, staatseigenen Sendegesellschaft, der Eildienst für amtliche und private Handelnachrichten GmbH täglich über den reichseigenen Sender Königs Wusterhausen verbreitet wurde. Auch die Übertragung dieses wirtschaftspublizistischen Dienstes, der vor dem Hintergrund der beschleunigten Inflation vor allem Banken und großen Geschäftshäusern eine willkommene, weil schnelle Informationsquelle bot, erfolgte jedoch zunächst nur auf funkentelegraphischer Basis an anfangs 29, später dann ca. 100 Telegraphenämter, wo die Meldungen von Postbeamten aufgenommen und an die eigentlichen Empfänger weitergeleitet wurden. Erst im März 1922 wurde dann auf Wunsch der *Eildienst GmbH* eine Umstellung des Dienstes auf Sprechfunkbetrieb und Direktempfang durch die Abonnenten in Angriff genommen, wobei eine offizielle Zulassung privaten Funkempfangs durch das RPM jedoch nach wie vor verweigert wurde: Die Kunden des Wirtschaftsroundspruchs, wie der neue Dienst genannt wurde, konnten die Sendungen ab September '22 zwar mit speziell zu diesem Zweck von der Industrie entwickelten Empfangsgeräten selbst aufnehmen. Rechtlich galten sie dabei jedoch nur als Fernsprechteilnehmer und erhielten daher keine Funkempfangsgenehmigung. Zudem waren ihre Empfänger, die wie Telefone Eigentum der Post blieben, auch nur auf eine bestimmte Wellenlänge abgestimmt und verplombt, so daß auch de facto nur ein begrenzter Empfang möglich war. In Bezug auf das Problem der Freigabe des Funkempfangs, daß der Einführung eines Roundfunks für die Allgemeinheit entgegenstand, brachte der Wirtschaftsroundfunk also nichts Neues. Zwar hatte die staatsnahe Form seiner Organisation für den späteren Roundfunk durchaus Vorbildcharakter; von einem "Prototyp für die (...) erste Roundfunkorganisation in Deutschland" (Lerg, 1965, S. 109) zu sprechen, ist m.E. jedoch reichlich übertrieben. Vgl. zu diesem Abschnitt Lerg, 1965, S. 109 ff.

²⁴vgl. Hinweis bei Lerg, 1965, S. 122; eine genaue Untersuchung über die Gründe für das anfänglichen Zögerns der Industrie steht allerdings bislang noch aus

²⁵vgl. hierzu neben Lerg auch August Soppe: Die Einführung ... ; a.a.O., S. 126

²⁶vgl. Reiss/Zielinski: Internationaler Medienzusammenhang; a.a.O., S. 179 ff.

16. Mai 1922 auch die deutsche Funkindustrie einen ersten Vorstoß in diese Richtung. Telefunken und Lorenz, die beiden ältesten Unternehmen der Branche, beantragten bei der Reichstelegraphenverwaltung (RTV) eine gemeinsame Bau- und Betriebskonzession für Rundfunksende- und Empfangsanlagen und teilten der Behörde mit, daß sie es angesichts der ausländischen Funkentwicklung

"(...) für ihre Pflicht (hielten), keine Zeit zu verlieren, um in Deutschland die Vorbedingungen zu schaffen, die es dem Publikum ermöglichen sollten, von den Vorteilen eines Broadcasting-Dienstes Gebrauch zu machen."²⁷

Den Aufbau und Betrieb des neuen Dienstes wollten beide Unternehmen in eigener Regie und auf eigene Kosten übernehmen, wobei man bei der Produktion des auszustrahlenden Programms allerdings auf die Unterstützung der Schallplattenindustrie rechnete. Der Empfang sollte wie in den USA für die Hörer kostenlos sein, denn auch hier versprach man sich das eigentliche Geschäft mit dem Broadcasting von dem Verkauf der notwendigen Empfangsgeräte, die beide Unternehmen unter Ausschluß der Konkurrenz gemeinsam vertreiben wollten.

Bei den zuständigen Reichsbehörden traf dieser Vorstoß der Funkunternehmen auf durchaus fruchtbaren Boden. Zwar wurde ihr Antrag letztlich abgelehnt, da vor allem Reichswehr- und Reichsministerium des Inneren darauf bestanden, daß die Sendeanlagen für einen allgemein zu empfangenden Rundfunk unter allen Umständen in der Verfügungsgewalt des Staates bleiben mußten. Auch bestanden bei den Behörden nach wie vor starke sicherheitspolitische Bedenken

"(...) wegen der Gefahren, die eine ausgedehnte Verbreitung von Empfangsanlagen, die entweder überhaupt nicht oder doch nur mit erheblichen Schwierigkeiten kontrolliert werden können, für die Abwicklung des normalen Nachrichtenverkehrs bringt."²⁸

Zugleich wurde jedoch, vor allem in der von Bredow geleiteten Funkabteilung des RPM, auch ein staatseigenes Interesse an einem Rundfunk für Alle geweckt, so daß die Errichtung eines solchen Dienstes jetzt - allen sicherheitspolitischen Bedenken zum Trotz - behördlicherseits in Angriff genommen wurde.

Ausschlaggebend für diesen Gesinnungswandel der Behörden waren dabei vor allem zwei Motive:

Zum einen hatte man angesichts des Konzessionsantrags der beiden Funkunternehmen auch im RPM erkennen müssen, daß den Verwertungsinteressen der Industrie auf Dauer kaum mit bloßem Beharren auf sicherheitspolitischen Befürchtungen wirkungsvoll begegnet werden konnte. Schon im Interesse einer Schadensbegrenzung mußte es daher angeraten erscheinen, selbst den Aufbau eines Rundfunkdienstes für die Allgemeinheit in Angriff zu nehmen, der sowohl den Interessen der Industrie, als auch denen des Reiches gerecht würde. Bereits in der ersten Stellungnahme des RPM zum Konzessionsantrag der Industrie hieß es daher:

"Nach dem Vorgehen in anderen Ländern (...) wird eine völlige Ablehnung der ganzen Idee aber kaum möglich sein; man wird sich vielmehr darauf beschränken müssen, die Sache in Deutschland von vornherein so aufzuziehen, daß die

²⁷Industrieantrag zit. nach Lerg, 1965, S. 123

²⁸Bericht des RPM zur 21. Sitzung der Reichsfunkkommission (RFK) am 9.6.1922; zit. nach Lerg, a.a.O., S. 365; der Bericht ist hier vollständig wiedergegeben.

Interessen des Reiches gewahrt bleiben und eine Entwicklung, wie sie Amerika erlebt, unmöglich gemacht wird."²⁹

Mindestens ebenso maßgebend wie die Möglichkeit einer Interessenwahrung dürften für den Gesinnungswandel der Behörden jedoch die wirtschaftlichen Erwartungen gewesen sein, die man mittlerweile auch im RPM in die Einführung eines Rundfunks für Alle setzte. Bredow selbst jedenfalls war von dem finanziellen Nutzen eines Rundfunkdienstes für die Staatskasse überzeugt und noch während der Beratungen über den Industrieantrag rechnete er seinen Kollegen aus den anderen Ministerien vor:

"Um aus der Bewegung für das Reich Vorteile zu ziehen, müßte für jeden zu liefernden Apparat eine bestimmte Gebühr dem Reich zugeführt werden."³⁰

Auch auf Seiten des Staates waren es mithin nicht zuletzt wirtschaftliche Motive, die für die Einführung eines Rundfunks für die Allgemeinheit ausschlaggebend waren. Im Laufe seines weiteren Organisationsprozesses sollten sie zwar noch durch handfeste politische Interessen an den inhaltlichen Vermittlungsmöglichkeiten des neuen Dienstes ergänzt werden; gerade für den Beginn der Rundfunkentwicklung der Weimarer Republik erweist sich die Feststellung Reiningers aus dem Jahre 1926 jedoch als durchaus zutreffend:

"Die Einführung des Rundfunks in Deutschland war (...) sowohl in den wirtschaftlichen Interessen der Deutschen Reichspost wie auch in denen der Industrie begründet. Der kulturelle und pädagogische Wert des Rundfunks, von dem später soviel geredet und geschrieben wurde, hat damals jedenfalls keine nennenswerte Rolle gespielt."³¹

²⁹ebenda

³⁰Niederschrift über die 21. Sitzung der RFK vom 9.6.1922; zit. nach Lerg, 1965, S. 128

³¹Georg Reininger: Der deutsche Funkverkehr. Ein Beitrag zur Verkehrswirtschaft der drahtlosen Nachrichtennetze; Halle (Diss.) 1926, S. 38f.; zit. nach Lerg, 1965, S. 207

2. Zwischen Geschäft, Staatssicherheit und Propaganda: Die Genese der inneren Organisation des Weimarer Rundfunks bis zu seiner Neuregelung 1926

Durch die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen der Reichsbehörden in die Mühlen der deutschen Bürokratie geraten, erstreckten sich Einführung und Organisation des Rundfunks in Deutschland nach dem Vorstoß der Industrie noch über mehr als vier Jahre. Zwar konnte nach immerhin eineinhalbjähriger Vorbereitungszeit im Oktober 1923 zunächst in Berlin, und ab März 1924 dann auch im übrigen Reichsgebiet schon ein regelmäßiger Programmbetrieb aufgenommen werden. Erst 1926, mit der sog. Neuregelung des Rundfunks gelang es jedoch, die z.T. recht unterschiedlichen Vorstellungen der an seiner Organisation beteiligten staatlichen und privaten Interessenten - wenigstens vorläufig - zur Deckung zu bringen.

Der Organisationsprozeß des Mediums vollzog sich dabei weitgehend hinter den verschlossenen Türen der Ministerialbürokratie, während die interessierte Öffentlichkeit und selbst das Parlament der Republik besonders bei der Gestaltung der inneren Organisation des Mediums kaum eine Rolle spielten:

"Hier (bei der Einführung des Rundfunks; d.Verf.) fungierte die Öffentlichkeit nicht als Kontrollinstanz. Vielmehr wurde sie zum Theater umfunktioniert, in dem staatliche und private Akteure, nachdem sie sich hinter den Kulissen geeinigt hatten, auftraten, ihre Entscheidungen verkündeten und um Applaus baten."¹

Das Resultat entsprach dann diesem Prozeß seiner Entstehung, so daß der Rundfunk in Deutschland "von allem Anfang an (als) ein Organ der Staatsgewalt"² entstand: Ein bis in alle Details hinein perfekt staatlich kontrolliert und verwalteter Distributionsapparat, an dem die Öffentlichkeit nur am Rande beteiligt war - als Objekt staatlicher Wirtschafts- und Propagandaintressen und als gebührend zahlendes, ansonsten aber schweigendes Publikum.

Um diese Rundfunkordnung und die ihr zugrunde liegenden Interessen verständlich zu machen (was mir sowohl zur Beurteilung ihrer selbst, als auch zur Beurteilung der Kritik der Arbeiterradiobewegung an ihr unerlässlich erscheint) sollen die wesentlichen Schritte ihrer Entstehung hier noch einmal skizziert werden. Dabei soll in diesem Kapitel - trotz der historischen Parallelität beider Prozesse - zunächst nur der Aufbau der inneren Organisationsstrukturen des Mediums behandelt werden, während der äußere Organisationsaufbau,

¹Horst O. Halefeldt: Das erste Medium für alle? Erwartungen an den Hörfunk bei seiner Einführung in Deutschland Anfang der zwanziger Jahre; in: Deutsches Rundfunkarchiv(Hrsg.): Materialien zur Rundfunkgeschichte, Bd. 2: Zur Programmgeschichte des Weimarer Rundfunks; Frankfurt a.M. 1986, S. 111 f.

²James P. Warburg: Deutschland - Brücke oder Schlachtfeld?; Stuttgart 1949, S. 172; zit. nach Lerg, 1965, S. 300

der in der Arbeiterradiobewegung, wie in der Öffentlichkeit überhaupt anfänglich die größere Aufmerksamkeit erheischte, der besseren Übersicht willen dem 3. Kapitel vorbehalten bleibt.³

2.1. Die ersten Rundfunkpläne des RPM

Ausgangsbasis für die Rundfunkplanung im RPM wurde ein Konzessionsantrag, der knapp eine Woche nach dem der Industrie, am 22. Mai 1922 bei der RTV einging. Antragsteller war diesmal die *Deutsche Stunde, Gesellschaft für drahtlose Belehrung und Unterhaltung m.b.H.*, die erst kurz zuvor als Tochterunternehmen der *Eildienst GmbH* von dem Bremer Kaffeefabrikanten und Kunstmäzen Roselius und dem ehem. Legationsrat im Auswärtigen Amt, Ludwig Voss gegründet worden war. Anders als die Industrie hatten Roselius und Voss das Kontrollbedürfnis des Staates von Anfang an in ihre Pläne mit aufgenommen und der Reichspost noch vor Antragstellung einen 50%-igen Stimmanteil an ihrem neuen Unternehmen eingeräumt. Zudem wollten sie sich ausschließlich auf die Herstellung des Programms für das neue Medium beschränken, das dann über den reichseigenen Sender Königs Wusterhausen ausgestrahlt und dem Publikum gegen Zahlung eines geringen, aber gleichwohl profitträchtigen Eintrittsgeldes nur "an öffentlichen Orten durch lautsprechende Telefone"⁴ zugänglich sein sollte.

Dieses "Zentral"- oder "Saalfunkprojekt", das auch den Reichsbehörden zunächst zusagte,

"(...) da hier die Sendestelle unter Aufsicht des Reiches arbeitet und die einzelnen Empfangsstellen ohne größere Schwierigkeiten überwacht werden können (...)"⁵,

erwies sich jedoch nach kurzer Zeit als unrealisierbar, da ein zentral produziertes Programm nach Auffassung des RPM unweigerlich auf den Widerstand der Länderregierungen gestoßen wäre, denen gemäß der Weimarer Verfassung die Kulturhoheit oblag. Zudem waren für einen Saalempfang, der den Interessen der Industrie ohnehin nicht gerecht geworden wäre, auch die technischen Voraussetzungen noch nicht gegeben, denn weder existierten für die in Schulen, Theatern oder Kinos geplanten Vorführungen geeignete Empfänger, noch hinreichend leistungsstarke Lautsprecher. Sowohl in Bezug auf die Programmproduktion, als auch hinsichtlich des Empfangs der Sendungen bedurfte das Konzept der *Deutschen Stunde* daher noch erheblicher Modifikationen.

Um dem befürchteten Einspruch der Länderregierungen vorzubeugen, kamen Reichspost und *Deutsche Stunde* noch im Spätsommer 1922 zunächst überein, die Programmproduktion zu regionalisieren und an neun zu gründende Tochtergesellschaften der *Deutschen Stunde* zu übertragen. Ebenso wie die Muttergesellschaft sollten diese Regionalgesellschaften unter privater Kapitalbeteiligung entstehen, wobei die Post allerdings, um Probleme mit den Programmen möglichst schon im Vorfeld auszuschließen, von den privaten Geldgebern verlangte, daß sie sowohl "angesehen", als auch "parteipolitisch unabhängig", vor allem aber "zuverlässig deutsch"⁶ sein müßten. Darüber hinaus sollte die gewünschte Staatstreue des Rundfunks aber auch durch wirtschaftliche wie inhaltliche Kontrolle der Programmproduktion sichergestellt werden: Die *Deutsche Stunde* sollte sich, und damit auch der Reichspost

³Die folgende Darstellung des Aufbaus der inneren Rundfunkorganisation folgt, soweit nicht anders angegeben, den o.g. Arbeiten W.B. Lergs, die weiterhin verkürzt zitiert werden (vgl. Teil A I, Fußnote 1)

⁴Stellungnahme des RPM zur 21. Sitzung der RFK am 9.6.22; zit. nach Lerg, 1965, S. 367

⁵ebenda

⁶Hans Bredow: Rundfunk-Erinnerungen; unveröffentl. Manuskript; zit. nach Lerg, 1965, S. 136

bei allen Neugründungen eine Kapitalsmehrheit sichern und die von den Gesellschaften hergestellten Programme sollten vor ihrer Ausstrahlung von einer "durch die beteiligten Reichsbehörden einzurichtenden Prüfungsstelle" kontrolliert werden.⁷

Auf Grundlage dieser erweiterten Programmkonzeption kam es dann im Winter 1922/23 auch zu einer Neuregelung der Empfangsseite. Auf der einen Seite kamen Industrie und *Deutsche Stunde* überein, sich das Geschäft mit dem Rundfunk zu teilen: Während die *Deutsche Stunde* jetzt gemeinsam mit ihren Tochtergesellschaften allein für die Programmproduktion verantwortlich sein sollte (was für die Industrie ja ohnehin nur Mittel zum Zweck gewesen wäre), wollten die Funkunternehmen, deren Kreis auf Anraten der Post mittlerweile um die Huth GmbH erweitert worden war, ihre Aktivitäten ausschließlich auf den Bau der für einen regionalen Sendebetrieb notwendigen Sendeanlagen, sowie auf Herstellung und Verkauf von Geräten für den Individualempfang beschränken.

Gleichzeitig erklärten sich jetzt auch die Reichsbehörden zu einer - allerdings kontrollierten - Freigabe des Rundfunkempfangs bereit. In Verhandlungen zwischen RPM und Reichswehrministerium hatte man angesichts der vom Rundfunk erhofften Gewinne für die Staatskasse nämlich plötzlich herausgefunden, daß eine Geheimhaltung des nichtöffentlichen Funkverkehrs, anders als bislang behauptet auch nach einer Freigabe des Funkempfangs durch den Einsatz von Schnelltelegraphie und Chiffriermaschinen durchaus sicherzustellen war. Und andere Formen eines Mißbrauchs privater Empfangsanlagen hoffte man jetzt mit einer Novellierung des alten Telegraphengesetzes, in das "für Funkvergehen schärfere Strafbestimmungen"⁸ eingefügt werden sollten, begegnen zu können.

Die Finanzierung des ganzen Projekts sollte nach den Plänen des RPM jetzt ausschließlich über Gebühren erfolgen, die die RTV - um auch die Gewinne für die Reichspost sicherzustellen - anstelle der von der *Deutschen Stunde* zunächst vorgesehenen Eintrittsgelder von allen Beteiligten erheben sollte: Von den Hörern für die Erteilung einer befristeten staatlichen Empfangsgenehmigung, von der Industrie für die Erlaubnis zum Bau und Verkauf der Empfangsgeräte und von den Programmgesellschaften für die Ausstrahlung ihrer Programme durch die RTV.

Nach knapp einjährigen Verhandlungen lag damit im Frühjahr 1923 erstmals ein Organisationskonzept für das neue Medium vor, das sowohl - durch den geplanten Individualempfang und die vorgesehenen Gebühren - den wirtschaftlichen Interessen von Industrie und Reich, als auch - durch die umfangreiche Kontrolle von Sender, Programm und Empfang - den sicherheitspolitischen Ansprüchen der Reichsbehörden durch gerecht geworden wäre (vgl. Abb. 1)

Trotzdem konnte der Rundfunk auch auf Basis dieses Organisationskonzepts noch nicht eröffnet werden, denn während im RPM bereits die ersten Konzessionsentwürfe ausgearbeitet wurden, Techniker von Post und Industrie über brauchbare, d.h. gegen Mißbrauch gesicherte Musterempfänger konferierte, und die *Deutsche Stunde* noch nach privaten Geldgebern für die Regionalgesellschaften Ausschau hielt, entdeckte im Mai 1923 plötzlich eine weite-

⁷Entwurf des RPM für einen Konzessionsvertrag mit der Deutschen Stunde vom April 1923; zit. nach Lerg, 1965, S. 141; Schon in diesem ersten Organisationsentwurf für den Rundfunk war also eine Vorzensur der Programme geplant, wobei die seitens des RPM hierfür der Öffentlichkeit gegebene Begründung keineswegs originell war: Die Vorzensur sei notwendig, so Bredow im September 1922 gegenüber der Presse, um "(...) der Öffentlichkeit gegenüber die Gewähr zu übernehmen, daß die Veranstaltungen dem Kulturstand des deutschen Volkes entsprechen und überhaupt (,um) die Belange der Öffentlichkeit in jeder Hinsicht zu schützen." (vgl. Lerg, 1965, S. 134) Wieder einmal mußte so die Öffentlichkeit selbst dafür herhalten, daß sie staatlicherseits bevormundet werden sollte.

⁸Lerg, 1965, S. 159; vgl. hierzu auch Teil A,III dieser Arbeit

der bereits zu Beginn des Jahres 20.000 Mark notierte, war nach anfänglicher Stabilisierung ab April des Jahres endgültig in die "Regionen der Milliarden"¹⁰ emporgestiegen.

"Es kamen in Deutschland die wahnwitzigen Monate, in denen man für ein Brot Papierscheine hingeben mußte, auf denen Milliarden oder gar Billionen aufgedruckt waren. Tatsächlich hatte das deutsche Reichsgeld jeden Wert verloren. Die (...) Nutznießer der Inflation, die Finanzspekulanten, Großindustriellen und Großgrundbesitzer hatten goldene Zeiten. (...) Die Opfer der Inflation waren die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfänger."¹¹

Diese wirtschaftliche Misere bestimmte natürlich nachhaltig auch das politische Klima in der Öffentlichkeit und stellte die sozialistenreine Regierung Cuno, und mit ihr die gesamte Gesellschaftsordnung der Republik, vor ernsthafte Legitimationsprobleme. Der Zeitgenosse und Historiker A. Rosenberg charakterisiert die politische Situation im Sommer 1923 rückblickend gar als vorrevolutionär:

"Es hat nie in der neueren deutschen Geschichte einen Zeitabschnitt gegeben, der für eine sozialistische Revolution so günstig gewesen wäre, wie der Sommer 1923. (...) Nicht allein die gesamte Arbeiterschaft empfand von Tag zu Tag deutlicher, daß die Zustände untragbar waren und daß dieses ganze System ein Ende mit Schrecken nehmen müsse, auch der durch die Inflation ausgeraubte Mittelstand war von revolutionärer Gärung erfüllt und wünschte eine Abrechnung mit dem kapitalistischen Schiebertum."¹²

In dieser kritischen Lage mußte dem RMI der in der Funkabteilung der Post vorbereitete Rundfunk für alle als eine willkommene Möglichkeit erscheinen, um die Öffentlichkeit zugunsten des "neutralen Staatsgedanken" und damit letztlich auch zugunsten der diesen Staat verkörpernden Regierung zu beeinflussen. Nachdem man schon zu Beginn der Rundfunkplanung durch das Beharren auf ausschließlich staatlichen Sendebetrieb hierfür die ersten Voraussetzungen geschaffen hatte (vgl. 12 ff.), galt es jetzt, eine Organisationsform für den Rundfunk durchzusetzen, die der Reichsregierung nicht nur die Kontrolle über das neue Medium sicherte, sondern auch eine, für die Öffentlichkeit möglichst unsichtbare positive Einflußnahme auf die Gestaltung der Programminhalte. So hieß denn auch in einem, den Einspruch seiner Behörde erläuternden Schreiben des RMI an seinen Kollegen im RPM vom Juli 1923 deutlich:

"Seit der Staatsumwälzung hat sich immer mehr der Mangel fühlbar gemacht, daß die Reichsregierung nicht über den nötigen Apparat verfügt, um ihre Meinung in der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen. (...) die deutsche Regierung (besitzt) im Unterschied von den Regierungen aller anderen europäischer Länder überhaupt kein offizielles Organ mehr, auf das sie mit Bestimmtheit rechnen kann. Ich muß unter diesen Umständen unbedingt Wert darauf legen, daß alle noch verbleibenden Möglichkeiten hier einen Ersatz zu schaffen, nicht an irgendwelche Privatgesellschaften, deren Einstellung zur jeweiligen Reichsregierung zweifelnd und schwankend ist, vergeben, sondern in erster Linie für das Reich und seinen Einfluß selbst ausgenutzt werden."¹³

In der von Bredow geleiteten Funkabteilung des RPM traf dieses Verlangen allerdings auf erheblichen Widerstand. Auch hier war die Zuspitzung der politischen Krise der Republik

¹⁰ Arthur Rosenberg: Die Geschichte der Weimarer Republik; a.a.O.; S. 128

¹¹ ebd.

¹² ebd., S. 135

¹³ Persönlicher Brief des RMI Rudolf Oeser an den RPM Karl Stingl vom 9.7.1923; zit. nach Lerg, 1965, S. 149

zwar nicht unbemerkt geblieben, anders als im RMI ging man in der Funkabteilung des RPM jedoch davon aus, daß in dieser Situation eine "politische Betätigung den Zusammenbruch des Rundfunks bedeutet"¹⁴ und bestand auf Unabhängigkeit des Mediums:

"In einer Zeit, in der die Parteipolitik das öffentliche Leben vergiftete und alles drunter und drüber ging," -so Bredow später- "hielt ich es für notwendig, den Rundfunk von Regierungen und politischen Parteien möglichst unabhängig zu machen."¹⁵

Diese Unabhängigkeit schloß zwar, wie bereits erläutert, eine staatliche Vorzensur der Programme keineswegs aus; eine aktiv inhaltlich-gestaltende politische Einflußnahme auf den Rundfunk wollte man dem RMI jedoch nicht zubilligen, da man hierdurch die eigenen finanziellen Interessen gefährdet sah. Auch die Zusicherung des RMI, "im Anfang wolle man damit sehr zurückhaltend sein und später auch nur ganz vorsichtig vorgehen, um die Hörer nicht zu verärgern"¹⁶, vermochte die Haltung des RPM nicht zu verändern. Statt dessen plante man hier zwischenzeitlich sogar, einen "reinen Unterhaltungsrundfunk unter Ausschluß von Pressemeldungen und Verbreitung politischer Nachrichten"¹⁷ einzurichten.

2.3. Der erste Kompromiß: Die Berliner Rundfunkordnung vom Oktober 1923

Erst nach monatelangen Verhandlungen zwischen beiden Ministerien, dem Sturz der Regierung Cuno und der Bildung der Großen Koalition unter Gustav Stresemann, konnte sich das RMI dann schließlich doch mit seinen Vorstellungen durchsetzen. Über den Kopf Bredows und seiner Abteilung hinweg einigten sich die beiden neuen Minister, der Sozialdemokrat Sollmann und der Zentrumsabgeordnete Höffle, Anfang Oktober 1923 darauf, sich die behördliche Einflußnahme auf das Rundfunkprogramm zu teilen:

Während die vom RPM kontrollierte *Deutsche Stunde* mit ihren Tochtergesellschaften nur für die Produktion musikalischer und literarischer Sendungen zuständig sein sollte, erhielt eine dem RMI nahestehende und mit Staatsgeldern aus dem Fond zum Schutze der Republik finanzierte Gesellschaft, die *Drahtloser Dienst, AG für Buch und Presse (DRADAG)* das alleinige Recht zur Herstellung und Ausstrahlung von Tagesnachrichten und Programmen politischen Inhalts. Beide Gesellschaften schlossen noch am 12. Oktober 1923 einen dementsprechenden Durchführungsvertrag über die ihnen zu erteilenden Rundfunkkonzessionen und konnten daraufhin schon am 29. Oktober, zunächst sogar ohne einen Konzessionsvertrag den regelmäßigen Sendebetrieb für Berlin und Umgebung aufnehmen.

Knapp einen Monat später, am 24. November 1923, erhielten die beiden Urgesellschaften des deutschen Rundfunks dann von der RTV die formelle Konzessionen, die zunächst ebenfalls nur für Berlin und Umgebung galten und abgesehen von der Tatsache, daß neben der *Deutschen Stunde* jetzt auch eine dem RMI nahestehende Gesellschaft zugelassen wurde, im wesentlichen dem Rundfunkkonzept des RPM vom Frühjahr 1923 entsprachen. So blieben die Sendeanlagen, wie vorgesehen, Eigentum der RTV und beide Gesellschaften bzw. von ihnen zu gründende Tochterunternehmen hatten das produzierte Programm einer staatlichen Kontrolle zu unterziehen. Die vom RPM ursprünglich geplante Vorzensur war in den

¹⁴Vorgeschichte des Rundfunks; Aktenvortrag 1925; zit. nach Lerg, 1965, S. 145

¹⁵Hans Bredow: Im Banne der Ätherwellen, Bd. 2; a.a.O., S. 209; zit nach Lerg, 1965, S. 121

¹⁶Lerg, 1965, S. 151

¹⁷Vorgeschichte des Rundfunks; a.a.O.; zit. nach Lerg, 1965, S. 149

Verträgen allerdings auf die politischen Programmteile beschränkt worden; das übrige Programm sollte jetzt nur noch unter Umständen von einem durch die RTV zu bestellenden Beirat überwacht werden:

"Als Nachrichten allgemeinen Inhalts gelten Vorträge und Vorführungen musikalischer und literarischer Art; Tagesnachrichten sowie Darbietungen politischer Art sind nur mit besonderer Genehmigung der zuständigen Stellen zugelassen. (...) Die RTV behält sich vor, der Geschäftsleitung der Gesellschaft einen Beirat beizuordnen, der die Aufgabe hat, den Dienst soweit er Darbietungen aus Kunst und Wissenschaft umfaßt, vom ästhetischen und kulturellen Standpunkt zu überwachen."¹⁸

In den Konzessionsverträgen war darüber hinaus erstmals auch die Finanzierung der Programmproduktion genau geregelt. Die halbstaatlichen Rundfunkgesellschaften sollten hierzu einen Anteil der durch die RTV erhobenen Gebühren für die Genehmigung der privaten Empfangsanlagen der Hörer erhalten (vgl. Kapitel 3.1.), hatten gleichzeitig jedoch einen Teil des ihnen zugebilligten Gebührenanteils als Nutzungsgebühr für Sendeanlagen und technisches Gerät wieder an die RTV zurückzuzahlen. Ferner durften sie auch nur beschränkte, jährlich steigende Gewinne erwirtschaften und hatten darüber hinausgehende Erträge ebenfalls an die RTV abzuführen, "zur Weiterentwicklung der Funktechnik und des Rundfunkverkehrs"¹⁹.

Durch die Kombination von Ausführungsvertrag und Sendekonzession war so schon zu Beginn des regelmäßigen Programmbetriebs des sog. Unterhaltungsrundfunk ein Organisationsmodell entstanden, das nicht nur, wie noch das RPM-Konzept vom Frühjahr 1923, allein den wirtschaftlichen Interessen von Reichspost und Industrie Rechnung trug und politisch unerwünschte, staatsfeindliche oder gar revolutionäre Inhalte durch Überwachung ausschloß. Schon in dieser ersten, und wie sich noch zeigen sollte, erst halbfertigen Rundfunkorganisation der Weimarer Republik waren vielmehr auch die organisatorischen Voraussetzungen für eine aktive Rundfunkpropaganda von Regierung und Behörden geschaffen.

Dabei wäre es allzu kurzfristig, dem hierin zum Ausdruck kommenden "positiven Interesse des Staates an der inhaltlichen Seite und (...) politisch publizistischen Aufgabe des (...) Rundfunks", wie etwa Soppe²⁰ dies versucht, eine "parlamentarisch-demokratische Zielsetzung" zuschreiben zu wollen. Zwar konnte das staatliche Interesse, den Rundfunk als Propagandainstrument für Regierung und neutralen Staatsgedanken zu organisieren, erst von einem sozialdemokratischen Innenminister durchgesetzt werden, dem ein solches Verständnis sogar nahegelegen haben mag²¹; Im Resultat wurde der Rundfunkorganisation jedoch mit der DRADAG eine politische Sendegesellschaft einverleibt, die gerade nicht durch das Parlament, sondern allein durch das Innenministerium und damit letztlich durch die Regierung kontrolliert werden sollte, also eine regierungsamtliche Nachrichten- und Propagandastelle war. Ebenso wurde auch die Zensur des Programms und die wirtschaftliche Kontrolle über die *Deutsche Stunde* als eher kulturellen Sendegesellschaft nicht etwa durch parlamentarische Gremien, sondern allein von Organen der Exekutive ausgeübt.

Und deren Vorstellungen von den Aufgaben, die das neue Medium erfüllen sollte, hatten, wie das im folgende zitierte Rundschreiben des RPM vom Dezember 1923 deutlich macht,

¹⁸Konzessionsvertrag zwischen RTV und Deutscher Stunde bzw. RTV und DRADAG vom 24.11.23; zit. nach Lerg, 1965, S. 152 f. (Der Vertrag ist hier vollständig wiedergegeben.)

¹⁹ebd.

²⁰August Soppe: Die Einführung des Rundfunks: ...; a.a.O., S. 127

²¹vgl. hierzu die Mutmaßungen Lergs, 1965, S. 146

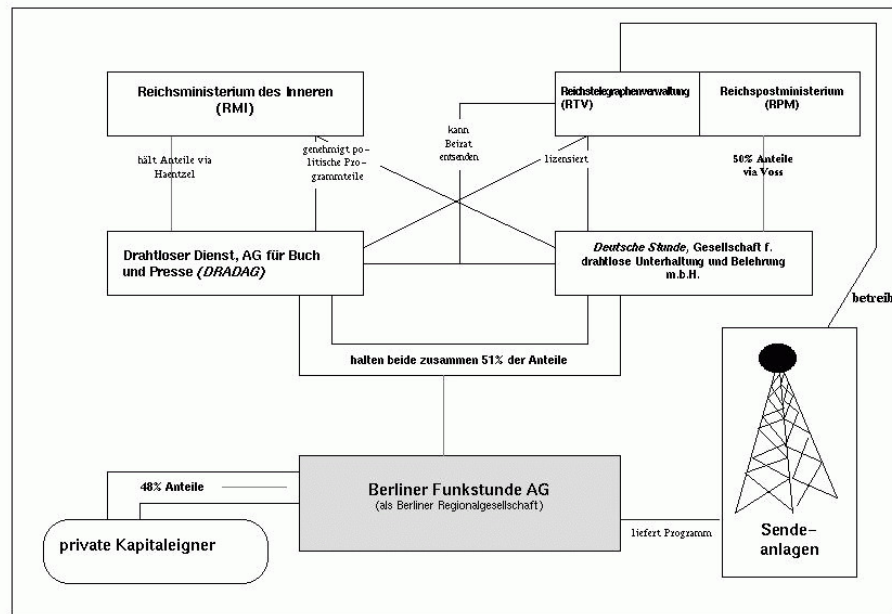


Abbildung 2.2.: Die Berliner Rundfunkordnung vom Oktober 1923

weniger etwas mit parlamentarisch-demokratischen Zielsetzungen zu tun, als mit der Idee eines obrigkeitstaatlichen Verlautbarungsrundfunks:

"Nunmehr ist der Unterhaltungs-Rundfunk ins Leben getreten, dessen Hauptaufgabe folgende sind:

1. Er soll weiteste Kreise des Volkes gute Unterhaltung und Belehrung durch drahtlose Musik, Vorträge und dergl. verschaffen.
2. Er soll dem Reich eine neue wichtige Einnahmequelle erschließen.
3. Durch die neue Einrichtung soll dem Reich und den Ländern die Möglichkeit gegeben werden, an große Kreise der Öffentlichkeit nach Bedarf amtliche Nachrichten auf bequeme Weise zu übermitteln; durch letzteres ist ein Weg beschritten, der für die Staatssicherheit von Bedeutung werden kann."²²

Charakteristisch für die erste deutsche Rundfunkorganisation war allerdings, daß der Einfluß der Reichsbehörden auf die Programmgestaltung vorerst nur mittelbar und dadurch für die Öffentlichkeit weitgehend nicht erkennbar organisiert worden war. Die Zensur des Programms war nicht etwa qua Gesetz oder Regierungsverordnung festgeschrieben worden, sondern nur Bestandteil der nichtöffentlichen Sendekonzessionen der Programmgesellschaften. Und auch der wirtschaftliche Einfluß der Behörden auf diese Gesellschaften war nicht durch eine offene Beteiligung des Reiches, sondern nur durch die Vermittlung von Treuhändern hergestellt worden: Für das RPM hielt nach wie vor der Legationsrat a.D. Ludwig Voss mindestens 50% der Stimmanteile an der *Deutschen Stunde* bereit; und der Einfluß des RMI auf die DRADAG bestand bislang nur mittels des Ministerialrats im RMI, Kurt Haentzel, der an dieser Gesellschaft persönlicher Anteilseigner war. Hinzu kam, daß die beiden Urgesellschaften des Rundfunks, an denen die Reichsbehörden mittelbar beteiligt waren, bei der Programmproduktion gar nicht selbst in Erscheinung traten, sondern diese,

²²Brief des RPM an diverse staatliche Stellen vom 20.12.23; zit. nach Lerg, 1965, S. 188

wie schon im September 1922 geplant, ab Dezember 1923 von den, zunächst noch als gemeinsame 51%-ige Tochterunternehmen von DRADAG und *Deutscher Stunde* gegründeten Regionalgesellschaften übernommen wurde.²³

2.4. Die Interimslösung für das Reichsgebiet (März 1924 - März 1926)

Gerade der zunächst nur unmittelbar hergestellte Einfluß der Reichsbehörden auf das neue Medium erwies sich jedoch schon bald als unzureichend für die staatlichen Interessen und sollte die erste Rundfunkordnung noch zu Fall bringen, bevor die Gründung der neun geplanten Regionalgesellschaften abgeschlossen war.

Bereits anläßlich von notariellen Verhandlungen zur Namensänderung der dem RMI nahestehenden politischen Sendegesellschaft, die ursprünglich nur AG für Buch und Presse geheißen hatte und erst am 16. Oktober 23 ihren neuen Namen erhielt, stellte sich nämlich heraus, daß diese Gesellschaft im Mai 1923 zwar im Einvernehmen und mit finanzieller Unterstützung des seinerzeitigen deutsch-demokratischen RMI entstanden war, daß ihre alleinigen Anteilseigner jedoch zu 60% der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Preußischen Landtag, Ernst Heilmann, und nur zu 40% der schon erwähnte (ohnehin als Radikaldemokrat geltende) Ministerialrat im RMI, Kurt Haentzel waren. Da die Konzessionierung der DRADAG als politischer Sendegesellschaft zudem von einem mittlerweile sozialdemokratisch geführten RMI vorangetrieben und durchgesetzt worden war, erschien die ganze Konstruktion dem im Oktober 23 christlich-national geführten RPM suspekt. Noch vor Eröffnung des regelmäßigen Sendebetriebs mutmaßte man hier den Versuch einer Linksunterwanderung des Rundfunks:

"Als (...) bekannt wurde, daß die DRADAG zwar mit dem Einverständnis des damaligen RMI Richard Oeser, aber ohne direkte Beteiligung seines Amtes gegründet worden war, witterte die Post einen geschickten Vorstoß der Parteikreise, die Heilmann vertrat, und denen Haentzel nahestand. Sie hatte sich schon bei der Formulierung der beiden Konzessionen für die Tätigkeit der Funkstunde (der Berliner Regionalgesellschaft, d. Verf.) vorgesehen, und die Konzessionsträger auf das Sendgebiet dieser Berliner Gesellschaft beschränkt. Die Verträge für die übrigen Gesellschaften waren (...) nur in Aussicht gestellt worden."²⁴

Damit hatte im Oktober 1923 zwar der regelmäßige Programmbetrieb in Berlin als gemeinsames Unternehmen von DRADAG und *Deutscher Stunde* aufgenommen werden können, so daß auch den Propagandaintressen des RMI bereits Rechnung getragen schien. Als beide Urgesellschaften des Rundfunks - entsprechend ihrer im Durchführungsvertrag vom

²³Diese regionalen Sendegesellschaften waren (in der Reihenfolge ihres Sendebeginns): die Berliner Funkstunde AG, gegr. am 10.12.23; die Deutsche Stunde Bayerns GmbH, gegr. 1922 (Sendeb.: 30.2.24, Sitz München); die Mitteldeutsche Rundfunk AG (MIRAG), gegr. 22.1.24 (Sendeb.: 2.3.24, Sitz Leipzig); die Südwestdeutsche Rundfunkdienst AG (SWR), gegr. 7.12.23 (Sendeb.: 1.4.24, Sitz Frankfurt a.M.); die Nordische Rundfunk AG (NORAG), gegr. 16.1.24 (Sendeb.: 2.5.24, Sitz Hamburg); die Süddeutsche Rundfunk AG (SÜRAG), gegr. 3.3.24 (Sendeb.: 11.5.24, Sitz Stuttgart); die Schlesische Funkstunde AG, gegr. 4.4.24 (Sendeb.: 26.5.24, Sitz Breslau); die Ostmarken Rundfunk AG (Orag), gegr. 2.1.24 (Sendeb.: 15.6.24, Sitz Königsberg) und die Westdeutsche Funkstunde AG (WERAG), gegr. 15.9.24 (Sendeb.: 10.10.24, Sitz war wg. der Ruhrbesetzung zunächst Münster, ab 1927 dann Köln). Vgl. Lerg, 1965, S. 210 ff.

²⁴Lerg, 1965, S. 230

12.10.23 getroffenen Vereinbarungen - Anfang 1924 begannen, auch die Regionalgesellschaften außerhalb Berlins als gemeinsame Tochterunternehmen aufzubauen, verweigerte das RPM jedoch, um der gemutmaßten Linksunterwanderung durch die DRADAG Einhalt zu gebieten, eine Lizenzierung dieser Gesellschaften und verhinderte damit die Übertragung des Berliner Rundfunkmodells auf das Reichsgebiet.

Wieder wurde verhandelt, diesmal jedoch unter veränderten Vorzeichen²⁵. Als Reaktion auf die durch Reichskanzler Stresemann angeordnete gewaltsame Absetzung der sog. Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen durch die Reichswehr im Oktober 1923 waren nämlich bereits Anfang November 23 die sozialdemokratischen Minister aus der im August des Jahres gebildeten Großen Koalition ausgetreten, die dann Ende November schließlich durch einen Mißtrauensantrag der SPD gestürzt wurde. Das daraufhin gebildete neue Kabinett Marx, das auch die Neuwahlen 1924 unbeschadet überstehen sollte, war wieder frei von Sozialdemokraten, und der neue RMI, der aus den Reihen der Deutschen Volkspartei (DVP) kommende Karl Jarres, stand den Befürchtungen des RPM natürlich erheblich aufgeschlossener gegenüber, als sein sozialdemokratischer Vorgänger.

Unter diesen Bedingungen gelang es dem RPM noch im Frühjahr 1924, eine vorläufige Interimsorganisation für die regionalen Programmgesellschaften außerhalb Berlins durchzusetzen, die die befürchtete Linksunterwanderung des Rundfunks durch die DRADAG weitgehend ausschloß.

Zunächst einmal verlangte und erhielt das RPM von den beiden Urgesellschaften des Rundfunks, als Vorleistung für eine Konzessionierung des regionalen Sendebetriebs ihrer Tochterunternehmen, einen eigenen 17%-igen Stimmanteil an den regionalen Gesellschaften, so daß die 51%-ige Stimmenmajorität in den Aufsichtsräten dieser Unternehmen jetzt zu gleichen Teilen von je einem Vertreter der *Deutschen Stunde* (Ludwig Voss), der DRADAG (Ernst Heilmann) und des RPM (Ministerialrat H. Giesecke) ausgeübt wurde, und damit der Einfluß der DRADAG erheblich geschmälert war.

Darüber hinaus erhielten die Regionalgesellschaften (mit Ausnahme der *Deutschen Stunde* Bayerns²⁶ dann nicht, wie noch die Berliner Gesellschaft, vermittelt über die beiden Urgesellschaften, sondern direkt vom RPM eine vorläufige Sendegenehmigung. In Erwartung einer formellen Lizenz konnten sie so zwar im Frühjahr und Sommer 1924 den regelmäßigen Sendebetrieb aufnehmen, laut Schreiben des RPM vom 17.3.24 waren sie dabei jedoch ebenso an Weisungen des RPM gebunden, wie an die Bestimmungen der Berliner Konzessionsverträge der beiden Urgesellschaften. Zudem durften sie an keine dieser beiden Gesellschaften Aktien ausgeben, so daß der Durchführungsvertrag zwischen DRADAG und *Deutscher Stunde* vom Oktober 23 für die Programmgesellschaften außerhalb Berlins keine Geltung erlangen konnte, und die weitere Aktivität der DRADAG praktisch blockiert war.

Durch diese Interimsorganisation waren die Regionalgesellschaften zunächst in unmittelbarer Abhängigkeit vom RPM gestellt, während die Einflußmöglichkeiten des RMI auf die Programmproduktion vorerst auf die in den Lizenzverträgen vom November 23 festgelegte Vorzensur der politischen Programmteile, also auf eine bloß passive Kontrolle beschränkt blieben. Damit konnte sie den nach wie vor bestehenden Propagandaintressen des RMI²⁷ auf Dauer natürlich nicht gerecht werden, für die von nun an wieder sozialistenreinen Reichsregierungen Marx (Dezember 23 - Dezember 24 und Mai - Dezember 26) und Luther (Januar 25 - Mai 26) bot sie jedoch den notwendigen politischen und zeitlichen Spielraum für eine grundlegende "Neu"-Regelung des Rundfunks.

²⁵vgl. Arthur Rosenberg: Die Geschichte der Weimarer Republik; a.a.O.; S. 139 ff.

²⁶zur Organisation des Rundfunks in Bayern vgl. Lerg, 1965, S. 252 ff.

²⁷vgl. ebd., S. 234

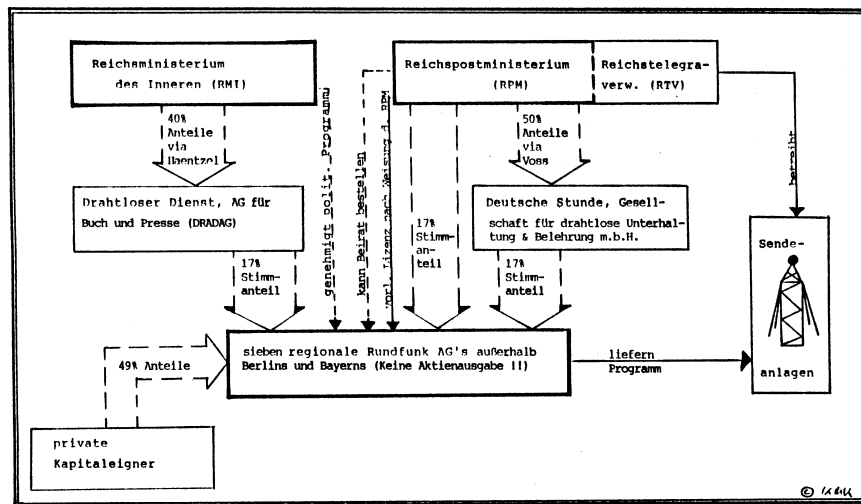


Abbildung 2.3.: Interimslösung für das Reichsgebiet ohne Berlin und Bayern

Vor dem Hintergrund der im Winter 23/24 allmählich einsetzenden wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung konnte im Laufe der folgenden zwei Jahre schließlich eine Rundfunkorganisation errichtet werden, die sowohl die wirtschaftliche Kontrolle des Mediums durch die Reichspost und damit -regierung, als auch seine Nutzung als politisches Propagandainstrument für Reichs- und Länderregierungen gewährleistete, ohne daß hierdurch in der Öffentlichkeit der Mythos von der politischen Neutralität des Rundfunks, wie er von den regierenden Parteien der rechten Mitte gefordert und durch die Rundfunkorganisation vom Oktober 23 produziert worden war, zerstört worden wäre.

2.5. Die sog. Neuregelung des Rundfunks (April 1924 - Sommer 1926)

Grundlage dieser Neuorganisation des Mediums, die im Sommer 1926 einen vorläufigen Ausgleich der staatlichen Interessen am Rundfunk bringen sollte, wurde eine - nach weiteren langwierigen Auseinandersetzungen zwischen RMI und RPM²⁸ schließlich zustande gekommene - formelle Abmachung beider Ministerien "zur Wahrung der Belange der am Rundfunk beteiligten Reichsressorts"²⁹, die die Kompetenzen beider Behörden bei der Organisation des Rundfunks endgültig regelte und im März 1925 auch von der Reichskanzlei gebilligt wurde. Sie legte fest, daß die technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Fragen der Rundfunkorganisation allein von der Reichspost bearbeitet werden sollten, die politische Kontrolle und der politische Einfluß auf die Programmgestaltung hingegen dem RMI, unter Umständen in Zusammenarbeit mit der Reichspressestelle und den Länderregierungen, zufiel. Um den Charakter des Mediums als unpolitischem Unterhaltungsrundfunk

²⁸ Auf diese interministeriellen Auseinandersetzungen, die im Hinblick auf die staatlichen Interessen am Rundfunk nichts Neues bringen, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden; vgl. Lerg, 1965, S. 234 - 243

²⁹ vgl. ebd., S. 243 f., wo diese Abmachung im Wortlaut wiedergegeben ist.

zu wahren, sollte das RMI seinen Einfluß jedoch nur vermittelt über die Reichspost oder eine eigene Nachrichtenstelle, wie z.B. die DRADAG ausüben.

Entsprechend dieser Kompetenzverteilung zwischen beiden Ministerien erfolgte die eigentliche Reorganisation des Rundfunks dann durch ein vom RPM ausgearbeitetes Vertragspaket, das ebenfalls noch im März 1925 von der Reichskanzlei gebilligt wurde und neben den Lizenzverträgen für die regionalen Sendegesellschaften einen Ausführungsvertrag zu diesen Lizenzen und - ebenfalls als Ergänzung zu den Lizenzen - Richtlinien für den Nachrichten- und Vortragsdienst der Gesellschaften enthielt.

Vor seinem Inkrafttreten bedurfte dieses Vertragspaket allerdings abermals erheblicher Modifikationen. Nachdem es den Reichsregierungen nämlich drei Jahre lang gelungen war, die Länder (trotz der ihnen obliegenden Kulturhoheit) von der Organisation des Rundfunks fernzuhalten, erhoben im März und April 1925 die Regierungen Württembergs, Badens und vor allem Bayerns und Preußens doch noch Einspruch gegen die geplante Neuregelung und verlangten ebenfalls Einflußmöglichkeiten aus das Medium. Auch hier hatte man, wie der preußische Ministerpräsident Otto Braun in einem Schreiben an das RMI deutlich erkennen ließ, die Propagandamöglichkeiten des neuen Mediums durchaus erkannt:

"Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das im Rundfunkwesen liegende Beeinflussungsmittel sehr bald eine solche Bedeutung erlangen wird, daß eine Regierung, die darauf keinen maßgeblichen Einfluß hat, überhaupt den Boden unter den Füßen verloren hat. Die preußische Regierung als die Regierung eines Staates mit 25-40 Millionen Seelen kann und wird sich einer solchen Eventualität nicht aussetzen (...)." ³⁰

Tatsächlich gelang es den Ländern nach mehrmonatigen Verhandlungen in den Ausschüssen des Reichsrates ³¹ schließlich, sich erhebliche Einflußmöglichkeiten auf die Programmgestaltung zu sichern. Mit Ausnahme Bayerns, für das aufgrund des Freistaat-Status ohne besondere Regelungen getroffen werden mußten ³², und Preußens, das an der erst 1926 gegründeten und als einzige Gesellschaft reichsweit sendenden Deutsche Welle GmbH eine Minderheitsbeteiligung erhielt, konnten die Länder jedoch keine eigene wirtschaftliche Beteiligung am Rundfunk durchsetzen, so daß die Grundstruktur der neuen Organisation, wie sie im Vertragspaket des RPM vom März 1925 vorgesehen war, weitgehend erhalten blieb.

Im Resultat die innere Organisationsstruktur des Weimarer Rundfunks schließlich folgendermaßen aus (vgl. Abb. 4).

2.5.1. Die wirtschaftliche Organisation des Mediums

Die wirtschaftliche Struktur des Rundfunks wurde hauptsächlich durch den vom RPM ausgearbeiteten Ausführungsvertrag zu den Sendelizenzen festgelegt, dessen Unterzeichnung durch die regionalen Sendegesellschaften Vorbedingung für den Erhalt einer Lizenz darstellte ³³.

Hierin verpflichteten sich die Gesellschaften, einem Treuhänder des RPM 51% ihres Aktienkapitals zu übertragen, wobei 17% für die Reichspost selbst und 34% zur Befriedigung

³⁰Brief des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun an das RMI vom 25.7.25; zit. nach Hans Bausch: Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923-1933; Tübingen 1956, S. 199 f.

³¹Auch diese Verhandlungen können im Rahmen dieser Arbeit nur erwähnt, nicht aber dargestellt werden; vgl. hierzu Lerg, 1965, S. 252 ff.

³²vgl. Fußnote 26

³³Ausführungsvertrag vollständig und im Wortlaut wiedergegeben bei Lerg, 1965, S. 245 ff.

eventuell auftretender Ansprüche anderer staatlicher Stellen bestimmt waren. Die Verfügungsgewalt über die Rundfunkgesellschaften lag jedoch in jedem Fall allein beim RPM, da die Gesellschaften sicherzustellen hatten,

"(...) daß die D(eutsche) R(eichs-) P(ost) Aktien erhält, mit denen ein Stimmrecht von mindestens 51 v.H. aller Stimmen verbunden ist."³⁴

Als Treuhänder ihrer Mehrheitsanteile am Rundfunk bestimmte das RPM in § 3 des Vertrags dann eine von den Rundfunkgesellschaften gemeinsam zu gründende Reichsrundfunkgesellschaft (RRG), die als Dachorganisation des Mediums jetzt die ursprünglich für die *Deutsche Stunde* vorgesehene Stellung einnahm³⁵ und neben der wirtschaftlichen Kontrolle ihrer Tochterunternehmen auch die gemeinsamen Interessen der Programmgesellschaften in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht, wie z.B. einen Finanzausgleich zwischen den Gesellschaften, wahrnehmen sollte. Gemäß Ausführungsvertrag sollte sie von den regionalen Gesellschaften finanziert werden, ihre Rechte aus ihrem 51%-igen Anteil an diesen durfte sie jedoch "nur nach vorheriger Zustimmung der DRP"³⁶ wahrnehmen. Zudem hatten die Regionalgesellschaften selbst dafür Sorge zu tragen, daß die RRG ihrerseits 51% ihres Aktienkapitals an die Reichspost übertrug, so daß die RRG schon bei ihrer Gründung im Februar 1926 voll unter Kontrolle des RPM stand.

Interessenvertreter der Post auf der Gesellschafterversammlung der RRG wurde Hans Bredow, der zu diesem Zweck die Funkabteilung des RPM verließ und ab Juni 1926 als vertraglich verpflichteter Rundfunkkommissar des RPM die laufende Geschäftsführung der RRG und ihrer Tochtergesellschaften zu überwachen und dafür zu sorgen hatte, daß diese ihren Verpflichtungen gegenüber der Post auch nachkam. Zugleich wurde Bredow Vorsitzender des Verwaltungsrats der RRG, so daß er nach beiden Seiten hin die maßgebliche Vermittlungsinstanz zwischen Post und RRG einnahm, und Komplikationen zwischen den Rundfunkgesellschaften und dem RPM schon im Vorfeld ausgeschlossen werden konnten.

Im Rahmen dieser wirtschaftlichen Organisationsstruktur des Rundfunks regelte der Ausführungsvertrag zu den Sendelizenzen auch abschließend die Finanzierung der Sendegesellschaften, wobei das Finanzierungsmodell der Berliner Rundfunkordnung vom Oktober 1923, das den wirtschaftlichen Interessen des Reiches ja bereits gerecht geworden war, im wesentlichen erhalten blieb. Nach wie vor erhielten die Gesellschaften, jetzt allerdings vermittelt durch die RRG, einen Teil des Gebührenaufkommens aus der Erteilung der Empfangsgenehmigungen der Hörer, hatten hiervon jedoch eine monatliche Gebühr für die ihnen von der RTV zur Verfügung gestellten Sendeeinrichtungen und Kabelverbindungen wieder zurückzuzahlen und mußten zudem für sämtliche Nebenkosten von Sender und Studios aufkommen. Nach wie vor durften die Regionalgesellschaften, die ja zu 49% noch private, an Gewinn interessierte Unternehmen waren, auch nur beschränkte, jetzt maximal 10%-ige Dividenden ausschütten und mußten darüber hinausgehende Gewinne an die Reichspost abführen. Die RRG hingegen durfte als gemeinnütziges Unternehmen keinerlei Gewinne

³⁴ ebd., § 2

³⁵ Ihren ursprünglichen Plan, die Deutsche Stunde als zentrale durch die Post kontrollierte Muttergesellschaft des Rundfunks zu etablieren, konnte die Reichspost nicht realisieren, da es ihr nicht gelang, ihre, ihr bislang nur zugesagten Anteile an dem Unternehmen auch tatsächlich zu erhalten. Zwar konnte das RPM im Februar 25 seinen Treuhänder und 50%-igen Anteilseigner der Gesellschaft, Ludwig Voss auch vertraglich ans RPM binden; durch Intervention der Presseabteilung der Reichsregierung, deren Gründe bis heute weitgehend ungeklärt sind, gelangten die restlichen 50% Anteile jedoch in den Besitz des Reichsverbandes der Deutschen Presse, so daß eine Kontrolle der Gesellschaft durch die Post nur noch bedingt gewährleistet war, und die vom RPM angestrebte Wirtschaftsführung über den Rundfunk nur noch durch Ausschaltung der Deutschen Stunde erreicht werden konnte. vgl. Lerg, 1965, S. 240 f.

³⁶ Ausführungsvertrag, a.a.O., § 3

ausschütten, sondern hatte ihre Überschüsse zum Aufbau eines, durch das RPM kontrollierten Reservefonds zur Förderung des Rundfunks zu verwenden.³⁷

2.5.2. Die politische Organisation des Mediums

Während die Wirtschaftsführung und technische Weiterentwicklung des Rundfunks nach seiner Neuorganisation vollständig und allein der Kontrolle des RPM oblag, stand er politisch - entsprechend der Abmachung beider Ministerien vom März 1925 - hauptsächlich unter dem Kuratel des RMI, das seine Kompetenzen - als Resultat des Einspruchs der Länder - jedoch mit den jeweils zuständigen Landesregierungen teilen mußte. Beiden oblag dabei nicht nur die politische Kontrolle über das gesamte Rundfunkprogramm, die jetzt ebenso wie die wirtschaftliche Kontrolle des Mediums für die Öffentlichkeit relativ offensichtlich geregelt war. Sowohl Reichs- wie Landesregierung(en) erhielten darüber hinaus auch die positiven Einflußmöglichkeiten auf die Programmgestaltung, die das RMI seit Sommer 1923 angestrebt hatte.

Gemäß Art. 3 der Sendelizenzen³⁸ wurden zur laufenden Überwachung des Rundfunkprogramms bei jeder Regionalgesellschaft zwei Kontroll- bzw. Zensurgremien eingerichtet, deren Mitglieder ausschließlich durch die Reichsregierung und die jeweils zuständige Landesregierung(en) ernannt wurden, und deren weitreichende Kompetenzen in gesonderten Bestimmungen ausführlich geregelt waren.³⁹

Für die Kontrolle der aktuellen und politischen Darbietungen der Sendegesellschaften war danach ein sog. politischer Überwachungsausschuß zuständig, der "in der Regel"⁴⁰ aus drei Mitgliedern bestand, von denen eines das RMI und zwei die zuständige(n) Landesregierung(en) entsandte. Sie gehörten automatisch dem Aufsichtsrat der Gesellschaft an, die sich in allen "politischen Fragen der Programmgestaltung"⁴¹ mit ihnen in Verbindung zu setzen und ihre Entscheidung abzuwarten hatten. Darüber hinaus bedurfte auch die Anstellung des für die Programmgestaltung zuständigen Vorstandsmitglied der Gesellschaft der Zustimmung des Überwachungsausschusses. Er mußte zudem über alle Beschwerden über politische Darbietungen in Kenntnis gesetzt werden und konnte gegen das geplante Programm ganz oder in Teilen für die Gesellschaft verbindlichen Einspruch erheben. Ausgeschlossen von diesem Einspruchsrecht waren nur Darbietungen, "bei denen es sich lediglich um Fragen der Kunst, Wissenschaft oder Volksbildung handelt"⁴².

Die Behandlung solcher Fragen oblag dann dem zweiten Kontrollgremium, dem sog. Kulturbeirat der Sendegesellschaften. Er setzte sich aus drei bis sieben ehrenamtlichen Mitgliedern aus Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zusammen, die nach Anhörung der Gesellschaft und im Einvernehmen mit dem RMI von den zuständigen Landesregierungen bestellt wurden und bei Bedarf um je einen Vertreter von Reichs- und Landesregierung(en) erweitert werden konnte. Anders als der Überwachungsausschuß sollte dieses Gremium das kulturelle Programm des Senders nicht nur überwachen, sondern auch selbst Vorschläge zu seiner

³⁷ vgl. ebd.

³⁸ Genehmigung zur Benutzung einer Funksendeanlage der DRP für die Zwecke des Unterhaltungsrundfunks vom 4.3.1926; im Wortlaut bei Hans Bredow: Vier Jahre deutscher Rundfunk; Hrsg. von der RRG, Berlin o.J.(1927), S. 31 ff.

³⁹ Bestimmungen für den Überwachungsausschuß der Sendegesellschaften und Bestimmungen über den kulturellen Beirat der Sendegesellschaften; beide vollständig und im Wortlaut bei Lerg, 1965, S. 370 ff.

⁴⁰ Genehmigung zur Benutzung einer Funksendeanlage der DRP für die Zwecke des Unterhaltungsrundfunk v. 4.3.26; a.a.O., Art. 3

⁴¹ Bestimmungen für den Überwachungsausschuß ...; a.a.O., Ziffer 3

⁴² ebd., Ziffer 6

Gestaltung vorlegen. Zu diesem Zweck mußte ihm von den Sendegesellschaften laufend ein Programmplan unterbreitet werden, auf Nachfrage auch eine Inhaltsangabe bzw. der Wortlaut einzelner Sendungen, und ebenso wie der Überwachungsausschuß konnte der Kulturbeirat gegen das Programm oder Teile davon Einspruch erheben. Darüber hinaus sollte der Kulturbeirat aber auch Zuarbeit für den Überwachungsausschuß leisten, darauf achten, "daß Parteipolitik bei den Darbietungen ausgeschaltet bleibt(...)"⁴³, und in Zweifelsfällen rechtzeitig den Überwachungsausschuß einschalten.

Neben diesen beiden, direkt bei den Sendegesellschaften tätigen Kontrollorganen, deren Entscheidungen entsprechend der politischen Couleur der jeweils zuständigen Landesregierungen und entsprechend der Persönlichkeit der ihnen angehörenden Mitglieder von Gesellschaft zu Gesellschaft durchaus unterschiedlich ausfallen konnten⁴⁴, waren gemäß Art. 2 der Sendelizenzen zusätzlich noch reichseinheitliche Richtlinien für den Nachrichten- und Vortragsdienst⁴⁵ für die Programmgestaltung maßgebend. Diese Richtlinien legten zur Beruhigung von Öffentlichkeit und Parlament zwar fest, daß "(d)er Rundfunk keiner Partei (dient)" und "(s)ein gesamter Nachrichten- und Vortragsdienst (...) daher streng überparteilich zu gestalten (sei)"⁴⁶.

Gleichzeitig bildeten sie jedoch für Reichs- und Landesregierungen die rechtliche Grundlage für die erwünschte positive Einflußnahme auf die Programmgestaltung des Rundfunks, also für seine Nutzung als - durchaus parteiliches - Propagandainstrument. So waren die zuständigen Landesregierungen nach Ziffer 3 und 5 der Richtlinien berechtigt, den Gesellschaften sog. Auflagennachrichten und -vorträgen zuzuleiten, die diese "unverzüglich, unverkürzt, unverändert und unentgeltlich"⁴⁷ verbreiten mußten, ohne daß in diesem Fall Kulturbeirat oder Überwachungsausschuß ein Einspruchsrecht hatten. Darüber hinaus durften die Gesellschaften mit Ausnahme von Sport-, Wetter, Wirtschafts- und lokalen Meldungen nur solche Nachrichten verbreiten, die ihr von einer durch das RMI benannten Nachrichtenstelle, nämlich der DRADAG vermittelt worden waren, die ebenfalls das Recht hatte, die Gesellschaften zur Verbreitung von Auflagennachrichten und -vorträgen zu verpflichten.⁴⁸

Bis zu ihrer Anerkennung als staatlicher Nachrichtenstelle des Rundfunks im Juli 1926 wurde die Organisation der DRADAG allerdings noch erheblich modifiziert, so daß die Gesellschaft schließlich wieder vollständig unter Kontrolle der Reichsregierung stand. Als Resultat der langwierigen Auseinandersetzungen zwischen RMI und RPM wurde hierzu jedoch eine derart verwinkelte Organisationsstruktur geschaffen, daß für die Öffentlichkeit der maßgebliche Einfluß der Regierung auf die DRADAG kaum noch erkennbar war.

Noch im Winter 1924/25 wurde in einem ersten Schritt erneut eine verdeckte wirtschaftliche Beteiligung des Reiches an der DRADAG, mittels eines neuen, diesmal allerdings vertraglich an RMI gebundenen Treuhänders, des Justizrats Dr. F.W. Erlinghagen hergestellt, dem im Dezember 1924 die Mehrheitsanteile an dem Unternehmen übereignet wurden.⁴⁹ Diese allein schon weitgehend nichtöffentliche Konstruktion der staatlichen Kontrolle über die

⁴³ Bestimmungen über den kulturellen Beirat ...; a.a.O.; Ziffer 10

⁴⁴ Tatsächlich entwickelte sich die Arbeit der Überwachungsgremien bei den verschiedenen Sendegesellschaften durchaus unterschiedlich. Vgl. hierzu: Lerg, 1980, S. 376 ff. u. S. 398 ff., und: Sibylle Grube: Die staatliche Programmüberwachung bei der Süddeutschen Rundfunk AG in Stuttgart 1926 - 1933; in: W.B. Lerg, Rolf Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923 - 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung; Berlin 1975, S. 19 ff.

⁴⁵ Richtlinien für den Nachrichten- und Vortragsdienst der Sendegesellschaften von 1926; vollständig wiedergegeben bei: Lerg, 1965, S. 369 f.

⁴⁶ ebd., Ziffer 1

⁴⁷ ebd., Ziffer 5

⁴⁸ ebd., Ziffer 5

⁴⁹ vgl. Lerg, 1965, S. 238 ff.; Bei dieser Transaktion konnte allerdings nicht verhindert werden, daß der ehem.

DRADAG stellte das RPM, das wegen seiner wirtschaftlichen Interessen sehr um den öffentlichen Ruf des unpolitischen Unterhaltungsrundfunks bemüht war, jedoch noch nicht zufrieden. Hier war man der Ansicht, daß die

"(...) in der Gesellschaft Drahtloser Dienst getroffenen Maßnahmen noch nicht die Gewähr dafür bieten, daß die Presse nicht schwere Angriffe gegen das Reichskabinett und die Reichspost erhebt."⁵⁰

In einem zweiten Schritt machte das RMI deshalb seinen wirtschaftlichen Einfluß auf die DRADAG bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates praktisch wieder rückgängig, so daß die Entstehung eines öffentlichen Erscheinungsbilds der Gesellschaft als regierungsamtlicher Nachrichtenagentur des Rundfunks weitgehend ausgeschlossen war. Zwar behielt die Behörde ihre 51% Anteilsmajorität an der Agentur; die zu dieser Anteilsmajorität gehörenden Sitze im Aufsichtsrat der Gesellschaft teilten sich neben nur zwei Vertretern der Reichsregierung und einem Vertreter der von ihr kontrollierten RRG jedoch in erster Linie acht Vertreter verschiedener Landesregierungen und acht Vertreter der staatstragenden Parlamentsparteien (DVP, DNVP, Zentrum, Bayr. Volkspartei, Wirtschaftspartei d. deutschen Mittelstands, DDP und SPD), so daß die Reichsregierung ihren Einfluß auf dieses Gremium weitgehend eingebüßt zu haben schien.⁵¹

Tatsächlich wurde die Kontrolle der Reichsregierung über die DRADAG jedoch in einem dritten Schritt wiederhergestellt, und zwar durch gesondert festgelegte Bedingungen, die von Seiten des RMI an eine Anerkennung der Gesellschaft als Nachrichtenstelle des Rundfunks geknüpft wurden⁵². Diese Bedingungen, die der Aufsichtsrat der Gesellschaft noch vor deren Anerkennung als Nachrichtenstelle akzeptieren mußte, legten fest, daß die DRADAG ihre Tätigkeit "in enger Fühlungnahme mit der Presseabteilung der Reichsregierung"⁵³ und entsprechend der auch für die regionalen Gesellschaften geltenden Richtlinien durchzuführen hatten, wobei die Gesellschaft verpflichtet war, Auflagennachrichten und -vorträge, die ihr von den Reichsbehörden übermittelt wurden, "unverzüglich, unverkürzt und unverändert"⁵⁴ an die Regionalgesellschaften, ebenfalls als Auflagennachrichten und -vorträge, weiterzuleiten. Darüber hinaus erhielt das RMI auch weitgehende Rechte bei der Personalpolitik der DRADAG: Alle Personalverträge bedurften fortan einer Genehmigung des Ministeriums, und diesem nicht genehme Vorstandsmitglieder oder Angestellte der Gesellschaft waren auf Wunsch des RMI "ganz oder in Grenzen"⁵⁵ von der Arbeit in der Nachrichtenstelle auszuschließen

Vorstand der DRADAG, Ernst Heilmann seinen ihm verbliebenen Minderheitsanteil von 49% an den Journalistenverband Reichsverband der Deutschen Presse veräußerte. Dieser wiederum verkaufte einen Großteil der Minderheitsanteile auf Wunsch des RMI an diverse Verlage und Presseagenturen, die fortan die Minderheitsaktionäre an der DRADAG blieben.

⁵⁰Vorgeschichte des Rundfunks; zit. nach Lerg, 1965, S. 235

⁵¹Zu den ersten Plänen des RMI in diese Richtung vgl. Hans Bausch: Der Rundfunk im politischen Kräftespiel ...; a.a.O., S. 34; zur endgültigen Zusammensetzung des Aufsichtsrats der DRADAG vgl. Lerg, 1965, S. 262 f.

⁵²Diese Bedingungen für die Anerkennung der DRADAG als Nachrichtenstelle des Rundfunks sind enthalten im Brief des RMI an die DRADAG vom 8.4.26 und im Wortlaut wiedergegeben bei Lerg, 1965, S. 264 f.; Die DRADAG akzeptierte die Bedingungen mit dem Antwortschreiben an das RMI vom 24.7.26 (vgl. Lerg, 1965, S.265)

⁵³Bedingungen für die Anerkennung der DRADAG als Nachrichtenstelle des Rundfunks, a.a.O., Ziffer 4

⁵⁴ebd., Ziffer 5

⁵⁵ebd., Ziffer 6

3. Zwischen Freigabe des Funkempfangs und Disziplinierung des Publikums: Die Entstehung der äußeren Organisation des Weimarer Rundfunks

Der Aufbau einer möglichst staatsnahen und behördlicherseits möglichst umfassend kontrollierten Organisation von Programmproduktion und Sendebetrieb war keineswegs die einzige Aufgabe, vor die sich die Reichsbehörden bei Einführung des Rundfunks gestellt sahen. Spätestens nachdem sich das anfänglich von Post und *Deutscher Stunde* verfolgte Saalfunkprojekt im Winter 22/23 zerschlagen hatte (vgl. S. 17), bedurfte es darüber hinaus auch einer, wenigstens teilweisen Freigabe des privaten Funkempfangs, damit das neue Medium überhaupt gehört werden konnte.

In Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Interessen am Rundfunk und nicht zuletzt auch aus wirtschaftlichen Gründen mußte bei diesem Schritt aus Sicht der Behörden jedoch zugleich eine staatliche Kontrolle über den privaten Funkempfang gewährleistet werden; und zwar in dreifacher Hinsicht¹:

1. galt es sicherzustellen, daß die privaten Empfangsgeräte auch nach einer Freigabe des Funkempfangs nur mit Genehmigung der Reichsbehörden betrieben werden dürften (Genehmigungspflicht), da nur so die Möglichkeit ihrer behördlichen Überwachung und die Voraussetzung zur Erhebung der gewinnbringenden Gebühren gegeben war;
2. mußte verhindert werden, daß die zum Zwecke des Rundfunkempfangs behördlicherseits genehmigten Geräte zu geheimen, der staatlichen Kontrolle entzogenen Sendeanlagen umgebaut werden konnten (Sendeverbot), was insbesondere bei selbstgebauten Geräten technisch durchaus möglich war²; und

¹vgl. Lerg 1965, S. 154 ff., S. 161 f. und S. 176 ff.; zu den Punkten 1 und 3 hieß es etwa in einem Rundschreiben des RPM an den Reichspräsidenten, die Reichskanzlei und diverse andere Dienststellen v. 20.12.23: "Rücksichten der Staatssicherheit fordern, daß eine Überwachung darüber besteht, daß nur solche Landesbewohner Apparate in Besitz und Betrieb haben, die nach den gesetzlichen Bestimmungen Funkstellen betreiben dürfen und ferner, daß die Inhaber von Funkempfangsanlagen auch nur das aufnehmen, was für sie bestimmt ist."

²Diese Möglichkeit bestand insbesondere bei selbstgebauten Röhrenempfängern, auch wenn sie ausschließlich für den Empfang konzipiert waren, und ergab sich aus den technischen Eigenschaften eines wesentlichen Bauteils dieser Geräte, nämlich der sog. Rückkopplungsschaltung. Sie hatte die Aufgabe, die eingehenden Signale zu verstärken; bei zufällig oder gezielt unsachgemäßem Gebrauch der Geräte konnte sie aber auch dazu dienen, um von ihr zur Verstärkung eingehender Signale produzierte Eigenschwingungen unkontrolliert über die Empfangsantenne auszustrahlen, so daß aus dem Empfänger ein - allerdings unmodulierter - Sender wurde. (vgl. den Artikel: Gegen schwingende Empfänger; in: Der deutsche Rundfunk. Rundschau und Programm für alle Funk-Teilnehmer. Zeitschrift der am deutschen Rundfunk beteiligten Kreise; Berlin, 2. Jg. 1924, Nr. 9, S. 280) Den Reichsbehörden war dieser technische Sachverhalt natürlich bekannt, so daß die hieraus resultierende Gefahr von Störungen des Funkverkehrs bei industriell gefertigten Geräten

3. mußte ausgeschlossen werden, daß mit den genehmigten Empfangsgeräten etwas anderes gehört werden konnte, als das unter staatlichem Einfluß und staatlicher Kontrolle produzierte Rundfunkprogramm, nämlich z.B. die nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Übertragungen des Polizei- und Militärfunks, oder des Telegrammdienstes der Post.

Während der letzte dieser Punkte, die Geheimhaltung des nichtöffentlichen Funkverkehrs durch die beschleunigte Einführung technischer Neuerungen, wie Schnelltelegraphie und Chiffriermaschinen, relativ problemlos zu bewältigen war, bereitete den Reichsbehörden die Durchsetzung von Genehmigungspflicht und Sende- und Empfangsverbot erhebliche, vor allem rechtliche Schwierigkeiten.

Schon zu Beginn der Rundfunkplanung hatte sich nämlich herausgestellt³, daß das alte, nach wie vor gültige Telegraphengesetz von 1908, demzufolge "Funkanlage zur Vermittlung von Nachrichten" einer Genehmigung des Reiches bedurften, keine ausreichende Grundlage für die angestrebte Genehmigungspflicht von Rundfunkempfangsgeräten bot, da es in der Rechtsprechung umstritten war, ob solche Geräte überhaupt als Anlagen zur Vermittlung von Nachrichten betrachtet werden könnten. Darüber hinaus enthielt das Gesetz zwar ein eindeutiges, und auch in der Rechtsprechung unumstrittenes Verbot unbefugten Sendebetriebs; im Falle eines Verstoßes gegen seine Bestimmungen bot es aber nur wenig Möglichkeiten für effektive Strafverfolgung, so daß bei einer massenhaften Verbreitung von Rundfunkempfangsgeräten praktisch weder ein Umbau der Geräte zu Sendern, noch ihre unerlaubte Nutzung ausgeschlossen werden konnte.

Trotz dieser Unzulänglichkeiten des alten Telegraphengesetzes kam eine von den Reichsbehörden zunächst angestrebte gesetzliche Neuregelung des Funkwesens bis zur Einführung des Rundfunks (bedingt durch die wechselhaften politischen Verhältnisse in dieser Zeit) jedoch nicht zustande, so daß die Freigabe des Rundfunkempfangs im Oktober 1923 zunächst nur auf Basis des alten Gesetzes und durch behördliche Verfügungen erfolgen konnte. Erst im Nachhinein - und nicht ohne gesellschaftliche Auseinandersetzungen - gelang es dann, auch die gesetzlichen Voraussetzungen für die erlassenen Bestimmungen zu schaffen⁴.

technisch ausgeschaltet werden konnte. Bei selbstgebastelten Geräten fürchteten die Behörden aber, daß durch gezielte Nutzung der Sendemöglichkeit ein geheimes Nachrichtennetz auf funkentelegraphischer Basis errichtet werden könnte. Im April 1924 schrieb Bredow hierzu im Deutschen Rundfunk: "Ein großer Teil dieser Empfangsanlagen (gemeint sind die selbstgebauten Geräte der Radioamateure; d. Verf.) ist bedauerlicherweise so eingerichtet, daß sie auch Sendeschwingungen erzeugen, also außer zum Empfang von Nachrichten bei Verwendung bestimmter Anordnungen auch zur Herstellung telegraphischer Funkverbindungen benutzt werden können. Die Tatsache, daß auf diese Weise ein ganzes Netz von geheimen Verbindungen unabhängig von den staatlichen Nachrichtenverbindungen hergestellt werden könnte, ist für die öffentliche Sicherheit eines Landes, das (...) in einem Zustande politischer Hochspannung lebt, gerade in der Zeit vor den Reichstagswahlen eine schwere Belastung." (Hans Bredow: Die Neuregelung des Rundfunks; in: Der deutsche Rundfunk ...; Berlin, 2. Jg. 1924, Nr. 14, S. 601 ff.)

³vgl. Lerg, 1965, S. 158 f.

⁴Diese im folgenden genauer dargestellte Entwicklung ist aus Sicht der Behörden ausführlich beschrieben bei Lerg, 1965, S. 158 ff. und S. 177 ff. Auch meine Darstellung folgt, soweit behördliches Handeln erörtert wird, dieser an Ausführlichkeit unübertroffenen Darstellung. Anders als bei Lerg soll im Folgenden jedoch versucht werden, den Disziplinierungsprozeß des Publikums nicht allein aus Sicht der Behörden und ihrer Nöte darzustellen, sondern als gesellschaftliche Auseinandersetzung um etwas, was heute selbstverständlich scheint, Anfang der zwanziger Jahre aber erst mühsam hergestellt werden mußte, nämlich die Etablierung des Rundfunks als einseitigen Kommunikationsinstrument.

3.1. Die Rundfunkempfangsregelung vom Oktober 1923

Rechtsgrundlage für den Rundfunkempfang war zunächst nur die bloße Verfügung des RPM, Nr. 815: Über die Einführung des Unterhaltungsrundfunks in Deutschland⁵, die am 24.10.23 der Presse und den betroffenen Postdienststellen zugeht und vor allem die Modalitäten der Empfangsgenehmigung regelte. Die Erteilung einer Rundfunkempfangsgenehmigung, die sowohl an ein bestimmtes Gerät, als auch an eine bestimmte Person gebunden war, erfolgte danach in der Regel durch das zuständige Fernsprechamt, für Händler, die Geräte vertreiben wollten, und für Ausländer sogar durch die jeweilige Oberpostdirektion. Genehmigt werden durften nur solche Geräte, die von bestimmten, vom RPM hierzu befugten Firmen hergestellt, von der Reichstelegraphenverwaltung (RTV) geprüft und mit dem Stempel RTV versehen waren. Und, wie geplant, war die Erteilung einer Genehmigung, ebenso wie ihre nach Ablauf eines Jahres erforderliche Erneuerung natürlich gebührenpflichtig.

Die Bestimmungen zur Genehmigungserteilung wurden ergänzt durch gesonderte Bedingungen für die Nutzung der genehmigten Empfangsgeräte, die in der Genehmigungsurkunde enthalten waren und eine Kontrolle der Behörden über den Funkempfang sicherstellen sollten⁶. Schon einleitend wurden die frischgebackenen Rundfunkteilnehmer hier darüber aufgeklärt, daß sie die ihnen zuteil gewordene Erlaubnis zum Radiohören allenfalls als Gnadenakt zu verstehen hatten, aus dem ihnen keinesfalls irgendwelche Rechte erwachsen:

"Die Benutzung und der Betrieb drahtloser Empfangsanlagen in Deutschland (...)", so hieß es hier ungeachtet der unklaren Rechtslage, "(...) ist alleiniges Recht der Reichstelegraphenverwaltung (RTV) und daher für jeden anderen verboten. Für den besonderen Zweck des Rundfunks wird jedoch der Betrieb einer Empfangsanlage unter den nachstehenden Bedingungen gestattet."⁷

Die Bedingungen entsprachen dann dem Tonfall der Einleitung: Die RTV behielt sich das recht vor, die genehmigte Benutzung der Empfangsgeräte jederzeit wieder einzuschränken. Die Teilnehmer durften nur die Übertragungen der von der RTV lizenzierten und kontrollierten deutschen Rundfunkgesellschaften empfangen, hatten bei anderen Sendungen also wegzuhören. Jegliche Änderung an Gerät und Zubehör waren ihnen strengstens untersagt. Und schließlich, damit all dies auch kontrolliert werden konnte, mußten die Teilnehmer den Beamten der RTV sogar das Recht einräumen, "(...) zur Prüfung die Räume und Grundstücksteile, in denen der Rundfunkempfänger und sein Zubehör sich befinden, zu betreten."⁸

3.2. Radiobastler und Schwarzhörer: Das widerspenstige Publikum

Das in der ersten Empfangsregelung eng geknüpfte Netz von Auflagen, Verboten und Bedingungen, für das, wie erläutert, nur eine sehr dünne gesetzliche Grundlage bestand, brachte allerdings noch nicht die von den Reichsbehörden angestrebte Ordnung des Rundfunkempfangs. Bedingt durch die technische Faszination, die weite Teile der Bevölkerung dem neuen Medium entgegenbrachten⁹, wurde Radiohören dort, wo es möglich war, zwar noch im

⁵zum Inhalt dieser Verfügung vgl. Lerg, 1965, S. 162 f.

⁶Diese Bedingungen sind im Faksimile abgedruckt bei Lerg, 1965, S. 373; sie wurden dem Rundfunkteilnehmer noch gesondert erläutert in einem zusammen mit der Genehmigungsurkunde ausgehändigten Merkblatt für die Genehmigung von Rundfunkempfangsanlagen, das ebenfalls bei Lerg (1965, S. 374) abgedruckt ist.

⁷ebd., S. 373

⁸ebd., Ziffer 7

⁹vgl. Lerg, 1965, S. 266 ff.

Winter 23/24 "nachgerade Mode"¹⁰; der von der Post erwartete rasche Anstieg der offiziellen Teilnehmerzahlen am Rundfunk - und damit auch die staatlichen Gewinne aus dem Unternehmen - blieben jedoch zunächst aus, da nur die wenigsten der Radiobegeisterten die für ihr Treiben vorgeschriebene Genehmigung erwarben. Anfang Januar 1924 waren es ganze 1580 Personen, und auch zwei Monate später, als der Sendebeginn der zweiten Regionalgesellschaft schon unmittelbar bevorstand, war ihre Zahl erst auf 7342 angewachsen¹¹.

Statt dessen, so mußte man im RPM schon Mitte Dezember 1923 erschrocken feststellen,

"(...) ist eine Bewegung entstanden, die gegen das Regal des reiches planmäßig vorgeht; sie wird von Leuten geleitet, die am Massenabsatz von Funkgerät unmittelbar oder mittelbar interessiert sind und die erreichen wollen, daß der Funkempfang ganz allgemein zu beliebigen Zwecken freigegeben wird. (...) Es wird ganz offen dafür Propaganda gemacht; es werden ganze Funkempfangsapparate sowie auch Einzelteile angeboten; es wird gezeigt, wie man solche Einrichtungen selbst herstellen kann, und wie man sie durch die Art ihres Aufbaus verbirgt und der Überwachung entzieht. Alles dies geschieht in einer Form, gegen die gesetzlich einstweilen nur schwer und nur unter Bekämpfung jedes Einzelfalls eingeschritten werden könnte."¹²

Tatsächlich waren die meisten Radiohörer der ersten Stunde Amateure, die - obwohl dies auf Basis der Postverfügung vom Oktober 23 untersagt war - mit selbstgebastelten Empfangsgeräten und daher ohne behördliche Genehmigung an den Programmen des neuen Mediums teilhatten. Der Grund für diese Entwicklung lag allerdings weniger, wie hier vom RPM unterstellt, in erfolgreicher Werbung geschäftstüchtiger Einzelteilhersteller, als vielmehr in den katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen bei Einführung des Rundfunks, die weite Teile des potentiellen Publikums nach 21/2 -jähriger Inflation und kräftigen Reallohnkürzungen in "beispielloses Massenelend"¹³ gestürzt hatten.

Selbst 1924, nachdem sich die Währung durch Ausgabe der Rentenmark wieder weitgehend stabilisiert hatte, lag der durchschnittliche Wochenlohn eines Arbeiters mit 26,50 RM noch deutlich unter dem wöchentlichen Existenzminimums von 41,20 RM¹⁴; und auch ein kleiner Angestellter verdiente mit 160 RM pro Monat gerade das, was zum Überleben unbedingt erforderlich war¹⁵. Die Kosten die es erforderte, um gemäß der behördlichen Bestimmungen ordentlicher Rundfunkteilnehmer zu werden, waren dem gegenüber immens¹⁶: Selbst das einfachste fabrikfertige Radiogerät, der sog. Detektorempfänger kostete schon zwischen 70 RM und 120 RM; ein leistungsstärkeres Röhrengerät, mit dem auch ortsfremde Sender empfangen werden konnten, sogar mehr als 300 RM. Hinzu kam noch die anfangs jährlich zu entrichtende Gebühr für die behördliche Empfangsgenehmigung, die ab 1.1.24 nochmals 60 RM betrug, also allein schon mehr als den halben durchschnittlichen Monatslohn eines Arbeiters verschlungen hätte.

¹⁰ ebd., S. 164

¹¹ vgl. August Soppe: Die Einführung ...; a.a.O., S. 131

¹² Rundschreiben des RPM an den Reichspräsidenten, die Reichskanzlei und diverse andere Dienststellen vom 20.12.1923; a.a.O., S. 189

¹³ Arthur Rosenberg: Die Geschichte der Weimarer Republik; a.a.O., S. 129

¹⁴ vgl. J. Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5: Die Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33; Berlin(DDR) 1966, S. 222

¹⁵ vgl. Peter Dahl: Radio. Sozialgeschichte des Rundfunks für Sender und Empfänger; Reinbek bei Hamburg 1983, S. 51

¹⁶ vgl. Lerg, 1965, S. 180 u. 186; sowie F.W. Hymmen: Rundfunkindustrie vor 1945, Teil I: 1913-14; in: Medium. Zeitschrift für Hörfunk, Fernsehen, Film und Presse; Frankfurt, 13. Jg. 1983, Nr. 2, S. 97

Da Lohn- und Gehaltsempfänger, aber auch viele Angehörige des durch die Inflation weitgehend verarmten geistigen und gewerblichen Mittelstands unter diesen Bedingungen, wenn sie an dem neuen Medium teilhaben wollten, darauf angewiesen waren, sich ihre Empfangsgeräte kostengünstig selbst herzustellen, wuchs die Zahl der schwarzhörenden Amateure im Laufe des Winters 23/24 beständig. Überall im Reich, auch dort, wo überhaupt noch nicht gesendet wurde, entstanden zahllose Radioklubs und Funkvereine¹⁷, zahlreiche Funkzeitschriften und funktechnische Sachbücher boten den Amateuren das technische Know-how und juristische Tips zum Radiobasteln. Im Februar zählten allein die fünf größten Amateurvereine mit "etwa 15.000" Personen¹⁸ mehr als doppelt so viele Mitglieder, wie die offizielle Statistik Rundfunkteilnehmer.

3.3. Die zweite Empfangsregelung vom April/Mai 1924

Die stetig anwachsende Radioamateurbewegung war für die Reichsbehörden - zumindest in dieser Form - natürlich auf Dauer nicht tragbar, denn - so ein Rundschreiben des RPM vom 20.12.23 an alle die mit dem Medium befaßten Stellen:

"Hierdurch würde - neben sonstigen Nachteilen - nicht nur die Einnahmequelle für das Reich zerstört, sondern auch die Gefährdung des öffentlichen Telegraphengeheimnisses sowie die Gefahr des Mißbrauchs bei Putschen und Unruhen gegeben sein."¹⁹

Noch im Januar 1924 begannen die zuständigen Behörden deshalb, Maßnahmen zur Disziplinierung einzuleiten, und zwar auf zwei Ebenen²⁰: Auf der einen Seite versuchten sie, die zu einer Zusammenarbeit willigen Amateure durch eine kontrollierte Legalisierung selbstgebaute Empfangsgeräte in das staatliche Rundfunkkonzept einzubinden. Andererseits wurde jetzt aber auch die angestrebte gesetzliche Neuregelung des Funkempfangs forciert, um dadurch die Grundlage für eine wirkungsvolle strafrechtliche Verfolgung von Schwarzhörern und anderen Funksündern zu erhalten.

Die Integration der Amateure in das staatliche Rundfunkkonzept wurde dabei dadurch erleichtert, daß der behördliche Wunsch nach Kontrolle des Rundfunkempfangs bei Teilen der Amateurbewegung durchaus auf Verständnis stieß. Empört über die ersten Empfangsbestimmungen hatte man hier zwar zunächst eine vollständige Freigabe des Funkempfangs gefordert, mittlerweile wurde in den Zeitschriften der Amateure aber nicht selten auch überlegt, ob die Interessen der Amateure durch straffe Organisation der Vereine und strenge Selbstkontrolle der Mitglieder nicht mit denen der Behörden vereinbart werden könnte²¹.

¹⁷vgl. Lerg, 1965, S. 268; sowie: Der Radioamateur. Zeitschrift für Freunde der drahtlosen Telephonie und Telegraphie. Organ des Deutschen Radio-Clubs e.V.; Hrsg.: Dr. Eugen Nesper; Berlin 1.Jg. 1923 und 2.Jg. 1924; wo zahlreiche Neugründungen im einzelnen verzeichnet sind. Z.B. 1.Jg., Nr. 3, S. 64; 2.Jg., Nr. 1, S. 32 und 62 ff.; Nr. 3, S. 101; Nr. 5, S. 154; Nr. 6, S. 173; Nr. 9, S. 251 usw.

¹⁸Angabe nach: Der deutsche Rundfunk ...; a.a.O., 2. Jg., Nr. 1 S. 242

¹⁹Rundschreiben des RPM an den Reichspräsidenten, die Reichskanzlei und diverse andere Dienststellen vom 20.12.1923; a.a.O., S. 189

²⁰vgl. zu dieser Doppelstrategie die Beschreibung der 23. Sitzung der RFK vom 16.1.1924 bei Lerg, 1965, S. 190 ff.

²¹Die frühesten mir bekannten Überlegungen in diese Richtung kamen aus dem Deutschen Radio-Club e.V.. Bereits im Sommer 1923 hieß es in dessen Organ Der Radioamateur in einem Aufsatz von Ernst Winkler: Die Entwicklungsmöglichkeiten des Amateurfunkwesens (a.a.O., Nr. 2, S. 50): "In einer straffen Amateurorganisation, ungefähr in Analogie mit den früheren Verbänden freiwilliger Automobilisten oder Motorradfahrer, wird es (...) möglich oder zumindest nicht unmöglich sein, gegen jede Art von Mißbrauch und wirklichen Schaden sichere Riegel zu schaffen." Solche Überlegungen waren zu diesem Zeitpunkt innerhalb

Als einen ersten Schritt in dieser Richtung schlossen sich einige Vereine am 23.1.1924 sogar zu einem zentralen Dachverband, dem *Deutschen Funkkartell e.V.* zusammen, so daß für eine Einigung mit der Reichspost gute Voraussetzungen bestanden. Schon am Tag darauf gelang es Bredow bei einem Treffen mit Vertretern des Kartells erste Absprachen über eine Versöhnung zu erzielen; und im Februar 1924, auf einer Tagung des Berliner Vereins der Funkfreunde e.V. konnte die Reichspost den Amateuren sogar schon eine baldige Legalisierung ihrer Aktivitäten in Aussicht stellen:

"Soweit es sich um Kreise handelt, die den Wunsch haben und befähigt sind, auf dem Wege über die Funktelegraphie technische Kenntnisse zu erwerben, soweit es sich darum handelt, der Jugend auf einem zwanglosen Wege die Liebe zur Technik einzuflößen, soweit werden wir unsere Hand dazu bieten."²²

Vor der geplanten Legalisierung des Amateurwesens wurden jedoch, um auch den nötigen Druck auf die Amateure auszuüben, die noch nicht zu einer Kooperation bereit waren, zunächst die gesetzlichen Bestimmungen über den Funkempfang verschärft; und zwar, da eine parlamentarische Gesetzesnovellierung nach wie vor unmöglich schien, mittels einer Notverordnung des Reichspräsidenten gemäß § 48 der Weimarer Verfassung. Zur Begründung dieses, in diesem Stadium der Republik noch ungewöhnlichen Verfahrens wurde dabei nochmals auf die politischen Gefahren einer unkontrollierten Funknutzung verwiesen:

"Die Zahl der geheimen Funkanlagen ist in steter Zunahme begriffen. Das Bestehen solcher Anlagen gefährdet ernstlich die Sicherheit des Staates und der öffentlichen Ordnung, da sie für staatsumstürzlerische Kreise die Möglichkeit bietet, sich ein umfassendes geheimes Nachrichtennetz zu schaffen, das in Fällen von Gefahr die Durchführung von Maßnahmen der verfassungsmäßigen Regierung ernstlich gefährden kann."²³

Die Not-Verordnung zum Schutze des Funkverkehrs, die am 8. März 1924 vom Reichspräsidenten erlassen wurde und am 4. April in Kraft trat²⁴, brachte gegenüber dem alten Telegraphengesetz von 1908 vor allem zwei Neuerungen. Zum einen wurde der Begriff der Telegraphenanlagen, welche ohne metallische Leitungen Nachrichten vermitteln, durch den klareren Begriff der Funkanlage ersetzt, so daß das Funkmonopol des Reiches auch nach Einführung des Rundfunks rechtlich eindeutig festgeschrieben war. Zum anderen wurden, wie geplant, die staatlichen Kontrollmöglichkeiten über den Rundfunkempfang und die Strafbestimmungen für Funkvergehen erheblich verschärft: Wohnungsdurchsuchungen nach geheimen Funkanlagen durften jetzt ohne richterliche Genehmigung durchgeführt werden, wobei Postbeamte dieselben Rechte erhielten wie Polizeibeamte; und bei einem Verstoß gegen die behördlichen Bestimmungen, etwa durch den Besitz eines nicht genehmigten Empfangsgeräts

der Amateurbewegung aber noch keinesfalls Konsens. Noch in Nr. 1 derselben Zeitschrift hatte es geheißen (a.a.O., S. 1): "Neben dem Genuß, insbesondere in den Abendstunden im eigenen Heim Musik, wie Opern, gute Konzerte u. dgl. aufzunehmen, ist die technische und pädagogische Seite des Radioamateurbetriebs nicht zu gering zu veranschlagen. (...) Was nun die Störungen anbelangt, die durch den Amateurbetrieb befürchtet werden, so sind diese nicht einzusehen, insbesondere, wenn man den Amateuren nur das Empfangen gestattet. Dadurch, daß jemand, sagen wir, als Zaungast ein Konzert ruhig mit anhört, werden die anderen Zuhörer doch auch nicht in ihrem Genuß gestört." Und in Nr. 2 der Zeitschrift (a.a.O., S. 33) hatte Curt Cerban sogar noch gefordert, Radiobasteln als Bestandteil des Unterrichts in den Schulen aufzunehmen.

²²Niederschrift der Rede Bredows anlässlich der auf Veranlassung des RPM einberufenen Tagung des Vereins der Funkfreunde in Berlin im Februar 1924: Zur Regelung des Funkliebhaberwesens, in: *Der deutsche Rundfunk ...*; a.a.O., 2. Jg., Nr. 9, S. 276

²³Brief des RMI an die Reichskanzlei vom 3.3.1924; zit. nach Lerg, 1965, S. 165 f.

²⁴Verordnung zum Schutze des Funkverkehrs vom 8. März 1924; im Wortlaut wiedergegeben bei Lerg, 1980, S. 101 ff.; vgl. auch Lerg, 1965, S. 166

räts, konnten jetzt Geldstrafen bis zu 100000 Goldmark oder auch Gefängnisstrafen verhängt werden.

Erst auf Basis dieser verschärften Bestimmungen wurden dann im Mai 1924 durch die Verfügung des RPM Nr. 273 und die im Zusammenhang mit ihr erlassenen Richtlinien für die Regelung des Amateurfunkwesens die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbindung der Amateure in das staatliche Rundfunkkonzept²⁵ geschaffen.

Neben einer allgemeinen Senkung der Genehmigungsgebühr für private Empfänger auf 2 RM pro Monat sah diese neue Postverfügung erstmals eine Genehmigungsmöglichkeit selbstgebastelter Empfangsgeräte vor, wobei aus sicherheitspolitischen Erwägungen allerdings zwischen selbstgebauten Detektor- und selbstgebauten Röhrengeräten unterschieden wurde. Während man zum Bau und Betrieb der leistungsschwachen Detektorgeräte nur eine sog. Detektorversuchserlaubnis benötigte, die jedem Interessenten nach Zahlung der Empfangsgebühr ohne weitere Bedingungen erteilt werden sollte, war zur Herstellung und Nutzung selbstgebaute Röhrenempfänger, die bei fundierter technischer Kenntnis zu (Stör)Sendern umgebaut werden konnten²⁶, eine sog. Audionversuchserlaubnis vorgeschrieben, die, um ihre Vergabe an technisch unqualifizierte oder politisch unzuverlässige Amateure auszuschließen, nur an Mitglieder der im Deutschen Funkkartell zusammengeschlossenen Amateurvereine erteilt werden durfte.

Dem Dachverband der Amateure wurde gleichzeitig die Aufgabe übertragen, als Selbstverwaltungskörperschaft unter Kontrolle des RPM die Qualifikation seiner Mitglieder zu prüfen, ihnen bei erfolgreicher Prüfung die Audionversuchserlaubnis zu erteilen und über deren ordnungsgemäße Nutzung selbst zu wachen²⁷. Als Gegenleistung für diese Privilegien wurde von den Vereinen allerdings sowohl "strenge Selbstzucht"²⁸, als auch eine Gesinnungsüberprüfung der Mitglieder verlangt, denn die Audionversuchserlaubnis durfte nur solch einem Mitglied gewährt werden, das auch "seiner Persönlichkeit nach die Gewähr dafür bietet, daß es die Bestrebungen zur Förderung des Funkwesens nicht schädigen wird."²⁹

3.4. Erfolg: Die Herausbildung des mediengerechten Publikums und die dritte Empfangsregelung vom August 1925

Die von den Reichsbehörden mit Notverordnung und Postverfügung verfolgte Doppelstrategie zur Disziplinierung der Amateure führte noch im Sommer 1924 zu ersten positiven Auswirkungen auf die Teilnehmerentwicklung am Rundfunk. Die im Funkkartell zusammengeschlossenen Vereine, die - um ihre Privilegien nicht wieder zu verlieren - jetzt selbst Interesse an geordneten Verhältnissen zeigten, drängten ihre Mitglieder zur Beachtung der

²⁵vgl. Lerg, 1965, S. 168 f.; sowie: M. Witte: Die Audionversuchserlaubnis; in: Der deutsche Rundfunk ...; a.a.O., 2. Jg. Nr. 35, S. 1911 ff.; in diesem Aufsatz ist die ganze Neuregelung des Amateurfunkwesens ausführlichst dargestellt.

²⁶vgl. S. 33 (Fußnote)

²⁷Im Rahmen einer Übergangsregelung war dabei zunächst bis 1. Juli 1924, dann bis 1.10.1924 eine funktechnische Prüfung nicht erforderlich. vgl.: M. Witte: Die Audionversuchserlaubnis; a.a.O., S. 1945. Ende 1924 wurde diese Frist dann nochmals bis zum 1.4.25 verlängert; vgl.: Der Radio-Amateur ...; a.a.O., 2. Jg., Nr. 36, S. 1001

²⁸M. Witte: Die Audionversuchserlaubnis; a.a.O., S. 1946

²⁹ebd., S. 1945

neuen Postvorschriften, und allein im Juni 1924, dem ersten Monat nach Erlaß der neuen Verfügung verdreifachte sich die Zahl der offiziell registrierten Rundfunkteilnehmer auf mehr als 70000. Am 1. Oktober, als außer der WERAG alle Programmgesellschaften den regelmäßigen Sendebetrieb aufgenommen hatten, waren es schon mehr als 280000 Hörer, die ein Gerät angemeldet hatten³⁰, und täglich, so wußte der offiziöse Deutsche Rundfunk³¹ zu berichten, wuchs ihre Zahl um "fast 2000" weitere Teilnehmer an.

Gegen die Amateure, die nicht bereit waren, sich in das staatliche Empfangskonzept integrieren zu lassen und ordentliche Rundfunkteilnehmer zu werden, ging die Reichspost im Herbst 1924 mit aller auf Basis der Notverordnung zu Gebote stehenden Härte vor. Eine in der Verordnung gewährte vierwöchige Amnestiefrist für Funkvergehen war mittlerweile längst abgelaufen, und die Postdienststellen wurden angewiesen, "dem Schwarzhörertum rücksichtslos entgegenzutreten"³².

"Der Ton hatte sich spürbar verändert und es war keine Rede mehr von der Nachsicht mit unwissenden und lediglich technisch interessierten Zeitgenossen. Wer nun entdeckt wurde, mußte sofort mit einer Strafanzeige rechnen und nach seiner rechtskräftigen Verurteilung sollte sein Name zur Abschreckung durch den zuständigen Sender verbreitet werden."³³

Mit dieser regelrechten "Mobilmachung gegen die Schwarzhörler"³⁴ gelang es den Reichsbehörden endgültig, ihre Rundfunkordnung gegenüber den Hörern durchzusetzen. Die meisten bislang noch nicht privilegierten Funkvereine ersuchten noch vor der Jahreswende 1924/25 um Aufnahme in das Funkkartell³⁵, und bereits kurz vor Weihnachten 1924 waren bei der RTV mehr als eine halbe Million zahlender Rundfunkhörer registriert, so daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bei Post und Rundfunkgesellschaften zu stabilisieren begannen³⁶.

Unterstützt wurde das Anwachsen der Teilnehmerzahlen auch durch die wirtschaftliche Entwicklung. Während das Lohnniveau³⁷ seit Anfang 1924 langsam wieder angestiegen war, wurden fabrikfertige Radioempfänger (nicht zuletzt auch, weil das RPM am 1.1.1925 die anfangs enorm hohen Vorführungsgebühren für Gerätehersteller und Händler auf ein Drittel ihres bisherigen Betrags senkte) zunehmend preiswerter. So war ein Kristalldetektorgerät 1925 schon für ca. 30 RM zu erhalten, ein einfaches Röhrengerät mit Lautsprecher kostete jetzt nur noch ca. 200 RM³⁸. Für viele Amateure, vor allem aus dem Mittelstand, wurde der Kauf eines fabrikfertigen Radiogeräts dadurch erschwinglich und bei vielen von ihnen schwand mit der wirtschaftlichen Notwendigkeit auch das technische Interesse am Radiobasteln, so daß sich allmählich der von Behörden und Industrie gewünschte Hörertypus herauszubilden begann. Aus Radioamateuren aus wirtschaftlicher Not wurden die passiven, "eigentlichen Rundfunkteilnehmer", von denen die Zeitschrift Funk bereits im Mai 1925 feststellen mußte, daß sie

"(...) lediglich Unterhaltung durch den Rundfunk als Zuhörer wünschen, sich

³⁰vgl. Lerg, 1965, S. 194; sowie: Gerhard Goebel: Der deutsche Rundfunk ...; a.a.O., S. 430

³¹Der deutsche Rundfunk ...; a.a.O., 2. Jg., Nr. 43 v. 26.10.24; S. 2486

³²Schreiben des RPM an alle Postdienststellen vom 14.10.24; zit. nach Lerg, 1965, S. 194 f.

³³Lerg, 1965, S. 194 f.

³⁴so der Deutsche Rundfunk am 19.10.24; a.a.O., 2. Jg., Nr. 42, S. 2441

³⁵vgl. Der Radio-Amateur; a.a.O., 2. Jg. 1924; Nr. 35, S. 973

³⁶vgl. Lerg, 1965, S. 203

³⁷vgl. Arthur Rosenberg: Die Geschichte ...; a.a.O., S. 152 ff.

³⁸vgl. F.W. Hymmen: Rundfunkindustrie vor 1945, Teil II: 1925-1945; in: Medium. Zeitschrift für Hörfunk, Fernsehen, Film und Presse; Frankfurt, 13. Jg. 1983, Nr. 2 u. 3, S. 99

im übrigen aber für die Funkerei an sich nicht weiter interessieren."³⁹

Bis zum August 1925 hatte sich die Situation auf dem Funksektor schließlich soweit entschärft, daß die Reichspost durch neue grundlegende Verwaltungsbestimmungen die Genehmigungsmodalitäten des Rundfunkempfangs wieder erheblich lockern konnte. Durch die sog. Bekanntmachungen über den Unterhaltungsrundfunk⁴⁰, die am 1.9.1925 in Kraft traten, hob das RPM die Prüfungs- und Stempelpflicht für industriell hergestellte Geräte auf. Die Genehmigungsgebühren für Industrie und Handel wurden erneut erheblich gesenkt, und auch die komplizierten Bestimmungen zur Erteilung der Audionversuchserlaubnis, die ein Jahr zuvor noch zur Einbindung der Amateure notwendig gewesen war, entfielen jetzt vollständig. Die allgemeine Genehmigungspflicht und auch die harten Strafbestimmungen der Notverordnung blieben freilich auch weiterhin bestehen und wurden Ende 1927, bei der schließlich doch noch zustandekommenden parlamentarischen Novellierung des Telegraphengesetzes im Gesetz über Fernmeldeanlagen⁴¹ sogar endgültig festgeschrieben.

Zu diesem Zeitpunkt waren die staatliche Ordnung und Kontrolle des (Rund-)Funkempfangs jedoch bereits zu Fakten geworden, die vom breiten Publikum als beinahe ebenso selbstverständlich hingenommen wurden, wie die staatlichen Gewinne aus dem Medium. Und die betragen 1927, bei mehr als zwei Millionen zahlender Rundfunkteilnehmer und 45825000 RM Gebührenaufkommen immerhin schon 21975000 RM⁴², so daß sich die jahrelangen Bemühungen der Behörden durchaus bezahlt machten.

³⁹Organisation der Funkfreunde und Rundfunkteilnehmer; in: Funk; Berlin, 1. Jg. 1924, Nr. 1, Programmteil S. 12; zit. nach Lerg, 1965, S. 207

⁴⁰Inhalt dieser Bekanntmachung bei Lerg, 1965, S. 203 f.

⁴¹Lerg, 1965, S. 171

⁴²vgl. Lerg, 1980, S. 283

Teil II.

Die Auseinandersetzung mit dem Rundfunk in der überparteilich organisierten Arbeiter-Radio-Bewegung (1924-1929)

"Proletarier! Arbeiter, Angestellte und Beamte, für Euch ist der Rundfunk geschaffen, als Mittel zur Gestaltung Eures Kulturwillens und zur Befreiung aus der Nacht der Unkultur. Funkfreunde, erfaßt den Rundfunk, um ihn zu besitzen! Ihr werdet kämpfen müssen um den Einfluß im Rundfunk. Ihr müßt Euch zusammenschließen, um den Rundfunk in den Dienst der Kulturbewegung der arbeitenden Massen zu stellen. (...) Unsere Gegner behaupten, wir Arbeiter hätten für Kunst und Wissenschaft keine Sachverständigen. Ihr Künstler und Wissenschaftler, Ihr Techniker und Ingenieure, Ihr Schaffenden des Volkes, wir rufen Euch: Helft uns, den Rundfunk zum Kulturwerkzeug des schaffenden Volkes zu machen! Schließt Euch mit allen werktätigen Funkfreunden zusammen. Tretet ein in unsere Reihen und ringt mit uns im A.-R.-K.D. um das Recht am Rundfunk!"

(W. Hoffmann: Aufruf an das schaffende Volk; in: Der neue Rundfunk. Funkzeitschrift des schaffenden Volkes; 1. Jg., Berlin 1926, S. 5)

4. Vom Bastelklub zur Kulturorganisation: Gründung und Aufbau des "Arbeiter-Radio-Klub Deutschland e.V."

Obwohl in den letzten Jahren - zunächst in der DDR, dann aber auch in Westdeutschland - zahlreiche Arbeiten über die Arbeiterradiobewegung veröffentlicht wurden, ist die Geschichte dieser Bewegung bis heute in vielen Bereichen nur in Bruchstücken bekannt.

Die Gründe hierfür sind, wie schon Halefeldt festgestellt hat¹, vor allem in der eingeschränkten Quellenlage zu suchen: Da mit der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung durch den Faschismus auch die verbandsinternen Unterlagen der beiden Arbeiterradiovereine nahezu vollständig vernichtet wurden; sich die Aktivitäten dieser Organisationen aber nur begrenzt in staatlichen, zumeist polizeilichen Akten widerspiegeln, ist die Forschung in erster Linie auf verbandseigene Publikationen und mündliche oder schriftliche Berichte noch lebender Aktivisten der Bewegung angewiesen.

Die bleibenden Quellen sind jedoch in besonderem Maße unzuverlässig. Das menschliche Erinnerungsvermögen erweist sich nur allzu oft als ungenau und nachträglich harmonisierend. Vereinspublikationen dienen in der Regel - hierauf wird im folgenden Kapitel noch ausführlicher einzugehen sein - weniger der Zeichnung eines getreuen Bildes des Vereinslebens, als der möglichst einheitlichen und wirkungsvollen Propaganda für dessen Ziele. Und auch die in diesem Fall recht umfangreichen Berichte der Politischen Polizei² neigen schon aus Legitimationsgründen eher zu Über- oder Untertreibungen, als zur realistischen Einschätzung des Beobachteten.

Trotz aller, gerade bei der Bearbeitung dieses Themas zahlreich erfolgten Griffe in die wissenschaftspublizistische Trickkiste³ kann daher auf Grundlage der vorhandenen Quellen nicht mehr entstehen, als ein nur lückenhaftes Bild der Arbeiter-Radio-Bewegung, das auch in bedeutenden Einzelheiten oft eher offene Fragen als gesichertes Wissen zu bieten hat.

Dies gilt nicht zuletzt auch für die Anfänge der Bewegung und die ersten Ansätze ihrer Organisation. Einem 1926 in der Zeitschrift des Arbeiterradiovereins veröffentlichten organi-

¹vgl. Horst O. Halefeldt: Die Linke und der Weimarer Rundfunk. Literatur zur Geschichte der Arbeiterradiobewegung. Eine Zwischenbilanz; in: Rundfunk und Fernsehen; 29. Jg. 1981, No. 4; S. 513 ff.; Nach fast 25-jähriger Forschung ist Halefeldt immerhin der erste, der sich kritisch mit dem Problem der Quellenlage auseinandersetzt - ein Umstand, der nicht gerade für die Qualität der bisherigen Arbeiten zu diesem Thema spricht.

²vgl. Horst Hanzl: Der Rundfunk der Weimarer Republik als Klasseninstrument der Bourgeoisie und der Kampf der Arbeiterklasse um das Mitbestimmungsrecht; Leipzig (Diss.) 1961; S. 75 u. 80 ff. Hanzl konnte offenbar im Deutschen Zentralarchiv in Potsdam zahlreiche Polizeiberichte auswerten. Seine Auswertung bleibt jedoch oft sehr oberflächlich. Zudem fehlen zumeist genaue Quellennachweise, so daß eine zeitliche Einordnung der Berichte häufig unmöglich ist.

³vgl. Horst O. Halefeldt: Die Linke ...; a.a.O.; S. 514 f.

sationsgeschichtlichen Rückblick⁴ zufolge, dem sich auch Hanzl und Dahl⁵ in ihrer Darstellung kritiklos anschließen, entstanden bereits im Herbst 1923 - zu einem Zeitpunkt also, zu dem allein der Berliner Sender Programm ausstrahlte- in Berlin, Leipzig und Chemnitz die "ersten Bastelstuben" radiobegeisterter Arbeiter. Getragen von dem Bewußtsein, "daß der Rundfunk als neueste technische Errungenschaft den kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft dienstbar gemacht werden müßte"⁶, hätten diese Gruppen, ähnlich den zahlreichen anderen in dieser Zeit entstandenen Radioklubs, zunächst zwar nur das Ziel verfolgt, "sich in Zeiten schwerster wirtschaftlicher Not ihre Empfangsgeräte möglichst billig und gut herzustellen"; als "erste Pflanzstätten der Gemeinschaftsarbeit der Arbeiterfunkfreunde" hätten sie zugleich aber auch die "Grundlage zur Organisierung der Arbeiter-Radio-Bewegung in Deutschland" geschaffen, die dann im April und Mai 1924 erfolgt sei⁷. Laut Hanzl erwuchs aus ihnen sogar "sehr rasch eine Klassenorganisation gegen das bürgerliche Radiomonopol"⁸.

Einen wesentlich detaillierteren Bericht über die Entstehung des Arbeiterradiovereins liefert - allerdings erst erheblich später aus der Erinnerung- der ehem. technische Reichsleiter der Organisation, Bruno Voigt⁹. Ähnlich wie der vereinseigene Rückblick von 1926 sieht auch er das ausschlaggebende Motiv für die Gründung der Arbeiterradiogruppen in dem Interesse ihrer Mitglieder, durch den Selbstbau von Empfangsgeräten an dem neuen Medium teilhaben zu wollen. Seinen Angaben zufolge entstanden die ersten Gruppen jedoch erst im Frühjahr 1924 in Berlin - und auch keineswegs so naturwüchsig, wie die anderen Darstellungen es vermuten lassen. Laut Voigt ging die Initiative vielmehr von aktiven Gewerkschaftern der Berliner Ortsgruppe des *Bundes der technischen Angestellten und Beamten (BUTAB)* aus, die sich, um zu erfahren, "wie die Sache mit dem Sprechen funktioniert", nach Beginn des regelmäßigen Programmbetriebs "sofort um den Rundfunk gekümmert (hätten)". Durch die Feststellung, daß dies technisch "an sich (...) eine ganze einfache Sache (war)", sei man zu der Überzeugung gelangt, daß

"(...) man einen Vereins gründen (müsse), der die Sache publik macht. Denn woher sollten die Menschen auf der Welt wissen, was Rundfunk ist? Kein Mensch wußte das ja. Nur die, die schon einen Apparat hatten."¹⁰

Nach einigen vorbereitenden Sitzungen gelang es den Gewerkschaftern schließlich im März 1924, im sozialdemokratischen *Vorwärts*¹¹ einen Aufruf zur Gründung eines solchen Arbeiterradiovereins unterzubringen. Er fand ein derart großes Echo, daß die hierin zunächst für

⁴vgl.: Zur zweiten Reichskonferenz des Arbeiter- Radio-Klubs. Rück- und Ausblick; in: Der neue Rundfunk. Funkzeitschrift des schaffenden Volkes; 1. Jg. Berlin 1926, Nr. 2; S. 28 Der Einfachheit halber wird diese Zeitschrift im folgenden verkürzt zitiert als: NRF Erscheinungsjahr/Ausgaben-Nr./Seitenzahl; also in diesem Fall als NRF 26/2/28. Die Seitenzahlen der Zeitschrift sind bis ins Jahr 1929 hinein jahrgangsweise durchnummeriert.

⁵vgl. Horst Hanzl: Der Rundfunk ...; a.a.O.; S. 67 ff.; sowie: Peter Dahl: Arbeitersender und Volksempfänger. Proletarische Radio-Bewegung und bürgerlicher Rundfunk bis 1945; Frankfurt a.M. 1978; S. 40 f.; sowie: ders.: Radio. Sozialgeschichte des Rundfunks für Sender und Empfänger; Reinbeck b. Hamburg 1983; S. 54

⁶Zur zweiten Reichskonferenz ...; NRF 26/2/28

⁷ebd.

⁸Horst Hanzl: Der Rundfunk ...; a.a.O.; S. 67

⁹Bruno Voigt: Interview vom 23.6.1980; in: Fachbereich für visuelle Kommunikation HbK Hamburg (Hrsg.): Ich möcht' einmal am Sender steh'n; Hamburg 1981; S. 43 ff.; sowie: ders.: 5 Jahre Arbeiter-Radio-Bund; in: Arbeiterfunk. Der neue Rundfunk; 4. Jg. Berlin 1929; Nr. 15; S. 247 f. Diese Zeitschrift ist die Fortsetzung des NRF unter anderem Namen. Auch sie wird im folgenden verkürzt zitiert als AF Jahr/Nummer/Seite; also in diesem Fall: AF 29/15/247; vgl. Anm. 4

¹⁰alle Zitate aus Bruno Voigt: Interview ...; a.a.O.; S. 44

¹¹vgl.: Radio für alle! Gründung eines Arbeiter-Radio- Klubs; in: Vorwärts, Morgenausgabe v. 28.3.1924

den 29. März in eine Berliner Schule einberufene Gründungsversammlung wegen Überfüllung verschoben werden mußte¹². Erst am 10. April 24 im Berliner Gewerkschaftshaus kam es dann, wie Voigt berichtet, zur Bildung der ersten Arbeiter-Radio-Klubs:

"(...) der Saal war groß genug, aber dennoch überfüllt. Einer unserer Freunde hat die kulturelle Seite vorgestellt und entwickelt, warum das Radio überhaupt notwendig ist. Und ich habe mit einem anderen Techniker Erklärungen zum Bau eines Detektorempfängers gegeben. Da haben sich einige zu Wort gemeldet und gefragt, wie das gemacht wird. Und wir haben gesagt, wir machen Skizzen (...) und dann kommen wir öfters zusammen. Jeder soll sich bemühen, Leute zusammenzukriegen und in einem Lokal ein Vereinszimmer (zu) bekommen. Dort werden wir Papiere verteilen und erklären, wie die Detektoren gebaut werden. Wir hatten im Nu acht solcher Bastelklubs in eigenen Räumen zusammen."¹³

Aus diesen ersten Berliner Bastelklubs, denen laut Voigt noch während der Gründungsveranstaltung "über 3000 Mitglieder" beitraten¹⁴, entwickelte sich in den folgenden Monaten eine reichsweite Bewegung. Unterstützt durch arbeitslose Mitglieder, die für den Klub "auf Reisen" gehen konnten, entstanden "genauso wie in Berlin" auch in Leipzig, Chemnitz, Hamburg, München und anderen Städten Arbeiterradioklubs¹⁵. In Berlin wurde neben einer Geschäftsstelle und einem Materiallager ein Sekretariat zur Vorbereitung einer Reichsorganisation eingerichtet¹⁶ und noch im September 1924 bot eine in Leipzig veranstaltete "Arbeiter-Funk-Ausstellung" erstmals die Möglichkeit zu einem persönlichen Erfahrungsaustausch zwischen den lokalen Gruppen¹⁷.

Forciert wurde der Organisationsprozeß im Herbst 1924 schließlich durch die Auswirkungen der bereits im Frühjahr des Jahres von den Reichsbehörden verfügten Neuregelung des Amateurwesens, durch die - wie bereits erläutert¹⁸ - erstmals auch für selbstgebastelte Empfangsgeräte Genehmigungsmodalitäten festgelegt worden waren. Für die Arbeiterfunkfreunde wurden hierbei insbesondere die Bestimmungen über die Genehmigung für selbstgebaute Röhrengeräte (Audionversuchserlaubnis), deren Vergabe von der Mitgliedschaft des Bastlers in einem dem Deutschen Funkkartell angeschlossenen Amateurverein abhängig gemacht worden war, zum Ärgernis. Spätestens im Oktober 1924, als die behördliche Mobilmachung gegen Schwarz Hörer einsetzte waren die Arbeiterradioklubs durch diese Bestimmung nämlich - wollten sie auch weiterhin Röhrengeräte legal bauen und benutzen können - auf das Wohlwollen der im Kartell zusammengeschlossenen, eher bürgerlich ausgerichteten Vereine angewiesen. Diese lehnten aus Angst vor einer Politisierung ihres Verbandes, die ihren guten Beziehungen zu den Behörden hätte abträglich werden können, eine Aufnahme der Arbeiterradioklubs in das Kartell im Dezember 1924 kategorisch ab¹⁹, so daß die Arbeiterfunkfreunde bis zur Aufhebung der Genehmigungsregelung im

¹²Bruno Voigt: 5 Jahre ...; a.a.O.; S. 247

¹³Bruno Voigt: Interview ...; a.a.O.; S. 44. Laut Vorwärts vom 7.3.26 (Zweite Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Klubs) war der Freund, der den kulturellen Vortrag hielt, Graf Arco, der "Pionier der Funktechnik"

¹⁴Bruno Voigt: 5 Jahre ...; a.a.O.; S. 247

¹⁵Bruno Voigt: Interview ...; a.a.O.; S. 45

¹⁶vgl.: Zur zweiten Reichskonferenz ...; in: NRF 26/2/28

¹⁷vgl. Bruno Voigt: 5 Jahre ...; a.a.O.; S. 247

¹⁸vgl. Kapitel 3.1. dieser Arbeit, S. 38

¹⁹vgl.: Zur zweiten Reichskonferenz ...; a.a.O.; sowie die Zeitschrift Funk(1925, Nr. 47, S. 572). Auf eine Leseranfrage heißt es hier in Bezug auf die Arbeiterradioklubs: "Der FTV (Funktechnische Verein) ist daher auch der Auffassung, daß schon die Bezeichnung 'Arbeiter-Radio-Klub' dazu angetan ist, die Funkfreunde politisch in zwei Gruppen zu teilen und dadurch eine Spaltung herbeizuführen, die bisher nicht notwendig war, und für die auch hinfort nicht der geringste Anlaß vorliegt." (zit. nach August Soppe: Der Streit um das

Herbst 1925 ihre legale Basteltätigkeit erheblich einschränken mußten. Zugleich wurden durch diesen Schritt aber auch klare Fronten geschaffen, was dem Organisationsprozeß der Bewegung, wie der vereinseigene Rückblick von 1926 betont, durchaus dienlich war:

"Durch diesen Beschluß (des Kartells; d.Verf.) wurde die bürgerliche Gegnerschaft klargestellt und die Notwendigkeit einer völlig selbständigen Arbeiterradiobewegung immer deutlicher erkennbar. Von nun ab kam Kampfstimmung in die Arbeiterradiobewegung. Überall begannen die Gruppen um ihre Unabhängigkeit zu kämpfen."²⁰

Seinen Ausdruck fand dieses Unabhängigkeitsbestreben auf der 1. Reichskonferenz der Arbeiterradioklubs, die am 28. und 29. März 1925 wiederum im Berliner Gewerkschaftshaus stattfand²¹. Sie brachte den endgültigen organisatorischen Zusammenschluß der lokalen Gruppen zum *Arbeiter-Radio-Klub Deutschlands e.V. (ARKD)* und schuf damit die Grundlage für eine eigenständige und kontinuierliche Weiterentwicklung der Bewegung.

Einem Polizeibericht²² zufolge soll die Mitgliederzahl des Vereins 1926, als der Kauf von Radiogeräten allmählich erschwinglich wurde, zwar zunächst auf 1500 zurückgegangen sein; die Zahl der Ortsgruppen des ARKD, die nach dessen "Satzungen" in 45, den Oberpostdirektionsbezirken entsprechenden Bezirksgruppen zusammengefaßt waren²³, konnte gleichzeitig jedoch beständig gesteigert werden. Bereits zum Jahresende 1925 war ihre Zahl auf über 70 angewachsen; ein Jahr später waren es schon mehr als 100 Gruppen, und bis zum Sommer 1928 hatte der Verein nach eigenen Angaben "etwa 8000 Mitglieder" aus 150 Orten in 205 Ortsgruppen organisiert²⁴.

Wie viele andere Arbeiterkulturorganisationen der Weimarer Republik war der ARKD bis zu seiner Spaltung im Sommer 1929 ein überparteilicher Zusammenschluß, dem neben parteilosen sowohl sozialdemokratisch als auch kommunistisch orientierte oder organisierte Funkfreunde angehörten²⁵. In den ersten Jahren befanden sich unter den führenden Funktionären des Vereins - von wenigen Ausnahmen, wie dem schon erwähnten technischen Reichsleiter der Organisation, Bruno Voigt, abgesehen - allerdings hauptsächlich Mitglieder der KPD, wie der erste kommissarische Vorsitzende Ewald Blau, der auf der 1. Reichskonferenz gewählte erste ordentliche Vorsitzende und ehem. Reichstagsabgeordnete Wilhelm Hoffmann, sein Stellvertreter Paul Kiessig oder der in einem Polizeibericht als "intellektueller Leiter" der Organisation charakterisierte Erich Heintze²⁶.

Hörspiel 1924/25; Berlin 1978; S. 47)

²⁰Zur zweiten Reichskonferenz ...; a.a.O.

²¹vgl. ebd.; sowie: Die Reichskonferenz des Arbeiter- Radio-Klubs; in: Vorwärts, Morgenausgabe v. 30.3.1925

²²vgl.: Berichts der Reichskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammlung im RMI; in: Fachbereich Visuelle Kommunikation HbK Hamburg (Hrsg.): Ich möcht' einmal am Sender steh'n; a.a.O.; Anhang

²³vgl.: Bericht des ARBD für die Arbeiter-Radio- Internationale; a.a.O.

²⁴zu den angegebenen Daten vgl. ebd.; sowie: Schaubild zur Vereinsstatistik; in: Peter Dahl: Arbeitersender ...; a.a.O.; S. 53

²⁵vgl.: Bericht des ARBD für die Arbeiter-Radio- Internationale; a.a.O.; S. 483

²⁶so der Bericht des Reichskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung...; a.a.O.; Die hier angegebene Datierung des Berichts mit 15.6.27 dürfte allerdings falsch sein, da die in ihm enthaltenen Angaben über die Funktionäre des Vereins nur dem Stand bis zur 3. Reichskonferenz des ARKD im Frühjahr 1927 entsprechen (vgl. Kapitel B.III.2. dieser Arbeit). Realistisch wäre eine Vordatierung um ein Jahr auf den 17.7.26 vgl. auch Peter Dahl: Arbeitersender ...; a.a.O.; S. 41; sowie Wolf Bierbach: Reform oder Reaktion. Anmerkungen zu den Rundfunk-Reform-Vorschlägen des RMI Severing; in: W.B. Lerg, Rolf Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923-1973; Berlin 1975; S. 37 ff.; insbesondere S. 72. Bierbach weist hier darauf hin, daß Wilhelm Hoffmann bis 1924 Reichstagsabgeordneter der USPD bzw. der SPD war. Gleichwohl kann er zu seiner Zeit als Vorsitzender des ARKD nicht mehr Sozialdemokrat gewesen sein, denn im Sommer 1929 wurde er wegen seiner Tätigkeit in dem Verein aus der KPD ausgeschlossen;

Die Aktivitäten des Vereins zielten zu einem wesentlichen Teil, wie schon die ersten lokalen Radioklubs, auf die technische Aneignung des neuen Mediums. Technische Kurse und Vorträge, z.B. über den Detektorempfang mit Niederfrequenzverstärkung und Lautsprecherbetrieb²⁷, wurden organisiert. Neben zahlreichen kleineren Bastelschauen der Ortsgruppen veranstaltete der ARKD einmal im Jahr eine zentrale Arbeiter-Funk-Ausstellung, auf der die selbstgebastelten Geräte einem größerem Publikum vorgestellt wurden; und ab Herbst 1926 war er auch regelmäßig auf der offiziellen Berliner Funkausstellung mit einer eigenen Koje vertreten²⁸. Im Zentrum der technischen Vereinsaktivitäten standen allerdings die regelmäßigen Bastelabende der Ortsgruppen, die meist einmal wöchentlich in Gaststätten, Privatwohnungen oder Volkshäusern stattfanden und auf denen es den Arbeiterfunkfreunden schon bald nicht mehr nur darum ging, möglichst preiswert in den Besitz von Radiogeräten zu gelangen. Viele von ihnen entwickelten sich vielmehr - wenn man den Erinnerung noch lebender Beobachter glauben darf - zu "wirklichen Enthusiasten des Radios"²⁹, für die aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit, Geräte selbst zu bauen, ein Freizeitvergnügen geworden war:

"(...) wir suchten nach immer anderen Möglichkeiten sowohl im Aufbau der Schaltungen als auch in der äußeren Gestaltung der Geräte. Es wurde immer wieder einmal etwas anderes probiert: Spulen wurden anders gewickelt, Schaltungen verändert - und das alles rein gefühlsmäßig, wenigstens zum größten Teil, denn nur selten zeichneten wir eine Schaltung erst.³⁰

Neben der Unterstützung dieses Basteleifers vieler Arbeiterfunkfreunde verfolgte der ARKD in wachsendem Maße aber auch medien- und kulturpolitische Zielsetzungen. So hatte schon die konstituierende 1. Reichskonferenz ein "Manifest an das internationale Proletariat" beschlossen, das neben der Bildung einer Arbeiter-Radio-Internationale auch die Freilassung und Straffreiheit für die im französisch besetzten Ruhrgebiet wegen illegalen Radiohörens verhafteten Amateure forderte³¹. Und auch in den von dieser Konferenz verabschiedeten Satzungen des ARKD waren erste, wenn auch noch sehr allgemein gehaltene, politische Ziele formuliert. Im § 2 heißt es hier:

"Der Arbeiter-Radio-Klub bezweckt:

- a. den Zusammenschluß der am Radiowesen interessierten werktätigen Bevölkerung Deutschlands;
- b. den Rundfunk in den Dienst der kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft zu stellen; (...)
- d. den Mitgliedern auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und unter Berücksichtigung der öffentlichen Verkehrsbelange die Möglichkeit zur praktischen Betätigung auf dem Gebiete der Funktechnik zu schaffen;

vgl.: W. Hoffmann: Wer ist schuld?; in: AF 29/29/313

²⁷vgl. Ankündigung einer Veranstaltung der Ortsgruppe Nürnberg; in: Mitteilungen des A.R.K.D. e.V.; in: 26/31/733

²⁸vgl.: Mitteilungen des A.R.K.D.e.V.; im NRF während des ganzen Jahrgangs 1926; ferner: Bericht des ARBD für die Arbeiter-Radio-Internationale; in: NRF 28/31/483 f. und: NRF 28/32/511

²⁹Ullrich Brurein: Ein Handstreich auf Radio Berlin im Kampf um demokratische Mitbestimmung und Arbeitssender; in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks (BzGR); Jg. 7, Berlin(DDR) 1973, Nr. 2; S. 18 f; hier S. 18

³⁰Reinhold Lehmann: Vom Arbeiter-Radio-Bastler zum Funkkorrespondenten. Aus der Geschichte der Dresdener Arbeiter-Radio-Bewegung; in: BzGR, Jg. 10, Berlin(DDR) 1976, Nr. 2/3; S. 85 f.

³¹vgl.: Die Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Klubs; in Vorwärts, Morgenausgabe v. 30.3.25

e. die Einwirkung auf die das Radiowesen berührende Gesetzgebung und die Einflußnahme auf alle Unternehmungen am Sender und Sendeprogramm (...)"³²

Bedingt vor allem durch finanzielle und organisatorische Probleme waren die Möglichkeiten zur Umsetzung dieser hochgesteckten politischen Aufgaben und Ziele anfänglich allerdings eher beschränkt. Bereits im Herbst 1924 war z.B. ein erster Versuch zur Herausgabe einer eigenen Funkzeitschrift, des Arbeiterfunks nach nur zwei Ausgaben gescheitert, da es nicht gelungen war, ihren Vertrieb entsprechend der finanziellen Kapazitäten des Vereins zu organisieren³³. Und selbst im April 1926 mußte der bereits erwähnte verbandseigene Rückblick noch feststellen, daß

"(d)ie Bewegung (...) noch heute an den bekannten Kinderkrankheiten, wie bisher jede proletarische Organisation, an Mangel an Zeit der leitenden Mitglieder, an Geld und an fachwissenschaftlichen Kräften (leidet)."³⁴

Stark behindert wurde die kulturpolitische Arbeit des ARKD anfangs aber auch durch die "mangelnde ideologische Unterstützung"³⁵, die der Radiobewegung von Seiten der anderen Arbeiterorganisationen zuteil wurde und die für den Verein noch lange Zeit einen Grund zur Klage darstellte. Noch Anfang 1928 mußte z.B. der Berliner Funkfreund W. Scheffel feststellen:

"Es ist jetzt leider immer noch Tatsache, daß unsere Radiogenossen in den anderen Arbeiterorganisationen als recht eigentümliche Käuze und Sonderlinge betrachtet werden. Man nimmt schlechthin an, die Beschäftigung mit dem Rundfunk sei eine bessere Spielerei, die sich für den klassenbewußten Arbeiter ganz und gar nicht lohnt, die ihm nur Zeit wegnimmt."³⁶

Auf Skepsis gegenüber ihren Bestrebungen trafen die Arbeiterfunkfreunde vor allem bei den beiden großen Arbeiterparteien. Jahrelang mußte der ARKD eine regelrechte "Gegnerschaft der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften"³⁷ konstatieren und konnte sich keineswegs, wie A. Diller glaubt, "gestützt auf (...) zahlreiche sozialistische Organisationen (...) seine Ziele zu verwirklichen (suchen)."³⁸ Während die Sozialdemokratie die Bewegung aber immerhin noch zur Kenntnis nahm, und im *Vorwärts* sowohl die Gründung der Berliner Radioklubs angekündigt, als auch über die Reichskonferenzen des ARKD kontinuierlich berichtet wurde³⁹, standen weite Teile der KPD den Aktivitäten anfänglich vollständig ablehnend gegenüber.

Der Grund für diese ablehnende Haltung lag dabei in der von relevanten Teilen der Partei zunächst vertretenen Auffassung, daß der Rundfunk in erster Linie als ein neues "Werkzeug der politischen Reaktion"⁴⁰ zu betrachten und ein Bemühen um seine Nutzung für die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft daher von vornherein illusorisch sei. So stellte z.B. Karl Grünberg schon in einer der ersten Stellungnahmen, die die *Rote Fahne* nach

³²Satzungen des ARKD e.V.; zit. nach NRF 26/16/372

³³vgl.: Zur zweiten Reichskonferenz ...; a.a.O.

³⁴ebd.

³⁵Die Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Klubs; a.a.O.

³⁶W. Scheffel: Ist es notwendig, daß sich die Arbeiter-Radio-Hörer organisieren?; in: AF 28/5/66

³⁷so Curt Baake auf der 1. Internationalen Konferenz der Arbeiter-Radio-Internationale am 2./3.10.1927 in Berlin; zit. nach: AF 27/38/1207

³⁸Ansgar Diller: Arbeiterschaft und Rundfunk in der Weimarer Republik. Die Rundfunkverbände von SPD und KPD; in: epd - Kirche und Rundfunk, Nr. 34 vom 17.5.1975; S. 4 ff.; hier besonders S. 5

³⁹vgl. Vorwärts, Morgenausgaben v. 28.3.1924, v. 30.3.24 und vom 7.3.1926

⁴⁰so Karl Grünberg: Der Rundfunk als Werkzeug der politischen Reaktion; in: Rote Fahne v. 9.11.1924

anfänglichem Schweigen⁴¹ im November 1924 zum Thema Rundfunk veröffentlichte, fest:

"So erfreulich dieser Triumph menschlicher Wissenschaft und Technik sein könnte, so verhängnisvoll ist der Mißbrauch, der von der herrschenden Klasse damit getrieben wird. (...) Da der Rundfunk in Deutschland Staatsmonopol ist, so wird er natürlich restlos in den Dienst der diesen Staat beherrschenden Kapitalistenklasse eingespannt. Dies geschieht bereits mit einer Unverfrorenheit, die nicht länger unwidersprochen hingenommen werden kann."⁴²

Ausschlaggebend für die hier formulierte Position, die sich ähnlich in vielen anderen Stellungnahmen der Roten Fahne wiederfand⁴³, war weniger der Mißbrauch des neuen Mediums durch die herrschende Klasse selbst, der auf Basis des Staatsmonopols eher als 'natürlich' angesehen wurde, als vielmehr die ebenfalls aus dem Staatsmonopol resultierende Unmöglichkeit, dem bürgerlichen Mißbrauch mit adäquaten Mitteln widersprechen zu können. Den Autoren der Roten Fahne erschien daher eine positive Nutzung des Radios in der bestehenden Gesellschaft ausgeschlossen. Nur durch und erst nach der proletarischen Revolution, so ihre Devise, könne der Rundfunk in den 'Dienst des Fortschritts' gestellt werden:

"Gegenüber der verdummenden bürgerlichen Presse setzen wir die kommunistische Presse. Auf bürgerliches Theater und Kino können wir mit proletarischem Theater und Kino antworten. Aber darin liegt ja eben die große Gefahr des Radios, daß man weder Zwischenrufe machen, noch mit eigenem Sender antworten kann. (...) Das Proletariat wird nach der Machtübernahme diese von den heute Herrschenden mißbrauchte technische Errungenschaft restlos in den Dienst des menschlichen Fortschritts stellen. (...) Heute aber müssen wir den Rundfunks als das betrachten, was er ist: ein mächtiges Werkzeug der Reaktion in den Händen der kapitalistischen Gesellschaft."⁴⁴

Auf Grundlage dieser Einschätzung, die eher auf eine Propaganda des Nicht-Hörens, denn auf das Bemühen um eine, ohnehin erst nach der Revolution mögliche Veränderung des Rundfunks zielte, konnte eine Unterstützung radiobastelnder Arbeiter, die das Medium schon in der bürgerlichen Gesellschaft den Interessen der Arbeiterschaft dienstbar machen zu können glaubten, natürlich kaum sinnvoll erscheinen. Eher schon resultierte hieraus eine Art von 'ideologischer Unterstützung', die ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter im April 1925 vorführte, als er gleich mit der Zerschlagung des "neuen Radio-Ladens" drohte, da dieser "nur die Genossen von der Parteiarbeit ab(hält)"⁴⁵.

Trotz solch' drastischer Ablehnungsbekundungen gelang es der Radiobewegung mit ihren zahlreichen kommunistischen Funktionären bei der KPD jedoch - anders als bei der in dieser Hinsicht eher zögernden SPD⁴⁶ - letztlich relativ schnell, Anerkennung und Unterstützung für ihre Bestrebungen zu finden. Beigetragen haben dürfte zu dieser Entwicklung die Tatsache, daß die Arbeiterfunkfreunde schon früh den in der Roten Fahne vertretenen Ansichten entgegentraten und Notwendigkeit eines politischen Kampfes um das Medium propagierten. Noch im November 1924 antwortete z.B. ein kommunistischer Funkfreund in einem Leserbrief auf die von Grünberg formulierte Position:

⁴¹vgl. Herbert Lothar Walter: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland im Spiegel der zeitgenössischen Tagespresse. Berliner Zeitungen 1923- 1926; Magisterarbeit FB 11 der FU Berlin, 1979, S. 98 ff.

⁴²Karl Grünberg: Der Rundfunk ...; a.a.O.

⁴³vgl. Herbert Lothar Walter: Die Entstehung...; a.a.O.; S. 98 ff.

⁴⁴Karl Grünberg: Der Rundfunk ...; a.a.O.

⁴⁵zit. nach: Zur 2. Reichskonferenz ...; a.a.O.

⁴⁶vgl. Kapitel I. 3. dieser Arbeit

"Wir unterschreiben ganz diese Ausführungen, sind aber der Auffassung, daß das Proletariat nicht ruhelos zusehen darf, daß Tausende evtl. Abertausende auf diese Art die zusammenbrechende Kultur eingepumpt kriegen. (...) Die Arbeiter haben (...) dafür zu sorgen, daß es dem ungeheuren technischen Fortschritt nicht so geht, wie es dem elektrischen Licht und dem Telefon gegangen ist, die sich nur die unproduktiven Teile der heutigen Gesellschaft zu Nutze machen. (...) Für die breite Masse ist der Rundfunk nicht bloß Spielerei, nicht Fimmel. Wir erkennen in ihm die größte Möglichkeit, den Werktätigen Wissen und Aufklärung zuteil werden zu lassen. (...)

Wir sind uns darüber klar, daß keine Aktiengesellschaft es verwirklicht. Gebt uns eigene Sender! - Erringt sie Euch!

Harte Kämpfe werden um dieses kulturverbreitende Instrument ausgefochten werden. Einig und geschlossen werden sich die proletarischen Schichten und ihre Organe um den Arbeiterradioklub scharen, um den Rundfunk in ihren Dienst zu stellen."⁴⁷

Größere Wirkung zeigten solche Appelle⁴⁸ allerdings erst nach dem Reichspräsidentenwahlkampf im April 1925, in dessen Verlauf dem kommunistischen Kandidaten Thälmann im Gegensatz zu seinen bürgerlichen Konkurrenten ein Rederecht im Rundfunk verweigert worden war⁴⁹. Zwar sah sich die *Rote Fahne* durch dieses Ereignis in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Rundfunk zunächst noch bestätigt und hoffte mit Blick auf die Arbeiterfunkfreunde, daß

"(d)iejenigen Proleten, die sich bisher noch von der 'neutralen' Kunst dieses Masseneinschläferungsinstruments täuschen ließen, (...) aus diesem Verbot allerhand gelernt haben (...)." ⁵⁰

Ausgehend von der kommunistischen Reichstagsfraktion begann sich jetzt jedoch innerhalb der Partei ein Bewußtsein über die Notwendigkeit einer aktiven Rundfunkpolitik durchzusetzen. Bereits Ende April sprach der Vorsitzende der Fraktion in einer Rede vor dem Reichstag erstmals von dem "Recht für die Arbeiter, sich ihre Programme selbst zu gestalten" und forderte vom RPM die "Konzessionierung (...) auch von Arbeiterradiovereinen, Arbeiterradioklubs zur Aufstellung von Sendern"⁵¹. Einige Monate später reif auch die *Rote Fahne* dazu auf, "in Gemeinschaft mit der proletarischen Funkhörerorganisation der Arbeiter-Radio-Klubs" den Kampf um "eigene Sender" aufzunehmen⁵². Und im November 1925, gerade ein Jahr nachdem Grünberg hier eine Veränderung des Rundfunks auf die Zeit nach der Revolution vertagt hatte, fand sich in dem Parteiorgan schließlich die endgültige Revision ihrer bisherigen Position:

"Millionen Menschen" - so war hier jetzt zu lesen - "können durch das Radio erfaßt werden und selbst Regionen, die heute noch durch den Drahttelegraphen

⁴⁷Einer für Viele. Den Rundfunk in den Dienst der kulturellen Bestrebungen der Arbeiterklasse; in: *Rote Fahne* v. 22.11.1924

⁴⁸zu nennen wäre in diesem Zusammenhang auch der von der 1. Reichskonferenz des ARKD verabschiedete Aufruf an alle Arbeiter-Kultur-Organisationen, in dem ebenfalls auf die "Wichtigkeit des Rundfunks und seine Ausnutzung" hingewiesen wurde; vgl.: Die Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Klubs; a.a.O.

⁴⁹vgl. W.B. Lerg: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik; München 1980; S. 387 f. Welche Gründe, abgesehen von den Aktivitäten der Arbeiterfunkfreunde, für diesen Meinungswandel der KPD verantwortlich gewesen sein mögen, kann hier nicht erörtert werden.

⁵⁰H. Kr.: Präsidentschaftswahlen und Radio; in: *Rote Fahne* v. 26.4.1925

⁵¹Rede des KPD-Abgeordneten Ernst Torgler in der Reichstagsdebatte v. 29.4.1925; zit. nach Wolf Bierbach: Reform oder Reaktion? ...; a.a.O.; S. 79 f.

⁵²vgl.: Rundfunk der Arbeiter; in: *Rote Fahne* v. 29.9.1925

unerreichbar sind, können durch Radio wirksam beeinflusst werden. (...) So betrachtet - und wir können und dürfen diese Frage nicht anders betrachten - ist es uns nicht gleichgültig, ob nicht die Möglichkeit besteht, dieses Monopol der Bourgeoisie zu durchbrechen, und schon jetzt - unter der politischen Herrschaft der Bourgeoisie - um den Einfluß der Arbeiterschaft aus das Radio zu kämpfen."⁵³

Die Anerkennung und Unterstützung, die dem ARKD als 'proletarischer Funkhörerorganisation' nach diesem Gesinnungswandel der KPD wenigstens von einer der großen Arbeiterparteien zuteil wurde, forcierte hier die Bemühungen um eine Konkretisierung der in der Satzung ja noch recht allgemein gefaßten medien- und kulturpolitischen Vorstellungen. Seinen Ausdruck fand dies auf der 2. Reichskonferenz der Organisation, am 6. und 7. März 1926, an dem zum ersten Mal auch Vertreter der österreichischen, tschechischen und russischen Arbeiterradioorganisationen teilnahmen⁵⁴. Anders als noch im Jahr zuvor wurde hier nicht nur allgemein die "Großmachtstellung des Rundfunks" und die sich hieraus ergebende Notwendigkeit eines Kulturkampfes um das Medium, der sog. "Kulturkampfgedanke" betont⁵⁵; darüber hinaus diskutierten die Delegierten hier erstmals auch konkrete Forderungen zur Radiogesetzgebung und Programmgestaltung⁵⁶. Den Anlaß hierzu bildete ein vom Reichsvorstand ausgearbeitetes Grundsatzpapier, die sog. Richtlinien zur Organisation des ARKD⁵⁷, die den Delegierten bereits vor der Konferenz zugegangen waren und deren Intention Wilhelm Hoffmann auf einer Berliner Mitgliederversammlung im Mai 1926 folgendermaßen erläuterte:

"Viel mehr als bisher müssen wir in der Arbeiterschaft propagieren, daß der Rundfunk keine Spielerei ist, daß er das größte Beeinfluungsmittel wird, weil das gesprochene Wort eindrucksvoller als das gedruckte ist, besonders auf Frauen und Kinder. (...) Der Rundfunk muß für die Arbeiterklasse erobert werden, auf daß er das Kulturideal der Arbeiterklasse verbreiten helfe. Mit den Brosamen der meist reaktionären Herrschaften in den Sendegesellschaften dürfen wir uns nicht bescheiden. Wir wollen mit unseren Gewerkschaften und Kulturorganisationen Funkgesellschaften gründen; wir fordern an drei Abenden der Woche die Sender, in erster Linie den Deutschlandsender, für reine Arbeiterprogramme. (...)

Energisch müssen wir auftreten, unsere Funkfreunde müssen sich als neueste Kampftruppe, als Pioniere auf diesem Gebiet der allgemeinen Arbeiterbewegung betrachten, in welcher die Kulturfrage nicht die besondere Rolle spielt, wie gerade in der Arbeiter-Radio-Bewegung."⁵⁸

Zu einer Beschlußfassung über die Richtlinien oder über die Forderung nach Arbeitersendern, wie sie Hanzl hier zu lokalisieren glaubt⁵⁹, kam es nach dem mir vorliegenden Material auf der 2. Reichskonferenz jedoch nicht. Um die Organisation in die Lage zu versetzen,

⁵³Die kulturelle Bedeutung des Radio; in: Rote Fahne v. 17.11.1925

⁵⁴vgl. zu dieser Konferenz den allerdings sehr kurzen Bericht im Vorwärts v. 7.3.1926: Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Klubs

⁵⁵so Wilhelm Hoffmann in seinem Bericht über die Konferenz auf der Berliner Mitgliederversammlung des ARK am 5.5.1926 in den Schinkel-Festsälen; zit. nach NRF 26/8/180: Mitteilungen des A.R.K.D. e.V.

⁵⁶vgl. Bruno Voigt: 5 Jahre...; a.a.O.

⁵⁷ebd.; der Wortlaut dieser Richtlinien ist, soweit mir bekannt, nicht überliefert.

⁵⁸Wilhelm Hoffmann auf der Berliner Mitgliederversammlung am 5.5.26; zit. nach NRF 26/8/180

⁵⁹vgl. Horst Hanzl: Der Rundfunk ...; a.a.O.; S. 70; Hanzl gibt hier als Beleg ein Nachrichtenblatt der Bezirksgruppe Köln des ARKD an, für das jedoch jegliche Datierung fehlt. Zudem könnte dieses Nachrichtenblatt auch höchstens bestätigen, daß man in der Kölner Bezirksgruppe solche Forderungen hatte. vgl. auch Peter Dahl: Arbeitersender ...; a.a.O.; S. 43; für den dasselbe zutrifft.

ihre 'Pionieraufgabe' zu bewältigen, beschlossen die Delegierten vielmehr, ein politisches Programm des ARKD auszuarbeiten, das als "Orientierungszeichen für alle proletarischen Rundfunkhörer"⁶⁰ die gemeinsamen Forderungen zusammenfassen und sowohl die Strategie für eine Einflußnahme auf den Rundfunk, als auch die ideologische Ausrichtung des Vereins erst noch festlegen sollte. Einen detaillierten Entwurf hierzu sollte eine zu diesem Zweck eingerichtete Kommission unter Leitung des kommunistischen Chemnitzer Funkfreundes Ludwig Kühn bis zur 3. Reichskonferenz erstellen⁶¹. Alle Mitglieder waren jedoch aufgerufen, daran mitzuwirken:

"Wie soll nun (...) ein solches Programm geschaffen werden? Soll es ausgeüffelt werden beim Schein einer Studierlampe im stillen Kämmerlein? Nein! Auch hier wird, was auf allen Gebieten der modernen Arbeiterbewegung gilt, das pulsierende Leben dem Werdenden Inhalt und Form geben. Wir werden auch in diesem Fall, wie bisher, uns auf die eigene Kraft verlassen. Die ganze Mitgliedschaft soll mithelfen. (...) Funkfreunde, es gilt am neuen Werk zu bauen!"⁶²

Die Erarbeitung des politischen Programms, das letztlich erst im Herbst 1928 unter gänzlich anderem Vorzeichen beschlossen werden sollte⁶³, führte so innerhalb des ARKD zu einer breiten Diskussion über die medien- und kulturpolitischen Aufgaben und Ziele der Organisation und machte die konkreten Fragen eines Kulturkampfes um den Rundfunk zum Gegenstand zahlreicher Mitgliederversammlungen und Bezirkskonferenzen⁶⁴.

Einen Monat nach der Reichskonferenz gelang es dem Verein zudem, erneut -und diesmal kontinuierlich- eine eigene Zeitschrift herauszubringen, die neben einer umfangreichen und kommentierten Programmvorschau, verbandsinternen Mitteilungen und einer technischen Beilage auch Radionachrichten aus dem In- und Ausland sowie grundsätzliche Beiträge über den Rundfunk und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft enthielt. Unter dem programmatischen Titel Der neue Rundfunk. Funkzeitschrift des schaffenden Volkes erschien sie ab 4. April 1926 wöchentlich zum Preis von 20 Pfennigen im Berliner Verlag C. Jarniszewski⁶⁵ und verlieh dem Verein endgültig das Gesicht einer Kulturorganisation.

⁶⁰vgl. L. Kühn: Zur Programmfrage; in: NRF 26/4/83

⁶¹ebd.

⁶²ebd.

⁶³vgl. Kapitel II. 4.1. dieser Arbeit

⁶⁴vgl. die Berichte über solche Diskussionen auf den Veranstaltungen des ARKD in den Mitteilungen des A.R.K.D. e.V. im NRF Jg. 1926; z.B.: über die Mitteldeutsche Tagung in Altenburg am 10./11.7.26 (NRF 26/18/421), über die 2. Radiobastlerausstellung in Chemnitz am 25.-28.8.26 (NRF 26/26/613); über die Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen am 3.10.26 (NRF 26/39/925); oder über die Monatsversammlung der Ortsgruppe Breslau am 8.10.26 (NRF 26/31/733)

⁶⁵vgl. Impressum des NRF in Nr. 2/1 & 26; vgl. auch Peter Dahl: Arbeitersender ...; a.a.O.; S. 139 f.

5. Kulturkampf konkret: Die Rundfunkpolitischen Vorstellungen innerhalb des ARKD vor der 3. Reichskonferenz im März 1927

An Hand der rundfunkpolitischen Beiträge des *Neuen Rundfunk's* (NRF) soll in diesem Kapitel versucht werden, sowohl die Kritik der Arbeiterfunkfreunde an Gestaltung und Programm des Weimarer Rundfunks, als auch ihr Vorstellungen von den Aufgaben, die dieses Medium im Interesse der Arbeiterschaft wahrzunehmen hätte, und ihre anfänglichen Konzepte zu seiner Veränderung zu rekonstruieren. Hierbei muß allerdings schon im Vorhinein darauf hingewiesen werden, daß das Bild, das auf Grundlage dieser Beiträge von den rundfunkpolitischen Vorstellungen der Arbeiterfunkfreunde entsteht, nur bedingt dem entsprechen dürfte, was innerhalb des ARKD tatsächlich überlegt und diskutiert wurde. Der Grund für diese Einschränkung ergibt sich dabei aus dem besonderen Charakter der Quelle; und zwar in zweifacher Hinsicht:

Zum einen war der NRF, anders als der zunächst erschienene *Arbeiterfunk*, kein eigentliches Organ des Vereins. Zwar entstand die Zeitschrift im Frühjahr 1926 auf Initiative des ARKD und wurde von diesem auch als propagandistisches Sprachrohr betrachtet, dessen Verbreitung man tatkräftig unterstützen wollte¹. Bis zum Verlagswechsel im Herbst 1927, bei dem die Zeitschrift auch erneut in *Arbeiterfunk. Der neue Rundfunk* umbenannt wurde², wurde sie jedoch vom Verlag C. Jarniszewski eigenverantwortlich herausgegeben, wobei der Verlag auch die beiden leitenden Redakteure, Dr. H. A. Schulz für den textlichen Teil und Dipl.Ing. Hans Mendelsohn für den technischen Teil bestellte³. Unmittelbaren Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung des NRF hatte der Verlag nur bei der Rubrik *Mitteilungen des A.R.K.D.e.V.* Zwar dürfte auch der sonstige Inhalt den Zielen des ARKD nicht direkt widersprochen haben. Da viele der abgedruckten Beiträge nicht von Mitgliedern des Vereins, sondern von z.T. namhaften Gastautoren - wie z.B. dem unter dem Pseudonym Ignaz Wrobel schreibenden Kurt Tucholsky⁴ - verfaßt wurden, kann letztlich jedoch nur angenommen werden, daß die hier vertretenen Auffassungen den Positionen der Arbeiterfunkfreunde wenigstens annähernd entsprechen.

Zudem dürfte das Bild, das in den Beiträgen des NRF von den Vorstellungen der Arbeiterfunkfreunde gezeichnet wird, auch dort, wo eine inhaltliche Einflußnahme des Vereins auf die Zeitschrift konstatiert werden kann, durch die von den Verantwortlichen des ARKD vertretene Auffassung von Propaganda nicht unwesentlich verzerrt worden sein. Grund-

¹ vgl. den Aufruf zur Unterstützung der Zeitschrift in NRF 26/2/35; zur Zitierweise des NRF vgl Kapitel II. 4, Anm. 4 u. 11

² vgl Bericht der Zeitungskommission des ARKD auf der 3. Reichskonferenz am 5./6.3.1927; in NRF 27/11/259 (Zusammenfassung)

³ vgl. Peter Dahl: *Arbeitssender und Volksempfänger. Proletarische Radio-Bewegung und bürgerlicher Rundfunk bis 1945*; Frankfurt a.M. 1978; S. 139f.

⁴ vgl. Ignaz Wrobel: *Der politische Rundfunk*; in: NRF 26/18/411

maxime für eine "gut durchgeführte Propaganda"⁵ war hier nämlich, möglichst wenig von den, durchaus bestehenden vereinsinternen Meinungsverschiedenheiten⁶ nach 'außen' dringen zu lassen. Fritz Segall, der Berliner Propagandaleiter der Organisation begründet dies im Herbst 1926 folgendermaßen:

"Propaganda bedeutet suggestive Übertragung innerer Stabilität einer Gemeinschaft auf die labile Indifferenz der Masse. (...) Jegliche Propagandaarbeit kann (...) nur dann erfolgreich sein, wenn sie im Hinblick auf die ganze Bewegung geschieht, ohne auf irgendwelche Unterschiedlichkeiten, die innerhalb gewisser Begrenzungen liegen, Rücksicht zu nehmen; (...) Innerhalb des A.-R.-K. wird die Propagandaarbeit besonders schwierig, weil sich in ihm mehrere politische Strömungen vereinigen. Die Propagandaleitung erkennt derartige Unterschiede niemals an. Es existiert für die nur eine proletarische Bewegung, die die kulturpolitische Bedeutung des Rundfunks erkannt hat und bemüht ist, den ihr zu Unrecht vorenthaltenen Einfluß zu gewinnen."⁷

Gerade in den Beiträgen des vor allem für die Propaganda des ARKD nach 'außen' gedachten NRF dürften die rundfunkpolitischen Positionen des Vereins daher erheblich einheitlicher erscheinen, als sie tatsächlich waren.

Bedingt durch die bereits angesprochene prekäre Materiallage zur Arbeiterradiobewegung bietet der NRF jedoch praktisch die einzige Möglichkeit, wenigstens ansatzweise etwas über die Vorstellungen der Arbeiterfunkfreunde zu erfahren, so daß eine genauere Betrachtung der hier veröffentlichten Beiträge trotz ihrer eingeschränkten Aussagekraft durchaus sinnvoll erscheint.⁸

5.1. Zum Weimarer Rundfunk und seinem Programm

Die Artikel, die sich in den ersten Ausgaben des NRF grundlegend mit dem Weimarer Rundfunk auseinandersetzen, sind gezeichnet durch die Faszination, die das neue Medium auf die Arbeiterfunkfreunde, aber auch auf die hier schreibenden linken Intellektuellen ausgeübt haben muß. Vor allem zeigen sich die Autoren beeindruckt von der durch die Radiotechnik entstehenden Möglichkeit, unbeschränkt viele Menschen an nahezu unbegrenzt vielen Orten schneller und eindrucksvoller als bisher erreichen zu können, wobei die kulturpolitische Bedeutung, die diesem "Nachrichtennittel von unerhörter Tragweite und Schnelligkeit"⁹ als erstem sich etablierenden elektrischem Massenmedium zukommen sollte, in der Pegel zumindest erahnt wird. Wilhelm Hoffmann, dem ersten Vorsitzenden des ARKD gilt das Radio sogar als "Sonnenzeichen am Horizont des anbrechenden neuen Zeitalters"¹⁰. In seinem "Aufruf an das schaffende Volk" schreibt er:

⁵Fritz Segall: Propaganda; in: NRF 26/38/904; (Hervorhebung im Original)

⁶auch das folgende Zitat von Segall deutet dies an; vgl aber auch die Anm. 64 von Kapitel II. 4. angegebenen Veranstaltungsberichte

⁷Fritz Segall: Propaganda, a.a.O.

⁸Ausgewertet werden dabei im folgenden nur bedeutendere Beiträge, die zumeist als Leitartikel der Zeitschrift erschienen sind. Unbeachtet bleiben eine Vielzahl von Beiträgen sich mit der möglichen Verbesserung oder der bestehenden Gestaltung einzelner künstlerischer Programme (z.B. mit dem Hörspiel, mit Musiksendungen etc.) auseinandersetzen. Unbeachtet bleiben ebenfalls die Beiträge, die sich z.T. sehr ins Detail gehend mit der Systematik und Verbesserung des Bildungswerts von Rundfunkvorträgen beschäftigen. Es soll hier nur darum gehen, die Grundlinien sowohl der Kritik, als auch der Alternativ- bzw. Verbesserungsvorstellungen der Autoren herauszuarbeiten.

⁹so Julius Nowotny: Radio im Dienste der proletarischen Kultur; in: NRF 26/8/171

¹⁰W. Hoffmann: Aufruf an das schaffende Volk; in: NRF 26/1/5

"Eine neue Weltmacht ist im Anmarsch, im Eilschritt geht sie über die Erde. Bedeutsamer als die Zeitung, eindringlicher als das Kino kommt sie zu uns in das Haus. Allüberallhin wie das Sonnenlicht dringt sie in die einsame Hütte des Waldarbeiters und zugleich tritt sie auch schon zwischen den Hochöfen in das Haus des Bergmanns ein. (...)"

Wenn das Zeitzeichen mittags, Tag für Tag von Nauen über die Erde gesandt und überall gehört wird, dann springt in uns die Vorstellung auf, als ob an der Grenzscheide von Raum und Zeit der unsichtbare Menschheitsgeist mit einem Griff den Erdball umfasse."¹¹

Vor dem Hintergrund solcher Faszination wird die Erfindung der Radiophonie, ebenso wie der naturwissenschaftlich-technische Fortschritt generell, von den Autoren der Zeitschrift durchweg als "klassenlose Angelegenheit"¹² verstanden. In seiner rein technischen Gestalt gilt innen das Radio als ein Verkehrsmittel, wie Eisenbahn, Flugzeug oder Telefon - als eine "technische Errungenschaft", die auf den Schultern einer "mehr als zweitausendjährigen Denkschulung"¹³ entstanden sei und sowohl für das gesamte geistige Leben der Gesellschaft, als auch für die Völkerverständigung und den proletarischen Befreiungskampf "ungeheure Perspektiven"¹⁴ eröffnen könne. Als ganz und gar nicht klassenlose Angelegenheit gilt hingegen die hier als gesellschaftliche "Nutzanwendung"¹⁵ der Radiophonie begriffene Gestaltung des Weimarer Rundfunks, der statt einer "Einrichtung der Allgemeinheit"¹⁶ nur ein bloßes "Instrument der herrschenden Klasse"¹⁷ geworden sei:

"Tatsache ist, daß das Instrument gut ist, nicht aber seine Verwendung, wie das so geht in der kapitalistischen Welt, in der wir nun einmal leben. Das war schon mit der Erfindung des Schießpulvers so und ist bis heute so geblieben."¹⁸

Die Kritik der Autoren der Zeitschrift richtet sich dabei in erster Linie gegen die Organisation des Weimarer Rundfunks, die das Medium, wie man feststellt, jeglichem Einfluß von Seiten der Arbeiterschaft entzieht, und dieser nur passiv, als Konsument von Gerät und Programm eine Teilhabe an diesem "mächtigsten Mittel zur Verbreitung von Mitteilungen (und) zur Aufrüttelung der Öffentlichkeit"¹⁹ gewährt:

"Tatsache ist, daß 80 % der Berliner Rundfunkhörer, nach den heutigen Teilnehmerzahlen also über 400.000, Angehörige des schaffenden Volkes, die von einer Programmgestaltung ausgeschlossen sind und damit in Opposition gedrängt werden. Dasselbe trifft, entsprechend der Bevölkerungsschichtung auch auf das ganze Reich zu."²⁰

Die "eminente politische Bedeutung"²¹ (21), die diesem Ausschluß der Arbeiterschaft von der Programmgestaltung zukommt, wird den Lesern der Zeitschrift in den Berichten Über die Nutzung des Rundfunks während des englischen Generalstreiks im Frühjahr 1926 drastisch vor Augen geführt: die Möglichkeit nämlich, einen so organisierten Rundfunk als

¹¹ ebd.; ähnlich auch J. Nowotny: Radio im Dienste ...; a.a.O.; er schreibt:

"Wir glauben aber, daß das Radio zu einer Macht werden wird, die die Bedeutung und die Wirkungsmöglichkeit der Presse weit überschreiten wird. Der Laut hat Raum und Zeit überwunden!"

¹² so das Geleitwort von Verlag und Redaktion; in: NRF 26/1/4

¹³ W. Hoffmann: Kultur? - Ein Beitrag zur Kulturkrise; in: NRF 26/1/6f.

¹⁴ Julius Nowotny: Das Radio im Dienste ...; a.a.O.

¹⁵ Geleitwort von Verlag und Redaktion d. NRF; a.a.O.

¹⁶ ebd.; S. 3

¹⁷ ebd.; S. 4

¹⁸ Richard Kleinerbst: Soziologische und pädagogische Probleme des Rundfunks; in: NRF 26/6/123

¹⁹ Julian Borchardt: Freiheitsbedrohung an allen Ecken und Enden; in: NRF 26/21/483

²⁰ Geleitwort von Verlag und Redaktion d. NRF; a.a.O.; S.3

²¹ Otto Brattskoven: Stellungnahme der Gewerkschaften zum Rundfunk?; in NRF 26/17/387

staatliches Ordnungsinstrument einzusetzen. Zwar entsprach es keineswegs den Tatsachen, daß die zentrale, aber damals noch privat organisierte englische Radiogesellschaft BBC während des Streiks, wie zunächst die *Rote Fahne* und dann auch der NRF berichteten²², von der britischen Regierung "beschlagnahmt" worden wäre. Durch die bloße Androhung einer solchen Maßnahme war es ihr jedoch tatsächlich gelungen, die BBC als "gewaltige Waffe"²³, wie es im NRF hieß, gegen die Streikenden einzusetzen, um die Streikfront durch Verbreitung 'guter Laune' innerhalb der Bevölkerung und gezielte Falschmeldungen über ein angebliches 'Abbröckeln' des Streiks zu zermürben²⁴. "There is no doubt", so muß selbst der ansonsten eher moderate englische Rundfunkhistoriker Asa Briggs feststellen,

"(...) that BBC news assisted the government against the strikers. (...) No attempt was made (...) to depict the realities of working class life, the sense of solidarity, struggle, and occasional triumph which the strikers felt."²⁵

Diese Erfahrungen aus England kristallisieren in den Berichten des NRF zu einer grundlegenden Erkenntnis: "Der Rundfunk", so kommentiert die Zeitschrift,

"(...) ist ein Machtorgan, wie die Polizei, das Militär, das offizielle Regierungsorgan. Darüber kann kein Zweifel herrschen. Nicht ohne Schrecken denkt man, was Herr Braun (*der Sendeleiter der Berliner Funkstunde; d.Verf.*) bei uns in ähnlicher Lage durch's Radio verkünden würde."²⁶

Die Auswirkungen des organisatorischen Ausschlusses der Arbeiterschaft von der Programmgestaltung zeigen sich für die Autoren des NRF allerdings nicht erst mit Blick nach England. Auch die Programme des Weimarer Rundfunks geben in ihren Augen deutliches Zeugnis von dem "krassen Mißbrauch, den die Bourgeoisie mit den Einrichtungen des Rundfunks für ihre Sondervorteile und zum Schaden des Proletariats betreibt."²⁷ Schon in der ersten Ausgabe der Zeitschrift muß so z.B. die "Radio-Kritik" Angesichts der Programme der laufenden Woche feststellen, daß der Rundfunk nur wenig bereit ist, sich mit den Problemen der Zeit auseinanderzusetzen, daß seine Programme vielmehr in erster Linie aus Musik bestehen. "Musik", so heißt es hier auch einige Wochen später noch, "(...) bis zum Erbrechen und bis zur Gehirnerweichung."²⁸:

"Es ist, als ob Musik das Zentrum vorstellt, um das das Leben der Gegenwart kreist. Musik von der Symphonie, dem Kammerkonzert und der Oper bis zum Walzer, Salonstück oder dem Jazz der üblichen Nachmittagskonzerte und der Tanzunterhaltung. Die Welt im Rundfunk kennt keine Probleme des Tages, sie liegt abseits, sie weiß nichts von sozialen und wirtschaftlichen Fragen. (...) Musik bleibt die Hauptsache, aber das Volk will nicht nur tanzen."²⁹

²²vgl. hierzu die folgenden Beiträge über das Ereignis:

- Dr. Kn.: Streik und Radio; in: NRF 26/6/124
- ders.: Politische Rundfunkpropaganda; in:NRF 26/7/149
- Otto Brattskoven: Stellungnahme der Gewerkschaften ...; a.a.O.

²³Dr. Kn.: Streik und Radio; a.a.O.

²⁴vgl. zu diesen Ereignissen auch: Asa Briggs: *The Birth of Broadcasting*; London, New York, Toronto 1961; S. 360 ff.

²⁵ebd., S. 373f.

²⁶Dr. Kn.: Politische Rundfunkpropaganda; a.a.O.

²⁷Julian Borchardt: Geleitwort. Zur Herausgabe des NRF; in: NRF 21/1/5

²⁸Radio-Kritik; in NRF 26/5/103

²⁹Radio-Kritik; in: NRF 26/1/7

Aber auch abgesehen von diesem Übermaß an Musik geben die Programme der deutschen Sender der Zeitschrift oft Anlaß zu grundsätzlicher Kritik; und zwar sowohl in ihren eher künstlerischen, als auch in ihren eher (kultur-) politisch ausgerichteten Teilen.

Schon die eher künstlerischen Programmteile werden hier als völlig unzureichend angesehen, da die gebotenen Kunstwerke meist jeglicher Aktualität und ihre Zusammenstellung in der Pegel jeder Systematik entbehrten, durch die sie zu einem Bildungsmittel für Arbeiterhörer hätten werden können³⁰. Statt dessen herrschte eine "fatale Unsicherheit und gänzliche Zerfahrenheit des mehr künstlerischen Programm's"³¹. Es fehle, so Otto Brattskoven im Sommer 1926 mit Bezug auf den Berliner Sender,

"(...) jedes ökonomische Verhalten in Bezug auf den Hörer, jedes Gefühl dafür, was ihm zugemutet werden kann, jedes Maß für richtige Dosierungen."³²

Im weiteren Verlauf des Jahres wird zudem eine zunehmende Verflachung der künstlerischen Programme wahrgenommen. Vermochte etwa Karl Wilhelm den Sendegesellschaften im Sommer 1926 immerhin noch zugestehen, daß "hier und da" auch "gute" Konzerte, Opern oder Schauspielsendungen übertragen würden³³, so kann M. Felix Mendelsohn im Frühjahr '27 nur noch konstatieren,

"(...) daß die Programme von unkünstlerischem Kitsch seichtester Art überladen sind, daß die Heidelbergiaden und Behütdichgottpoeten das Feld beherrschen und daß die Stoßseufzer verdrängter Courts-Mahler-Erotik als Literatur gewertet werden. Daß der traurige 'Humor' vollgefressenen, bärtigen Kommunalfreisinn's satirischer Zeitspiegel sein soll, und die Plaudereien 'mondainer' Damen den werktätigen Frauen Anregung versprechen."³⁴

Ähnlich muß einige Ausgaben später auch Braungeestke rückblickend feststellen, daß die Sendegesellschaften zwar anfänglich "geradezu von einem Kulturtaumel"³⁵ befallen gewesen wären; die kulturellen Darbietungen jedoch schon bald bloßem Kitsch gewichen seien:

"Als einige Wochen lang in allen Literatur- und Musikgeschichten gewühlt war, als Abend für Abend ein wahres Kunstpfingsten, eine Ausgießung des Geistes stattgefunden hatte - da wandte sich plötzlich das Blatt und -hui! - kamen die bekannten Schlagworte vom Gegenteil: populär, bunt, heiter, Brettl, Schallranch, Operette usw. usw. Und wie sie kamen! Tag für Tag, Abend für Abend, und wenn es hoch kam, dann geschah vor Antritt des Weges von Heidelberg bis Barcelona noch ein halbes Stündchen Kammermusik."³⁶

Dabei richtet sich die Kritik keineswegs grundsätzlich gegen eine Übertragung von Unterhaltungssendungen. Bemängelt wird jedoch die "gleichgültige Lieblosigkeit"³⁷, mit der solche Sendungen allenthalben arrangiert seien und durch die Abende leichter Unterhaltung im Radio, so Braungeestke, "im allgemeinen nur eine andere Bezeichnung für den

³⁰vgl. hierzu z.B.: Radio-Kritik in NRF 26/1/7

Otto Brattskoven: Wachsende Unzufriedenheit mit dem Rundfunk; in: NRF 26/19/433

Viator: Was hat der Berliner Sender bisher geleistet?; in: NRF 26/13/292

³¹Otto Brattskoven: Wachsende Unzufriedenheit ...; a.a.O.

³²ebd.

³³Karl Wilhelm: Radio-Parlamentarismus; in: NRF 26/18/411

³⁴M. Felix Mendelsohn: Unter uns gesagt ...!; in: NRF 27/3/60

³⁵Braungeestke: Heiterkeit im Rundfunk; in: NRF 27/7/174

³⁶ebd.

³⁷ebd.

Urlaubsschein aller künstlerischen Kräfte"³⁸, zu einem "wahren Rundfunkskandal"³⁹ geworden seien:

“(...) nicht weil sie bunt, nicht weil sie leicht und unterhaltend sind - dies alles mühen sie sich nicht einmal zu sein - sondern, weil sie eine Brüskierung der Hörer bedeuten.”⁴⁰

Diese Brüskierung der Hörer ist für die Autoren des NRF ebensowenig ein bloßes Resultat des Zufalls oder des Ungeschicks der Sendeleitungen, wie die fehlende Aktualität und Systematik der künstlerischen Darbietungen. In ihren Augen sind diese Mängel vielmehr ein Ausdruck für die Mißachtung der Sendegesellschaften gegenüber den Interessen der Arbeiterhörer:

"Vor allem ist es der Gedanke, daß schließlich doch - 'nur Arbeiter' in erster Linie dieses Zeug verschlucken müssen, das man da unbekümmert verschleudert. In jedem anderen Falle würde schon der Ehrgeiz derartige Demaskierungen verhüten.”⁴¹

Zeigt sich der bürgerliche Charakter des Weimarer Rundfunks für die Autoren des NRF in den künstlerischen Programmen noch eher versteckt, in dem, was ihnen fehlt (wie Zeitbezug, Systematik und Ernsthaftigkeit), so demonstrieren die anderen Programmeile, und hier vor allem das Vortragsprogramm, in ihren Augen nur allzu offensichtlich,

“(...) daß bei den Sendegesellschaften machtbewußt und ungehemmt nur der Wille vorhanden ist, den Massen der Hörer, die mit ihrem Geld den Rundfunkbetrieb unterhalten, die Anschauungen der herrschenden Schichten offen und verhüllt aufzuzwingen.”⁴²

Nicht nur, daß Militärmusik und Gymnastik den obligatorischen Programmbeginn und das Abspielen der Nationalhymne sein Ende bildeten⁴³; immer wieder müssen in der Zeitschrift Sendungen wegen ihres offenen nationalistischen, militaristischen oder auf andere Art reaktionären Charakters angeprangert werden. Anfang 1927 stellt M. Felix Mendelsohn rückblickend fest:

"Wir haben zahllose Fälle nachgewiesen, in denen im Rundfunk offen oder verhüllt reaktionäre Propaganda getrieben, in denen rechtsradikale und monarchistische Agitatoren die Republik verhöhnen, reaktionäre Unternehmensvertreter ihre Ansichten über Sozialpolitik als alleingültig anpreisen und Werbechefs des militaristischen Deutschlands, das uns in Elend getrieben, die kommende Völkerversöhnung zu hintertreiben suchen. (...) Wer unterrichtet uns über die Wesenheit fremder Völker und unsere Beziehungen zu Ausland? Ausgediente Militärs, die mit ihrer gewiß nicht kleinen Pension in der Welt herumreisen und sich dort als Vertreter des Deutschtums ausgeben. Die Berichte, die sie dann im Rundfunk geben, sind auch danach.”⁴⁴

³⁸ ebd.

³⁹ ebd.

⁴⁰ ebd.

⁴¹ ebd.

⁴² M. Felix Mendelsohn: *Die Sogenannten*; in: 26/36/844

⁴³ vgl.: Kurt Kersten: *Politik und Posse*; in NRF 26/2/29

Ignaz Wrobel: *Der politische Rundfunk*; a.a.O.

M. Felix Mendelsohn: *Unter uns gesagt ...*; a.a.O.

⁴⁴ M. Felix Mendelsohn: *Unter uns gesagt ...*; a.a.O.

Besonders augenfällig wird den Autoren der Zeitschrift diese Tendenz zur "systematische(n) Volksverdummung"⁴⁵ bei der Präsentation von Feier- und Gedenktagen im Radio. So waren 1926, wie in den Beiträgen kritisch angemerkt wird⁴⁶, zwar der Jahrestag der Schlacht am Skagerrak oder auch Bismarcks Geburtstag für die Sendegesellschaften Anlaß zur Ausstrahlung von Gedenksendungen; Daten, wie der 1. Mai, der 100. Geburtstag Wilhelm Liebknechts, des "Schöpfers der deutschen Arbeitermassenpartei"⁴⁷, oder der Jahrestag des Ausbruchs des 1. Weltkriegs wurden von ihnen jedoch ebensowenig zur Kenntnis genommen, wie selbst der Jahrestag der Weimarer Republikgründung.

Überhaupt ist der Weimarer Rundfunk, wie man feststellen muß, nicht gerade ein Freund der deutschen Republik:

"Alles, was nach Republik riecht, wird vom Funkzensor aus den Programmen ferngehalten. Nur wenn, selten genug, ein freier Gewerkschafter am Mikrofon steht, erfahren wir, daß ein 9. November bei uns eine Staatsumwälzung herbeigeführt hat."⁴⁸

Eher schon fände die Kirche in diesem Medium eine "Stütze von gar nicht abzuwägender Bedeutung"⁴⁹: Zu Ostern müßten die Radiohörer, wie Kurt Kersten bemerkt, "mit himmlischen Chören den Sieg des Geistes über das Fleisch feiern"⁵⁰; allsonntäglich biete die religiöse Morgenfeier, so die "Radio-Kritik", "inhaltsleeres Pfaffengeschwätz (und) Moralsalbaderei"⁵¹, während von der freireligiösen Bewegung kein Wort zu vernehmen sei; und Otto Brattskoven muß anläßlich der Synode der evangelischen Kirche im Mai 1926 gar wahrnehmen, daß die Kirchen beim Berliner Sender Sendezeit schon regelrecht "kaufen" könnten⁵²:

"Es gibt ja auch kein besseres Unterdrückungsmittel der vorwärts marschierenden Arbeiterheere durch das Bürgertum, als wenn die Kirche den Handlanger spielt und mit ihren bewährten Methoden die Verdummung der Massen durch das weitreichende Instrument des Rundfunks auch noch zu betreiben beginnt. Die Folge dieser Einflußgewinnung sieht man schon heute: Nicht nur die politische, wirtschaftliche und geistige Reaktion neben dem 'heitere Kunst' genannten bürgerlichen Kitsch wird weiter um sich greifen, sondern auch eine dem Mittelalter entlehnte Inquisition und ein widerliches Muckertum."⁵³

Abgerundet wird dieses Bild vom Weimarer Rundfunk als "moderner Kirchenkanzel"⁵⁴ für die Autoren der Zeitschrift durch die Erfahrung, daß die Arbeiterschaft und ihre politischen Vertreter in den Programmen weder personell noch inhaltlich angemessen berücksichtigt werden, daß, so Klaus Neukrantz,

“(...) die wesentliche Hauptströmung unserer Zeit glatt unterschlagen (wird und

⁴⁵ ebd.

⁴⁶ vgl.: Kurt Kersten. Politik und Posse; a.a.O.

Radio-Kritik; in: NRF 26/14/319

Jacob Blauner: Vom Friedensinstrument Rundfunk; in: NRF 26/20/459

⁴⁷ vgl.: Kurt Kersten: Politik und Posse; a.a.O.

⁴⁸ Walter Baake: Rundfunk und Republik; in: NRF 26/17/388

⁴⁹ Kurt Kersten: Politik und Posse; a.a.O.

⁵⁰ ebd.

⁵¹ Radio-Kritik; in: NRF 26/7/180

⁵² Otto Brattskoven: Arbeiterschaft, Rundfunk und Kirche; in: NRF 26/7/147

(es war mir nicht möglich festzustellen, ob diese Beschuldigung zutrif)

⁵³ ebd.

⁵⁴ Erich Mühsams Geleitwort zum Erscheinen des NRF, in: NRF 26/1/6

a)lles Sozialistische, Freiheitliche, Fortschrittliche (...) bisher im Rundfunk keinen Platz gefunden (hat)."⁵⁵

Andere Autoren urteilen ähnlich: Im Unterschied zu staatstragenden Ministerialräten, Kirchenfürsten oder Offizieren käme die politische Linke "entweder gar nicht oder nur ganz selten (...) zum Wort"⁵⁶. Gegenüber den thematischen Wünschen aus der Arbeiterschaft verhielten sich die Sendegesellschaften "sehr zugeknöpft"⁵⁷. Und auch "wissenschaftliche Vorträge vom Standpunkt der Arbeiterbewegung, z.B. über die philosophischen Grundlagen des Sozialismus", so Arthur Crispian auf einer "Rundfunkhörerversammlung" des ARKD im Oktober 1926, "gäbe es nicht"⁵⁸. Selbst wenn einmal ein von der Arbeiterschaft geforderter Vortrag auf dem Programm stände, so bedeute dies, wie die Erfahrung die Autoren lehrt, noch keineswegs, daß er auch gesendet würde. Der Vortrag über "Die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaft" jedenfalls, der am 30.3.26 vom Dortmunder Sender übertragen werden sollte, fand dann, wie die Zeitschrift berichtet, doch nicht statt - offiziell, "wegen eingetretener technischer Störungen", inoffiziell, wie man vom Direktor der Sendegesellschaft erfuhr, wegen eines "ganzen Haufens von Beschwerden von Handels- und Gewerbekammern, Handwerker- und Händlerorganisationen"⁵⁹.

Angesichts solch mangelnder Rücksichtnahmen der Sendegesellschaften auf die Interessen der Arbeiterschaft, bei gleichzeitiger "reaktionärer Gehirnverkleisterung"⁶⁰ erweist sich das "Gerede vom *neutralen Kulturfaktor*"⁶¹ für die Autoren des NRF als "verlogene Phrase"⁶² und bloße "Farce"⁶³ - als, wie der Leipziger Funkfreund Jacob Blauner schreibt, "Mittel zur Irreleitung":

"(...) der Ausdruck Kulturfaktor soll die Tatsache verstecken, daß Rundfunk ein Machtfaktor ist, den die der Herrschenden richtig, die anderen gar nicht ausnutzen dürfen. Das nenne ich wahre Demokratie, die zum Grundsatz erheben möchte: Was Jupiter erlaubt ist, darf der Ochse nicht (...)."⁶⁴

Trotz dieses Urteils findet sich in der Zeitschrift jedoch nicht nur Negativkritik an den Programmen. Obwohl sich in ihren Augen hier nur wenig bietet, was eines Lobes wert wäre, zeigen sich die Autoren durchaus bereit, sowohl zwischen den verschiedenen Gesellschaften, als auch innerhalb der Programme zu differenzieren und das wenige Positive auch hervorzuheben. Jacob Blauner versucht im Sommer 1926 z.B. eine unterschiedliche Charakteristik der deutschen Rundfunkgesellschaften aufzustellen, wobei in seinen Augen allerdings nur der Leipziger Sender positiv hervorsticht:

"Da ist die Berliner Funkstunde, beherrscht von Alfred Braun, der als treuer Soldat Stresemannischen Volks-Kaisertums stramm nationalen Funk macht Münchens *Deutsche Stunde* wird wohl nicht zu Unrecht 'Deutschnationale Stun-

⁵⁵Klaus Neukrantz: Demokratisierung des Rundfunks; in: NRF 26/26/843

⁵⁶Karl Wilhelm: Radio-Parlamentarismus; a .a .0.

⁵⁷Radio-Kritik; in: NRF 26/11/243

⁵⁸Inhalt dieser Rede Crispians ist wiedergegeben in: Karl Wilhelm:

Kampf gegen die Programmdiktatur; in: NRF 26/29/678

Die Rundfunkhörerversammlung fand statt am 8.10.26; vgl.: NRF 26/26/613

⁵⁹vgl.: W. Buscher: Die ‚Neutralität‘ des deutschen Rundfunks: NRF 26/11/243f.; sowie:

Franz Reimert: Konsumgenossenschaft und Rundfunk; in: NRF 26/24/555f.

⁶⁰Erich Weinert: Zum Erscheinen; in: NRF 26/1/6

⁶¹Jacob Blauner: Der Rundfunk - Kultur- und Machtfaktor?; in: NRF 26/30/699

⁶²Radio-Kritik; in: NRF 26/7/180

⁶³M. Felix Mendelsohn: Die Sogenannten; a.a.O.

⁶⁴Jacob Blauner: Der Rundfunk a.a.O.

de' geschimpft. Stuttgarts Rundfunk arbeitet unter den Fittichen des 'Deutschtums im Ausland'. Mehr gezwungen, als aus Liebe, macht der Königsberger den Vorposten für Deutschlands 'nationale Belange im Osten'. Der Breslauer Sender soll demnächst in ein Kloster gehen. Und der Frankfurter steht unter dem Einfluß der 'Frankfurter Zeitung'. Der Leipziger Rundfunk ist auch kein proletarischer, aber (...) inmitten seiner mehr oder weniger nationalen Kollegen (...) ist er der einzige, der den Arbeiter zu Wort kommen läßt."⁶⁵

Anlaß zu dieser Feststellung sind dabei die vom Leipziger Sender veranstalteten "Volksabende", auf denen, wie Blauner anerkennend feststellt, "fast ausschließlich das geboten wird, was wir proletarische Kunst nennen."⁶⁶ Aber auch ansonsten kommt dieser Sender in den Beiträgen des NRF des öfteren 'gut weg': So brachte er, wie die Zeitschrift vermerkt, im April 1926 ein Konzert des Gorbitzer Arbeiter-Mandolinenklubs⁶⁷, nahm am 1. Mai. 1926, wie schon im Jahr zuvor, als einziger Sender im Reich in seinem Programmen Bezug auf die Bedeutung dieses Tages für die Arbeiterschaft⁶⁸; und auch am 5. August, dem Jahrestag des Kriegsbeginns von 1914, wurde hier immerhin die "Friedensnovelle" von Strindberg verlesen⁶⁹.

In den Programmen der anderen Sender finden die Autoren der Zeitschrift hingegen nur selten Lobenswertes, wie etwa den "Arbeiterkunstabend", den der Elberfelder Sender im Sommer 1926 auf Verlangen des dortigen ARKD übertrug⁷⁰, oder eine Reihe von sechs Vorträgen "bekannter Gewerkschaftsführer", die im Frühjahr 1926 vom Berliner Sender ausgestrahlt wurden⁷¹. Letztere hätten der Sendegesellschaft, wie der NRF feststellt, jedoch "geradezu abgerungen" werden müssen⁷², weshalb ihre Übertragung für die Zeitschrift eher einen Anlaß bietet, darauf hinzuweisen,

"(...) daß die geringe Anzahl der Vorträge in keinem Verhältnis der Bedeutung der Arbeiterschaft als solche, wie auch ihrer zahlenmäßigen Anteilnahme am Rundfunk entspricht."⁷³

Auf eine regelrechte Tendenzwende der Berliner 'Funkstunde' ließ einige Autoren allerdings der Arbeitsplan hoffen, den diese Gesellschaft im September 1926 für die 'Spielzeit' 1926/27 vorstellte. Nachdem im NRF noch kurz zuvor wegen zahlreicher Verletzungen des Neutralitätsprinzips und mangelnder Aktualität seiner künstlerischen Darbietungen heftige Kritik an dem Sender geübt worden war⁷⁴, war der neue Arbeitsplan Otto Brattskovens sogar "als solcher alle Hochachtung wert"⁷⁵. Zwar sei die 'Funkstunde' "von dem, was die arbeitende Bevölkerung von dem Rundfunk als Kultur- und Bildungsfaktor verlangt, (...) noch immer meilenweit entfernt"⁷⁶, aber, so Brattskoven:

"(...) man (hat) sich jetzt darum bemüht, in systematischer Form alles das zusammenzufassen, was heute Musik, Literatur und Wissenschaft als Spitzenlei-

⁶⁵Jacob Blauner: Endlich eine „Stunde der Arbeiterschaft“ in Deutschland; in: NRF 26/13/293

⁶⁶ebd.

⁶⁷vgl.: Funknachrichten; in: NRF 26/5/102

⁶⁸vgl.: Jacob Blauner: Endlich eine ...; a.a.O.; sowie:

Otto Brattskoven: Fordert den Rundfunk für die Maifeier; in: NRF 26/5/99

⁶⁹Jacob Blauner: Vom Friedensinstrument Rundfunk; a.a.O.

⁷⁰Funknachrichten; in: NRF 26/16/364

⁷¹Gewerkschaftliche Vorträge im Berliner Sender; in: NRF 26/3/55

⁷²ebd.

⁷³ebd.

⁷⁴vgl. z.B.: Viator: Was hat der Berliner Sender bisher geleistet?; in: NRF 26/13/292f.

⁷⁵Otto Brattskoven: Was ist vom neuen Berliner Rundfunkprogramm zu erwarten?; in: NRF 26/23/531

⁷⁶ebd.

stung gilt und durch den Rundfunk verbreitet werden kann. Alles ist berücksichtigt und mitunter sogar sehr geschickt durch zusammenhängende Veranstaltungen zu einem Ganzen verbunden. (...) es hat sogar den Anschein, daß man trotz aller 'unpolitischen' Einstellung einen gewissen und durch zahllose Beschwerden nicht mehr zu vermeidenden Ruck nach 'ein bißchen links' durch die Wahl der vortragenden Persönlichkeiten dokumentieren möchte."⁷⁷

Was Brattskoven hier noch sehr vorsichtig formuliert, scheint anderen Autoren zunächst zur Gewißheit zu werden. So stellt Karl Wilhelm z.B. einige Wochen später eine von der 'Funkstunde' angekündigte Vortragsreihe "Mensch und Arbeit", die nach Angaben des Senders "in enger Fühlungnahme mit Verbänden und Vereinigungen der Werktätigen" erfolgen sollte, als "begrüßenswerte Neuerung" vor, der "wir mit einigen Vorbehalten zustimmen können"⁷⁸; und in einer anderen Ausgabe übt ein namentlich nicht genannter Autor sogar Kritik an den Gewerkschaften, die den "neuen Kurs" des Senders nicht genügend auszunützen wußten:

"Der neue Kurs der Berliner Funkstunde ist heute durchaus nicht mehr abgeneigt, den Arbeitervertretern und im besonderen den Gewerkschaftsführern das Mikrophon zum Vortrag einzuräumen. (...) Von offizieller Seite sabotiert man heute keineswegs mehr die Arbeiterschaft, sondern man ist jetzt sogar dankbar, wenn geeignete Vorschläge gemacht werden, an denen man vom reaktionären Standpunkt aus nicht mehr herumkritteln wird."⁷⁹

Wie aus anderen Beiträgen hervorgeht, brachte der "neue Kurs" des Berliner Senders jedoch nur bedingt das, was sich die hier zitierten Autoren von ihm versprochen. Er erwies sich vielmehr als ein Teil einer anderen 'neuen Tendenz' im Rundfunk, die Julian Borchert noch im Sommer 1926 auch bei anderen Gesellschaften bemerkte. Zwar ließe man jetzt "auch Personen zu Wort kommen, die als politisch radikal gelten"⁸⁰, aber:

"(...) sie dürfen nur über 'ungefährliche' Themen sprechen! Da ist dann der Schein gewahrt, man kann sich darauf berufen, 'unparteilich' zu sein - und der Zweck ist erreicht, die Hörer werden nach wie vor nur in reaktionärem Sinne beeinflusst und bearbeitet."⁸¹

Ähnlich muß Ende November 1926 auch der Leitartikel der Zeitschrift feststellen, daß die bisher begrüßten Fortschritte in Richtung auf eine Öffnung des Rundfunks für Linke eher ein Zeichen für die Stabilisierung seines bürgerlichen Charakters, als für eine Tendenzwende sei. Es ließe sich nicht mehr leugnen, so heißt es hier:

"(...) daß der Rundfunk nach und nach anfängt ein Gesicht zu bekommen, das in jeder Weise über die Interessen des werktätigen Volkes hinwegzusehen beginnt. Wenn man jetzt nur noch selten mit ausgesprochen reaktionären Vorträgen an die Öffentlichkeit tritt und andererseits durch Heranziehung links orientierter Schriftsteller und Redner sich ein gewissermaßen fortschrittliches Aussehen gibt, so sind gerade diese beiden Tatsachen symptomatisch dafür, daß man stabil geworden ist, daß man System hat und daß die 'kalte Bourgeoisierung' des Rundfunks sich durchzusetzen beginnt (...)."⁸²

⁷⁷ ebd.

⁷⁸ Karl Wilhelm: Neuerungen im Berliner Rundfunk; in: NRF 26/32/747

⁷⁹ Gewerkschaftspolitik und Rundfunk; in: NRF 26/26/603

⁸⁰ Julian Borchardt: Freiheitsbedrohung an allen ...; a.a.O.

⁸¹ ebd.

⁸² Gegen die Reaktion im Rundfunk; in: NRF 26/35/819

Als Beispiel für die Auswirkungen dieser "kalten Bourgeoisierung", speziell des Berliner Senders wird einige Ausgaben später dann der "Fall" eines Dramatikers vorgeführt, der der Nachwelt zwar eher als Kritiker des Weimarer Rundfunks, denn als dessen Apologet gilt, in dem Walter Baake im Januar '27 jedoch noch ein "Opfer der Umgarnungstaktik" der Sendegesellschaften erkennen muß -

"(...) ein Beispiel mehr dafür, daß es der Funkokratie immer wieder glückt, mit ihren goldenen Fangarmen 'kritische Gewissen in den Schlaf zu lullen'."⁸³

Gemeint ist Berthold Brecht, der bereits im Mai 1925, im Rahmen eines literarischen Abends der 'Funkstunde' erstmals im Radio aus eigenen Werken gelesen und auch Silvester 1926 an der Jahresrevue *Larifari* des Senders mitgewirkt hatte⁸⁴. Wenige Tage darauf erschien in der *Funkstunde*, der *offiziellen Zeitschrift der Berliner Rundfunkstelle*, dann sein Aufsatz "Junges Drama und Rundfunk", in dem er seine bisherigen Erfahrungen mit dem Medium zusammenfaßte. Brecht war hier voll des Lobes über die Möglichkeiten, die jungen, engagierten Dramatikern mit dem Rundfunk geboten würden. Im Unterschied zum "Theater von heute", das deren Stücke oft "bis zur Unkenntlichkeit" entstelle, war das Radio für ihn eine "große, unbelastete, neue Institution", die die bisherige Aufgabe des Theaters, die Kunst zu fördern, "einfach mitübernimmt"⁸⁵:

"Deshalb ist der Rundfunk, eine technische Erfindung, die sich das Bedürfnis der Masse erst schaffen und nicht sich einem schon abgenutzten alten Bedürfnis unterwerfen muß, eine große und fruchtbare Chance für unsere Stücke."⁸⁶

Diese Vorstellung vom Rundfunk als "unbelasteter, neuer Institution", die Brecht, übrigens auch in späteren Aufsätzen immer wieder vertrat⁸⁷, mußte im NRF natürlich auf Widerspruch stoßen. Walter Baake fiel bei der Lektüre von Brechts Aufsatz sogar, wie er schreibt, "von einem Erstaunen ins andere", da Brecht hier den Rundfunk ausgerechnet "auf der Eselsweise desjenigen Senders (hofiert), wo ein Alfred Braun das geistige Regiment führt"⁸⁸. Und:

"Hat Alfred Braun sich je in nennenswertem Umfang bemüht, die jungen Dramatiker im Rundfunk vor das Volk treten zu lassen? Traut Brecht ihm die Fähigkeit zu, die er im Bausch und Bogen dem Gegenwartstheater zuspricht? An wievielen Sendern, von Berlin ganz zu schweigen, ist denn sein dramatisches, schon recht umfangreiches Werk aufgeführt worden? Und hat Brecht überhaupt je am Radioapparat gesessen und die Rundfunkproduktionen abgehört? (...) Ob das Linsengericht, um das Brecht das Erstgeburtsrecht seiner Unabhängigkeit verkauft hat, lediglich in dem Honorar für seine Silvesterrevue bestanden hat,

⁸³Walter Baake: Unabhängige Funkkritik. Der Fall Brecht; in: NRF 27/2/31f.

⁸⁴vgl.: Peter Groth, Manfred Voigts: Die Entwicklung der Brecht'schen Radiotheorie 1927-1932; in: Brecht Jahrbuch; Frankfurt a.M. 1976; S. 33

⁸⁵Berthold Brecht: Junges Drama und Rundfunk; in: Funkstunde; Berlin 1927; Nr. 1 v. 2. Jan.; S. 2f.; hier zit. nach: Peter Groth, Manfred Voigts: Die Entwicklung ...; a.a.O., S. 3ff.

⁸⁶ebd., S. 35

⁸⁷vgl. z.B. Brechts Aufsatz: Radio - eine vorsintflutliche Erfindung; in: Brecht Werkausgabe (hrsg. vom Suhrkamp Verlag) Frankfurt a.M. 1967; Bd. 18, S. 121. Brecht schreibt hier, daß man bei der Erfindung des Rundfunks staunend beobachten könne, „(...) wie eine Kaste (gemeint ist die Bourgeoisie; d. Verf.) dadurch, daß sie es ermöglichte, das was sie zu sagen hatte, dem ganzen Erdball zu sagen, es zugleich dem Erdball ermöglichte, zu sehen, daß sie nichts (!) zu sagen hatte."

vgl. hierzu auch meine Arbeit: Die Radiotheorie von Berthold Brecht. Darstellung und Entwicklung einer utopischen Theorie des Rundfunks; unveröffentl. Hausarbeit am FB Kommunikationswissenschaften der FU Berlin, WS 82/83

⁸⁸Walter Baake: Unabhängige Funkkritik ...; a.a.O.; S. 32

kann erst die weitere Aufklärung seines Falles ergeben."⁸⁹

Baake geht es hier keineswegs darum, Brecht seine Mitarbeit am reaktionären Rundfunk vorzuwerfen, oder ihn dafür zu tadeln, daß er andere Autoren mit seinem Aufsatz quasi zu solcher Mitarbeit aufruft. Ähnlich wie Brecht einige Jahre später das Radio als möglichen "Kommunikationsapparat" beschreibt⁹⁰, sieht vielmehr auch Baake in dem Medium durchaus Möglichkeiten:

"Gewiß" - so schreibt er - "der deutsche Rundfunk wird einmal die Tribüne werden, von der aus das deutsche Volk durch seine politischen, kulturellen und geistigen Führer zum Wissen geführt wird."⁹¹

Im Unterschied zu Brecht bedarf es für ihn, ebenso wie für die anderen Autoren des NRF jedoch nicht erst eines groß angelegten "soziologischen Experiments", wie dem Baden-Badener Versuch des "Ozeanflugs"⁹², um die bürgerliche Vorbelastetheit des Weimarer Rundfunks zu erkennen. Und, so Baake:

"(...) man beschleunigt nicht die Entwicklung des Rundfunks zu jener Tribüne, die sich wohl auch Brecht wünscht, indem man die Kritik gegen das heutige System und seine Nutznießer für sich behält."⁹³

Daß sich Kritik am Weimarer Rundfunk für die Arbeiterfunkfreunde durchaus mit der Bereitschaft zur Mitarbeit an dem Medium vereinbaren ließ, sofern durch solche Mitarbeit den Interessen der Arbeiterschaft Rechnung getragen werden konnte, zeigt auch eine Resolution, die die Berliner Bezirksgruppe des ARKD im Januar 1927 beschloß. Als eines der wenigen Dokumente, in denen sich die Arbeiterfunkfreunde selbst zum Rundfunkprogramm äußern, faßt sie zudem auch die im NRF formulierte Kritik am Programm zusammen und belegt damit, daß zumindest diese den Vorstellungen der Arbeiterfunkfreunde im wesentlichen entsprochen haben muß. Der Wortlaut der Resolution soll hier deshalb vollständig wiedergegeben werden:

"Die am 5. Januar 1927 versammelten Mitglieder und Funktionäre des Arbeiter-Radioklubs Deutschlands wissen sich mit allen Proletariern einig, indem sie folgende EntschlieÙung einstimmig annahmen:

Hunderttausende von proletarischen Hörern, die zum Abhören der Darbietungen der 'Funkstunde Berlin' verurteilt sind, protestieren gegen die allzu oft kitschig-reaktionär-parteiische Einstellung der ihr bisher gebotenen Programme, besonders gegen die Verhöhnung des Proletariats am 31. Dezember 1926 durch Otto Reutter.

Die proletarische Hörschaft fordert die Leiter des Berliner Senders auf, endgültig solche, fast nur unter Schmutz und Schund fallende geistige Einstellung aufzugeben.

Die Bezirksgruppe Berlin des Arbeiter-Radio-Klubs Deutschland e.V. erklärt sich erneut bereit, an der künftigen Programmgestaltung mitzuarbeiten, sobald sie feste Zusagen der Funkstunde A.G. hat, um die Wünsche von 80 Proz. der gesamten Hörschaft erfüllen zu helfen."⁹⁴

⁸⁹ ebd.

⁹⁰ vgl. Berthold Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat; in: Brecht Werkausgabe; a.a.O.; Bd. 18, S. 127f.

⁹¹ Walter Baake: Unabhängige Funkkritik ...; a.a.O.; S.32

⁹² vgl. hierzu P. Groth, M. Voigts: Die Entwicklung ...; a.a.O.; S. 9ff.

⁹³ Walter Baake: Unabhängigen Funkkritik ...; a.a.O.; S.32

⁹⁴ zit. nach Funknachrichten; in: NRF 27/3/60

5.2. Über die Aufgabe eines Rundfunks im Interesse der Arbeiterschaft

Anders als die Kritik am Weimarer Rundfunk, die in den Beiträgen des NRF relativ einheitlich und gleichbleibend formuliert wird, weisen die Vorstellungen, die hier über eine andere, den Bedürfnissen und Interessen der Arbeiterschaft angemessenere Nutzung des Mediums entwickelt werden, im Laufe der Zeit zwei unterschiedliche Zielrichtungen auf: Zunächst wird das Radio vor allem als ein mögliches Kultur- und Bildungsinstrument für die Arbeiterschaft betrachtet; später gilt es dann in umfassenderem Sinn als ein potentieller Spiegel oder Vermittler des 'Weltgeschehens'. Beide Vorstellungen stehen dabei jedoch nicht notwendig im Gegensatz zueinander, sondern werden, z.T. sogar von denselben Autoren, eher in Ergänzung zueinander formuliert.

5.2.1. Radio als (proletarischer) Kulturfunk:

Die Vorstellung vom Rundfunk als einem möglichen Kultur- und Bildungsinstrument der Arbeiterschaft, die anfangs in nahezu allen grundsätzlicheren Beiträgen des NRF zu finden ist, orientiert sich noch stark an der offiziellen, zumindest der Öffentlichkeit gegenüber immer wieder vertretenen Funktionsbestimmung des Weimarer Rundfunks als 'unpolitischem Unterhaltungsrundfunk'⁹⁵. Durchaus ähnlich dieser Maxime wird das Radio hier zunächst nicht als ein Forum für aktuelle und politische Berichterstattung gesehen, sondern als "Kulturfaktor"⁹⁶. Statt, wie der Weimarer Rundfunk, unter dem Deckmantel angeblich 'neutraler' Kultur vor allem "reaktionäre Propaganda" und "unkünstlerischen, auf die Zustimmung satter, bürgerlicher Verdauungsindolenz berechneten Kitsch"⁹⁷ zu verbreiten, soll das Radio nach Vorstellung der Autoren des NRF jedoch als "technisches Hilfsmittel" dazu verwendet werden, "(...) den kulturellen Willen der aufsteigenden Klasse zu manifestieren"⁹⁸, und zu diesem Zweck als "wirkliches Volksbildungsunternehmen"⁹⁹, als ein "Kulturwerkzeug des schaffenden Volkes"¹⁰⁰ dem "proletarischen Kulturkampf"¹⁰¹ dienstbar gemacht werden. M. Felix Mendelsohn schreibt in diesem Zusammenhang sogar von einem "Machtkampf", den die werktätige Hörschaft führen müsse:

"(...) ein Kampf mit dem Ziel, die Darbietungen des Rundfunks in den Dienst der kulturellen Bestrebungen der werktätigen Bevölkerung zu stellen, sie von reaktionärer Ideologie zu befreien, und den Rundfunk, dieses grandioseste Volksbildungsunternehmen der Welt, nicht zum Unterhaltungszweck privilegierter Klassen zu dulden, sondern es dem Aufstieg der Massen dienstbar zu machen."¹⁰²

Die Vorstellungen, die dabei von den Autoren der Zeitschrift über die konkrete Gestaltung eines solchen proletarischen Kulturfunks entwickelt werden, sind allerdings recht un-

⁹⁵vgl. Hans Bredow: Dem 'Deutschen Rundfunk' zum Geleit; in: Der deutsche Rundfunk; 1. Jg. Berlin 1923; Nr. 1, S. 1 sowie: Horst O. Halefeldt: Das erste Medium für alle? Erwartungen an den Hörfunk bei seiner Einführung in Deutschland Anfang der zwanziger Jahre; in: Projektgruppe Programmggeschichte: Zur Programmggeschichte des Weimarer Rundfunks; Frankfurt a.M. 1986; S. 83ff.

⁹⁶Wilhelm Hoffmann: Kultur? ...; a.a.O.

⁹⁷M. Felix Mendelsohn: Unter uns gesagt ...; a.a.O.

⁹⁸Geleitwort v. Verlag und Redaktion des NRF; a.a.O.

⁹⁹M. Felix Mendelsohn: Unter uns gesagt ...; a.a.O.

¹⁰⁰Wilhelm Hoffmann: Aufruf an das schaffende Volk; in: NRF 26/1/5

¹⁰¹M. Felix Mendelsohn: Unter uns gesagt ...; a.a.O.

¹⁰²ders.: *Die Sogenannten*; a.a.O.

terschiedlich. Zwar ist man sich noch weitgehend darüber einig, daß die Programme des Rundfunks "im Dienste der Menschlichkeit" stehen und auch "(...) der Völkerverständigung zu dienen (haben)"¹⁰³. Unterschiede bestehen jedoch sowohl hinsichtlich der Frage, welche Kultur und Bildung der Arbeiterschaft mit Hilfe des Radios vermittelt werden soll, als auch in Bezug auf den politischen Stellenwert, der dieser Vermittlung zugemessen wird.

Ein Teil der Autoren sieht die Aufgabe des Rundfunks als 'Kulturfaktor', ähnlich, wie sie auch in der eher bürgerlichen Fach- und Massenpresse diskutiert wurde¹⁰⁴, vor allem darin, der Arbeiterschaft einen Kultur- und Bildungsgenuß zu ermöglichen, der zuvor nur bürgerlichen Kreisen zugänglich war. Die Darbietungen des Rundfunks gelten ihnen daher als ein preiswerter Ersatz für einen, Arbeitern in der Regel schon aus materiellen Gründen nur begrenzt möglichen Schul-, Konzert- oder Theaterbesuch, als eine Möglichkeit, sich - wenn auch aus zweiter Hand - den immateriellen Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft aneignen zu können. Julius Nowotny, der Vorsitzende des österreichischen Arbeiterradioverbandes und spätere Vorsitzende der Arbeiter-Radio-Internationale, schreibt so z.B. über "Das Radio im Dienste der proletarischen Kultur":

"Auch die Besitzlosen werden nun miteinbezogen in den Kulturkreis der Welt, welcher bisher zum überwiegenden Teil Monopol der Besitzenden war. Auch der am Abend abgerackert von der Last des Tages heimkehrende Arbeiter kann in seinen vier Wänden Kunstgenuß und Belehrung empfangen und sich an die geheimnisvolle Welt anschließen."¹⁰⁵

Den Vertretern dieser Position liegt es dabei fern, den Nutzen einer spezifisch bürgerlichen Kultur und Bildung für Arbeiter in Frage zu stellen, oder gar eine besondere, proletarische Kultur im Rundfunk zu fordern. Nicht der Inhalt von Kultur und Bildung ist in ihren Augen klassengebunden, sondern nur der Zugang zu den Kulturgütern. Mit Hilfe des Rundfunks wollen sie deshalb die Klassenschranke, die die Arbeiterschaft von den kulturellen Genüssen der Besitzenden trennt, niederreißen - oder doch wenigstens absenken, und "gute Kunst", wie es in einem anderen Artikel heißt, zu einer "Sache des ganzen Volkes" machen¹⁰⁶:

"Denn in Wirklichkeit hat nur die große Tatsache Bedeutung, daß (...) die große Masse von ihrem Recht auf die Kulturgüter Gebrauch macht, die der gesamten Menschheit gehören. Ist es zu bedauern, daß die Technik uns hilft, uns das zu nehmen, was bisher dem reichen Snob vorbehalten blieb?"¹⁰⁷

Die Durchbrechung des bürgerlichen Zugangsmonopols zu den Kulturgütern ist für die meisten Autoren dieser, den Inhalten der zu vermittelnden Kultur eher unkritisch gegenüberstehenden Gruppe jedoch in der Regel nicht der einzige Zweck eines proletarischen Kulturfunks. Von der Vermittlung von Kultur und Bildung im Radio versprechen sie sich zumeist auch eine sittliche Veränderung der (Arbeiter-) Hörer, durch die die Gesellschaft in ihren Augen aus einem, als mangelhaft empfundenen Zustand von "Nurtechnisierung und geistiger Verflachung"¹⁰⁸ herausgeführt werden kann, so daß die Vermittlung von Kultur und Bildung für sie - zumindest tendenziell - auch zu einem Ersatz für Gesellschaftsveränderung wird.

¹⁰³ Julius Nowotny: Das Radio im Dienste der proletarischen Kultur; a.a.O.

¹⁰⁴ vgl. Horst O. Halefeldt: Das erste Medium für alle? ...; a.a.O.; S. 102ff.

¹⁰⁵ Julius Nowotny: Das Radio im Dienste ...; a.a.O.

¹⁰⁶ ders.: Konkurrenzneid auf's Radio; in: NRF 26/13/292

¹⁰⁷ ebd.

¹⁰⁸ Klaus Garbe: Rundfunk und Arbeiterschaft; in: NRF 26/2/27

Schon für Nowotny stellt der radiophone Kunstgenuß für die Arbeiter so "(e)ine befreiende Auslösung gebundener Energie nach der abstumpfenden und mechanisierenden Arbeit im Betriebe"¹⁰⁹ dar. Und der Bochumer Redakteur Klaus Garbe¹¹⁰ sieht in einem, als "Erziehungs- und Bildungsinstrument" verwendeten Rundfunk - ebenso wie in einem solchen, von ihm schon antizipierten Fernsehen - sogar eine "Macht innerlicher Kulturgesundung", die in ihrem "inneren Wesen" die gleichen "Elemente höheren Kulturstrebens" trage wie die Arbeiterklasse. Unterstützt durch die "kulturfördernden Tendenzen der modernen Arbeiterbewegung" könne er daher der "Flachheit rein mechanischer Einflüsse", die die Gesellschaft bedrohten, entgegenwirken, und "(...) der Gesellschaft (...) wieder eine Seele, eine reine, schlichte, tiefe Innerlichkeit geben"¹¹¹:

"Schon heute lassen sich die Brücken ahnen, die einstmals Millionen von Menschen innerlich miteinander verbinden und über Egoismus und Eigennutz hinausheben werden. Die Übermittlung hoher künstlerischer und geistiger Werte wird nicht nur auf das ästhetische Gefühl der Menschen, sondern auf ihren ethischen Sinn einwirken. Das Anschauen und Anhören, der ästhetische und ethische Genuß wird das Fühlen und Wollen der Menschen läutern und ihre Empfänglichkeit für hohe sittliche Ideale vergrößern. (...) Eine Philosophie, die das Gute, Wahre, Reine zum absoluten Begriff des gesamten Gesellschaftstrebens erhebt, wird das Gesicht der Menschheit adeln."¹¹²

Wie sehr solche Konzepte radiophoner Kulturheilung dabei an der gesellschaftlichen Realität der Weimarer Republik, und damit letztlich auch an den Bedürfnissen und Interessen der unter den Bedingungen dieser Gesellschaft lebenden Arbeiter vorbeigehen, zeigt sich besonders bei Hello Verden, dessen Vorstellung von der "Neugestaltung des Rundfunks"¹¹³ im Unterschied zu Nowotny und Garbe allerdings davon ausgeht, daß die angestrebte sittliche Veränderung der Arbeiterhörer nicht Abfallprodukt radiophoner Genüsse, sondern nur das Produkt bewußter Anstrengungen der Programmproduzenten sein kann. Sie sollen daher in seinen Augen "erzieherisch auf das Volk wirken", um so dazu beizutragen, das "Ideal der Volksgemeinschaft"¹¹⁴ zu verwirklichen:

"Die Massen sollen zu freien, geistig denkenden (!) und pflichtbewußten Menschen herangebildet werden, die aus eigenem Willen bereit sind, der Gemeinschaft selbstlos (!) zu dienen und sich als bewußte Glieder dieser sozialen Volks- und Menschheitsgemeinschaft zu fühlen. Die Menschen sollen sich nicht nur mit der Befriedigung ihrer persönlichen alltäglichen Bedürfnisse bescheiden, sondern sie sollen ermuntert, erweckt werden, über das Alltägliche hinaus, höhere Ziele zu suchen und schönere Wege zu gehen."¹¹⁵

Wohin diese ‚schöneren Wege‘ führen sollen, wird deutlich, wenn Verden neben der Hilfe für Arme und Kranke oder der Pflege der Kunst auch die gewerkschaftliche Betätigung als eine Aufgabe des pflichtbewußten Menschen beschreibt. Lag schon für Garbe die "geschichtliche Aufgabe der Arbeiterschaft" vor allem darin, "(...) das höchste Maß innerer Harmonie in die Gesellschaft zu tragen"¹¹⁶, so besteht nämlich auch für Verden der Zweck gewerkschaftlicher Tätigkeit nicht etwa in der Durchsetzung der materiellen - und in der

¹⁰⁹Julius Nowotny: Das Radio im Dienste ...; a.a.O.

¹¹⁰Klaus Garbe: Rundfunk und Arbeiterschaft; a.a.O.

¹¹¹ebd.

¹¹²ebd.

¹¹³Hello Verden: Neugestaltung des Rundfunks; in: NRF 26/11/243

¹¹⁴ebd.

¹¹⁵ebd.

¹¹⁶Klaus Garbe: Rundfunk und Arbeiterschaft; a.a.O.

Weimarer Republik nicht selten auch existentiellen Interessen der Arbeiterschaft. Nach Ansicht Verdens sollen die Arbeiter im Radio viel mehr dazu angeleitet werden, 'selbstlos' dem 'edlen Ziel' zuzustreben, mit Hilfe der Gewerkschaften nicht sich selbst, sondern "(...) die Gesamtheit aus schlechter wirtschaftlicher Lage in Wohlstand zu heben."¹¹⁷

Im Gegensatz zu solchen Konzepten, die die Arbeiterschaft durch Kultur und Bildung aus "sozialer Fron und geistiger Verkümmerng"¹¹⁸ befreien wollen, gehen die Vorstellungen der zweiten Autorengruppe davon aus, daß die Befreiung der Arbeiterklasse und die Errichtung einer neuen, ihren Bedürfnissen und Interessen entsprechenden Gesellschaft nur das Resultat einer grundlegenden "sozialen Revolution"¹¹⁹ sein kann, die in ihren Augen mit "geschichtlicher Notwendigkeit" aus dem "das Laben der bürgerlichen Gesellschaft strukturierende (n) Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit" erwächst¹²⁰. Auch sie wollen der Arbeiterschaft mit Hilfe des Rundfunks Kultur und Bildung vermitteln; die hier als "ideologischer Überbau"¹²¹ begriffene Kultur der bürgerlichen Gesellschaft ist in ihren Augen jedoch nicht nur formal, durch den beschränkten Zugang zu den Kulturgütern, sondern auch inhaltlich durch den Klassencharakter der Gesellschaft geprägt, denn - so der Sozialdemokrat und Professor an der Universität Jena, Julius Schaxel in seinem Beitrag über "Die Kulturaufgaben des Proletariats":

"Solange und wo immer es ein soziales Proletariat gibt, wenn eine andere als die proletarische Klasse herrscht, ist die besitzlose Macht der Arbeitenden in gleicher Weise, wie von Besitz der Produktionsmittel auch von der formalen und inhaltlichen (!) Bestimmung der Kultur ausgeschlossen."¹²²

Da die Kultur der bürgerlichen Gesellschaft auf diese Weise formal, wie inhaltlich mit Besitz und Reichtum eng verbunden, mithin bürgerliche Kultur ist, ist sie für die Vertreter dieser Position dem Proletariat wesensfremd¹²³. In ihren Augen reicht es daher nicht aus, der Arbeiterschaft mit Hilfe des Rundfunks eine Teilhabe an dieser Kultur zu ermöglichen. Statt den Arbeitern zu nützen und zu ihrer Befreiung beizutragen, würde dies vielmehr zu einem "Sichverlieren in der fremden Kultur"¹²⁴ führen:

"Der Schatz von Wissens Einzelheiten und Wissensanhäufungen nützt dem Proletariat nichts zur Durchführung seiner gesellschaftlichen Aufgabe, selbst wenn er ihm geschenkt wird. Im Gegenteil, der aus Religion, Philosophie und Weltanschauungen bezogene Trost trübt nur den Blick auf das eigentliche Ziel. Die Technik versklavt den Arbeiter, die Philosophie schläfert ihn ein, die Mannigfaltigkeiten der Wissenschaften betäuben ihn oder lenken ihn zum mindesten ab von der Gewinnung eigener Stellungnahme."¹²⁵

Statt der Arbeiterschaft mit Hilfe des Radios bürgerliche Kulturgüter zugänglich machen zu wollen, betont die zweite Autorengruppe daher die Eigenständigkeit proletarischer Kulturbestrebungen und fordert in den Programmen des Rundfunks eine, dem sozialen und

¹¹⁷Klaus Garbe: Neugestaltung des Rundfunks; a.a.O.

¹¹⁸Klaus Garbe: Rundfunk und Arbeiterschaft; a.a.O.

¹¹⁹Julius Schaxel: Die Kulturaufgabe des Proletariats; in: NRF 26/9/195

¹²⁰ebd. (zu dieser zweiten Autorengruppe sind auch die folgenden Autoren und Beiträge zu zählen, die im folgenden nicht näher betrachtet werden; Megaphon: Jenseits der Wirtschaftspolitik; in: NRF 26/22/507; R. Kleinrbst: Soziologische und pädagogische Probleme des Rundfunks; a.a.O.; Viator: Was hat der Berliner Sender bisher geleistet; a.a.O.)

¹²¹Julius Schaxel: Die Kulturaufgaben ...; a.a.O.

¹²²ebd.

¹²³ebd.

¹²⁴ebd.

¹²⁵ebd.

ökonomischen Befreiungskampf der Arbeiterschaft nützliche, proletarische Kultur und Bildung.

Schon in der ersten Ausgabe des NRF wendet sich so z.B. Wilhelm Hoffmann gegen das "Getue" der Funkgesellschaften, die sich einbildeten, "(...) allein darüber urteilen zu können, was (...) für die arbeitenden Massen gut ist"¹²⁶ und stellt fest:

"Alle Kreise, besonders die im Rundfunk, mögen sich das gesagt sein lassen: den Inhalt der proletarischen Kultur bestimmt das Proletariat selbst!"

Worin dieser Inhalt proletarischer Kultur besteht, ist bei Hoffmann allerdings noch recht vage gehalten. Im Gegensatz zu dem "oberflächlichen Kulturglauben" der Bürger, so schreibt er, würde das Proletariat die wirklichen Kulturtatsachen "aufspüren und an den "wirklichen Kulturträgern" anknüpfen:

"Wir stehen im Gegensatz zur bloß literarischen Kulturschöngeisterei. Die Kultur des modernen und antiken Menschen genügt uns nicht. Auch der faustische Mensch, (...) der alle Wissensgebiete, wie heute unsere gelehrte Welt, in den Händen hält, dem aber nur das geistige Band zur Verbindung der unendlichen Lebensbeziehungen fehlt, ist nicht das Ideal des erkenntniskritischen Proletariats. (...) Der proletarische Kulturbegriff ist radikal, er greift an die Wurzeln der Dinge, und diese Wurzel aller Dinge ist der Mensch."¹²⁷

Ein erheblich umfassenderes Bild proletarischer Kulturinhalte und -ziele zeichnen demgegenüber Julius Schaxel, Jacob Blauner und Otto Brattskoven, deren Vorstellungen eng an die nach dem 1. Weltkrieg vom Reichsbildungsausschuß der SPD entwickelte Programmatik sozialistischer Bildungsarbeit angelehnt sind¹²⁸. Ähnlich wie es dort als "Aufgabe eines planmäßigen sozialistischen Bildungswesen" betrachtet wurde, "(...) den Abstand zwischen den tatsächlichen Klassenverhältnissen und der Entwicklung des Klassenbewußtseins (...) zu verringern", wobei "die Gemütskultur ebenso wie Verstandeskultur" erfaßt werden sollte¹²⁹, so wird auch hier die "allgemeinste Kulturaufgabe des Proletariats" in der "Selbsterkenntnis seiner Klassenlage" gesehen¹³⁰. Diese soll sich dabei nicht nur auf die Kenntnis des Arbeiters über "sein Verhältnis zu den Produktionsmitteln, seinen Anteil an der Produktion, seinen Zusammenhang zu den Genossen"¹³¹, also seiner Stellung im Produktions- und Verwertungsprozeß des Kapitals erstrecken, sondern auch die Kenntnis z.B. "(s)einer Lage im Weltall, in der menschlichen Gesellschaft, in der Kultur (...)"¹³² umfassen, also nahezu alle Lebens- und Wissensgebiete:

"Natur, Geschichte und Denken beherrscht von derselben Gesetzlichkeit, Arbeit und Arbeiter, Arbeiterklasse und Aufstieg der proletarischen Klasse im Kampf, das Wissen von der Wirklichkeit, die Fähigkeit zum selbständigen klassenbewußten Urteil, nüchtern abwägendes Betrachten der im Aufstieg zu übernehmenden Kulturgüter - eine Linie von der allgemeinen Wissenschaft, im Zusammenhang mit der Arbeit des Tages bis zum Arbeiter-Sport, Gesundheit und

¹²⁶ Wilhelm Hoffmann: Kultur? ...; a.a.O.; S.7

¹²⁷ ebd.

¹²⁸ Programm des Reichsbildungsausschusses der SPD; zit. nach: Hartmann Wunderer: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890 - 1933); Frankfurt a.M. 1980; S. 34 Wunderer beschreibt hier auch die im folgenden angesprochene Ausweitung des Bildungsbegriffes zur 'sozialistischen Lebenskultur'

¹²⁹ ebd.

¹³⁰ Julius Schaxel: Die Kulturaufgaben ...; a.a.O. Blauner spricht hier ähnlich von "Kenntnis seiner (d. Arbeiters, d. Verf.) Lage" (vgl. J. Blauner: Dem Proletariat; s. Anm. 134)

¹³¹ Julius Schaxel: Die Kulturaufgaben ...; a.a.O.

¹³² Jacob Blauner: Dem Proletariat die Bildungsarbeit des Rundfunks; in: NRF 26/4/76

Stählung des Körpers, Freiheit von Vorurteil, Aberglauben und nutzlosen Denkklast, das ist Inhalt, Form und Ziel der Kulturaufgaben des Proletariats auf dem Wege zur Selbstbefreiung."¹³³

Vor dem Hintergrund dieses Bildes proletarischer Kulturaufgaben besteht die Aufgabe des Rundfunks für Schaxel und Blauner vor allem in der "Schulung"¹³⁴ der Arbeiterschaft. Im "Dienste der gesamten Arbeiterschaft"¹³⁵ soll das Radio daher, wie Blauner näher ausführt, dazu verwendet werden, "(...) den Arbeitermassen Bildungsmaterial zu vermitteln"¹³⁶, um dem Arbeiter "(...) das nötige Rüstzeug (zu) geben, das er für seinen Kampf braucht(...)"¹³⁷. Dabei sollen die Programme sowohl in die "moderne Naturerkenntnis" einführen, die die Arbeiter von allem "Aberglauben, Vorurteil, traditionellen Denken" befreien könne¹³⁸, als auch - und vor allem - eine "Kenntnis der Gesellschaftszustände" vermitteln.

"Um zu wissen, wo die Hebel anzusetzen sind, wenn eine Veränderung herbeigeführt werden soll, die ihm dienlich ist Um ihn zu lehren seine Machtposition auszunutzen, um ihm zu zeigen, welche Wege zur Besserung seiner Lage führen können, muß er die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft überhaupt kennenlernen. Mit all jenen Dingen, die wir mit Psychologie, Soziologie, Staatslehre usw. bezeichnen, muß er vertraut gemacht werden. Vor allem auch mit den Bedingungen seiner eigenen Arbeit. über die Lohnfrage hinaus gilt es, ihn dafür zu interessieren, ihm die Möglichkeit zu geben, die Stellung seiner Arbeit in der gesamten Wirtschaft zu untersuchen. Ihm das Getriebe der Gesamtwirtschaft zu zeigen, die Organisation der Weltwirtschaft, kurz, ihm ein Studium der Ökonomie möglich zu machen."¹³⁹

Eine gänzlich andere Vorstellung, zwar nicht von den Inhalten proletarischer Kultur, jedoch von der Form ihrer Vermittlung im Radio, entwickelt demgegenüber Otto Brattskoven. Für ihn ist der Rundfunk weniger ein Schulungsinstrument, als vielmehr ein Hilfsmittel für die Arbeiterklasse, um durch kulturelle Selbstdarstellung und Selbstverständigung eine eigenständige proletarische Kultur überhaupt erst entwickeln zu können. Unerläßliche Voraussetzung hierfür ist in seinen Augen allerdings die Schaffung eines "Arbeitersenders"¹⁴⁰, da nur dieser den Arbeitern ein "Vertrauen zur ungehinderten Äußerung" geben könne:

"Damit aber beginnt eine neue Phase, nachdem bisher das kulturelle Ausdruckswollen des Proletariats teilweise noch im Schlepptau bürgerlicher Werte und Unwerte sich befand und infolgedessen oft unsicher hin- und herschwanken mußte. (...) Was bisher nur in kleineren Veranstaltungen von dem tiefbegründeten und selbstwillig sich äußernden Kulturwillen der Massen zu erkennen war, bekommt jetzt erst das weite Bett, um den Stromlauf ungehindert und ungehemmt fließen zu lassen."¹⁴¹

Das Bild, das Brattskoven von der Programmgestaltung eines solchen Arbeitersenders entwirft, läßt dabei schon in Ansätzen die spätere Radioutopie Brechts ahnen. Ähnlich wie dieser im Rundfunk einen "Kommunikationsapparat"¹⁴² sah, so will auch Brattskoven das

¹³³ Julius Schaxel: Die Kulturaufgaben ...; a.a.O.

¹³⁴ ebd.

¹³⁵ Jacob Blauner: Dem Proletariat ...; a.a.O.

¹³⁶ ebd.

¹³⁷ ebd.

¹³⁸ ebd.

¹³⁹ ebd.

¹⁴⁰ Otto Brattskoven: Der Anmarsch einer Kultur; in: NRF 26/4/78

¹⁴¹ ebd.

¹⁴² vgl. Berthold Brecht: Der Rundfunk als Kommunikationsapparat; a.a.O.

Radio zu einem, allerdings nur kulturellen "Verständigungsmittel aller für alle"¹⁴³ machen, das dazu genutzt werden soll,

"(...) alle geistigen und seelischen Kräfte, die im schaffenden Volk noch ungehoben vergraben sind, wie in einem Staubecken aufzusammeln und zugleich wieder zu einem gewaltigen Kreislauf zu verteilen."¹⁴⁴

Das Ziel dieser kulturellen Selbstverständigung der Arbeiter ist dabei für Brattskoven, ebenso wie für Schaxel und Blauner, die Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die hier jedoch nicht als ein Produkt weitgehend theoretischer Schulung entstehen soll, sondern - wenngleich Brattskoven diesen Begriff noch nicht verwendet - als Resultat eines Erfahrungsaustausches der Arbeiter, der die gesellschaftlich bedingte, relative Gleichheit ihrer Erfahrungen zu Tage treten läßt und dadurch eine, eher praktische Erkenntnis der gemeinsamen Lage ermöglicht:

"Alle Sorgen und Wünsche, alle Erkenntnisse und Beobachtungen, alle Lebensbejahungen und Freuden am Dasein werden und dürfen hier nicht in individualistischer Pose dargestellt, sondern sollen einzigartig lebenssteigernd jedem zugänglich, allen gemeinsam gemacht werden. (...) Zu blassen Sehnsüchten war heute, wie gestern keine Zeit: allein die allmächtige Wirklichkeit soll regieren. Ihr soll ausschließlich Raum geschaffen werden, zu ihrer ganzen Erkenntnis und Erfüllung soll durch den Rundfunk ein vollkommener Kontakt innerhalb des schaffenden Volkes möglich gemacht werden."¹⁴⁵

5.2.2. Radio als politischer Weltspiegel

Blieb die Aufgabe des Rundfunks in den dargestellten Konzepten eines proletarischen Kulturfunks immer auf die Vermittlung von Kultur, Bildung und Erziehung beschränkt, so daß das Medium - wenngleich diese Begriffe z.T. schon recht weit gefaßt waren - hier zumeist nur als eine neue Bildungsinstitution erschien, die die formalen oder inhaltlichen Unzulänglichkeiten der bereits bestehenden Institutionen dieser Art (beschränkter Zugang, falsche, weil bürgerliche Inhalte) kompensieren sollte, so zeichnet sich die Vorstellung vom Radio als Weltspiegel vor allem dadurch aus, daß diese, der Maxime vom ‚unpolitischen Unterhaltungsrundfunk‘ entlehnte Beschränkung fehlt. Das Radio wird hier vielmehr als ein, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aufgreifendes "Informationsmittel"¹⁴⁶ verstanden, dessen Programme "Teile einer Welt Darstellung"¹⁴⁷ sein sollen. "Rundfunk", so bringt Klaus Neukrantz diese Vorstellung von einem ‚anderen‘ Radio im Dezember 1926 auf den Begriff, "(...) als die große moderne Reportage unserer Zeit."¹⁴⁸

Erstmals formuliert wird sie im NRF allerdings schon im Juni des Jahres unter dem Titel "Wozu Unterhaltungsrundfunk" von einem unter dem Pseudonym "Megaphon" schreibenden Autor¹⁴⁹. Sein Beitrag zeigt noch deutlich, wie wenig selbstverständlich es offenbar auch in den Kreisen der Arbeiterfunkfreunde war, das Radio als ein, eher der Presse, denn mit Schule, Theater und Konzertsaal vergleichbares Medium zu begreifen. So liest es sich

¹⁴³Otto Brattskoven: Der Anmarsch ...; a.a.O.

¹⁴⁴ebd.

¹⁴⁵ebd.

¹⁴⁶Megaphon: Wozu Unterhaltungsrundfunk?; in: 26/11/268 (Die Quellenangabe bei Dahl: Arbeitersender ...; a .a .O.; S. 151 ist falsch)

¹⁴⁷ebd.

¹⁴⁸Klaus Neukrantz: Demokratisierung des Rundfunks; in: NRF 26/26/843

¹⁴⁹Megaphon: Wozu Unterhaltungsrundfunk?; a.a.O.

beinahe wie der Bericht einer großen Entdeckung, wenn Megaphon hier feststellt, "(...) daß man von zwei ganz entgegengesetzten Gesichtspunkten aus den Wert des Rundfunks beurteilen kann", und statt ihn nur als "Ersatz" für andere Kultur- und Bildungsinstitutionen zu sehen,"(...) auch eine gänzliche andere Beurteilung möglich (ist)."¹⁵⁰

"Wir sehen ihn zunächst als neues technisches Mittel an, gleichsam als Material, das vom Programm erst noch gestaltet werden soll, und müssen daher vor allem die spezifischen Möglichkeiten dieses Materials und seine inneren Gesetze untersuchen. Es ist ganz falsch, von Anfang an Vergleiche anzustellen, inwiefern Ähnlichkeiten mit dem Theater usw. vorhanden sind. (...) Die neue Technik ist vorerst nur eine Form, von der noch gar nicht feststeht, ob sich in ihr wirklich die Dinge repräsentieren können, die uns als 'Kunst' schon etwas zu geläufig sind."¹⁵¹

Tatsächlich kommt Megaphon bei seiner 'Untersuchung' des 'Materials' sogar zu dem Ergebnis, daß eher das Gegenteil der Fall ist. Angesichts der qualitativen Mangel der - damals erst auf Lang- und Mittelwelle möglichen - Radioübertragungen, die "(...) erst in den letzten Wochen wieder der Wirkung manches Abends den Garaus gemacht (haben)"¹⁵², sei das Medium für andere Dinge vielmehr besser geeignet:

"Wir sehen zunächst nur die Möglichkeit, das Wort und die Rede unter besonders günstigen Umständen von den verschiedensten Stellen aus zu übertragen. Wir sehen außerdem, daß ein Rundfunkprogramm in seiner Wirkung auf die Hörer nicht - wie Film, Theater, Vorträge, Konzerte - auf einzelne Stunden beschränkt ist, sondern den ganzen Tag umfaßt und sich tagtäglich fortsetzt. Daraus ergibt sich eine Stoßkraft, eine Intensität, die nur mit der einer Tageszeitung annähernd verglichen werden kann. (...) Gerade durch die fortgesetzte Kette ist es möglich, das Weltgeschehen umfassend darzustellen. (...) In diese Aufgabe des neuen Rundfunks müssen sich notwendig auch alle anderen Momente des Programms einordnen, ob Schauspiel, Oper, Konzert oder Vortrag."¹⁵³

Das wesentliche Moment dieser Funktionsbestimmung des Rundfunks als Weltdarstellung ist dabei der - in der hier konstatierten "Analogie zur Tageszeitung"¹⁵⁴ bereits angelegte - Einbezug auch des politischen Weltgeschehens als ein im Rundfunk darzustellendes. Schon Megaphon begreift es so als Aufgabe des Radios, neben "Kongressen, Gerichtsverhandlungen, Vorträgen usw."¹⁵⁵ auch politische Veranstaltungen, wie z.B. die Sitzungen bedeutender Reichstagsausschüsse ("Femeausschuß") zu übertragen, wengleich er hierin auch noch nicht unbedingt den Schwerpunkt radiophoner Weltdarstellung sieht. Im Unterschied zur Zeitung hat der Rundfunk in seinen Augen vielmehr "(...) seinen Rahmen (...) viel weiter gespannt, so daß er alles geistige Leben in seine kontinuierliche Darstellung mit einbezieht."¹⁵⁶

In den späteren Beiträgen über das Radio als Weltdarstellung wird die Forderung nach politischen Programmen jedoch endgültig in den Mittelpunkt gestellt. Schon in einem, ursprünglich in der "Weltbühne" erschienenen Artikel Kurt Tucholsky's, der im August 1926

¹⁵⁰ ebd.

¹⁵¹ ebd.

¹⁵² ebd.

¹⁵³ ebd.

¹⁵⁴ ebd.

¹⁵⁵ ebd.

¹⁵⁶ ebd.

im NRF nachgedruckt wurde, heißt es z.B. "Was wir brauchen, ist der politische Rundfunk."¹⁵⁷ Und in den folgenden Ausgaben der Zeitschrift wird diese Forderung auch von Julian Borchert, Karl Wilhelm u. a.¹⁵⁸ vertreten:

"In erster Linie gehören in den Rundfunk Mitteilungen über das, was uns alle angeht, d.h. über Politik und Wirtschaft. Alles andere, Musik, Unterhaltung, religiöse Andachten usw. hat dahinter zurück zustehen."¹⁵⁹

Die Argumente, die die Autoren dabei für eine Politisierung des Rundfunks ins Feld führen, sind weitgehend identisch: Angesichts der immer wieder kritisierten, oft reaktionären Tendenz der Radioprogramme, so stellen sie fest, sei die offizielle Maxime vom 'unpolitischen Rundfunk' ohnehin nur eine "Schein-Verordnung (...) wider besseren Wissens"¹⁶⁰; zudem werde sie auch den Möglichkeiten des Mediums nur unzureichend gerecht und sei daher "unter Berücksichtigung der ganzen Verhältnisse unsinnig"¹⁶¹. Schon um "interessant" zu sein, so meint jetzt z.B. selbst Jacob Blauner¹⁶², verlange der Rundfunk "mehr (...), als Musik und Literatur ihm bieten können"; nämlich: "Berichte, die sich mit den Ereignissen des Tages, den Tagesfragen befassen." Erst in der "höchstmöglichen Identität der Aktualität des Mittels (Technik) und der Aktualität des Inhalts (Programm)", so auch Klaus Neukrantz¹⁶³, finde das Medium ein "gewisses organisches Optimum":

"Das Radio als modernste, volkstümlichste Erfindung der Gegenwart kann sich, wenn es die Aufgabe, die einfach ideologisch ihrer (recte: seiner) Erfindung zugrunde liegt, erfüllen will, gar nicht den Strömungen und Forderungen unserer Zeit entziehen. Kulturell und wissenschaftlich, politisch und künstlerisch bilden in den Hauptrichtungen die politischen Parteien die sichtbare Kristallisation des großen soziologischen Umbruchs einer Zeit, die ein bestimmtes ausgeprägtes Gesicht durch Kampf und Widerstand erhalten hat. *Dieses* Gesicht unserer Zeit lebenswahr und ungeschminkt wiederzugeben, ist die Aufgabe des Rundfunks."¹⁶⁴

Gegenüber der Programmpraxis des "rechtspolitischen, rückständigen, mittelalterliche zensurierten (Weimarer) Rundfunk(s)"¹⁶⁵ bedeutet Politisierung oder Aktualisierung, so wie sie hier verstanden wird, natürlich vor allem, daß auch die politischen Positionen der Arbeiterschaft, oder wie Neukrantz es formuliert, die "junge geistige aufstrebende Kraft des Sozialismus"¹⁶⁶ Eingang in die Programme des Mediums finden soll; und zwar nicht nur, wie man betont, als einmaliges Zugeständnis, sondern als beständige Selbstverständlichkeit:

¹⁵⁷ Ignaz Wrobel (d. i. Kurt Tucholsky): Der politische Rundfunk; in: 26/18/411

¹⁵⁸ in ausführlicherer Form wird diese Forderung vor allem in folgenden Beiträgen erhoben:

- Julian Borchardt: Freiheitsbedrohung an allen ...; a.a.O.
- Karl Wilhelm: Das Vortragswesen im Rundfunk; in: NRF 26/23/600f.
- Klaus Neukrantz: Demokratisierung ...; a.a.O.
- Walter Baake: Der Rundfunk dient keiner Partei?; in: NRF 27/4/87
- Jacob Blauner: Der Rundfunk. Kultur ...; a.a.O.

¹⁵⁹ Julian Borchardt: Freiheitsbedrohung ...; a.a.O.

¹⁶⁰ Klaus Neukrantz: Demokratisierung ...; a.a.O.

¹⁶¹ ebd.

¹⁶² Jacob Blauner: Der Rundfunk ...; a.a.O.

¹⁶³ Klaus Neukrantz: Demokratisierung ...; a.a.O.

¹⁶⁴ ebd. (Hervorhebung wie im Original)

¹⁶⁵ ebd.

¹⁶⁶ ebd.

"Es soll den Freidenkern nicht nur gütigst erlaubt sein, einmal einen Vortrag *über* ihre Organisation zu halten, sondern der fortschrittliche Geist des Freidenkertums, zu dem Millionen sich bekennen, soll in bestimmten, ständigen Programmteilen zum Ausdruck kommen können. Nicht nur ein Gewerkschaftsführer soll *über* die Gewerkschaften sprechen dürfen, sondern die Millionen der freigewerkschaftlich Organisierten müssen auch im Rundfunk eine Propagandastätte besitzen können, mit dem gleichen Recht, mit dem bisher dauernd die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände gegen den Achtstundentag agitieren konnten usw."¹⁶⁷

Mehr noch als das Konzept eines proletarischen Kulturfunks ist die Vorstellung eines politischen Rundfunks mithin mit der Forderung nach politischer "Neutralität"¹⁶⁸ des Mediums verbunden. Dabei wird politische Neutralität jedoch nicht, wie dies heutzutage im öffentlich-rechtlichen Rundfunk üblich geworden ist¹⁶⁹, als Synonym für möglichst moderate, in sich ‚ausgewogene‘ Berichterstattung einer nach Parteienproporz besetzten Redaktion *über* Politik begriffen, sondern als nur paritätische und weitgehend originale ‚Wiedergabe‘ relevanter politischer und weltanschaulich-kultureller Positionen, denen das Mikrophon im Rahmen der gesellschaftlichen Gesamtveranstaltung Rundfunk im wahrsten Sinne des Wortes ‚zur Verfügung gestellt‘ werden soll. Denn, so Walter Baake:

"Es gibt nur ganz wenige, eigentlich nur naturwissenschaftliche Themen, in deren schriftliche oder mündliche Erörterung *nicht* die persönliche, klassen-gebundene politische und weltanschauliche Stellungnahme des Referenten bewußt oder unbewußt hineinspielt. (...) Wo immer ein Mensch tätig ist, sei es auch als Künstler, als Wissenschaftler, stets ist er dabei Repräsentant einer Klasse, möge er sich noch soviel auf seine Unabhängigkeit einbilden. Das gilt natürlich auch für alle, die im Rundfunk Vorträge halten. Der Rundfunk kann nur insofern ‚keiner Partei dienen‘, indem er allen Parteien, allen Weltanschauungen paritätisch und demokratisch das Mikrophon zur Verfügung stellt."¹⁷⁰

Dabei muß die Form der politischen Darbietungen für die Autoren des NRF keineswegs auf Vorträge beschränkt bleiben, zu denen, wie etwa Tucholsky vorschlägt, "(...) jede Partei, (...) jede Geistesrichtung ihre Redner vorschickt, paritätisch verteilt, in ständiger Abwechslung."¹⁷¹ Vorstellbar sind für sie vielmehr auch "öffentliche Diskussionen"¹⁷², die schon von Megaphon angesprochene Direktübertragung politischer Veranstaltungen, oder auch, wie sich noch zeigen wird, das bloße Zur-Verfügung-Stellen von Sendezeit zur freien Gestaltung durch politische oder weltanschauliche Gruppierungen. Wichtig ist, ihnen nur eine, wie Klaus Neukrantz es formuliert, "wahrhaft demokratische Handhabung des Rundfunks"¹⁷³, die es ermöglichen soll,

"(...) daß die bedeutendsten gegenwärtigen Weltanschauungen und Richtungen unter Wahrung einer selbstverständlichen Sachlichkeit im Rundfunk das moderne Katheder unserer Zeit finden können."¹⁷⁴

¹⁶⁷ ebd. (Hervorhebung wie im Original)

¹⁶⁸ z. B. Karl Wilhelm: Das Vortragswesen des Rundfunks; a.a.O.

¹⁶⁹ Zur Herausbildung dieses, dem öffentlich-rechtlichen System keineswegs notwendig eigenen Verständnisses von Neutralität vgl.: Hans Bausch: Rundfunkpolitik nach 1945; München 1980; insbesondere Bd. 2; S. 613ff. und 762ff.

¹⁷⁰ Walter Baake: Der Rundfunk dient keiner Partei?; a.a.O. (Hervorhebung im Original)

¹⁷¹ Ignaz Wrobel: Der politische Rundfunk; a.a.O.

¹⁷² Ignaz Wrobel: Der politische Rundfunk; a.a.O.

¹⁷³ Klaus Neukrantz: Demokratisierung ...; a.a.O.

¹⁷⁴ ebd.

5.3. Vom *Kampf* um den Rundfunk

Eine Realisierung ihrer Vorstellungen von einer 'anderen' Gestaltung des Rundfunks - ob nun in Form eines proletarischen Kulturfunks oder als politisch-paritätischer Weltdarstellung - ist für die Autoren des NRF auf Grundlage der Weimarer Rundfunkorganisation, die die Arbeiterschaft von der Gestaltung der Programme ausschließt und damit den bürgerlichen Charakter des Mediums überhaupt erst begründet, natürlich kaum vorstellbar. Voraussetzung für eine Umgestaltung des Rundfunks im Interesse der Arbeiterschaft ist in ihren Augen vielmehr, so Otto Brattskoven im Sommer 1926:

"(...) eine Reform an Haupt und Gliedern, ein absoluter Neuaufbau der Organisation, der es ermöglicht, daß einwandfrei die Masse der Hörer zu ihrem entsprechenden Recht kommt und nicht bis zur Verzweiflung anhören muß, was ihr von einer Gesellschaft in Monopolstellung geboten wird."¹⁷⁵

Die weitestgehende Forderung in diesem Zusammenhang war dabei sicherlich die nach einem eigenen "Arbeitersender"¹⁷⁶, die schon in dem zitierten Leserbrief an die *Rote Fahne* erstmals formuliert wurde und die - wenngleich der Verein auch nie entsprechende Beschlüsse gefaßt zu haben scheint¹⁷⁷ - wohl tatsächlich so etwas wie einen "alte(n) Wunsch des A.-R.-K."¹⁷⁸ darstellte. Allerdings kommt dieser Forderung auf Grundlage des vorliegenden Materials keineswegs jene zentrale Bedeutung zu, die etwa Dahl ihr zumißt, wenn er schreibt, daß sie die "(...) politische Argumentation (des ARKD) bestimmte"¹⁷⁹, "(...) keine taktische Maximalforderung" und zudem auch "(...) 1926 keineswegs so unrealistisch (war), wie sie heute klingt."¹⁸⁰ Tatsächlich war zwar, wie Dahl richtig bemerkt, zu diesem Zeitpunkt "(...d) ie Organisation des Rundfunks (...) noch nicht abgeschlossen"¹⁸¹; wie schon der erste Teil dieser Arbeit deutlich gemacht haben dürfte, bedeutete dies jedoch keineswegs, daß - wie Dahl glaubt- "(...) noch (...) auch Organisationsformen möglich (schienen), in denen Platz für einen Sender der Arbeiterorganisationen gewesen wäre."¹⁸²

¹⁷⁵Otto Brattskoven: Wachsende Unzufriedenheit mit dem Rundfunk; in: NRF 26/19/433

¹⁷⁶Geleitwort von Verlag und Redaktion des NRF; a.a.O.; vgl. auch Otto Brattskoven in: NRF 26/5/99; 26/7/147;26/3/531; R. Kleinelbst in: NRF 26/6/123; Felix Scherer in: NRF 26/39/795

¹⁷⁷vgl. Kapitel 4 dieser Arbeit

¹⁷⁸Klaus Neukrantz: Demokratisierung ...; a.a.O.

¹⁷⁹Peter Dahl: Arbeitersender ...; a.a.O.; S.43

¹⁸⁰ebd.; S. 44

¹⁸¹ebd.

¹⁸²ebd.

Tatsächlich verwechselt Dahl hier zwei verschiedene Dinge: So bezieht sich der von ihm als Beleg für seine These zitierte Brief Bredows an den ARKD nicht auf einen Arbeitersender, den Bredow hier angeblich zugesichert haben soll, sondern auf einen Kurzwellenversuchssender, den der ARKD ebenso wie die bürgerlichen Amateurvereine erhalten wollte. (Vgl. hierzu auch: Radio im Dienste der Arbeiterschaft; in: NRF 26/16/363) Dieser Versuchssender, für den es genaue Postgebrauchsbestimmungen geben sollte (vgl. M. Witte: Die Audionsversuchserlaubnis; in: Der deutsche Rundfunk; Berlin 2. Jg. 1924; Nr.35), hatte mit einem - unabhängig davon geforderten - Arbeiterprogrammssender jedoch nichts zu tun. Deutlich wird Dahl's Verwechslung, wenn man etwas mehr aus dem Brief Bredows zitiert, als er dies tut. Dort heißt es nämlich:

"Damit fällt auch in Verbindung mit der Audionsversuchserlaubnis der Begriff 'anerkannter Verein' fort. Gleichzeitig wird die Frage der Versuchssender neu geregelt, die sehr schwierig ist, da man auf der einen Seite die Anzahl der Vereine nicht beschränken, und auf der anderen Seite die Zahl der Sender nicht in Ungemessene wachsen lassen möchte. Jedenfalls können Sie sicher darauf rechnen, daß der Arbeiter-Radio-Klub einen oder mehrere Sender bekommt. Die Bedingungen werden jetzt ausgearbeitet." (zit. nach: Der Kampf um die Funksendegenehmigung; in NRF 26/3/51)

Tatsächlich erhielt der ARKD bis zu seiner Spaltung 1929 keinen solchen Sender. (Vgl.: Bericht Voigt's auf der erw. Bundesvorstandssitzung am 16.6.29; in: Protokoll derselben; in: AF 29/26/ 306 ff. und AF 29/27/310 ff.)

Die Autoren des NRF jedenfalls, waren da weitaus realistischer: Zwar wird in zahlreichen Beiträgen die Forderung nach einem Arbeitersender aufgestellt, auch berichtet die Zeitschrift ausführlich über Arbeitersender im Ausland¹⁸³; nur ein einziger Verfasser, Richard Kleinelbst ist jedoch auch der Auffassung, daß eine solche Forderung unter den gegebenen politischen Bedingungen auch durchgesetzt werden könnte und deshalb

“(…) der ganze Einfluß der organisierten Arbeiterschaft aufgeboten werden (müßte), einen oder mehr eigene Sender zu schaffen, solange es noch nicht zu spät ist - was sehr bald sein kann.”¹⁸⁴

Für alle anderen Autoren der Zeitschrift ist die Forderung nach einem eigenen Arbeitersender hingegen eher ein "Ideal"¹⁸⁵ oder Fernziel, das zwar, wie z .B. Otto Brattskoven, einer der vehementesten Vertreter dieser Forderung betont, “(…) niemals aus den Augen verloren werden darf”¹⁸⁶, das jedoch unter gegenwärtigen Bedingungen höchstens in Ansätzen, z .B. in Form von eigenständig durch Arbeiterorganisationen gestalteten Programmteilen, realisiert werden könne und daher zunächst hinter den "Erfordernissen des Tages"¹⁸⁷, nämlich der Durchsetzung eines "Mitbestimmungsrecht(s) bei der Zusammensetzung und Durchführung der Programme"¹⁸⁸ zurücktreten müsse. So schreibt Brattskoven z.B.:

"Ungeheuer wichtig ist zuerst einmal, daß Arbeitervertreter in die Kulturbeiräte delegiert werden (...). Ferner muß jetzt mit allem erdenklichen Nachdruck verlangt werden, daß neben der gänzlichen und wöchentlich zweimal stattfindenden Einräumung des Senders für die Interessen der werktätigen Bevölkerung und programmatisch nur von ihr bestimmt, auch die Freidenkerorganisationen (...) Gelegenheit finden, ihren Meinungen neben dem öligen Geschwätz der Pfaffen durch den Rundfunk Gehör zu verschaffen. Nur mit der Vertretung solcher Forderungen kann auch die Basis für einen ausschließlichen Arbeitersender geschaffen werden.”¹⁸⁹

Ähnlich meint auch der Kommunist Klaus Neukrantz, daß es zunächst nur um die Durchsetzung eines "Mitbestimmungs-Gestaltungsrechts"¹⁹⁰ gehen könne. Er schreibt:

"Das Ideal ist der eigene Arbeitersender, der alte Wunsch des A.-R.-K. Ein weiterer Vorschlag, der den Vorzug schnellerer Durchführung hat, sind eigene

¹⁸³Vorbilder für Arbeitersender im Ausland gab es sowohl in den USA (Woceders Chikago Federation of Labour/WIFI), in den Niederlanden (V.A.R.A., das Arbeiterprogramm von Radio Hilversum), in der Tschechoslowakei (Arbeiterrundpruch des *Kuratoriums für den Arbeiterrundfunk*) und natürlich in der Sowjet-Union; wobei letztere allerdings in größerem Umfang erst ab Januar '28 Eingang in den NRF/AF findet. In folgenden Artikeln werden diese ausländischen Sender näher dargestellt:

- Ein Arbeitersender in Amerika; in: NRF 26/8/171
- A.B.: Ein amerikanischer Arbeitersender; in: AF 27/46/1476
- A.B.: Amerikanischer Arbeiter-Radio-Bund; in: AF 27/47/1536
- Die ‚Stimme der Arbeit‘; in: AF 28/25/387
- Aus der Geschichte des amerikanischen Arbeitersenders; in: AF 29/30/322
- Auch Holland hat ein Arbeiterprogramm im Rundfunk; in: 26/13/295
- Das Holländische Arbeiterfuhhhaus; in: AF 29/17/253
- Egon Erwin Kisch: Rundfunk in Rußland; in: NRF 26/31/725
- Arthur W. Just: Russischer Rundfunk; in: NRF 27/5/113
- E.S. Hokes: Der Arbeiterrundpruch in der Tschechoslowakei; in: NRF 27/4/87 u.v.a.m.

¹⁸⁴Richard Kleinelbst: Soziologische und pädagogische ...; a.a.O.

¹⁸⁵Klaus Neukrantz: Demokratisierung ...; a.a.O.

¹⁸⁶Otto Brattskoven: Arbeiterschaft, Rundfunk und Kirche; a.a.O.

¹⁸⁷ebd.

¹⁸⁸Geleitwort v. Verlag und Redaktion des NRF; a.a.O.

¹⁸⁹Otto Brattskoven: Arbeiterschaft, Rundfunk und Kirche; a.a.O.

¹⁹⁰Klaus Neukrantz: Demokratisierung ...; a.a.O.

Volksabende, die regelmäßig von den Sendegesellschaften den Arbeiterkulturorganisationen zur Gestaltung überlassen werden. Der dritte Weg besteht in praktischen Programmvorschlägen, die von hierzu gewählten und geeigneten Ausschüssen vorbereitet und den Funkgesellschaften übergeben werden. Der zweite und dritte Vorschlag scheint mir der gegenwärtig aktuellste und gangbarste Weg zu sein."¹⁹¹

Neben der - hier im Gegensatz zum Arbeitersender als realisierbar angesehenen - Forderung nach eigenverantwortlich gestalteten Arbeitersendungen ging es den Autoren des NRF also zunächst vor allem um eine Einflußnahme auf die Programmgestaltung des Weimarer Rundfunks, die sich freilich nicht nur auf Unterbreitung von 'praktischen Programmvorschlägen' beschränken sollte. Möglichkeiten für eine Einflußnahme sah man vielmehr - wie schon die zitierte Forderung Brattskovens nach proletarischen Kulturbeiräten zeigt - auch in den staatlichen Überwachungsgremien des Rundfunks.

Schon Dahl hat allerdings feststellen müssen, daß den Vorstellungen, die in diesem Zusammenhang von den Autoren des NRF formuliert wurden, - zumindest anfänglich - erhebliche "Fehleinschätzungen"¹⁹² zugrunde lagen. So erkannte man in den Überwachungsausschüssen und Kulturbeiräten, die im Laufe des Jahres 1926 bei den Sendegesellschaften eingerichtet wurden und über deren offizielle Aufgaben nur allmählich Einzelheiten an die Öffentlichkeit drangen¹⁹³, zunächst keineswegs jene staatlichen Zensurgremien, die sie waren. Vielmehr glaubte man, hier würden Vorformen nicht staatlicher, sondern gesellschaftlicher Kontrollorgane geschaffen, die, sofern sie nur richtig besetzt würden, einen Ersatz für ein wirkliches Radio-Parlament bilden könnten. So schrieb z.B. Karl Wilhelm im September 1926 über die Kulturbeiräte:

"Der Siegeszug des demokratischen Gedankens darf und wird nicht vor dem Rundfunk haltmachen. (...) Nun lassen sich gewiß die Formen politischer Demokratie nicht ohne weiteres auf den Rundfunk übertragen. ;aber ähnliche Formen sind auch hier möglich und angebracht. Die Kernzellen eines künftigen Radioparlaments werden die Kulturbeiräte bei den einzelnen Sendegesellschaften bilden können, wenn sich ihre Zusammensetzung einigermaßen mit den kulturellen und politischen Schichtungen des deutschen Volkes, vor allem seines dem Rundfunk angeschlossenen Teiles deckt. (...) Zu diesen Kulturbeiräten werden die Rundfunkhörer dann auch Vertrauen haben, an diese ihre Vertrauensleute werden sie sich mit ihren Wünschen und Beschwerden richten und bei ihnen werden sie auch Verständnis finden."¹⁹⁴

Zwar wird in einem anderen Artikel des NRF noch gefordert, daß die Berufung der Kul-

¹⁹¹ ebd.

¹⁹² vgl. Peter Dahl: Arbeitersender ...; a.a.O.; S. 47f.

¹⁹³ diese nur allmähliche Information der Öffentlichkeit wurde im NRF des öfteren kritisiert. Noch im Sommer '26 meint z.B. Otto Brattskoven (NRF 26/14/317), nachdem er den Passus über die Kulturbeiräte aus den Sendelizenzen vom November '24 zitiert hat:

„Aber damit ist auch das Wissen der Öffentlichkeit über diese Angelegenheit erschöpft, während es sonst den Anschein hat, als ob diese Frage in den offiziellen Dunkelmännerkreisen schon längst erledigt ist. Die Millionen Hörer merken nur eines Tages zufällig, daß die Kulturbeiräte schon wirkungsvoll in Amt und Würden sitzen.“

Erst im September können dann die Bestimmungen über die Überwachungsgremien im NRF abgedruckt werden:

vgl.: Kulturbeiräte; in: NRF 26/28/651 und: Karl Wilhelm: Die politische Überwachung des Rundfunks; in: NRF 26/27/627 Die Reorganisation der DRADAG (vgl. Kapitel 2 dieser Arbeit) wurde hingegen im NRF nicht zur Kenntnis genommen.

¹⁹⁴ Karl Wilhelm: Radio-Parlamentarismus; in: NRF 26/18/412

turbeiräte "(...) unter Mitarbeit der am Rundfunk stark interessierten breiten Öffentlichkeit vor sich zu gehen habe (...)"¹⁹⁵ und deshalb die Kandidaten vor ihrer Ernennung öffentlich "(...) zur Diskussion zu stellen seien (...)"¹⁹⁶. An dem, was die Kulturbeiräte und Überwachungsausschüsse wesentlich von gesellschaftlichen Kontrollorganen unterschied, nämlich der Tatsache, daß sie gerade nicht vom Parlament oder gar den Rundfunkhörer selbst gewählt, sondern von Reichs- und Landesregierungen nur ernannt wurden, störten sich die Autoren der Zeitschrift jedoch zunächst nicht.

In Bezug auf die Kulturbeiräte begann man jedoch im Herbst 1926 allmählich klarer zu sehen, und zwar nicht nur wie Dahl glaubt, an der Basis des ARKD, bei der "Mehrheit der Mitglieder"¹⁹⁷, sondern auch unter den Funktionären und in der Zeitschrift des Vereins. Im Oktober fordert so der Vorsitzende Hoffmann auf der bereits erwähnten Berliner Rundfunkhörerversammlung des ARKD immerhin schon ein Mitbestimmungsrecht bei der Ernennung der Kulturbeiräte:

"Die Zusammensetzung der Kulturbeiräte darf nicht dem Ermessen einzelner Ministerialstellen überlassen bleiben. Ein Vorschlags- und Mitbestimmungsrecht muß von den Arbeiterorganisationen errungen werden."¹⁹⁸

Und Karl Wilhelm geht in dem Bericht über diese Veranstaltung im NRF sogar noch weiter und verlangt eine Wahl der Beiräte durch die Hörer bzw. durch deren Kulturorganisationen:

"Sie (die Kulturbeiräte) werden erst dann als vollgültiger Ersatz für ein Radio-Parlament anzusehen sein, wenn ihre Mitglieder nicht 'ernannt', sondern von den Kulturorganisationen der Hörer gewählt werden und wenn sie diesen gegenüber für ihre Tätigkeit verantwortlich sind."¹⁹⁹

Weitgehend unverändert blieb hingegen die Fehleinschätzung der politischen Überwachungsausschüsse. Da man hier staatlicherseits, wie der NRF anerkennend feststellt, "eine verhältnismäßig gute Wahl"²⁰⁰ der Mitglieder vorgenommen hatte - auch Sozialdemokraten, wie z.B. der dem Leser schon aus dem ersten Teil dieser Arbeit bekannte Ernst Heilmann beim Berliner Sender, waren vertreten²⁰¹ - hoffte man hier anfangs sogar nicht nur, daß diese Gremien die politische Neutralität der Darbietungen sichern könnten, sondern erwartete von ihnen sogar positive Vorschläge für eine politisch-paritätische Programmgestaltung:

"Wir haben seit Bestehen unserer Zeitschrift stets darauf hingewiesen, wie fadenscheinig dieser Begriff der politischen Neutralität stets nur gegen die politische Linke zur Anwendung gekommen ist, während die Reaktion ungehemmt ihr Gift ausstreuen konnte. Hier eröffnet sich den politischen Überwachungsausschüssen ein reiches Arbeitsfeld. (...) So wichtig die(se) negative Betätigung des Überwachungsausschusses auch ist, so wird er nach unserer Meinung erst

¹⁹⁵Kulturbeiräte; in: NRF 26/28/651

¹⁹⁶ebd.

¹⁹⁷Peter Dahl: Arbeitersender ...; a.a.O.; S.48; Die Meinung Dahl's, daß es im ARKD inhaltliche Differenzen zwischen Basis und Funktionären gegeben habe, bleibt bei ihm freilich unbelegt. Daß die Arbeiterfunkfreunde, wie er hier schreibt, zu einem „ganz bestimmten Zweck“ gebastelt hätten, nämlich, um, "(...) mit einem selbstgebauten oder billigen Empfänger Radio Moskau (zu) hören (...)" kann für diesen Zeitraum ohnehin nicht zutreffen. Erst im Sommer '29 begann Radio Moskau nämlich deutschsprachige Sendungen fürs Ausland auszustrahlen. Vgl. Wladimir Ostrogorski: Der sowjetische Rundfunk. Eine Neuerscheinung zur Rundfunkentwicklung 1917-1974; in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks; Berlin (DDR) 11. Jg. 1977; Nr. 1, S. 16

¹⁹⁸It. *Rote Fahne* v. 10.10.1926; zit. nach: Peter Dahl: Arbeitersender ...; a.a.O.; S.48

¹⁹⁹Karl Wilhelm: Der Kampf gegen die Programmdiktatur; in: NRF 26/29/676

²⁰⁰ebd.

²⁰¹vgl.: Funknachrichten; in: NRF 26/26/604

dann seiner Aufgabe ganz gerecht, wenn er positiv durch konkrete Vorschläge (Vortragsthemen, und Referenten) die Programmgestaltung beeinflusst."²⁰²

An dieser Haltung änderte sich auch nichts durch die negativen Erfahrungen, die man mit diesen staatlichen Zensurorganen in der Praxis machte. Zwar mußte der NRF im Januar '27 konstatieren, daß "(...) die politische Neutralität und Parität (...) noch immer nicht gesichert (ist)."²⁰³ Ebenso wie anfangs bei den Kulturbeiräten sah man den Grund hierfür jedoch nicht etwa in der Staats- bzw. Regierungsunabhängigkeit des Überwachungsausschuß, sondern darin, daß dieses Gremium keine ausreichenden Befugnisse habe. So schreibt z . B. Walter Baake:

“Wir haben die politischen Überwachungsausschüsse, aber ihre Funktionen sind so eng umgrenzt, daß von ihrer Tätigkeit kaum etwas zu spüren ist, weder negativ, noch - was viel wichtiger wäre - positiv."²⁰⁴

Und auch Klaus Neukrantz meint:

"Ein Blick in die Vorträge der Funkgesellschaften zeigt uns die engen Grenzen dieser von der Regierung geschaffenen Institution."²⁰⁵

²⁰²Karl Wilhelm: Die politische Überwachung des Rundfunks; a.a.O. Ähnlich auch: Otto Brattskoven: Wachsende Unzufriedenheit mit dem Rundfunk; in: NRF 26/19/433

²⁰³Walter Baake: Hörerwünsche für das Jahr 1927; in: NRF 27/1/3

²⁰⁴ebd.

²⁰⁵Klaus Neukrantz: Demokratisierung ...; a.a.O.; Für Neukrantz ist dies - im Gegensatz zu Baake - sogar ein Grund dafür, sich überhaupt nicht mehr um die Überwachungsausschüsse zu kümmern und sich ganz auf Programmvorschläge und die Forderung nach „Volksabenden“ zu konzentrieren.

6. Die sozialdemokratische Ära des Arbeiter-Radio-Klubs/Bundes

6.1. Die SPD entdeckt den 'Kulturkampf' um den Rundfunk

Wie bereits erläutert¹, trafen die kulturpolitischen Bestrebungen der Arbeiterfunkfreunde anfangs nicht nur bei der KPD sondern - zwar weniger massiv, aber erheblich länger - auch bei der Sozialdemokratie auf Ablehnung. Dabei dürfte der Grund für diese Gegnerschaft² der Sozialdemokratie zum einen sicherlich in einer gewissen Skepsis gegenüber den zahlreichen kommunistischen Funktionären des ARKD gelegen haben. Darüber hinaus hatte man hier aber auch für den vom ARKD propagierten 'Kulturkampf' um den Rundfunk zunächst wenig Verständnis. Anders als anfangs seitens der KPD wurde der Rundfunk hier nämlich nicht als ein "Instrument der Bourgeoisie" abgelehnt; vielmehr stand man dem Medium, das hier als, wie es im *Vorwärts* hieß, "eine der volkstümlichsten Einrichtungen"³ angesehen wurde, durchweg positiv gegenüber. Zwar mußte auch der *Vorwärts* im Laufe der Zeit feststellen, daß das neue Medium, nachdem die SPD 1924 aus der Rundfunkorganisation hinauskatapultiert worden war⁴ "(...) immer mehr zu einer nationalistischen Propagandastätte degradiert (wurde)"⁵, und forderte statt dessen einen "volkstümlichen Rundfunk"⁶. Anders als der ARKD scheint man innerhalb der Sozialdemokratie aber zunächst nicht die Notwendigkeit gesehen zu haben, durch Mobilisierung der Öffentlichkeit auf die Gestaltung des Rundfunks Einfluß zu nehmen; man beschränkte sich vielmehr auf die verbliebenen parlamentarischen Einflußmöglichkeiten, z.B. über die sozialdemokratisch (mit-) regierten Länder im Reichsrat⁷. Der ARKD konnte hier daher höchstens als Bastelklub, denn als eine in größerem Maße unterstützenswerte kulturpolitische Vereinigung Anerkennung finden⁸.

Diese Haltung der Sozialdemokratie begann sich aber im Laufe des Jahres 1926, als die endgültige Rundfunkorganisation erkennbar wurde, allmählich zu verändern. Bereits im Februar 1926 gab der im Rahmen der Parteiorganisation für Kultur- und Medienfragen zuständige "Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit" gemeinsam mit dem "Beirat für das sozialistische Bildungswesen" eine erste Stellungnahme zum Rundfunk ab, in der

¹vgl. Kapitel 4 dieser Arbeit

²vgl. ebd.

³*Vorwärts* v. 14.1.1925; zit. nach Herbert Lothar Walther: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland im Spiegel der zeitgenössischen Tagespresse. Berliner Zeitungen 1923 - 1926; Magisterarbeit am FB 11 der FU Berlin 1979; S.96

⁴vgl. Kapitel 2.3 dieser Arbeit

⁵*Vorwärts* v. 19.4.1925; zit. nach: H.L. Walther: Die Entstehung ...; a.a.O.; S. 97

⁶vgl. ebd., S. 97

⁷vgl. die in dieser Arbeit nur angedeutete Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern während der Rundfunkorganisation, insbesondere die Aktivitäten des sozialdemokratischen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (S. 25ff. dieser Arbeit) vgl. hierzu auch: Wolf Bierbach: Reform oder Reaktion? Anmerkungen zu den Rundfunkreformvorschlägen des RMI Severing; in: W.B. Lerg, R. Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923-1973; Berlin 1975; S. 53

⁸vgl. Bericht des ARBD für die Arbeiter-Radio-Internationale; in: AF 28/31/484

gefordert wurde, auch "(...) kulturelle Kräfte, die der Arbeiterschaft nahestehen, zur Mitwirkung an den Rundfunkprogrammen heranzuziehen."⁹ Und im Juni 1926 veröffentlichte der Reichsausschuß sogar schon einen regelrechten Aufruf zu außerparlamentarischen Aktivitäten sozialistischer Organisationen für eine Einflußnahme auf den Rundfunk. In seiner Zeitschrift "Arbeiter-Bildung" hieß es:

"Es ist (...) notwendig, daß unsere Organisationen überall, wo Rundfunksender bestehen, auf das Entschiedenste darauf dringen, daß die Kulturbeiräte geschaffen und Vertreter der Arbeiterschaft hinzugezogen werden. Es empfiehlt sich hierbei ein Zusammengehen des Sozialistischen Kulturbundes bzw. des Bezirksbildungsausschusses mit den Gewerkschaften, gegebenenfalls (!) auch mit dem Arbeiter-Radiobund."¹⁰

Damit es zu mehr als nur "gegebenenfalls" zu einer Zusammenarbeit mit dem ARBD kommen konnte - eine Formulierung, die der NRF doch "merkwürdig" fand¹¹ -, bedurfte es allerdings einiger Anstrengungen seitens des Vereins. Dabei scheint die Werbung für den ARBD vor allem in den Händen W. Büschers, eines sozialdemokratischen Vorstandsmitglieds des Vereins¹², gelegen zu haben. Büscher hatte bereits im Februar 1926 in der "Zeitschrift für Theorie und Praxis der (...) Gewerkschaftsbewegung", dem "Gewerkschafts-Archiv" auf die Notwendigkeit einer Einflußnahme der organisierten Arbeiterschaft auf die "Großmacht"¹³ Rundfunk hingewiesen und für eine Unterstützung des ARKD geworben, da - wie er schrieb - "(... d)iese junge Radioorganisation (...) einen Untergrund braucht, den nur schon bestehenden festgefügte Arbeitervereinigungen bilden können."¹⁴

Im August 1926 gelang es ihm dann, einen ähnlichen Beitrag in der "Arbeiter-Bildung" unterzubringen¹⁵, und auf der Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse der SPD am 4.10.26 in Blankenburg, konnte er sogar persönlich als offizieller Vertreter des ARKD für eine Unterstützung des Vereins werben¹⁶.

Diese Werbetätigkeit Büschers brachte allerdings nur bedingt das, was man sich innerhalb des ARKD von ihr versprochen haben mag. Zwar erklärte sich der Sekretär des Sozialistischen Kulturbundes R. Weimann auf der Blankenburger Konferenz schließlich prinzipiell zu einer Zusammenarbeit mit dem ARKD bereit. Während dieser sich, wie es schon in der ersten Ausgabe des NRF hieß, als "Träger der organisierten Zusammenfassung dieser Bewegung"¹⁷ betrachtete, verlangte Weimann aber, daß der ARKD damit es zu einer Zu-

⁹ zit. nach: Arbeiter-Bildung, Monatszeitschrift des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit; Berlin 1. Jg. 1926; Nr. 3, S. 47f.

¹⁰ Arbeiter-Bildung ...; a.a.O.; 1926, Nr.6, S.95

¹¹ vgl. Kommentar zur Stellungnahme des Reichsausschusses; in: NRF 26/12/269

¹² zur Person Büschers vgl.: NRF 26/27/629

¹³ W. Büscher (Bochum): Rundfunk und Gewerkschaften; in: Gewerkschafts-Archiv. Monatszeitschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung; Hrsg. v. Karl Zwing; Jena 3. Jg. Bd IV, Nr. 2, Februar 1926; S. 78

¹⁴ ebd., S. 79

Büscher hält es in diesem Aufsatz sogar einer Prüfung für Wert, "(...) ob es nicht zweckmäßig ist, aus ihr (*der Radioorganisation ARKD; d. Verf.*) eine Rundfunkgesellschaft auf genossenschaftlicher Basis erstanden zu lassen, die in der Lage ist, eigene Arbeiterfunksender aus den Beiträgen der Arbeiterschaft zu bauen und zu unterhalten." (ebd.) Es handelt sich hierbei meines Wissens um das weitestgehende Konzept für einen solchen Arbeitersender.

¹⁵ vgl. W. Büscher: Rundfunk und Arbeiterklasse; in: Arbeiter-Bildung ...; a.a.O.; 1926, Nr. 8, August, S. 116ff. Hier taucht der Gedanke eines Arbeitersenders schon nur noch im Zusammenhang mit einer Genehmigung von Kurzwellenversuchssender auf (vgl. Kapitel 5 dieser Arbeit)

¹⁶ vgl. Protokoll der Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse der SPD am 4.10.26; in: Arbeiter-Bildung; a.a.O.; Nr.12, Dezember 1926; S. 201f.

¹⁷ Geleitwort von Verlag und Redaktion des NRF; in: NRF 26/1/3

sammenarbeit kommen könne, den Führungsanspruch des Sozialistischen Kulturbundes im Kampf um den Rundfunk anerkennen müsse:

"Dem ARKD gegenüber" - so stellt er fest - "betonen wir, daß die kulturelle Interessenvertretung der Arbeiterschaft dem Rundfunk gegenüber nicht Sache einer Spezialorganisation, wie sie der ARK darstellt, sein kann, sondern von den Arbeiterkulturkartellen, die alle großen Organisationen umfassen, ausgeübt werden muß. Wir sind aber selbstverständlich bereit, wenn der ARKD grundsätzlich sich auf diesen Standpunkt stellt, mit ihm zusammenzuarbeiten."¹⁸

Das Bemühen des ARKD, auch bei sozialdemokratischen Organisationen im breiteren Rahmen Anerkennung und Unterstützung zu finden, sollte mithin ins Gegenteil verkehrt werden. Nicht der Sozialistische Kulturbund wollten den ARKD, sondern dieser sollte die rundfunkpolitischen Bestrebungen des Kulturbundes unterstützen.

Allerdings war dieser Führungsanspruch der sozialdemokratischen Organisationen zu diesem Zeitpunkt noch an keine inhaltlichen Positionen geknüpft, denn auch innerhalb des Kulturbundes war die Diskussion um die Strategie des Kulturkampfes um den Rundfunk - wie aus dem Blankenburger Protokoll hervorgeht - keineswegs abgeschlossen. Sogar die vom ARKD als Fernziel ins Auge gefaßte Errichtung eigener Arbeitersender wurde hier von einigen Delegierten gefordert¹⁹, und selbst für Weimann war diese Forderung noch durchaus diskutabel. Ähnlich wie die Autoren des NRF räumte er ihr allerdings nur wenig Realisierungschancen ein und maß ihr zudem nur geringe Bedeutung bei:

"Die Errichtung eines eigenen Senders" - so seine Argumentation - "ist aus finanziellen und technischen Gründen schwierig. Außerdem ist die Beeinflussung der öffentlichen Sender für uns ebenso wichtig, wie die Errichtung eines eigenen Senders, durch den wir in der Hauptsache nur an kleinere Kreise, die uns nahestehen, herankommen werden, während die breite Masse durch die öffentlichen Sender zu erreichen ist. (...) Den eigenen Sender lehnen wir keineswegs grundsätzlich ab, nur ist seine Schaffung in nächster Zeit nicht möglich. Wir müssen deshalb die allgemeinen Sender für uns mitbenützen."²⁰

Aufgrund dieser weitgehenden Ähnlichkeit der inhaltlichen Positionen konnte es trotz des Führungsanspruchs der Sozialdemokratie im Herbst 1926 zu ersten Ansätzen einer Zusammenarbeit kommen. Bereits auf der schon mehrfach erwähnten öffentlichen Rundfunkhörerversammlung der ARK Berlin, am 7.10. im Gewerkschaftshaus, sprach auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Artur Crispian über die Notwendigkeit des Kampfes um ein "Mitbestimmungsrecht" am Rundfunk²¹. Und Ende November kam es dann auf einer, auf Initiative des ARK zustande gekommenen Versammlung "namhafter Künstler, Publizisten und führende(r) Persönlichkeiten"²², an der unter anderen auch der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Rundfunkexperte Ernst Heilmann teilnahm, zu

¹⁸Protokoll der Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse der SPD am 4.10.26; a.a.O., S.201

¹⁹vgl. ebd.; Vertreter für die Forderung nach einem eigenen Sender war hier vor allem Herre aus Leipzig. Er meinte:

„Unser Einfluß in den Kulturbeiräten wird wahrscheinlich ebenso gering sein, wie bei den Volkshochschulen. (...) Wir brauchen einen eigenen Sender. Wir müssen die Arbeiter als Hörer zusammenfassen. Das Rundfunk-Gesetz wird uns diese Möglichkeit nehmen, wir müssen also jetzt noch die Situation für uns ausnützen. England zeigt uns deutlich welche politische Bedeutung das Radio hat (...)“ (ebd.)

²⁰Protokoll der Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse der SPD am 4.10.26; a.a.O., S. 201 (Beitrag Weimann)

²¹vgl. Karl Wilhelm: Kampf gegen die Programm-Diktatur; in: NRF 26/35/819

²²ebd.

Vereinbarungen über eine weitergehende Zusammenarbeit; denn - so stellte man einhellig fest:

“Wichtig ist gerade eine gemeinsame Front, da nur mit ihr eine wirkliche Umwandlung der Programmgestaltung des Rundfunks erreicht werden kann.”²³

Um das Problem des Führungsanspruchs zu umgehen, sollte zur Koordination des Kampfes um den Rundfunk eine gemeinsame "Rundfunkarbeitsgemeinschaft" geschaffen werden, die - wie es im NRF hieß - "(...) keine einseitige Politik zu treiben hat" und "(...) die Programme der Rundfunkgesellschaften nach freiheitlichen Richtlinien im Interesse des werktätigen Volkes beeinflussen soll."²⁴ Als erster Schritt in diese Richtung wurde noch auf der Versammlung ein "vorläufiger Arbeitsausschuß" ins Leben gerufen, der bereits "bestimmte Programmanschläge möglichst im Rahmen von Sonder-Volksabenden" erarbeiten, wie auch die "Entwicklung des Senderechts" verfolgen und nach Möglichkeit beeinflussen sollte.²⁵

6.2. Die 3. Reichskonferenz des ARKD

Die Rundfunkarbeitsgemeinschaft erlangte allerdings keine größere Bedeutung mehr, da es der Sozialdemokratie auf andere Weise gelang, ihren Führungsanspruch durchzusetzen. Schon auf der 3. Reichskonferenz des ARKD, die am 5./6. März 1927 wieder im Berliner Gewerkschaftshaus stattfand, verfügten die sozialdemokratischen Delegierten über eine knappe Mehrheit von 2 Stimmen und konnten so die Zusammensetzung des Vorstands bestimmen²⁶. Erster Vorsitzender wurde dann auch ein Sozialdemokrat, nämlich der ehemalige Staatssekretär Fritz Eberts und derzeitige Vorsitzende des Volksbühnenverbandes, Curt Baake, der zu diesem Zweck erst noch in den Verein aufgenommen werden mußte²⁷. Der ehemalige kommunistische Vorsitzende Wilhelm Hoffmann wurde dagegen nur zum Stellvertreter gewählt.

Auf Basis des vorliegenden Materials besteht allerdings kein Anlaß zu der Vermutung, daß diese "Machtergreifung"²⁸ der Sozialdemokratie, wie etwa Hanzl behauptet, ein Resultat von "Bestechung und Betrug"²⁹ oder einer "den realen Tatsachen widersprechenden Delegiertenmehrheit"³⁰ gewesen wäre. Zwar heißt es in dem Bericht der *Roten Fahne* über die Konferenz, daß "die Sozialdemokraten rein fraktionell gearbeitet (haben)"³¹ und schon "fertige Fraktionslisten für den neuen Reichsvorstand" zusammengestellt hätten³²; auch dieser Bericht geht jedoch davon aus, daß die Mehrheit von 2 Stimmen, die die sozialdemokratische Fraktion dann besaß, durchaus den realen Verhältnissen im Verein entsprach³³. Dies ist auch keineswegs so unvorstellbar, wie es Hanzl zu sein scheint. Seit der 2. Reichskonferenz waren 50 neue Ortsgruppen entstanden und da sich auch in den sozialdemokratischen

²³ ebd.

²⁴ ebd.

²⁵ ebd.

²⁶ vgl. Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Bundes; in: *Rote Fahne* v. 8.3.27

²⁷ ebd., sowie Bericht über die 3. Reichskonferenz; in: NRF 27/11/259

²⁸ Horst Hanzl: *Der Rundfunk der Weimarer Republik als Klasseninstrument der Bourgeoisie und der Kampf der Arbeiterklasse um das Mitbestimmungsrecht*; Leipzig (Diss.) 1961; S. 75

²⁹ ebd.

³⁰ ebd.

³¹ Die Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Bundes; in: *Rote Fahne* v. 8.3.27

³² ebd.

³³ ebd.; jedenfalls ist hier nichts Gegenteiliges vermerkt

Kulturorganisationen ein Bewußtsein von der Notwendigkeit des Kulturkampfes um den Rundfunk durchzusetzen begann, ist es sehr wahrscheinlich, daß auch in größerem Maße als zuvor sozialdemokratische Funkfreunde dem Klub beigetreten sind.

Auch läßt sich im vorliegenden Material kaum ein Hinweis darauf finden, daß die "rechten SPD-Führer", wie Hanzl schreibt, auf dieser Konferenz ein "verräterisches Spiel" getrieben hätten, um den ARKD auf einen neuen, weichen Kurs zu orientieren³⁴. Angesichts der Tatsache, daß auch innerhalb der sozialdemokratischen Kulturorganisationen die Diskussion um rundfunkpolitische Positionen noch keineswegs abgeschlossen war, scheint es den Führern der sozialdemokratischen Delegiertenfraktion - neben Curt Baake war als Gast der Konferenz auch Artur Crispian anwesend³⁵ - vielmehr zunächst nur darum gegangen zu sein, dem Führungsanspruch der Sozialdemokratie formal Geltung zu verschaffen. Zwar fanden auf der Konferenz, wie der NRF berichtet, "ausgedehnte und teilweise lebhaft durchgeführte Diskussionen" statt³⁶; die Beschlüsse, die hier gefaßt wurden, entsprachen jedoch im wesentlichen den im Vorjahr in der Vereinszeitschrift entwickelten Positionen und fußten z.T. sogar direkt auf Anträgen kommunistisch orientierter Funkfreunde. So wurde entsprechend eines Antrags der eher kommunistisch orientierten Chemnitzer und Hallenser Ortsgruppen eine Umbenennung der Vereinszeitschrift in "Arbeiterfunk" beschlossen, um dadurch schon im Titel deutlich werden zu lassen, daß es sich hierbei um eine proletarische Funkzeitschrift handelt³⁷. Auch die in einem Vorbericht der ‚Roten Fahne‘ zu dieser Konferenz besonders hervorgehobene Forderung zahlreicher Ortsgruppen nach "Gleichberechtigung" des ARKD bei der Vergabe von Kurzwellenversuchsgenehmigungen, die zum Bau und Vertrieb von Versuchssendern berechtigen, wurde verabschiedet³⁸. Und selbst ein Vorschlag des Kommunisten Erich Heintze, in allen Sendebezirken überparteiliche "Arbeiter-Radio-Programm-Ausschüsse" einzurichten, um "(...) geschlossen die Gewinnung des Rundfunks zu erstreben (...)"³⁹, wurde von der Konferenz trotz sozialdemokratischer Mehrheit angenommen. Darüber hinaus wandte sich die Tagung erneut "gegen die heutige Tendenz des Rundfunks (...), gegen die bisherige Ausgestaltung der Programme", nahm auch "gegen die bisherigen Kulturbeiräte" Stellung und forderte zudem:

“(...) die Herabsetzung der Hörergebühr, die Befreiung der Blinden, Schwerinvaliden und Arbeitslosen von den Gebühren, die Verbreitung von Maifeiern durch alle Sender (und) den Ausbau der Radiokritik gegen die Karikatur der heutigen bürgerlichen Radiokritik.”⁴⁰

Als ersten Versuch einer sozialdemokratischen Revision der bisherigen Vereinspolitik könnte allenfalls der Umstand gewertet werden, daß es - anders als noch im Jahr zuvor beschlossen⁴¹ - auch auf dieser Reichskonferenz zu keiner Beschlußfassung über das politische Programm des ARKD kam, in dem auch langfristige Ziele, wie z.B. die Forderung nach einem Arbeitersender, hätten festgeschrieben werden müssen. Als wichtiger erachtete man jetzt die Ausarbeitung einer neuen Satzung, die der Erweiterung der Organisation Rechnung tragen sollte⁴². Daß ausgerechnet die in diesem Zusammenhang beschlossene Umbenennung des

³⁴Horst Hanzl: Der Rundfunk ...; a.a.O.; S. 75

³⁵vgl. Bericht über die 3. Reichskonferenz; in: NRF 27/11/259

³⁶vgl. ebd.

³⁷vgl. ebd.; daß es sich hierbei um Vorschläge kommunistischer Delegierter handelt geht hervor aus: zur 3. Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Bundes in Berlin; in: *Rote Fahne* v. 4.3.27

³⁸vgl. ebd. (NRF wie *Rote Fahne*), sowie Kapitel 5 dieser Arbeit

³⁹vgl. Bericht über die Konferenz; in: NRF 27/11/259

⁴⁰vgl. ebd.

⁴¹vgl. Kapitel 4 dieser Arbeit

⁴²vgl. Vorwort zum Entwurf der neuen Satzungen; in: AF 28/33/525

ARKD in "Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands" (ARBD)⁴³, wie Hanzl glaubt, ein "Zeichen ihrer (*der Sozialdemokraten, d. Verf.*) Machtergreifung"⁴⁴ darstellen soll, erscheint jedoch kaum wahrscheinlich.

6.3. Die "Richtlinien" der SPD

Wenn die Umgruppierung der Führungsstrukturen des ARBD auch nicht unmittelbar zur Revision der rundfunkpolitischen Positionen des Vereins führten, bedeutete dies freilich nicht, daß eine solche Revision nicht noch stattfinden sollte. Voraussetzung hierfür war jedoch, daß zunächst einmal innerhalb der Sozialdemokratie selbst rundfunkpolitische Grundpositionen festgelegt wurden. Dies geschah Ende Mai 1927 auf der Reichsbildungskonferenz der SPD in Kiel, auf der in Anschluß an ein Referat Artur Crispiens über die "Stellung der Arbeiterschaft zum Rundfunk"⁴⁵ für die sozialdemokratischen Kulturorganisationen verbindliche "Richtlinien" der Rundfunkpolitik verabschiedet wurden⁴⁶.

In diesen "Richtlinien" wird der Rundfunk in erster Linie als ein "Mittel der Massenbeeinflussung und Propaganda"⁴⁷ also als politisches Instrument und nicht als 'Bildungsfaktor' betrachtet; denn:

"Sein Bildungswert ist (...) nur bedingt anzuerkennen, da eine tiefere Wirkung von seinen Darbietungen (...) in ihrer heutigen Form infolge ihrer Flachheit und Planlosigkeit nicht ausgehen kann."⁴⁸

Ähnlich wie Ende 1926 im NRF ist dabei auch in den "Richtlinien" die Betrachtung des Mediums als politisches Instrument mit der Forderung nach seiner "Überparteilichkeit und politische(n) Neutralität"⁴⁹ verknüpft, wobei Neutralität auch hier keineswegs als unpolitische Programmgestaltung verstanden wird, sondern:

"Seine politische Neutralität ist so zu verstehen, daß er alle Richtungen und Parteien zu Wort kommen läßt und keine bevorzugt."⁵⁰

Anders als in den Beiträgen des NRF ist dieses 'Zu-Wort-Kommen' politischer und weltanschaulicher Positionen in den "Richtlinien" jedoch nicht unbedingt wörtlich zu verstehen. Gefordert wird nur eine angemessene Berücksichtigung der Arbeiterschaft in den Programmen.

"In ideeller und kultureller Hinsicht ist zu fordern, daß er (der Rundfunk; d. Verf.) die Interessen und Anschauungen der Arbeiterschaft, die den weitaus größten Teil der Hörer stellt, in seinen Darbietungen gebührend berücksichtigt."⁵¹

Auch von einer Forderung nach eigenständigen Arbeitersendern, wie sie ein halbes Jahr zuvor auf der Blankenburger Konferenz ja noch durchaus diskutabel schien, ist in diesen Richtlinien nicht mehr die Rede. Statt dessen sollen sich die rundfunkpolitischen Aktivitäten der sozialdemokratischen Organisationen jetzt ganz auf eine Einflußnahme auf die

⁴³ vgl. Bericht über die 3. Reichskonferenz; in: NRF 27/11/259

⁴⁴ Horst Hanzl: Der Rundfunk ...; a.a.O.; S. 75

⁴⁵ vgl. Arbeiter-Bildung; a. a. O.; Jg. 2, 1927, Nr. 6, Juni 27; S. 92

⁴⁶ ebd., S. 92ff. (Die Richtlinien sind hier abgedruckt)

⁴⁷ ebd., s. 92

⁴⁸ ebd.

⁴⁹ ebd.

⁵⁰ ebd.

⁵¹ ebd., S. 92f.

Programmgestaltung des Weimarer Rundfunks, oder wie es in den "Richtlinien" heißt, auf die "Mitarbeit (...) am Rundfunk"⁵² beschränken, die "unter allen Umständen"⁵³ geboten sei, damit der Rundfunk nicht einseitig kapitalistisch bürgerliche Interessen, sondern auch der sozialistischen Idee- und Gefühlswelt nutzbar gemacht wird."⁵⁴

Schon der hier gewählte Begriff der "Mitarbeit" läßt dabei den Unterschied zu den im Vorjahr im NRF formulierten Positionen deutlich werden: Während dort der bürgerliche Charakter des Weimarer Rundfunks zumeist schon daran festgemacht wurde, daß die Arbeiterschaft von der Programmgestaltung ausgeschlossen blieb⁵⁵, erscheint das Medium hier als eine Institution, die zwar einseitig von kapitalistisch-bürgerlichen Interessen in Dienst genommen ist, die an sich - durch die staatsnahe Form ihrer Organisation - jedoch eher über den Klassen steht. Zur Wiederherstellung seiner Neutralität wird daher in den "Richtlinien" - im Unterschied zum NRF - nicht etwa eine "Reform an Haupt und Gliedern" verlangt, auch nicht ein "Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft an der Programmgestaltung"⁵⁶. Als erforderlich, und mithin auch möglich, wird hier nur die "Mitarbeit der Arbeiterschaft am Rundfunk"⁵⁷ erachtet, und zwar in dreifacher Hinsicht:

- "(...) a) durch eine systematische Radiokritik in der Arbeiterpresse,
- b) durch die Mitwirkung von Vertretern der Arbeiterschaft in den Überwachungsausschüssen und Kulturbeiräten,
- c) durch die Tätigkeit besonderer Rundfunkausschüsse für die Programmgestaltung."⁵⁸

Auch das Bild, daß in den "Richtlinien" von der konkreten Gestaltung dieser Mitwirkungsformen der Arbeiterschaft am Rundfunk - vor allem in den letzten beiden Punkten - gezeichnet wird, entspricht der skizzierten Grundhaltung zu dem Medium. So werden die Kulturbeiräte und Überwachungsausschüsse - ähnlich wie anfangs im NRF - als eine "wenn auch noch völlig ungenügende Form der Vertretung der breiten Hörermasse" gewertet, die ein "Gegengewicht gegen die Übermacht der Sendeleitungen" darstellen könne⁵⁹. Hatten die Autoren des NRF mit der Zeit aber wenigstens in Bezug auf die Kulturbeiräte erkannt, was diese staatlichen Zensur- und Aufsichtsgremien von Vertretungsorganen der Hörerschaft unterschied (nämlich die Tatsache, daß ihre Zusammensetzung nicht von den Hörern sondern von den Regierungen bestimmt wurde, sie damit auch nicht den Hörern sondern höchstens den Regierungen verantwortlich waren) und eine entsprechende Umgestaltung dieses Gremiums gefordert, so beschränkten sich die Reformvorstellungen der "Richtlinien" ausschließlich auf eine Kompetenzerweiterung der Kulturbeiräte, ohne daß danach gefragt wurde, wer denn über dieses Mehr an Kompetenz letztlich verfügen könne:

"In erster Linie" so heißt es hier "ist für die Kulturbeiräte eine Erweiterung ihrer Rechte und Aufgaben zu fordern, damit sie entscheidenden Einfluß auf die Programmgestaltung erlangen."⁶⁰

⁵²ebd., S. 93

⁵³ebd.

⁵⁴ebd.

⁵⁵vgl. Kapitel 5.1. dieser Arbeit

⁵⁶vgl. Kapitel 4.3. dieser Arbeit

⁵⁷Richtlinien der Reichsbildungskonferenz der SPD in Kiel; in: Arbeiter-Bildung; a.a.O.; 1927, Nr.6, S.93

⁵⁸ebd.

⁵⁹ebd.

⁶⁰ebd. (auf der Rundfunkkonferenz Rheinland/Westfalen der Bezirksbildungsausschüsse der SPD am 7.8.27 wurde eine solche Kompetenzerweiterung dann auch für die Überwachungsausschüsse gefordert; vgl.: Arbeiter-Bildung; a.a.O.; Nr.9, September 1927, S. 127)

Ähnlich harmonisch, wie das Zusammengehen von Regierungs- und (Arbeiter-) Hörerinteressen in den Kulturbeiräten gestaltet sich in den "Richtlinien" auch die Zusammenarbeit der Arbeiterprogrammausschüsse mit den Sendeleitungen. Zwar ist hier - das einzige Mal in den "Richtlinien" überhaupt - davon die Rede, daß es etwas "durchzusetzen"⁶¹ gelte, nämlich die Aufnahme der von den Ausschüssen aufgestellten Programmvorschlüge in das Sendeprogramm. Auch hier ist man jedoch weit davon entfernt, ein formelles Mitbestimmungsrecht der Hörerschaft an der Programmgestaltung zu fordern. Vielmehr gehen die "Richtlinien" davon aus, daß eine Durchsetzung der Programmvorschlüge auch ohne einen formellen Rechtstitel, durch geschickte, d.h. von den Arbeiterorganisationen einheitlich geführte "Verhandlung mit den Rundfunkdirektionen"⁶² möglich sei:

"Als wichtigste Aufgabe der Arbeiterorganisationen ist die positive Mitarbeit am Rundfunk durch Aufstellung geeigneter Programme anzusehen, (...) Zur Vorbereitung dieser Programme sind (...) von den Arbeiterkulturkartellen und Arbeiter-Bildungsausschüssen besondere Rundfunkausschüsse einzurichten, die die Verbindung zwischen den Arbeiterorganisationen und den Rundfunksendern herzustellen haben (...) und die ausschließlich und einheitlich die Verhandlungen mit den Rundfunk-Direktionen zu führen (...) haben. Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß die einzelnen Organisationen gesondert mit den Sendeleitungen verhandeln, weil diesen dadurch die Möglichkeit gegeben wird, die Organisationen gegeneinander auszuspielen."⁶³

Darüber hinaus bekräftigen die "Richtlinien" nochmals den rundfunkpolitischen Führungsanspruch des Sozialistischen Kulturbundes, auch gegenüber dem jetzt sozialdemokratisch geführten ARBD. Zwar wurde der Verein jetzt "(g)egenüber den Bemühungen der bürgerlichen Radiovereine" als die "für die sozialistische Arbeiterschaft in Betracht kommende Radio-Organisation"⁶⁴ bezeichnet, die auch zur "Mitarbeit, insbesondere in den Rundfunkausschüssen"⁶⁵ herangezogen werden sollte; aber:

"Soweit eine zentrale Bearbeitung der Rundfunkfragen in Betracht kommt, wird sie dem Sozialistischen Kulturbund übertragen."⁶⁶

6.4. Der ARBD wird 'auf Linie' gebracht

Wie aus einem Bericht des ARBD für die Arbeiter-Radio-Internationale hervorgeht⁶⁷, orientierte sich der sozialdemokratische Vereinsvorstand in seiner praktischen Politik recht bald an den in den Kieler "Richtlinien" vorgegebenen Mitwirkungsmöglichkeiten am Rundfunk, so daß sich seine Aktivitäten, abgesehen von der Organisation einer "Protestbewegung gegen eine geplante Rundfunkgebührenerhöhung"⁶⁸, im wesentlichen auf die Mitarbeit in den vom Sozialistischen Kulturbund ins Leben gerufenen Programmausschüssen und die Unterstützung der durchweg sozialdemokratischen 'Arbeitervertreter' in den Überwachungsausschüssen zielten⁶⁹. Nur sehr vorsichtig und allmählich wurde jedoch versucht, die pro-

⁶¹ ebd.

⁶² ebd.

⁶³ ebd., S. 93f

⁶⁴ ebd., S. 94

⁶⁵ ebd.

⁶⁶ ebd.

⁶⁷ Bericht des ARBD für die Arbeiter-Radio- Internationale; in: AF 28/32/511

⁶⁸ ebd.

⁶⁹ vgl. ebd.

grammatischen Positionen des ARBD denen der Sozialdemokratie anzugleichen, d.h. jenen Positionen innerhalb des Vereins eine Absage zu erteilen, die über die in den "Richtlinien" formulierten Reformvorstellungen hinausgingen: den Forderungen nach einem eigenen Arbeitersender und nach einem Hörerparlament.

Verfolgt man die Beiträge des NRF, so scheint sich auch nach der Kieler Konferenz zunächst nur wenig zu ändern. Noch im Juni 1927 werden in einem Leitartikel über "Unsere Bestrebungen und Ziele"⁷⁰ weitgehend die im Vorjahr entwickelten Vorstellungen vertreten. Zwar wird hier die im Jahr zuvor als langfristiges Ziel noch häufig genannte Forderung nach einem Arbeitersender schon nicht mehr erhoben; auch wird betont, daß aufgrund der Vereinsaktivitäten die Programme der Sendegesellschaften sich schon erheblich verändert hätten, so "(...) daß einzelnen rückständigen Vorträgen ein Gegengewicht geboten werden konnte."⁷¹ Zugleich wird aber auch hervorgehoben, daß dies nur ein "Tropfen auf den heißen Stein"⁷² darstelle und darüber hinaus auch eine organisatorische Umgestaltung des Mediums notwendig sei, nämlich die Einrichtung eines Radio-Parlaments:

"Unser Bestreben geht viel weiter. Wir wollen nicht allein, daß Arbeitervertreter im Rundfunk sprechen, sondern wir wollen ein Parlament der Rundfunkhörer, daß systematisch und auf paritätischer Grundlage die Programme bestimmt."⁷³

Erheblich weniger weit geht da schon ein Leitartikel Curt Baakes vom September 1927, in dem unter dem bezeichnenden Titel "Die Arbeiterschaft will mitwirken"⁷⁴ fast nur noch die in den "Richtlinien" der SPD formulierten Positionen als Zielsetzung des ARBD ausgegeben werden. Das Radio, so heißt es hier, weitgehend sogar wortgleich mit den "Richtlinien", dürfe nicht länger "einseitig kapitalistisch-bürgerlichen Interessen" dienen und achtlos an der "Ideen- und Gefühlswelt der Arbeiterschaft" vorbeigehen. Zwar müsse der Rundfunk überparteilich sein, Überparteilichkeit dürfe jedoch nur so verstanden werden, "(...) daß er alle Richtungen und Parteien zu Wort kommen läßt und keine bevorzugt."⁷⁵ (76) Und ebenso wie in den "Richtlinien" soll die Berücksichtigung der Arbeiterschaft im Radio hier nicht mehr durch eine grundlegende organisatorische Umgestaltung des Mediums, sondern durch die dreifache Mitarbeit der Arbeiterschaft erzielt werden:

"Um diese ihr Elementarrecht bei den maßgebenden Stellen durchzusetzen, muß die Arbeiterschaft am Rundfunk mitarbeiten, wo sich nur eine Gelegenheit bietet; so durch zielbewußte Radiokritik (...), durch Vertretung in den Überwachungsausschüssen und Kulturbeiräten und nicht zuletzt durch die Aufstellung bestimmter Programme."⁷⁶

Auch die hier formulierten Vorstellungen über die konkrete Gestaltung dieser Mitarbeit am Rundfunk sind eng an die "Richtlinien" angelehnt, so daß auch Baake für die Kulturbeiräte "(...) in erster Linie eine Erweiterung ihrer Rechte und Aufgaben"⁷⁷ fordert, da sie ansonsten nur eine "noch völlig ungenügende Form der Vertretung der breiten Hörermasse"⁷⁸ bildeten. Obwohl hier der Begriff 'Parlament' im Zusammenhang mit einer Reform der Kulturbeiräte

⁷⁰Unsere Bestrebungen und Ziele; in: NRF 27/25/739

⁷¹ebd.

⁷²ebd.

⁷³ebd.

⁷⁴Curt Baake: Die Arbeiterschaft will mitwirken!; in:NRF 27/36/1135

⁷⁵ebd.

⁷⁶ebd.

⁷⁷ebd.

⁷⁸ebd.

schon tunlichst vermieden wird, wagt Baake die Forderung nach einem Hörerparlament jedoch noch nicht vollständig zu ignorieren. So schreibt er, wenn auch sehr allgemein:

"Die Arbeiterschaft sollte (!) fordern, daß ihr als der unbestrittenen Mehrheit der Hörer eine entsprechende Vertretung in den entscheidenden Körperschaften zukommen soll. Bisher ist der organisatorische Aufbau des Rundfunks weniger vom Geist der Demokratie als dem des privaten Monopols getragen. (...) Auch für die Gemeinde der Rundfunkhörer sollte der Paragraph 1 der Reichsverfassung sinngemäß (!) gelten: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus."⁷⁹

Wiederum einen Schritt weiter in Richtung Revision der ARKD-Programm-Kritik geht im Januar 1928 Fritz Segall in seinem Beitrag "Arbeiterradiobewegung"⁸⁰, der - erstmals in der, mittlerweile in "Arbeiterfunk. Der neue Rundfunk." (AF) umbenannten Vereinszeitschrift⁸¹ - offen gegen die alte Forderung nach einem Arbeitersender Stellung bezieht, wobei sich seine Argumentation weitgehend mit der R. Weimanns auf der Blankenburger Konferenz deckt. So schreibt Segall:

"Die Forderung nach einem eigenen Arbeitersender ist unter den heutigen Verhältnissen abzulehnen. Viel wichtiger dagegen ist es für die Arbeiterschaft, durch den Sender zu Wort zu kommen, von dem aus Millionen politisch indifferenten und bislang anders eingestellter Hörer erfaßt werden können."⁸²

Der bürgerliche Charakter der Radioprogramme ergibt sich für Segall weniger aus dem Umstand, daß die Organisation des Mediums vom 'Geist des privaten Monopols' getragen sei, wie Baake meinte, als vielmehr aus dem Regierungseinfluß auf den Rundfunk. Zwar seien auch die Sendegesellschaften "zum größten Teil (...) reaktionär eingestellt", zum Teil müsse man aber auch feststellen,

"(...) daß einige Sendedirektoren den Forderungen der Arbeiterschaft Zugeständnisse machen würden, wenn ihre Umgebung und vor allem die sonst durchaus entgegenkommene Reichs Rundfunkgesellschaft nicht bestimmten reichsministeriellen Einflüssen ausgesetzt wäre, die eine gerechte und gute Lösung der Programmfragen unmöglich machen."⁸³

Trotz dieser Erkenntnis ist Segall jedoch weit davon entfernt, eine Reorganisation des Rundfunks zu fordern, um diesen dem Regierungseinfluß zu entziehen und stattdessen einer direkten oder über das Parlament vermittelten Kontrolle der Hörschaft zu unterstellen. Da die Reichsregierung die Kontrolle über den Rundfunk ausübt, reduziert sich der Kampf um das Medium für ihn vielmehr auf den Kampf um die politische Macht im Staate:

"Die Sender sind Reichseigentum; die Behandlung der Sendeprogramme ist also eine Frage der politischen Macht. Sie wird in dem Maße von uns gelöst, wie die Arbeiterschaft Einfluß auf den Sender gewinnt. Die kommenden Neuwah-

⁷⁹ ebd.

⁸⁰ Friseg (d.i. Fritz Segall): Arbeiterradiobewegung; in: AF 28/5/65f.

⁸¹ Die Umbenennung der Zeitschrift erfolgte im Oktober '27, einhergehend mit einem Verlagswechsel zum Verlag Neue Gesellschaft in Berlin. Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter war jetzt Albert Baumeister (vgl.: Peter Dahl. Arbeitersender und Volksempfänger. Proletarische Radio-Bewegung und bürgerlicher Rundfunk bis 1945; Frankfurt a.M. 1978; 5. 140f.)

Der Verlagswechsel war notwendig, da sich der alte Verlag Janiszewski weigerte die Zeitschrift unter dem neuen, von der 3. Reichskonferenz beschlossenen Namen herauszugeben. (Vgl.: Bericht der Zeitungskommission auf der 4. Reichskonferenz des ARBD; in: Protokoll derselben; in: AF 28/48/758)

⁸² Friseg: Arbeiterradiobewegung; a.a.O., S.66

⁸³ ebd., S. 65

len im Reichstag werden auch hier die in jeder Hinsicht notwendige Veränderung bringen."⁸⁴

Nach den Reichstagswahlen vom Mai 1928 - die tatsächlich, wie von Segall prophezeit, wieder zu einer Regierungsbeteiligung der SPD führten und den Sozialdemokraten Carl Severing ins RMI einziehen ließen⁸⁵ - versuchte der Reichsvorstand des ARBD dann endgültig, die Programmatik des Vereins auf die in den "Richtlinien" fixierten rundfunkpolitischen Positionen der Sozialdemokratie festzulegen. Am 3. August 1928 veröffentlichte der AF einen, ebenfalls mit "Richtlinien" titulierten Programmentwurf des Reichsvorstandes, der einen Monat später, auf der 4. Reichskonferenz des ARBD verabschiedet werden sollte.⁸⁶ In ihrer politischen Ausrichtung entsprachen diese "Richtlinien" natürlich weitgehend denen des Sozialistischen Kulturbundes vom Vorjahr, die zum Teil sogar wortgleich übernommen worden waren. Ergänzend kam allerdings noch ein besonderer Abschnitt über die technischen Aufgaben des Vereins hinzu, in dem auch erneut die Forderung nach Erteilung einer Genehmigung für Kurzwellenversuchssender erhoben wurde. Zudem enthielt das ARBD-Papier, anders als die SPD-Richtlinien, auch die von der 3. Reichskonferenz verabschiedeten Forderungen nach Gebührensenkung und Gebührenbefreiung für Arbeitslose und Schwerbeschädigte sowie eine - allerdings eher vage gehaltene - Absage an die Zensur im Rundfunk:

"Die bisherige Art (!) der Zensur auf Grundlage des Neutralitätsprinzips ist abzulehnen. Wir fordern:

Kein Rundfunkvortrag darf wegen seiner politischen, sozialen, religiösen oder ethischen Weltanschauungstendenz abgelehnt werden. Die Vorträge können in freier Rede gehalten werden, wenn (!) der Redner schriftliche Richtlinien eingereicht hat."⁸⁷

Deutlicher noch als in den Kieler Richtlinien war jedoch in dem Programmentwurf des ARBD-Vorstandes die Ablehnung einer grundlegenden organisatorischen Umgestaltung des Rundfunks formuliert. Schon einleitend wurde hier der alten Forderung nach einem eigenständigen Arbeitersender, wenn auch nur implizit, eine Absage erteilt, denn:

"Entscheidend für den Einfluß der Arbeiterklasse auf die Sender ist ihre politische Macht. Ist diese Macht stark genug, so vermag sie auch den bestehenden (!) Rundfunk in seiner Gesamtheit so zu ändern, daß in allen Rundfunkstellen, einschließlich der Sendeleitungen, die Vertreter der Arbeiterschaft die gebührende Einwirkung ausüben.

Bevor dies voll erreicht ist, hat der Rundfunk in seinen Darbietungen die kulturellen Forderungen der Arbeiterschaft ganz besonders zu berücksichtigen. (...) Vom Zusammenschluß der Arbeiterhörer, von den Aktivitäten der Arbeiterorganisationen wird es abhängen, wie lange der Rundfunk die Ideen- und Gefühlswelt der Arbeiterschaft unberücksichtigt läßt (...)"⁸⁸

Diese Argumentation war freilich klassisch sozialdemokratisch: Die Veränderung des "Rundfunk(s) in seiner Gesamtheit" im Interesse der Arbeiterschaft wird zwar prinzipiell keineswegs abgelehnt. Da der Arbeiterschaft die politische Macht fehle, sie durchzusetzen,

⁸⁴ ebd., S. 66

⁸⁵ vgl. Friseg: Warum hören nicht alle Arbeiter zu?: in: AF 28/53/833

⁸⁶ Richtlinien des ARBD; in: Mitteilungen des ARBD; in: AF 28/32/509

⁸⁷ ebd.

⁸⁸ ebd.

wird jedoch auch kein weiterer Gedanke an sie verschwendet. Stattdessen "soll" der Rundfunk die kulturellen Forderungen der Arbeiterschaft "ganz besonders" berücksichtigen. Dies muß, wie man feststellt, zwar auch von der Arbeiterschaft durchgesetzt werden, ist mithin also auch von ihrer "politischen Macht" abhängig; der Gedanke, daß die politische Macht der Arbeiterschaft dann auch gleich für die Umgestaltung des Rundfunks in seiner Gesamtheit statt für die Durchsetzung der "Berücksichtigung" ihrer kulturellen Forderungen eingesetzt werden könnte, ist jedoch tabu. Stattdessen wird auch hier die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterschaft im bestehenden Rundfunk lieber in "Mitarbeit am Rundfunk" uminterpretiert:

"Um ihre Rechte bei den maßgebenden Stellen durchzusetzen, muß die Arbeiterschaft am Rundfunk mitarbeiten."⁸⁹

Ebenso wie in den "Richtlinien" des Sozialistischen Kulturbundes soll diese Mitarbeit auch hier sowohl durch "zielbewußte Radiokritik"⁹⁰ und die "Aufstellung bestimmter Programme"⁹¹, als auch durch "Vertretung in den Überwachungsausschüssen und Kulturbeiräten"⁹² erfolgen, wobei für letztere wiederum "(...) in erster Linie eine Erweiterung ihrer Rechte und Aufgaben"⁹³ gefordert wird. Darüber hinaus wird hier zwar immerhin noch verlangt:

"Überwachungsausschüsse und Kulturbeiräte sollen in der Art ihrer Zusammensetzung eine genügende Vertretung der breiten Hörermasse darstellen. Ihre Ernennung (!) soll auf Grund der Vorschläge der Kulturorganisationen erfolgen."⁹⁴

Auch taucht erneut die Floskel Baakes vom "Geist der Demokratie" auf, der den organisatorischen Aufbau des Rundfunks tragen solle⁹⁵. Eine Umwandlung der regierungsabhängigen, staatlichen Überwachungsorgane, in öffentlich kontrollierte und gewählte, gesellschaftliche Aufsichts- und Mitbestimmungsorgane des Rundfunks wird jedoch, anders als in den SPD-Richtlinien, sogar explizit abgelehnt:

"Die Forderung nach einem Parlament der Rundfunkhörer ist abzulehnen, weil von diesem, abgesehen von den Schwierigkeiten seiner Gestaltung, positive Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft nicht erwartet werden kann."⁹⁶

6.5. Die Opposition formiert sich

Da die Revision der ARKD Programmatik von Seiten des Reichsvorstands nur sehr allmählich und vorsichtig vorangetrieben wurde, begann sich auch erst relativ spät eine inhaltliche Opposition gegen die sozialdemokratische Ausrichtung des Vereins zu formieren. Zu einem ersten Eklat zwischen Reichsvorstand und kommunistischen Mitgliedern des Berliner ARBD kam es allerdings bereits im Oktober 1927, anlässlich der in Berlin stattfindenden Ersten Internationalen Konferenz der Arbeiterradioorganisationen, die endlich die schon lange angestrebte Gründung einer Arbeiter-Radio-Internationale regeln sollte.⁹⁷

⁸⁹ ebd.

⁹⁰ ebd.

⁹¹ ebd.

⁹² ebd.

⁹³ ebd.

⁹⁴ ebd.

⁹⁵ ebd.

⁹⁶ ebd.

⁹⁷ vgl.: Die Internationale Arbeiter-Radio-Konferenz; in: NRF 27/38/1 207f.

Sowohl der Verlauf, als auch das Ergebnis dieser Konferenz mußten bei den kommunistischen Funkfreunden den Eindruck erwecken, daß hier keine überparteiliche, sondern eine sozialdemokratische Internationale entstehen sollte. Schon zu Beginn der Konferenz, deren Teilnehmer entsprechend der politischen Ausrichtung der nationalen Verbände ohnehin zumeist Sozialdemokraten waren, stellte sich heraus, daß den russischen Delegierten - mit einer Ausnahme - von der deutschen Botschaft keine Einreisegenehmigung erteilt worden war. Auch von den sozialdemokratischen Delegierten wurde hiergegen natürlich "in schärfster Form"⁹⁸ Protest erhoben, und der Vorstand des ARBD versuchte - spät aber erfolgreich - sogar beim Auswärtigen Amt zu intervenieren, so daß die russischen Delegierten einen Tag nach der Konferenz dann doch noch nach Berlin kommen konnten. Der weitere Verlauf der Konferenz legte jedoch tatsächlich den Schluß nahe, daß es den sozialdemokratischen Delegierten eher gelegen kam, daß der russischen Radioorganisation auf diese Weise eine Einflußnahme auf die Gestaltung der Internationale erschwert wurde. Zwar lehnte die Konferenz nach Gegenrede Baakes einen Antrag des holländischen Delegierten van Looj ab, der gefordert hatte,

“(…) die russische Organisation nicht in die Internationale aufzunehmen, ehe nicht die gewerkschaftliche und politische Einheit erreicht sei.”⁹⁹

Von einer Teilnahme an dem, auf der Konferenz ins Leben gerufenen, vorbereitenden Komitee der Internationale, das "nähere Bestimmungen für die Zugehörigkeit" sowie die Statuten der Internationale ausarbeiten sollte¹⁰⁰, wurden die russischen Delegierten jedoch explizit ausgeschlossen. Der anwesende russische Vertreter verließ daraufhin unter Protest die Konferenz und auch die kommunistischen Mitglieder der Berliner Ortsgruppe des ARBD protestierten - freilich auf ihre Weise - gegen diesen Beschluß: Noch am selben Abend luden sie die ausländischen Teilnehmer zu einer Begrüßungsveranstaltung unter dem Motto "Lenin zeigt euch den Weg"¹⁰¹, auf der es dann, einem späteren Bericht des Reichsvorstandes zufolge, auch zu "starken Beleidigungen"¹⁰² der Gäste gekommen sein soll.

Erst ein halbes Jahr später, nach den Reichstagswahlen vom Mai '28, begannen die kommunistischen Funkfreunde dann in größerem Maßstab eine Opposition gegen den sozialdemokratischen Reichsvorstand zu organisieren. Dabei lag das Zentrum der oppositionellen Bestrebungen zweifellos in Berlin, wo Kommunisten bereits im Frühjahr die Leitung der Ortsgruppe übernommen hatten, und wo ab Mai 1928 - unter der Redaktion Rudolf Scheffels - auch ein kommunistisch orientiertes monatliches Mitteilungsblatt, "Der aktive Radiogenosse" erschien¹⁰³. Einfluß gewann die kommunistische Opposition im Laufe des Sommers aber auch in Leipzig, Chemnitz und Stuttgart¹⁰⁴.

Der Widerstand der Opposition richtete sich dabei zunächst weniger gegen die konkreten Aktivitäten des Reichsvorstandes - wenngleich diesem auch vorgeworfen wurde, daß er versäumt habe "(…) mit den Massen (...) enge Fühlung aufzunehmen"¹⁰⁵ - als vielmehr

⁹⁸ ebd.

⁹⁹ ebd.

¹⁰⁰ vgl. ebd.

¹⁰¹ vgl. Bericht Löwenbergs auf der erw. Bundesvorstandssitzung des ARBD am 16.6.29; in: Protokoll derselben; in: AF 29/26/307; sowie: Ausschlußbegründung des ARBD-Vorstands; in: 29/27/311f.

¹⁰² vgl. ebd.

¹⁰³ vgl. ebd.

¹⁰⁴ Dies ergibt sich insbesondere aus dem Verhalten der Delegierten dieser Ortsgruppe auf der 4. Reichskonferenz des ARBD am 8.19.9.28; vgl. Kapitel 7. 1. dieser Arbeit sowie das dort unter Anm. 1 näher ausgewiesene Protokoll dieser Konferenz

¹⁰⁵ so z.B. Rudolf Scheffel auf der Berliner Sendekreisstagung des ARBD am 7.18. Juli 28; zit. nach: Mitteilungen des ;ARBD; in: AF 28/35/558

gegen die sich abzeichnende sozialdemokratische Revision der Vereinsprogrammatik, der die alten Forderungen des Vereins entgegengehalten wurden. Anfang Juli 1928 hieß es z.B. in einer Resolution der Bezirkskonferenz Leipzigs:

"Vom Arbeiter-Radio-Bund ist unbedingt zu fordern, daß auf diesem Gebiet (der Senderneutralität; der Verf.) alles zu unternehmen sei, was im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Es kann nicht allein dabei stehen geblieben werden, zur Mitarbeit am Sender und in die Programmausschüsse zu gelangen, sondern es ist unbedingte Neutralität und Parität durchzuführen. (...) Als höchstes Ziel aber muß gefordert werden: eigene Sender. Von der Reichsleitung wird gefordert: auf der Reichskonferenz konkrete Beschlüsse in dieser Frage festzulegen und durchzuführen gemeinsam mit allen anderen Arbeiterorganisationen."¹⁰⁶

Die Vorstellungen der Opposition vom Kampf um den Rundfunk beschränkten sich also keineswegs auf die Forderung nach einem eigenen Sender. Zwar wurde die vom Reichsvorstand angestrebte Reduzierung des Kampfes auf bloße Mitarbeit abgelehnt; die Durchsetzung von Arbeiterinteressen im bestehenden Rundfunk war für die oppositionellen Funkfreunde jedoch noch ebenso vorstellbar, wie seine organisatorische Umgestaltung. Ebenfalls im Juli '28 forderte Rudolf Scheffel im "Aktiven Radiogenossen" so "(e)ine nach demokratischen Gesichtspunkten zusammengesetzte Interessenvertretung der Rundfunkhörer"¹⁰⁷ mit Einfluß auf die Programmgestaltung, die die Hörermassen zum "Kampf gegen die Entrechtung" sammeln würde¹⁰⁸. Und:

"Damit würde das alte Lied der Arbeiterprogrammforderungen einen anderen Pfiff erhalten. (...) Die Mißachtung der proletarischen Gedankenwelt würde aufhören. Unsere politischen und gewerkschaftlichen Führer, die Künstler und Schriftsteller des werktätigen Volkes träten vor das Mikrophon. Der Rundfunk würde am öffentlichen Leben auch an Parlamentstagen lebendigen Anteil nehmen."¹⁰⁹

Obwohl es zunächst so schien, sollte auch die kommunistische Opposition jedoch nicht der ideologische Erbe der alten ARKD Programmatik werden. Vielmehr wurde auch sie noch vor der 4. Reichskonferenz 'auf Linie' gebracht, und zwar von der kommunistischen Parteiführung. Noch am 24. August 1928 schaltete sich das ZK der KPD mit einem Rundschreiben¹¹⁰ in die Auseinandersetzung der kommunistischen Opposition mit dem ARBD Vorstand ein. Die Partei, so wurde hier festgestellt, habe sich bislang "viel zu wenig"¹¹¹ um die Radioprogramme, um Vorschläge für andere Radiovorträge, aber auch um den ARBD und ihre eigene "prinzipielle Stellung zum Funkwesen"¹¹² gekümmert. Angesichts der "Massenbeteiligung" an dem Medium und der mit ihm seitens der Bourgeoisie betriebenen "Massenbeeinflussung" müßte diesen Fragen jetzt jedoch "die größte Aufmerksamkeit"¹¹³ zugewendet werden. Sowohl die Bezirksleitungen als auch die Agit-Prop Abteilung

¹⁰⁶Resolution der Bezirkskonferenz Leipzig des ARBD; zit. nach: Mitteilungen des ARBD; in: AF 28/35/558

¹⁰⁷Der Aufsatz Scheffels liegt im Original nicht vor, er ist jedoch ausschnittsweise zitiert in: Erich Arkmann: Hörer-Parlament - ein stärkeres Fundament?; in: AF 28/32/497 f.

Da Arkmann die Position Scheffels kritisiert, ist davon auszugehen, daß er sie bei indirekter Wiedergabe u.U. inhaltlich verfälscht hat. Zitiert werden daher hier nur die auch bei Arkmann zitierten Passagen.

¹⁰⁸ebd.

¹⁰⁹ebd.

¹¹⁰Rundschreiben des ZK der KPD v. 24.8.28; wiedergegeben und zit. nach: Horst Hanzl: Der Rundfunk ...; a.a.O.; S.75 und 76f.

¹¹¹ebd., S. 75

¹¹²ebd.

¹¹³ebd.

der Partei wurden deshalb ersucht, "(...) dem Rundfunk (...) besondere Aufmerksamkeit (...) zuzuwenden."¹¹⁴

Auch die politischen Ziele des Kampfes der Kommunisten um den Rundfunk legte die Parteiführung in diesem Rundschreiben verbindlich für die unteren Organe der Partei fest. Anders als in den ersten Resolutionen und Artikeln der kommunistischen ARBD Opposition, wurde dabei die Möglichkeit einer Einflußgewinnung auf den bürgerlichen Weimarer Rundfunk praktisch abgeschrieben. Zwar sollten die Kommunisten sich auch weiterhin an den Arbeiterprogrammausschüssen beteiligen, hier konkrete Programmalternativen erarbeiten und durchzusetzen suchen. Daß hierdurch eine Neutralisierung des bürgerlichen Rundfunks erzielt werden könnte, galt jedoch als ausgeschlossen. Stattdessen wurde die Arbeit in den Ausschüssen nur noch als "Mittel" betrachtet, um die Arbeiterhörer für den Kampf um den Arbeitersender zu mobilisieren, der jetzt als einzige Möglichkeit angesehen wurde, den Interessen der Arbeiterschaft im Rundfunk Geltung zu verschaffen. Eine Mitarbeit in den staatlichen Überwachungsorganen oder ein Kampf um deren Umgestaltung zu gesellschaftlichen Kontrollorganen wurde hingegen nicht einmal mehr erwähnt, denn:

"Unser gesamter Kampf muß die Schaffung von Arbeiter-Sendern zum Ziel haben. Die Bildung von Arbeiterfunkausschüssen zur Mobilisierung kann nur noch ein Mittel sein. Bei dieser Tätigkeit ist die Führerrolle des ARB zu betonen. Ganz besonders müssen wir die Herabsetzung der Rundfunkgebühren fordern. (...) Ferner müssen wir gegen die dreimonatige Kündigungsfrist bei Einstellung des Empfangs und gegen Zwangsvollstreckungsrecht (Pfänderecht) durch die Post kämpfen."¹¹⁵

Wie schnell diese von der Parteiführung verlangte Fixierung kommunistischer Rundfunkpolitik auf den Kampf um Arbeitersender¹¹⁶ auch die Positionen der kommunistischen Opposition innerhalb des ARBD bestimmte und hier zu einer entsprechenden Reduzierung der Forderungen führte, zeigt eine EntschlieÙung, die nur wenige Tage nach dem Rundschreiben des ZK auf einer Berliner Mitgliederversammlung beschlossen wurde und gewissermaßen die rundfunkpolitische Grundsatzerklärung der kommunistischen Opposition

¹¹⁴ ebd.

¹¹⁵ ebd.

¹¹⁶ Welche Gründe für diese Fixierung der rundfunkpolitischen Position der KPD auf die Forderung nach Arbeitersendern und die Ablehnung von Bemühungen um eine organisatorische Neugestaltung des Weimarer Rundfunks ausschlaggebend waren, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geklärt werden. Unwahrscheinlich scheint es auf Basis des vorliegenden Materials jedoch, daß es sich hier in erster Linie um ein Resultat der sich im Sommer '28 allmählich abzeichnenden Linkswendung der KPD handelt, die ein Jahr später, in der Proklamation der „Sozialfaschismus!-These auf dem 12. Parteitag der KPD dann ihren vorläufigen Abschluß fand. (Vgl. die von Halefeldt skizzierte Argumentation von Barbara Kümmel; Horst O. Halefeldt: Die Linke ...; 1981; S. 516)

Zwar begann sich der neue „ultralinke Kurs“ der kommunistischen Parteien auf internationaler Ebene tatsächlich bereits im Februar '28, auf dem 9. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationalen herauszubilden (vgl.: Flechtheim, 1976, s. 248ff.), auch hatte sich im Rahmen dieser Linkswendung im März '28 der 4. Weltkongreß der Revolutionären Gewerkschaftsinternationale ausführlich mit der „Nutzung und Anwendung des Rundfunks als ein machtvolleres Mittel zur Verbindung, Agitation und Propaganda (...)“ beschäftigt und verlangt, sich "(...) in besonderer Weise der Arbeiter-Radio-Bewegung anzunehmen" (vgl.: Hanzl: Der Rundfunk ...; a.a.O.; S. 78); daß dies auch die Position der KPD zum Rundfunk und zum ARBD bereits im Sommer '28 geprägt haben könnte, scheint jedoch aufgrund der zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden politischen Konstellation im ZK der Partei unwahrscheinlich. Flechtheim (1976, S. 249f.) weist vielmehr darauf hin, daß die Parteirechte und die sog. Versöhnler erst im Oktober '28, auf Wunsch Moskaus aus der Parteispitze entfernt wurden. Maßgeblicher für die Herausbildung der grundsätzlichen Gegnerschaft zum bürgerlichen Weimarer Rundfunk seitens der KPD dürfte da schon der von Halefeldt (a.a.O.) angeführte Umstand sein, daß der KPD im Gegensatz zur SPD im Weimarer Rundfunk „(.) der Zugang zum Mikrophon gänzlich verwehrt wurde“. (ebd.)

zu den "Richtlinien" des Reichsvorstandes darstellte¹¹⁷. Hatte jene eine Durchsetzung der kulturellen Interessen der Arbeiterschaft am Rundfunk in erster Linie von der Mitarbeit der Arbeiterschaft im Rundfunk abhängig gemacht, die abgesehen von Programmvorschlägen vor allem durch eine Mitwirkung von Arbeitervertretern in den staatlichen Überwachungs-gremien erfolgen sollte, so wurde hier der Kampf der Arbeiterschaft zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den Mittelpunkt gestellt, um jeglichen Versuchen durch von der Regierung ernannte Arbeitervertreter in den Überwachungsgremien, also durch ‚Kanalpolitik‘ Einfluß auf den Rundfunk nehmen zu wollen, eine klare Absage erteilt:

"Proletarische Kulturpolitik bedeutet (...) nicht Ausschaltung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse, der Kampf um eine proletarische Kultur ist im Gegenteil ein Teil des täglichen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Dieser Kulturkampf steht nicht über den Dingen, über dem politischen Kampf (...).

Die Versammlung lehnt die Auffassung ab, wonach durch persönliche Beeinflussung und Verhandlungen mit einzelnen amtlichen Stellen und Ministerialräten das Rundfunkprogramm geändert werden kann. Nur die einheitliche Kampffront aller Arbeiterhörer, unter Führung des ARB wird in der Lage sein, Schritt für Schritt die Forderungen der Arbeiterklasse zu verwirklichen."¹¹⁸

Anders als zwei Jahre zuvor im NRF geht es hier jedoch nicht um die Durchsetzung eines "Mitbestimmungsrechts" der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen an der Programmgestaltung des Weimarer Rundfunks, oder wie noch im Monat zuvor in dem Artikel Scheffels im "Aktiven Radiogenossen", um die Umwandlung der staatlichen Überwachungsgremien in Organe der Interessenvertretung der Hörer. Deutlicher noch als in dem Rundschreiben der Parteiführung wird vielmehr nur noch zum "Kampf gegen den bürgerlichen Rundfunk" aufgerufen. Dies schließt zwar auch hier eine Mitarbeit in den Arbeiterprogrammausschüssen keineswegs aus; ebenso wie in dem Rundschreiben der KPD-Führung galt diese jedoch jetzt nur noch als Mittel zur Mobilisierung der Arbeiterhörer im Kampf gegen den bürgerlichen Rundfunk und für die Errichtung eigenständiger Arbeitersender. Denn:

"Die herrschende Klasse und der arbeiterfeindliche bürgerliche Staat benutzen die Erfindung des Radios zur Verdummung der Arbeiterklasse. (...) Es ist Aufgabe des ARB, mit allen Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften, Sport- und Kulturorganisationen und den politischen Parteien den Kampf gegen den bürgerlichen Rundfunk zu führen. Als ein Mittel zur Bildung einer Kulturkampf-front gegen den bürgerlichen Rundfunk betrachtet die Mitgliederversammlung die Schaffung von Arbeiterprogrammausschüssen. Der Zweck dieser Ausschüsse darf nicht allein der Versuch der Programmbeeinflussung durch Aufrüttelung der Hörermassen sein, sondern vielmehr ein Mittel, den Kampf zu führen für die Errichtung von Arbeitersendern. (...) Der Verzicht auf diesen Kampf bedeutet, Kapitulation vor dem Bürgertum und die Auslieferung der werktätigen Massen an das stärkste Mittel der Bourgeoisie zum Nutzen ihrer politischen Beeinflussung, dem bürgerlichen Rundfunk."¹¹⁹

Wie sich hier schon andeutet, galt die Errichtung eigenständiger Arbeitersender dabei keineswegs mehr, wie noch zwei Jahre zuvor im NRF, als nur langfristiges Ziel. Eine baldige

¹¹⁷Entschließung der Großberliner Mitgliederversammlung des ARBD vom 30.8.28; in: AF 28/38/605

Zur Bedeutung dieses Papiers vgl. auch: Reichstag des Arbeiter-Radio-Bundes; in: *Rote Fahne* v. 7.9.28

¹¹⁸Entschließung der Großberliner ...; a.a.O.

¹¹⁹ebd.

Durchsetzung dieser Forderung wurde vielmehr als dringend geboten erachtet und scheint, zumindest für Berlin auch für durchaus möglich gehalten worden zu sein. In der Entscheidung heißt es jedenfalls:

"Gerade für Berlin ist die Frage eines Arbeitersenders äußerst dringend. Der zweite Sender im Orte Berlin muß unbedingt ein zweites Berliner Programm unter Leitung des Arbeiter-Radio-Bundes verbreiten. Er muß eine Tribüne des schaffenden Volkes werden."¹²⁰

¹²⁰ebd.

7. Das Ende der überparteilichen Arbeiter-Radio-Bewegung

7.1. Die 4. Reichskonferenz der ARBD

Mit der Veröffentlichung des "Richtlinien"-Entwurfs des Reichsvorstands auf der einen Seite und der Verabschiedung der oppositionellen Gegenerklärung durch die Berliner Mitgliederversammlung auf der anderen Seite war die Spaltung der Arbeiter-Radio-Bewegung auf der inhaltlich-programmatischen Ebene bereits perfekt. Zwei Fraktionen standen sich gegenüber, deren rundfunkpolitische Konzeptionen nur noch in einem Punkt übereinstimmten - nämlich darin, daß sie beide, wenn auch mit unterschiedlicher Zielsetzung, den Kampf um eine organisatorische Umgestaltung des Weimarer Rundfunks im Interesse der Arbeiterschaft weitgehend abgeschrieben hatten. Die Sozialdemokraten hatten ihn vertagt auf einen Zeitpunkt, an dem die Arbeiterschaft und ihre Organisationen über so viel 'politische Macht' verfügen würden, daß sie eine Umgestaltung des Rundfunks auch kampflos durchsetzen könnten. Bis zu diesem Zeitpunkt wollte man sich und die Bewegung darauf beschränken, an dem Medium 'mitzuarbeiten', konkrete Programmansätze zu unterbreiten und auf die Berufung von Arbeitervertretern, d.h. sozialdemokratischer Funktionäre in die staatlichen Überwachungsstellen zu dringen und zu hoffen. Die Kommunisten dagegen kritisierten zwar, daß der Kampf um den Rundfunk - für sie ein Teil des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie - einer 'Mitarbeit' an den Medien weichen sollte. Der Kampf um eine Teilhabe der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen an der Programmgestaltung des Rundfunks hatte sich für sie angesichts der Mitarbeitsbestrebungen der Sozialdemokratie jedoch auf einen Kampf um eigenständige Arbeitersender neben dem bürgerlichen Weimarer Rundfunk reduziert - eine Reduktion, die vor allem den propagandistischen Vorteil bot, sich deutlich von der sozialdemokratischen Kanalpolitik abgrenzen zu können.

Diese inhaltliche Spaltung der Bewegung konnte auch auf der 4. Reichskonferenz des ARBD, die am 8./9. September 1928 parallel zur Funkausstellung wiederum in Berlin stattfand, nicht wieder rückgängig gemacht werden. Da keine der beiden Seiten mehr zu inhaltlichen Kompromissen bereit war, blieb hier nur noch die Machtfrage zu klären, die allerdings bereits entschieden war, nachdem die Konferenz sich konstituiert hatte. Die in dem Protokoll verzeichneten Abstimmungsergebnisse jedenfalls lassen über die Mehrheitsverhältnisse keinen Zweifel: 25 bis 26 der 41 anwesenden Delegierten unterstützten fast durchweg die Anträge des Reichsvorstandes; ganze neun die der Opposition¹.

Die Auseinandersetzung um die bisherige und künftige Politik des Vereins geriet dann auch weitgehend zum bloßen Schlagabtausch der bekannten Positionen, wobei die Argumenta-

¹vgl. Protokoll der 4 Reichstagung des ARBD am 8./9. September '28. Dies Protokoll ist gekürzt wiedergegeben im AF unter dem Titel: Von der 4. Reichstagung des ARB am 8. und 9. September 1928; und zwar in:

AF 28/43/674; AF 28/44/691; AF 28/45/710; AF 28/46/726; AF 28/48/758; AF 28/49/772f.; AF 29/2/20ff.; AF 29/4/52ff.

Da sich aufgrund der fortlaufend jahresweisen Paginierung des AF die Seitenzahlen nicht wiederholen, werden im folgenden nur noch die entsprechenden Seiten (zahlen) angegeben. In diesem Fall: vgl.: S.52

tionslinie des Reichsvorstandes sich bereits in dem schriftlich vorgelegten "Allgemeinen Geschäftsbericht"² abgezeichnet hatte. Nochmals war hier klargestellt worden, daß man die Forderung nach eigenständigen Arbeitersendern vorerst als nicht aktuell erachtete, daß es vielmehr vor allem darum gehen müsse, die Berufung von Arbeitervertretern in die Kulturbeiräte und politischen Überwachungsausschüsse durchzusetzen, und über diese Gremien sowie die Arbeiterprogrammausschüsse auf die Programmgestaltung des Weimarer Rundfunks Einfluß zu nehmen. Verwiesen wurde dabei auf die bisherigen Erfolge dieser Strategie: Zum 1. Mai sei es gelungen, fast alle Sender zur Übertragung "besonderer, auf die Bedeutung des Tages bezugnehmender Darbietungen"³ zu veranlassen; ebenso sei die Verfassungsfeier am 11. August von fast allen Sendern übertragen worden und die Genossen Frisch, Segall und Horlitz hätten sogar in verschiedenen Sendern zum Thema "Arbeiterschaft und Rundfunk" sprechen können. Als wesentlicher Fortschritt wurde hier zudem der Umstand gewertet, daß mittlerweile die Programme der meisten Sender eine sog. "Stunde der Arbeit" aufwiesen, eine Sendereihe, die zwar nicht von der Arbeiterschaft gestaltet wurde, sich jedoch mit Themen der Arbeitswelt beschäftigte⁴. Für den Vorstand war dies ein Indiz für eine zunehmende Öffnung des Rundfunks gegenüber den Interessen der Arbeiterschaft:

"Im Allgemeinen läßt sich heute feststellen, daß die Sendedirektionen durchaus nicht abgeneigt sind, auf Programmforderungen der Arbeiterschaft einzugehen, ein Zustand, der vor Jahresfrist auch nicht im entferntesten vorhanden war."⁵

Dieses durchweg positive Bild des schriftlichen Geschäftsberichts mußte Albert Horlitz, der Vorsitzende der Programmkommission in seinem mündlichen Bericht⁶ allerdings etwas einschränken. Zwar hatte mittlerweile der Vorsitzende des Vereins, Curt Baake, Sitz und Stimme im Kulturbeirat der Deutschen Welle erhalten⁷; nach wie vor, so mußte Horlitz einräumen, seien jedoch in den Sendegesellschaften und ihren Kulturbeiräten "(...) nur hier und da Männer zu finden, deren Namen in der Arbeiterschaft einen guten Klang haben"⁸. Zudem herrsche sowohl in der RRG als auch den von ihr abhängigen Unternehmungen immer noch ein "weisungsvoller Geist der geistigen Fürsorge und Bevormundung"⁹, den es zu bekämpfen gälte, der zugleich aber auch der "wundeste Punkt"¹⁰ sei, an dem man rühre:

"Diese Bevormundung dürfen wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen. Die Art, wie jetzt Zensur geübt wird, können wir uns auf Dauer nicht gefallen lassen."¹¹

In der Aussprache über den Geschäftsbericht zeigten sich die Vertreter des Vorstandes dann jedoch wieder weitgehend zufrieden mit dem bisher Erreichten. Richardt Woldt - Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium und 'Arbeitervertreter' im Kulturbeirat der Berliner Funkstunde, der mittlerweile als Beisitzer in den Reichsvorstand mit aufgenommen worden

²Allgemeiner Geschäftsbericht des Reichsvorstandes des ARBD für die 4. Reichskonferenz am 9.19.28; abgedruckt in: AF 28/38596f.; AF 28/39/613; AF 28/40/692; AF 28/41/625;

Auch hier wird im folgenden nur noch die Seitenzahl angegeben; in diesem Fall: vgl. für die folgende Darstellung: S.629

³vgl. Protokoll der 4. Reichstagung des ARB ...; a.a.O.; S. 710 (Redebeitrag Horlitz)

⁴ebd.

⁵ebd.

⁶Protokoll der 4. Reichstagung des ARB ...; a.a.O.; S.710 (Redebeitrag Horlitz)

⁷vgl. Allgemeiner Geschäftsbericht des Reichsvorstandes des ARB; a.a.O.; S. 597

⁸Protokoll der 4. Reichstagung des ARB ...; a.a.O.; S. 710 (Redebeitrag Horlitz)

⁹ebd.

¹⁰ebd.

¹¹ebd.

war¹² - meinte sogar, daß man zahlenmäßig mit der Vertretung des ARB in den Kulturbeiräten bereits "durchaus zufrieden"¹³ sein könne. Auch der Zensur wollte er eher Positives abgewonnen wissen, denn oft genug hätten Redner noch nicht begriffen. "(...), daß man im Radio keine Agitationsreden halten kann"¹⁴.

“(...) wenn ein Sozialist im Radio spricht, muß er auch die Fähigkeit haben, über den Kreis seiner Gesinnungsfreunde hinaus zu wirken. Er muß im Stande sein, ein Thema analytisch und soziologisch anzupacken, so daß er den Sendegesellschaften keinen Vorwand bietet, seinen Vortrag abzulehnen.”¹⁵

Ein solch geradezu 'wissenschaftlicher' Kampf um die Zensur war für die Vertreter der Opposition natürlich nicht akzeptabel. Sie forderten stattdessen, wie Heintze (Berlin) es formulierte, "absolute Freiheit"¹⁶:

"Wir wollen so sprechen können, wie es der Prolet versteht. Für unsere Referenten müssen wir auch am Mikrophon die volle Redefreiheit durchsetzen."¹⁷

Auch die vom Reichsvorstand gefeierten - freilich eher schmalen - Erfolge seiner Politik ließ man hier nicht gelten. Man habe beim Reichsvorstand, so stellten etwa die Stuttgarter Delegierten Ernst und Janus fest, die "große Linie und Initiative"¹⁸ vermißt. Man dürfe den "Kampf um unsere kulturellen Forderungen" nicht davon abhängig machen, welche Regierung "am Ruder" sei¹⁹. Kulturfragen seien vielmehr "Machtfragen"²⁰ und müßten ungeachtet der Erfolgchancen auch als solche behandelt werden:

"Unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung werden wir nie den Rundfunk voll für uns erobern können. Wir müssen aber unablässig den Kampf gegen die Macht führen, um die Massen der Radiohörer gegen den bürgerlichen Rundfunk zu mobilisieren. Der ARB muß eine Kampforganisation sein (...)."²¹

Der "Richtlinienentwurf" des Reichsvorstands wurde von den Vertretern der Opposition daher als "illusionistisch"²² abgelehnt. "Auf den Kampf um den Arbeitersender (...)", so formulierte der Berliner Gräfe noch einmal die Gegenposition, "(...) darf nicht verzichtet werden"²³. Die vom Reichsvorstand angestrebte Mitarbeit in den staatlichen Überwachungsgremien führe hingegen, so auch Heintze, zu gar nichts:

"Wir sind der Meinung, daß die Kulturbeiräte und Überwachungsausschüsse nur Hampelmänner sind. (Stürmische Protestrufe) Allein die arbeitenden Massen, die Arbeiterhörer sind die entscheidende Macht. (...) Ihr habt nichts getan, weil ja der Sozialistische Kulturbund führen soll. Wir aber fordern, daß die Macht der Arbeiterhörer mobilisiert wird. Auf Hintertreppen und durch gute Beziehung mit Ministerialräten werden wir nie Einfluß auf die Programme gewinnen."²⁴

¹²vgl. ebd.; S. 773 (Redebeitrag Woldt); sowie: Allgemeiner Geschäftsbericht des Reichsvorstandes des ARB; a.a.O.; S.597

¹³Protokoll der 4. Reichstagung ...; a.a.O.; S. 773 (Redebeitrag Woldt)

¹⁴ebd.

¹⁵ebd.

¹⁶ebd., S.773 (Redebeitrag Heintze)

¹⁷ebd.

¹⁸ebd. (Redebeitrag Ernst)

¹⁹ebd., S.20 (Redebeitrag Janus)

²⁰ebd.

²¹ebd.

²²ebd., S. 53 (Redebeitrag Gräfe)

²³ebd.

²⁴ebd., S. 773 (Redebeitrag Heintze)

Die Vertreter der Vorstandslinie ließen sich von dieser massiven Kritik allerdings kaum beeindrucken. Einige Mitglieder, so reagierte z .B. Horlitz auf Heintzes Beitrag, hätten offenbar "noch wenig Ahnung"²⁵ von der Arbeit der Kulturbeiräte: "Unsere Vertreter führen einen scharfen Kampf."²⁶ Die Forderung der Kommunisten, die für ihn darin bestand, daß "breiteste Schichten der Hörer (...) mitarbeiten" sollten, sei hingegen ein "leeres Schlagwort"²⁷. Und auch der vom Reichsvorstand als Gast geladene Ernst Heilmann, der zwar "außerhalb der Tagesordnung"²⁸, aber während der Debatte zu den Delegierten sprechen konnte, antwortete auf die Kritik der Opposition mit Gegenkritik. Denn, so wußte er die Kommunisten zu belehren:

"Das Wort vom bürgerlichen Rundfunk stimmt nicht ganz. Ich gebe zu, daß der Einfluß der Kapitalisten so auch im Rundfunk groß ist. (...) Aber den Rundfunk als rein kapitalistisch zu bezeichnen, ist falsch. Es haben Dutzende Sozialdemokraten im Rundfunk gesprochen."²⁹

Der Ausgang der Debatte entsprach den oben skizzierten Mehrheitsverhältnissen: Mit 24 zu 9 Stimmen wurde der Richtlinienentwurf zum politischen Programm des ARBD, im gleichen Verhältnis die noch in letzter Minute eingebrachten Änderungsanträge der Opposition abgelehnt³⁰. Auch der neue Vorstand des Vereins, an dessen Spitze erneut Curt Baake stand, entsprach vollständig den Wünschen der Sozialdemokraten, wobei auch diesmal wieder einer der Kandidaten, der für den zuvor noch kommunistisch besetzten Kassiererposten vorgesehene Draeger, erst auf der Konferenz in den Verein aufgenommen wurde³¹.

Schon bei den Vorstandswahlen zeigten sich die Sozialdemokraten allerdings bemüht, nicht zum 'Spalter' der Organisation zu werden. Zwar war man in inhaltlichen Fragen nicht bereit, den Kommunisten auch nur einen Schritt entgegen zu kommen und beanspruchte natürlich auch den Vorsitz des Vereins. Unter sozialdemokratischer Führung und mit sozialdemokratischem Programm sollte der überparteiliche Charakter der Organisation jedoch formal erhalten bleiben. Erneut wurde deshalb Wilhelm Hoffmann zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt - wenn auch ohne die Stimmen der kommunistischen Fraktion, die ihn zwar als Kandidaten für den Posten des ersten Vorsitzenden aufgestellt hatten, seine Wahl zum Nur-Stellvertreter jedoch nicht unterstützen wollten³².

Sicherheitshalber wurde der Vorstand von der Mehrheit der sozialdemokratischen Delegierten aber auch schon ermächtigt, "(...) parteipolitische Streitigkeiten mit allen Mitteln (!) vom Bunde abzuwenden"³³, so daß auch die Voraussetzung für eine Disziplinierung der kommunistischen Funkfreunde gegeben war. Nicht ohne Grund beschwor Baake in seinem Schlußwort noch einmal den überparteilichen Charakter der Bewegung:

"Der Reichsvorstand wird es sich zur Hauptaufgabe stellen, durchaus überparteilich zu arbeiten. Der ARB ist eine so gesunde und notwendige Bewegung, daß er über alle Schwierigkeiten der Parteischichtung hinauskommen muß und wird. Wir müssen in einer Art Zweckgemeinschaft zusammenbleiben. Ich bitte meine Freunde, sich immer vor Augen zu halten, daß eine Trennung das

²⁵ ebd., S. 20 (Redebeitrag Horlitz)

²⁶ ebd.

²⁷ ebd.

²⁸ ebd.

²⁹ ebd., (Redebeitrag Heilmann)

³⁰ vgl. ebd., S. 53

³¹ vgl. ebd., S. 52

³² vgl. ebd.

³³ ebd., S. 54

Schlimmste und Dümme wäre, was wir tun könnten. Wir wollen kameradschaftlich zusammenarbeiten, wo es nur geht."³⁴

7.2. Die Spaltung der Arbeiterradiobewegung

Auch das beschwörende Schlußwort Baakes konnte freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die 4. Reichskonferenz die inhaltliche Spaltung der Radiobewegung nur noch einmal manifestiert und den Verein zugleich endgültig zu einer sozialdemokratischen Organisation gemacht hatte, in der Kommunisten zwar nach wie vor mitarbeiten durften, die ihrem Einfluß jedoch vollständig entzogen war. Auch die Berichterstattung der Arbeiterpresse über die Konferenz machte dies deutlich. Während die *Rote Fahne* angesichts der Niederlage, die den Kommunisten hier zuteil geworden war, auf eine Berichterstattung vollständig verzichtete³⁵, ließ der *Vorwärts* über das wahre Ergebnis der Konferenz keinen Zweifel aufkommen. Unter der Überschrift "Die Kommunisten haben ausgespielt!" hieß es hier einige Tage später:

"Das Ergebnis der Reichskonferenz ist ein Beweis, daß auch im Arbeiter-Radiobund die Kommunisten ausgespielt haben. Wenn die Anhängerschaft des Bundes in den letzten Jahren nicht größer geworden ist, so ist dies darauf zurückzuführen, daß eine sachliche Arbeit in vielen Ortsgruppen unmöglich war - und in Berlin noch heute ist. Um gegen kommunistische Störversuche ankämpfen zu können, wurde ein Antrag, durch den die Kreisleitung weitgehend Rechte zu ihrer Bekämpfung erhält, angenommen."³⁶

Und auch im AF wurde jetzt scharf auf kommunistische Kritik reagiert. Als etwa im Oktober '28 die kommunistische *Welt am Abend* schrieb, daß sich die Sozialdemokraten nach der Wahl Severings zum RMI dem "fest gefügten Klügel" der "biedermännisch getarnten Reaktion im Rundfunk" jetzt willig anschließen, um dafür durch die Übertragung einer sozialdemokratischen Jugendweihe oder des Konzerts eines Arbeiter-Mandolinen-Klubs "herrlich belohnt" zu werden³⁷, wurde diese Anschuldigung im AF als Bruch der auf der 4. Reichskonferenz beschlossenen Überparteilichkeitsmaxime gewertet. Unter der Überschrift "Zurückweisung und Warnung" wurde hier festgestellt:

"Übrigens scheint der Kollege von der *Welt am Abend* auch nicht zu wissen, daß gerade seine Berliner Gesinnungsfreunde (...) auf der 4. Reichskonferenz den Grundsatz anerkannt, ja gefordert haben, daß im 'spezifischen Fall des Radios' in der Arbeiterbewegung die Überparteilichkeit zu verlangen sei. Dann ist aber auch die Wahrung dieser Überparteilichkeit von der KPD-Presse zu fordern. Man kann es den sozialdemokratischen ARB-Mitgliedern auf die Dauer nicht zumuten, mit Lammgeduld Beschimpfungen, wie die oben zitierten ruhig einzustecken."³⁸

Abgesehen von solchen Warnungen verfolgte der ARB-Vorstand jedoch zunächst weiterhin die bereits auf der Reichskonferenz eingeschlagene Strategie, die formale Einheit der Bewegung auf Grundlage der sozialdemokratischen Programmatik zu erhalten. Selbst als am 6.

³⁴ebd., S. 55 (Schlußwort Baakes)

³⁵untersucht wurde die *Rote Fahne* im Zeitraum vom 1.9.28 bis 17.9.28; es findet sich nur ein Vorbericht zur Konferenz in der Ausgabe vom 7.9.28

³⁶Die Kommunisten haben ausgespielt; in: *Vorwärts* v. 12.9.28

³⁷zit. nach: Eine Zurückweisung und Warnung; in: AF 28/42/670

³⁸ebd.

Oktober '28 der *Vorwärts*-Redakteur Wolfgang Schwarz, der im Berliner Sender eine Rede über "Probleme der Friedenssicherung" halten sollte, von den Kommunisten entführt wurde, und statt seiner der kommunistische Landtagsabgeordnete Karl Schulz eine Rede gegen den - auch von der SPD befürworteten - Panzerkreuzerbau hielt³⁹, reagierte der ARBD-Vorstand eher gelassen. Nachdem der stellvertretende Vorsitzende Hoffmann aufgrund dieses Vorfalls verhaftet und seine Wohnung von der Polizei durchsucht worden war, legte Fritz Segall, der Geschäftsführer des ARB, in einem AF-Kommentar zu den Ereignissen zwar Wert auf die Feststellung, daß die Bundesleitung und "(...) keines ihrer Mitglieder an den Vorfällen (...) mittelbar oder unmittelbar beteiligt war."⁴⁰ Auch stellte er fest:

"Der kommunistische Landtagsabgeordnete hat, ohne daß er dazu berechtigt gewesen wäre, einen Vortrag durch das Mikrophon gehalten."⁴¹

Gleichzeitig zeigte Segall sich jedoch bemüht, eine öffentliche Verurteilung der Aktion zu vermeiden, sondern nutzte sie, um erneut politische Redefreiheit im Radio zu fordern:

"Dieser Vorgang hätte sich nicht abgespielt, wenn auch im Rundfunk die politische Redefreiheit gewährleistet wäre. Oft genug ist nicht nur in unserem Bundesorgan die Forderung der 'politischen Stunde', oder wie diese dauernde Vortragsreihe sonst benannt sein möge, aufgestellt worden."⁴²

Mit dieser gemischten Strategie von "Zurückweisung" von Kritik einerseits und loyalem Verhalten gegenüber der Opposition andererseits, bei gleichzeitig fehlender Bereitschaft zu programmatischen Kompromissen ließ sich auch eine nur formale Einheit der Bewegung auf Dauer natürlich nicht aufrechterhalten - zumal die konkrete Politik des Reichsvorstandes der Opposition zunehmend Anlaß zu Kritik bot. Zwar zeigte der Vorstand, was die Durchsetzung der Vereinsforderungen anging, keineswegs, wie ihm die *Rote Fahne* im April '29 vorwarf, "Passivität und Interessenlosigkeit"⁴³, sondern war, wie aus einem Rechenschaftsbericht vom Juni '29 hervorgeht, sowohl in Bezug auf die Programmforderungen des Vereins, als auch hinsichtlich einer "Regelung der Kurzwellenfrage"⁴⁴ und der angestrebten Gebührensenkung durchaus um Fortschritte bemüht⁴⁵. Abgesehen von einigen öffentlichen Veranstaltungen gegen technische Empfangsstörungen beschränkten sich seine Aktivitäten dabei jedoch ausschließlich auf die von den Kommunisten kritisierte "Hintertreppenpolitik"⁴⁶, deren Erfolglosigkeit sich zudem zunehmend abzuzeichnen begann:

"In allen Fällen", so formulierte es der Rechenschaftsbericht im Juni '29, "wurden Besprechungen mit Parlamentsmitgliedern, mit den Ministerien und anderen Instanzen geführt (...). Da der Rundfunk jedoch eine politische Angelegenheit ist, hängt seine Bearbeitung von der politischen Struktur ab, die nicht nur von ihrer gegenwärtigen Situation beurteilt werden darf."⁴⁷

³⁹vgl. Ullrich Brurein: Ein Handstreich auf Radio Berlin im Kampf um demokratische Mitbestimmung und Arbeitersender; in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks; Berlin (DDR) 7. Jg. 1973; Nr.2, S. 18ff.; hier insbesondere S. 21ff.

⁴⁰Fritz Segall: Vorspiegelung falscher Tatsachen; in: AF 28/44/689

⁴¹ebd.

⁴²ebd.

⁴³so die *Rote Fahne* v. 6.4.29 unter dem Titel: Reformistische Spaltpilze überall. Spaltung der Arbeiter-Radio-Bewegung

⁴⁴Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des ARB auf der erw. Vorstandssitzung am 16.6.29; in: Protokoll derselben; abgedruckt unter dem Titel: Aufwärtsentwicklung; in: AF 29/26/306 ff. AF 29/27/310 ff.; hier S. 310

⁴⁵vgl. ebd.

⁴⁶vgl. Kapitel 7.1. dieser Arbeit

⁴⁷Protokoll der erw. Bundesvorstandssitzung ...; a.a.O.; S.306

Tatsächlich bedeutete dies, daß man in dem knappen Jahr seit der 4. Reichskonferenz kaum etwas hatte erreichen können. Hinsichtlich der Forderung nach Genehmigung von Kurzwellenversuchssendern war dem Vorstand von dem Genossen im RMI eine klare Abfuhr erteilt worden, da dieser sich, wie Segall schließlich eingestehen mußte, aus "taktisch-politischen Motiven" veranlaßt sah, "(...) von einer endgültigen Regelung der Kurzwellensendeerlaubnis vorläufig abzusehen."⁴⁸ Und ähnlich lagen die Dinge auch in Bezug auf die angestrebte Gebührensenkung. Zwar forderte noch im Juni '29 ein SPD-Abgeordneter im Reichstag,

“(...) zu prüfen, ob es nicht möglich sein wird, die Rundfunkgebühren etwas zu senken (... und) den Kriegsbeschädigten, Vollinvaliden und Erwerbslosen die Rundfunkgebühren zu erstatten.”⁴⁹

Als die KPD-Fraktion im Reichstag einen entsprechenden Antrag auf Gebührensenkung stellte, mochte sich die SPD diesem Antrag jedoch nicht anschließen, da man bei einem solchen Schritt, wie Segall den Lesern des AF erläuterte, "weitere Schwierigkeiten im schwer belasteten (Post-) Etat" befürchtete⁵⁰.

Einzig hinsichtlich der Beeinflussung der Programmgestaltung kam es durch Unterstützung des sozialdemokratischen RMI zu einigen, wenn auch mäßigen Erfolgen. Bereits im November '28 konnte Severing mittels der ihm zu Gebote stehenden 51 %igen Anteilsmehrheit an der DRADAG eine Erweiterung des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft durchsetzen, durch die u. a. auch der ARBD in diesem - allerdings relativ bedeutungslosen⁵¹ - Gremium Sitz und Stimme erhielt⁵². Und im Dezember '28 wurde auf Initiative Severings auch erstmals eine Sendegesellschaft, die überregionale *Deutsche Welle AG*, dazu ermächtigt, "kontradiktorische Vortragsreihen und Gespräche über aktuelle Tagesfragen"⁵³ auszustrahlen - ein Fortschritt, der allerdings nur bedingt den zwei Jahre zuvor im NRF entwickelten Vorstellungen einer Politisierung entgegenkam: Auch über diese, unter dem Titel *Gedanken zur Zeit* veranstaltete Sendereihe wachte nämlich der politische Überwachungsausschuß der Gesellschaft, dem nach wie vor die Redemanuskripte vor jeder Sendung vorzulegen waren. Zudem war noch ein besonderer sog. parlamentarischer Überwachungsausschuß (zwei Beamte und zehn Politiker der fünf staatstragenden Parteien) für die neue Sendereihe geschaffen worden, und auch auf die Herausgabe besonderer Programmrichtlinien hatte man im RMI nicht verzichten wollen⁵⁴.

Die kommunistischen Funkfreunde konnten diese Neuerungen im Weimarer Rundfunk ohnehin kaum vom Nutzen sozialdemokratischer Kanalpolitik überzeugen, denn ihre Parteifreunde waren weder in dem erweiterten Aufsichtsrat der DRADAG noch in dem neuen parlamentarischen Überwachungsausschuß der *Deutschen Welle* vertreten, und erhielten auch keine Gelegenheit, ihre *Gedanken zur Zeit* über diesen Sender zu verbreiten⁵⁵. Eher schon dürfte man hier in den Neuerungen nur einen weiteren Beleg dafür gesehen haben, daß, wie die *Rote Fahne* es formulierte, "(... d)as Rundfunkwesen total vertrautet (ist)" und die Sozialdemokratie "(...) mit dieser Vertrautung des Rundfunks (...) im engsten Zusammenhang (steht)."⁵⁶

⁴⁸zit. nach ebd., S. 305

⁴⁹Rede des SPD-Abgeordneten Steinkopf im Reichstag im Juni 1929; zit. nach: Fritz Segall: Der Reichstag verhandelt über den Rundfunk; in: AF 29/26/305

⁵⁰Fritz Segall: Der Reichstag verhandelt ...; a.a.O.

⁵¹vgl. Kapitel 2 dieser Arbeit

⁵²vgl. W.B. Lerg: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik; München 1980; S. 296ff.

⁵³ebd., S. 420

⁵⁴vgl. ebd., S. 120f.

⁵⁵ebd., S. 423f.

⁵⁶Um den proletarischen Rundfunk; in: *Rote Fahne* v. 7.3.29

Auch die Opposition beharrte mithin auf ihren Positionen und verhielt sich dementsprechend. Unmittelbar nach der Entführung des sozialdemokratischen Rundfunkredners trat die Berliner Ortsgruppe demonstrativ dem kommunistischen "Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids gegen den Panzerkreuzerbau" bei und im Frühjahr '29 dann auch dem "Bund der Freunde der Sowjet-Union"⁵⁷. Gleichzeitig versuchte der Berliner Ortsgruppenvorstand weiterhin, und zunehmend auch überregional, den vereinsinternen Widerstand gegen die Politik des Vereinsvorstands zu organisieren. Ein "regelrechter Verkehr", so mußte dieser im Sommer '29 schließlich feststellen⁵⁸, wäre da an ihm vorbei mit den Ortsgruppen im Reich geführt worden, um durch "unwahre Behauptungen und herabsetzende Kritik" seine ansonsten "gedeihliche Zusammenarbeit" mit den Gruppen zu stören. Ab Januar '29 begann der Berliner Vorstand zudem auch eigene publizistische Aktivitäten zu entfalten, brachte den zuvor nur als hektographiertes Mitteilungsblatt erschienenen *Aktiven Radiogenossen* unter dem programmatischen Titel *Unser Sender* im Buchdruck heraus und vertrieb seine neue Zeitschrift als Alternative zum *Arbeiterfunk* innerhalb der Mitgliederschaft⁵⁹:

"*Unser Sender* des Bezirks Berlin", so freute sich die *Rote Fahne* über diesen Schritt, "(...) ist mit dem klaren Bekenntnis zur revolutionären Massenpolitik erschienen, hat gegen die verkehrte Kulturpolitik des Reichsvorstandes Front gemacht, hat die Passivität und Interessenlosigkeit der sozialdemokratischen Reichsleitung gebrandmarkt."⁶⁰

Beim Reichsvorstand löste die neue Zeitschrift der Berliner Funkfreunde freilich erheblich weniger Freude aus. Schon in den ersten Ausgaben, so erläuterte Alfred Flatau im April '29 den Lesern des AF die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen⁶¹, hätten sich "deutliche Anzeichen" dafür gefunden, daß sich hier eine "kleine Minderheit" dem auf der letzten Reichskonferenz beschlossenen "eindeutigen Bekenntnis zur Überparteilichkeit" nicht fügen wolle und "(...) ihre Ziele auf illegale Weise (...) zu erreichen (suche)".⁶² Zudem hätte man aber auch aus wirtschaftlichen Gründen eine weitere Herausgabe des Konkurrenzblattes "nicht dulden" können; denn:

"Gleichzeitig machte uns der Verlag des *Arbeiterfunk* darauf aufmerksam, daß *Unser Sender* eine aktive Insertionspropaganda entfaltete, die gegen seine Vereinbarungen mit dem ARB verstoßen und ihn unter Umständen zu Schadensersatzansprüchen gegenüber dem ganzen Bund berechtigten."⁶³

Mit Hinweis auf den Beschluß der Reichskonferenz, daß "(...) parteipolitische Streitigkeiten mit allen Mitteln vom Bunde abzuwenden" seien⁶⁴ und unter Androhung des Ausschlusses aus der Organisation untersagte der Reichsvorstand den Berlinern nach Erscheinen der zweiten Ausgabe den Verkauf und die Aufnahme von Inseraten in die Zeitschrift⁶⁵ - ein Schritt, der von den Kommunisten als "Knebelung"⁶⁶ empfunden wurde und dem Reichsvorstand den Vorwurf einbrachte, den Verein spalten zu wollen. Bereits Anfang März kommentierte die *Rote Fahne*:

⁵⁷ vgl. Bericht Löwenbergs auf der erw. Bundesvorstandssitzung v. 16.6.29; in: Protokoll derselben; a.a.O.; S. 307

⁵⁸ Ausschlußbegründung des Bundesvorstands gegenüber dem Berliner Ortsgruppenvorstand; in: AF 29/27/311f.; hier S. 311

⁵⁹ vgl. ebd., S.312; sowie Alfred Flatau: Gefahrenpunkte; in: AF 29/17/251f.

⁶⁰ Reformistische Spaltpilze überall ...; *Rote Fahne* v. 6.4.29

⁶¹ Alfred Flatau: Gefahrenpunkte; a.a.O., S. 251

⁶² ebd.

⁶³ ebd.

⁶⁴ vgl. ebd.

⁶⁵ vgl. ebd.

⁶⁶ vgl. ebd., S.252; dieser Ausdruck soll in Nr.3 von *Unser Sender* geprägt worden sein

"Der Kampf der Sozialdemokratie im Rundfunk richtet sich nur gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Gegenüber der wachsenden Opposition trägt sie sich schon mit Spaltungsabsichten."⁶⁷

Tatsächlich sollte *Unser Sender* der Anlaß zur organisatorischen Spaltung der Arbeiterradiobewegung werden, denn auf eine weitere Herausgabe der Zeitschrift mochten die oppositionellen Funkfreunde natürlich nicht verzichten. Zwar zeigte sich der Berliner Vorstand Mitte März dem Bundesvorstand gegenüber bereit, die Zeitschrift wieder in ein bloßes Mitteilungsblatt rückzuverwandeln und traf sogar eine entsprechende Vereinbarung hierüber; nur wenige Tage darauf erschien *Unser Sender* jedoch erneut und mit acht Seiten sogar umfangreicher als bisher⁶⁸. Gleichzeitig wurde, wie Flatau im AF berichtet, "(i)n allen kommunistischen Parteiblättern (...) gegen den ARB, vertreten durch den Bundesvorstand (...) ein Feldzug eröffnet"⁶⁹ - ein Umstand, der sich zumindest für die *Rote Fahne* auch nachweisen läßt, wenngleich sich die hier am 24.3.29 eröffnete Rundfunkkampagne auch nicht ausschließlich in einer Kritik des ARBD-Vorstandes erschöpfte⁷⁰. Die meisten Artikel beschäftigten sich vielmehr allgemeiner mit der Programmgestaltung des Weimarer Rundfunks - der die Nutzung des Mediums in der Sowjet-Union gegenübergestellt wurde - kritisierten einzelne Zensurfälle und das "Finanzgebaren der deutschen Rundfunkdespoten"⁷¹ und riefen Anfang April 29 schließlich zum "Hörer(zahl)streik gegen die Rundfunk-Reaktion"⁷² auf. Freilich fanden sich in diesem Rahmen auch für die Politik des ARB-Vorstands harte Worte:

"Die neue Reichsleitung ist (...) vollkommen unfähig, auch nur den primitivsten Anforderungen, die an eine proletarische Organisation gestellt werden, nachzukommen. (...) Die Gruppen erhalten keine Rundschreiben, keine Informationen, nichts, gar nichts geschieht, um gegen die Riesengewinne der Sendegesellschaften einzuschreiten und die Hörer zu mobilisieren für die Herabsetzung der Rundfunkgebühren. Nur in einem Punkt ist die Reichsleitung aktiv - in der Schikanierung der oppositionellen Gruppen. (...) Die reformistischen Spalter, die heute die Arbeiter-Radio-Bewegung in Grund und Boden gewirtschaftet haben, müssen schnellstens verschwinden, ehe sie noch weiteres Unheil anrichten können."⁷³

Forciert wurde die endgültige Spaltung der Arbeiter-Radio-Bewegung schließlich durch die Ereignisse am und nach dem 1. Mai '29, die auch den Bruch der Arbeiterbewegung insgesamt zementieren sollten⁷⁴. Trotz eines Demonstrationsverbots der von Sozialdemokraten maßgeblich mitgetragenen preußischen Koalitionsregierung hatte die KPD zu diesem Tag zur Demonstration auf der Straße aufgerufen und auch der Berliner ARB-Vorstand verfaßte

⁶⁷Um den proletarischen Rundfunk; in: *Rote Fahne* v. 7.3.29

⁶⁸vgl. Alfred Flatau: Gefahrenpunkte; a.a.O., S.252

⁶⁹ebd.

⁷⁰Die mir bekannten Artikel dieser Kampagne waren (*Rote Fahne* = RF): RF v. 24.3.29: Achtung, hier rote Welle! Die Arbeiterhörer haben das Wort; sowie: Millionenprofite aus der Luft; RF v. 28.3.29: Etwas über den Sowjet-Funk: Die Zeitung ohne Papier; RF v. 3.4.29: Ein Zensurstreich des Rundfunks; RF v. 4.4.29: Lenin und der Rundfunk; RF v. 5.4.29: Der Rundfunk im Dienste der Kultur; RF v. 6.4.29: Spaltung der Arbeiter-Radio-Bewegung? ; sowie: Zur Fünfjahresfeier des Arbeiter-Radio-Bundes; RF v. 7.4.29: Hörerstreik gegen Rundfunk-Reaktion!; RF v. 9.4.29: Fünf Jahre Arbeiter-Radio-Bund; RF v. 13.4.29: Die *Rote Fahne* hat geholfen; RF v. 14.4.29: Achtung! Rundfunkhörer!; RF v. 16.4.29: Der Rundfunk als Klasseninstrument; RF v. 26.4.29: Der Rundfunk als Klasseninstrument; RF v. 28.4.29: Der 1. Mai im Rundfunk

⁷¹*Rote Fahne* v. 24.3.29

⁷²*Rote Fahne* v. 7.4.29

⁷³*Rote Fahne* v. 6.4.29

⁷⁴vgl. Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik; Frankfurt a.M. 1969; S. 253ff.

ein entsprechendes Flugblatt: "Vormittags auf die Straße, nicht in die Saalversammlungen der Kleinbürger!"⁷⁵ Der Versuch der Kommunisten, das Demonstrationsverbot zu brechen und nicht, wie SPD und Gewerkschaften, im Saale zu feiern, nahm jedoch - wie Flechtheim, ein Augenzeuge der Ereignisse berichtet - ein blutiges Ende, das auf Jahre hinaus eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten ("Sozialfaschisten") und Kommunisten ("Kozis") unmöglich machen sollte⁷⁶:

“(... D)ie unbewaffneten kommunistischen Demonstranten (wurden) von der unter Leitung des Sozialdemokraten Zörgiebel stehenden Polizei mit Gummiknüppeln und Schußwaffen auseinandergetrieben. In den folgenden Tagen kam es zu Barrikadenkämpfen im Wedding und in Neukölln, in deren Verlauf die Polizei zwar keine Verluste aufzuweisen hatte, wohl aber 25 Zivilisten getötet und 36 schwer verwundet wurden.”⁷⁷

Dem Reichsvorstand des ARB reichte allerdings schon der Demonstrationseruf des Berliner Vorstands, der hier gewissermaßen als letzter Tropfen auf den ohnehin schon aufgeheizten Stein traf⁷⁸. Bereits Ende April hatte Flatau in der Vereinszeitschrift "Maßregeln" gegenüber den "bundesschädigenden Treibereien" der Opposition angekündigt⁷⁹. Vermutlich schon Anfang Mai wurde dann in der Vorstandssitzung beschlossen, gegen die Mitglieder des Berliner Vorstands das Ausschlußverfahren einzuleiten⁸⁰. Und nach einem satzungsgemäß langwierigen Verfahren - "(...) sämtliche 20 Mitglieder des Ortsgruppenvorstands (waren) zu hören"⁸¹ - verfügte eine erweiterte Bundesvorstandssitzung am 16. Juni - gegen die Stimmen Hoffmanns und auch Baakes, der einen solchen Schritt aus "rein taktischen Gründen" ablehnte - schließlich den Ausschluß von 18 Berliner Vorstandsmitgliedern⁸².

Die Ausgeschlossenen, unter ihnen auch Heintze, Scheffel und Gräfe⁸³, gaben freilich nicht auf. Bereits am 25. Juni organisierten sie eine Protestveranstaltung des Berliner ARB, auf der sie ihrerseits die Berliner Mitglieder des Bundesvorstands aus der Gruppe ausschlossen, die Ortsgruppen im Reich zu solidarischem Handeln aufriefen und *Unser Sender* zum neuen Vereinsorgan erklärten⁸⁴. Zugleich wurden erste Schritte zum Aufbau einer eigenständigen, kommunistischen Radioorganisation unternommen, die allerdings erst am 11. September, nach nochmaligen, diesmal gerichtlich geführten Auseinandersetzungen mit dem Bundesvorstand ihren schließlichen Namen erhielt: *Freier Radiobund Deutschlands (FRBD)*.⁸⁵

Es sollte allerdings noch Jahre dauern, bis sich auch die Mitgliederschaft der ehemals überparteilichen Organisation auf die beiden jetzt parteigebundenen Vereine verteilt hatte. Da der FRBD zunächst noch nicht die entsprechenden technisch-organisatorischen Bedingungen bieten konnte, verblieben zahlreiche kommunistische Arbeiterfunkfreunde noch lange Zeit beim ARB und bis ins Jahr 1932 finden sich in dem Verbandsorgan des FRBD, dem *Ar-*

⁷⁵ zit. nach: Das Ausschlußverfahren; in: AF 29/27/310

⁷⁶ vgl. Ossip K. Flechtheim: Die KPD ...; a.a.O.; S.287

⁷⁷ ebd., S. 253

⁷⁸ vgl. Bericht Löwenbergs auf der erw. Bundesvorstandssitzung am 16.6.29; in: Protokoll derselben; a.a.O.; S.307

⁷⁹ Alfred Flatau: Gefahrenpunkte; a.a.O.; S. 252

⁸⁰ vgl.: Das Ausschlußverfahren; a.a.O. (Die Vermutung des Datums aus dem Artikel Flatau's a.a.O., der die Sanktionierung nur ankündigt, auf der einen Seite und der Tatsache, daß trotz des langwierigen Verfahrens schon Mitte Juni entschieden wurde andererseits)

⁸¹ ebd.

⁸² vgl. Protokoll der erw. Bundesvorstandssitzung; a. a.O.; S.307 (Redebeitrag Baake)

⁸³ vgl.: Ausschlußbeschuß; in: Protokoll der erw. Bundesvorstandssitzung, a.a.O., S. 308

⁸⁴ vgl.: Arbeiter-Radio-Bund verjagt sozialdemokratische Spalter; in: *Rote Fahne* v. 27.6.29

⁸⁵ vgl.: Einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Berlin Mitte vom 23.8.29; in: AF 29/38/380; sowie: Horst Hanzl: Der Rundfunk ...; a.a.O.; S. 81

beitersender Meldungen über den Übertritt oppositioneller ARB-Gruppen bzw. -mitglieder in den kommunistischen Verein⁸⁶.

Einem wurde die Entscheidung jedoch leicht gemacht: dem langjährigen kommunistischen Vorsitzenden des ARKD, Wilhelm Hoffmann. Wegen "parteischädigenden Verhaltens" wurde der mittlerweile 53jährige noch im Juli '29 aus der KPD ausgeschlossen⁸⁷.

⁸⁶Peter Dahl: *Arbeitersender ...*; a.a.O.; S.58

⁸⁷vgl.: Wilhelm Hoffmann: *Wer ist schuld?*; in: AF 29/29/313

8. Resümee:

1.

Ausschlaggebend für die Einführung des Rundfunks in Deutschland waren in erster Linie wirtschaftliche Motive, sowohl auf Seiten der Industrie (Geräteverkauf) als auch auf Seiten des Staates/RPM (Gebühren). Wie sich gezeigt hat, reichen diese wirtschaftlichen Interessen zur Erklärung der Organisationsform, die für das neue Medium schließlich geschaffen wurde, jedoch nicht aus. Maßgeblich für die Organisationsstruktur des Weimarer Rundfunks waren neben den wirtschaftlichen vielmehr politische Interessen; und zwar in zweifacher Hinsicht:

- a. das sicherheitspolitische Interesse der Reichsbehörden, das - da eine nichtstaatliche Sendemöglichkeit unterbunden werden sollte - allein schon eine möglichst staatsnahe Organisation bedingte;
- b. das Propagandainteresse sowohl der Reichsregierung, vertreten durch das RMI, als auch der, allerdings erst recht spät aktiv werdenden Landesregierungen.

2.

Als Resultat eines langwierigen und öffentlicher Kontrolle weitgehend entzogenen Prozesses entstand eine Rundfunkorganisation, die diesen staatlichen und privaten Interessen durchaus gerecht wurde:

Die Industrie konnte Funkgeräte an Private vertreiben und erhielt damit einen neuen Markt.

Der Staat, d.h. die Reichsregierung, vertreten durch das RPM, sicherte sich sowohl die wirtschaftliche Mehrheitsbeteiligung und damit Kontrolle über die formal privat organisierten Rundfunkgesellschaften, als auch einen nicht unbeträchtlichen Gewinn an dem Unternehmen.

Reichs- und Landesregierungen übten gemeinsam über von innen ernannte Überwachungsausschüsse und Kulturbeiräte im Wege der Vorzensur die politische Kontrolle über die Programmgesellschaften. Darüber hinaus erhielten sie aber auch - ihren Propagandaintressen entsprechend - positive Einflußmöglichkeiten auf die Programmgestaltung:

- die Landesregierungen mittels Auflagenachrichten und -vorträgen, zu deren Ausstrahlung sie die von ihnen betreuten Sendegesellschaften verpflichten konnten;
- die Reichsregierung mittels einer ihr mehrheitlich gehörenden politischen Nachrichtenagentur, der DRADAG, die zwar durch überparteiliche Zusammensetzung ihres Aufsichtsrates scheinbar parlamentarisch kontrolliert wurde, die faktisch durch Konzession, Richtlinien und Konzessionsbedingungen jedoch vollständig unter Kontrolle des RMI stand und zudem ebenfalls zur Verbreitung von Auflagenachrichten und -vorträgen der Reichsregierung verpflichtet war, die dann von den Sendegesellschaften ausgestrahlt werden mußten.

3.

Die Errichtung dieser staatsnah-regierungskontrollierten Rundfunkorganisation wurde nicht unwesentlich von Sozialdemokraten mitgetragen, wenngleich sie im entscheidenden Moment von einer Einflußnahme auf den Organisationsprozeß, und damit auch auf das Medium ausgeschlossen wurden. Obwohl die beteiligten Sozialdemokraten die politische Bedeutung des neuen Mediums durchaus erkannten, beschränken sich ihre Aktivitäten der Sozialdemokratie auf den Versuch sich personell bzw. über eigene wirtschaftliche Beteiligung eine Einflußnahme auf das Medium zu sichern, und zielten nicht auf die Durchsetzung einer öffentlich parlamentarischen Kontrolle auf den Rundfunk.

4.

Die kommunistische Partei hingegen blieb vollständig von einer Beteiligung am Organisationsprozeß, wie auch von einer Einflußnahme auf das Medium ausgeschlossen. Auch sie war jedoch nicht in der Lage, frühzeitig öffentlich wirksam alternative Organisationsmodelle zu propagieren. Vielmehr scheint die Parteiführung im Unterschied zu Teilen der Basis die politische Bedeutung dessen, was da auf sie zu kam, lange Zeit nicht erkannt zu haben.

5.

Konzepte für eine alternative, den Interessen der Arbeiterschaft Rechnung tragenden, nicht staatsnah-regierungskontrollierten Organisationsform des Rundfunks entstanden unter diesen Bedingungen, wesentlich eher als innerhalb der leitenden Gremien der beiden Arbeiterparteien, außerhalb ihres Organisationsrahmens, bei von der Technik und den Möglichkeiten des neuen Mediums faszinierten Arbeiterbastlern. Deren politische Auseinandersetzung mit dem Rundfunk knüpfte zwar zunächst nur an dessen 'äußerer' Organisationsstruktur (Audionsversuchserlaubnis) an; relativ bald wurde im Rahmen ihrer Organisation aber auch grundsätzliche Kritik an Organisation und Programmgestaltung des Weimarer Rundfunks geübt und Vorstellungen über eine sowohl organisatorisch wie inhaltlich andere Gestaltung des Mediums geübt.

6.

Die von den Arbeiterfunkfreunden geleistete Analyse der Weimarer Rundfunkorganisation erweist sich dabei allerdings als ausgesprochen lückenhaft. Schon aufgrund der "reaktionären" Programme und der Tatsache, daß die Arbeiterschaft von einer Programmgestaltung ausgeschlossen war, wurde zwar der bürgerliche Charakter des Rundfunks postuliert; das wesentliche Moment seiner Organisation, ihr staatsnah-regierungskontrollierter Charakter, geriet jedoch nicht ins Blickfeld der Kritik. So wurden die staatlichen Zensurgremien zunächst als vermeintlich öffentliche Kontrollorgane verkannt und die Bedeutung der DRA-DAG wird in der Zeitschrift der Funkfreunde sogar überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Gerade diese Verkennung des Regierungseinflusses auf die Aufsichtsgremien machte es gleichzeitig jedoch möglich, neben der, sich unmittelbar aus dem Wunsch nach Beteiligung ergebenden Forderung nach eigenständigen Arbeitersendern auch Konzepte für eine Umgestaltung des Staatsrundfunks in einen öffentlich kontrollierten zu entwickeln, wie etwa in der Forderung nach einem Radioparlament.

7.

Beide Forderungen, die auf eine organisatorische Umgestaltung des Weimarer Rundfunks zielten, wurden nach Übernahme der ARBD-Führung durch Sozialdemokraten von diesen in ihrem kritischen Potential nicht erkannt. Nach wie vor zielten die Funktionäre der SPD vielmehr auf einen Einfluß auf den Rundfunk vermittels Besetzung der entscheidenden Posten, statt eine institutionelle Absicherung eines Einflusses der Arbeiterschaft zu fordern.

8.

Die kommunistische Opposition beharrte demgegenüber zwar auf einen institutionellen abgesicherten Einfluß, reduzierte ihre Vorstellungen hierüber aber auf die Forderung nach eigenständigen Arbeitersendern. Diese Reduktion schloß eine weitere inhaltliche Auseinandersetzung um die Strategie im Kampf um den Rundfunk zwischen den beiden Flügeln der Arbeiterbewegung, und damit auch die Möglichkeit eines gemeinsamen Kampfes aus.

9.

Die durch diese Verhärtung der Fronten unvermeidbar gewordene Spaltung der Arbeiter-Radio-Bewegung erscheint im Nachhinein vor allem deshalb tragisch, weil die Sozialdemokratie die von den Kommunisten freigegebenen Positionen schon bald besetzen sollte. Bereits im November '28 zeigte z.B. der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Crispian auf der Berliner Reichsrundfunkkonferenz der SPD erste Anzeichen einer Revidierung der bisher ablehnenden Position seiner Partei gegenüber einer organisatorischen Umgestaltung des Rundfunks und verlangte eine "Umwandlung des heutigen gemischt-wirtschaftlichen Betriebes in einen gemeinnützigen staatlichen Betrieb".¹ Ein Jahr später ging der sozialdemokratische RMI Severing in seinem, vermutlich in Zusammenarbeit mit Curt Baake entstandenen "Rundfunkreformvorschlägen" sogar noch etwas weiter und plante,

“(...) den Rundfunk seines heutigen Charakters als eines gemischt wirtschaftlichen Betriebes zu entkleiden und in eine gemeinnützige Einrichtung des demokratischen Volksstaates unter parlamentarischer Kontrolle umzuwandeln”²

Aktivitäten zur Realisierung dieser Forderung unternahm die SPD allerdings nicht mehr. Dies blieb, ebenso wie die Errichtung des - dann freilich nicht mehr demokratischen - Volksstaates anderen überlassen: Das Kabinett Papen organisierte 1932 die endgültige Verstaatlichung des Rundfunks (allerdings ohne parlamentarische Kontrolle) und schuf damit die Voraussetzung zur fast nahtlosen Übernahme des Mediums durch die Nationalsozialisten.

ENDE

¹zit. nach Wolf Bierbach: Reform oder Reaktion? Anmerkungen zu den Rundfunkreformvorschlägen des Reichsinnenministers Carl Severing; in: W.B. Lerg, Rolf Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923 - 1973. Beiträge zur Rundfunkforschung; Berlin (Volker Spieß) 1975, S. 46

²zit. nach ebd., S. 39

Teil III.

Anhang:

Literaturverzeichnis:

BAUSCH, Heinz: Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923-1933; Tübingen (J.C.B. Mohr) 1956

BIERBACH, Wolf: Reform oder Reaktion? Anmerkungen zu den Rundfunkreformvorschlägen des Reichsinnenministers Carl Severing; in: W.B. Lerg, Rolf Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923-1973. Beiträge zur Rundfunkforschung; Berlin (Volker Spieß) 1975, S. 37-85

BRECHT, Berthold: Werkausgabe; hrsg. vom Suhrkamp Verlag; Frankfurt a.M. 1967; Bd. 15 u. 18

BRIGGS, Asa: The Birth of Broadcasting (The History of Broadcasting in the United Kingdom, Vol. 1); London, New York, Toronto 1961

BRUREIN, Ullrich: Ein Handstreich auf Radio Berlin. Im Kampf um demokratische Mitbestimmung und Arbeitersender; in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks; Berlin (DDR), 7. Jg. 1973, Heft 2, S. 18 - 23

BUBENIK, Anton: Vergessene Alternativen? Radioarbeit im Deutschland vor dem Faschismus; Reithofen 1978

BURNS, Rob u. van der WILL, Wilfried: Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik. Eine historisch-theoretische Analyse der kulturellen Bestrebungen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft; Frankfurt a.M., Berlin, Wien (Ullstein) 1982

DAHL, Peter: Arbeitersender und Volksempfänger. Proletarische Radio-Bewegung und bürgerlicher Rundfunk bis 1945; Frankfurt a.M. (Syndikat) 1978

DAHL, Peter: Radio. Sozialgeschichte des Rundfunks für Sender und Empfänger; Reinbek bei Hamburg (Rowohlt) 1983

DILLER, Ansgar: Arbeiterschaft und Rundfunk in der Weimarer Republik. Die Rundfunkverbände von SPD und KPD; in: epd. Kirche und Rundfunk; Nr.34 vom 17. Mai 1975; S. 4 ff.

FACHBEREICH Visuelle Kommunikation HbK Hamburg (Hrsg.): Ich möcht' einmal am Sender steh'n; Hamburg 1981

FLECHTHEIM, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik; Frankfurt a.M. (eva) 1976²

GOEBEL, Gerhart: Der Deutsche Rundfunk bis zum Inkrafttreten des Kopenhagener Wellenplans; in: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen. Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen; Frankfurt a.M., 2. Jg. 1950, Nr. 6, S. 353-454

GOEBEL, Gerhart: Staatssekretär a.D. Dr.-Ing. E.H. Hans Bredow und der deutsche Funk; in: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen. Herausgegeben im Auftrage des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen; Bonn, 7. Jg. 1955, Nr. 3, S. 153-190

GROTH, Peter u. VOIGTS, Manfred: Die Entwicklung der Brecht' schen Radiotheorie 1927-1932; in: Brecht-Jahrbuch; Frankfurt a.M. (Suhrkamp) 1976; S. 9ff.

GRUBE, Sibylle: Die staatliche Programmüberwachung bei der Süddeutschen Rundfunk AG in Stuttgart 1926-1933; in: W.B. Lerg, Rolf Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923-1973. Beiträge zur Rundfunkforschung; Berlin (Volker Spieß) 1975, S. 19-35

HALEFELDT, Horst O.: Die Linke und der Weimarer Rundfunk. Literatur zur Geschichte der Arbeiter-Radio-Bewegung: eine Zwischenbilanz; in: Rundfunk und Fernsehen (hrsg. vorn Hans Bredow Institut für Rundfunk und Fernsehen an der Universität Hamburg); 29. Jg. 1981, Heft 4, S. 513ff.

HANDWERK, Agnes: Hallo hier roter Sender! Arbeiterradiobewegung; in: Projektgruppe Arbeiterkultur Hamburg (Hrsg.): Vorwärts und nicht vergessen. Arbeiterkultur in Hamburg um 1930; Berlin 1982, S. 263-274

HANZL, Horst: Der Rundfunk der Weimarer Republik als Klasseninstrument der Bourgeoisie und der Kampf der Arbeiterklasse um das Mitbestimmungsrecht; Leipzig (Diss. ungedr.) 1961

HERM, Max: Erinnerungen an die revolutionäre Arbeiter-Radio-Bewegung Brandenburgs; in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks; Berlin (DDR), 9. Jg. 1975, Heft 2, S. 28ff.

HILGEMANN, Werner u. KINDER, Hermann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band II: Von der französischen Revolution bis zur Gegenwart; München (dtv) 1975, 10. Aufl.)

HYMMEN, Fried. Wilh.: Rundfunkfreiheit vor 1933; in: Medium. Zeitschrift für Hörfunk, Fernsehen, Film und Presse; Frankfurt a.M., 7. Jg. 1977, Nr. 11, S. 40

HYMMEN, Friedr. Wilh.: Rundfunkindustrie vor 1945. Teil 1: 1913 - 1924, Teil II: 1925 - 1945; in: Medium. Zeitschrift für Hörfunk, Fernsehen, Film und Presse; Frankfurt a.M., 13. Jg. 1983, Nr. 2 u. 3, S. 97ff.

KNILLI, Friedrich: Arbeiter-Radio-Bewegung, in: ders.: Deutsche Lautsprecher. Versuche zu einer Semiotik des Radios; Stuttgart (Metzler) 1970

KUCZYNSKI, J.: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33; Berlin (DDR) 1966

Kunstmuseum Kreuzberg u. Institut für Theaterwissenschaften der Universität Köln (Hrsg.): Weimarer Republik; Berlin (West) und Hamburg 1977³

LEHMANN, Reinhold: Vom Arbeiterradiobastler zum Funkkorrespondenten. Aus der Geschichte der Dresdener Arbeiter-Radiobewegung; in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks; Berlin (DDR), 10. Jg. 1976, Heft 2/3, S.79ff.

LERG, Winfried B.: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland. Herkunft und Entwicklung eines publizistischen Mittels; Frankfurt a.M. (Joseph Knecht) 1970²

LERG, Winfried B.: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik; hrsg. von Hans Bausch; München (dtv) 1980

LINDNER, Rolf: 50 Jahre deutscher Rundfunk; in: Aesthetik & Kommunikation. Beiträge zur politischen Erziehung; Reinbek bei Hamburg (Rowohlt), 4. Jg. 1974, Heft 14, S. 13-18

OSTROGORSKI, Wladimir: 'Der sowjetische Rundfunk'. Eine Neuerscheinung zur Rundfunkentwicklung 1917 - 1974; in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks; Berlin (DDR), 11. Jg. 1977; Heft 1, S. 9ff.

POHLE, Heinz: Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923-1938; Hamburg (Hans Bredow Institut) 1955

PROJEKTGRUPPE Programmgeschichte: Materialien zur Rundfunkgeschichte Bd. 2: Zur Programmgeschichte des Weimarer Rundfunks; hrsg. vom Deutschen Rundfunkarchiv: Historisches Archiv der ARD; Frankfurt a.M. 1986

ReichsRundfunkGesellschaft (Hrsg.): Hans Bredow: Vier Jahre Deutscher Rundfunk; Berlin o.J. (1927)

ReichsRundfunkGesellschaft (Hrsg.): Die Entwicklung des Deutschen Rundfunks in Zahlen 1923 - 1930. Zum fünfjährigen Bestehen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft; Berlin o.J. (1931)

REISS, Erwin u. ZIELINSKI, Siegfried: Internationaler Medienzusammenhang. Am Beispiel der Entwicklung des Rundfunks in England, Frankreich und Deutschland; in: Wolfgang F. Haug (Hrsg.): Massen, Medien, Politik; Karlsruhe (Argument Verl.) 1976, S. 150 -201

REISS, Erwin, ZIELINSKI, Siegfried u. RADEVAGEN, Thomas: 'An Alle!' Zum Kampf der Arbeiterbewegung um den Rundfunk in Deutschland 1918-1933; in: Neue Gesellschaft für bildende Kunst (Hrsg.): Wem gehört die Welt. Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik; Berlin 1977; S. 566 ff.

ROSENBERG, Arthur: Die Entstehung der Weimarer Republik; hrsg. von Kurt Kersten; Frankfurt a.M. (eva) 1961

POSENBERG, Arthur: Die Geschichte der Weimarer Republik; hrsg. von Kurt Kersten; Frankfurt a.M. (eva) 1961

SCHUPPAN, Peter: Hauptentwicklungslinien der Kultur in der Weimarer Republik; in: Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.): Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte; Berlin (DDR) 1973, S. 92ff.

SCHWARZBOCK, Götz: Entwicklungslinien der Weimarer Republik. Ein zusammenfassender Überblick; in: Neue Gesellschaft für bildende Kunst (Hrsg.): Wem gehört die Welt. Kunst und Gesellschaft in der Weimarer Republik; Berlin 1977, S. 12-24

SEGALL, Fritz: Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands; in: Reichsrundfunkgesellschaft (Hrsg.): Rundfunkjahrbuch; Berlin 1930, S. 437 ff.

SOPPE, August: Der Streit um das Hörspiel 1924/25. Entstehungsbedingungen eines Genres; Berlin (Volker Spieß) 1978

SOPPE August: Die Einführung des Rundfunks in Deutschland. Ein Beitrag zur Historisierung der Diskussion um das Kabelfernsehen; in: Wolfgang F. Haug (Hrsg.): Massen, Medien, Politik; Karlsruhe (Argument Verl.) 1976, S. 115-149

SMETTAN, Kurt: 'Schwarz Hörer' und 'Schwarzseher'. Ein Kapitel Klassenkampf im Rundfunk; in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks; Berlin (DDR), 6. Jg. 1972, Heft 1, S. 58 - 101

SMETTAN, Kurt: Am 'Arbeiter-Sender' ohne Mikrofon; in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks, Berlin (DDR), 7. Jg. 1973, Heft 1, S. 5 ff.

WALTHER, Herbert Lothar: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland im Spiegel der zeitgenössischen Tagespresse. Berliner Zeitungen 1923 bis 1926; Magisterarbeit am FB für Philosophie und Sozialwissenschaften der FU Berlin, 1979

Verzeichnis der als Quellen verwendeten Periodika aus dem Untersuchungszeitraum:

ARBEITER-BILDUNG. Monatszeitschrift des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit; Berlin (J.H.W. Dietz Nachf.) 1. Jg. (1926), Heft 1 - 3. Jg. (1928), Heft 12; ab Januar 1929 hieß diese Zeitschrift:

SOZIALISTISCHE BILDUNG. Monatszeitschrift des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit; Berlin, 4. Jg. (1929), Heft 1 - 12

Der DEUTSCHE RUNDFUNK. Rundschau und Programm für alle Funkteilnehmer. Zeitschrift der am Deutschen Rundfunk beteiligten Kreise. Berlin (Verlag Rothießer und Diesing AG), 1. Jg. (1923), Heft 1 - 2. Jg. (1924), Heft 52

GEWERKSCHAFTSARCHIV. Monatszeitschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung; hrsg. von Karl Zwing; Jena, 3. Jg. (1926), Band IV, Heft 1-12

Der NEUE RUNDFUNK. Funkzeitschrift des schaffenden Volkes mit 'Bastelmeister' und 'Mitteilungen des A. R.K.'; Berlin (Verlag C. Janiszewski) 1. Jg. (1926), Heft 1 - 2. Jg. (1927), Heft 52; ab 1.10.27 (Heft 40) trägt die Zeitschrift den Untertitel: Arbeiterfunk; sowie: Offizielles Organ des Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands E.V.; und erscheint im Verlag der Neuen Gesellschaft GmbH, Berlin; ab Januar 1928 heißt sie dann:

ARBEITERFUNK. Der neue Rundfunk. Offizielles Organ des Arbeiter-Radio- Bundes Deutschland E .V.; Berlin (Verlag der Neuen Gesellschaft GmbH) 3. Jg. (1928), Heft 1 - 4. Jg. (1929), Heft 52

Der RADIO AMATEUR. Zeitschrift für Freunde der drahtlosen Telephonie und Telegraphie. Organ des Deutschen Radio-Clubs. Hrsg. von Dr. E(ugen) Nesper; Berlin (Verlag Julius Springer und M. Krayn), 1. Jg. (1923), Heft 1 - 2. Jg. (1924), Heft 36

RADIOFUNK. Zeitschrift für Amateure und Fachleute; Berlin (Zeitschriften und Buchverlag AG), 1. Jg. (1924), Heft 1 - 8

RADIO KURIER. Zentralblatt für alle Rundfunk-Interessenten. Hrsg. unter Mitwirkung namhafter Fachleute und Schriftsteller von H. Hinrichsen. Berlin (Verlag Hinrichsen und Deppe), Jg. 1 (1924), Heft 1 - 33/34

RADIORUNDSCHAU. Organ des Reichsverbandes der Rundfunkhörer e.V.; Berlin (Steup & Bernhard Zeitschriften Verlag), Jg. 1 (1926) Heft 1-8

RADIO. Zeitschrift für das gesamte Radiowesen; Berlin (Rothgieser und Diesing AG), Jg. 1 (1923), Heft 1 - 2 Jg. (1924), Heft 24

Die ROTE FAHNE. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale); Berlin (Verlag Rote Fahne GmbH) 7. Jg. (1924) März, April, November; 8. Jg. (1925) März bis April, September bis November; 9. Jg. (1926) März; 9. Jg. (1927) 1. März - 15. März; 10. Jg. (1928) 1. -17. September; 11. Jg. (1929) 1. März - 30. Juni (in dieser Zeit verboten vom 3.5. - 23.5. sowie: 26.5. - 22. Juni)

VORWÄRTS. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; Berlin (Vorwärts Verlag) 41. Jg. (1924) März bis April; 42. Jg. (1925) März; 43. Jg. (1926) März; 44. Jg. (1927) 20. Febr. - 15. März; 45. Jg. (1928) 1.-17. September; 46. Jg. (1929) 1.- 20. Juli

Abbildungsverzeichnis

2.1. Das Rundfunkkonzept des RPM vom Frühjahr 1923	19
2.2. Die Berliner Rundfunkordnung vom Oktober 1923	23
2.3. Interimslösung für das Reichsgebiet ohne Berlin und Bayern	26
2.4. Die Rundfunkordnung nach der Neuregelung des Rundfunks 1926	32